1

Abteilungsleitersitzung am 1. Dezember 1939.

Abteilungsleitersitzung am 1. Dezember 1939.

Abteilungsleiterbesprechung

am Freitag, den 1. Dezember 1939, 16 Uhr,
in der Bergakademie, Mickiewicza 5.

Name	Dienstbezeichnung	Abteilung
Bauder	Präsident	Bauwesen
Spannagel	Bergrat	Bergbau-Abteilung
Dr. Schepers	Ob.Reg.Rat	Raumordnung
Dr. Lenke	Senatspräsident	Arbeit
Fischer	Reg.Oberinspektor	Devisenschutz
Tetzner	Direktor einer Reichsbanknebenstelle	Devisen
Dr. Lauxmann	Präsident	Post
Dr. Saage	Amtsgerichtsrat	Justiz
Lippl	Reg.Baurat	Verkehr
Dr. Randt	Staatsarchivdirektor	Archivverwaltung
Gutbrod	Notar	Personalabteilung
Eckardt	Reg.Baurat	Bauwesen - Hochbau
Hesse	Direktor einer Reichsbanknebenstelle	Geld-, Bank- und Kreditwesen
Büchner	Landgerichtsrat	Abt. f. kirchliche Angelegenheiten
Dr. Wiemann	Ministerialrat	Veterinärwesen
Dr. Walbaum	Obermedizinalrat	Gesundheitswesen
Dr. Zetzsche	Geh.Reg.Rat	Wirtschaft
Körner	Landesbauernführer	Ernährung und Landwirtschaft
Dr. Bühler	Ministerialdirektor	Stab
Dr. Weh	Oberlandesgerichtsrat	Stab
Dr. Siebert	Landrat	Innere Verwaltung
Dr. Mühlmann	Staatssekretär	Erziehung
Schmidt	Ministerialrat	Preisbildung
Dr. Schulte-Wissermann	Oberregierungsrat	Preisbildung
Wegener	Landforstmeister	Abt. Forsten
Noetzold	Landgerichtsrat	Stab
Söller	Amtsgerichtsrat	Stab
Spindler	Finanzpräsident	Abt. Finanzen
Wille	Ministerialrat	Abt. Justiz
v. Wühlisch	Gesandter	Vertretung Ausw. Amt
v. Grolmann	Legationssekretär	Vertretung Ausw. Amt
Dr. Keith	Landgerichtsrat	Stab
Volkmann	Assessor	Stab

B e r i c h t

über die 1. Sitzung der Abteilungsleiter im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete
Am 1. Dezember 1939

Nach einer einleitenden Begrüßung der Anwesenden durch Herrn Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r wurde in die sachliche Beratung eingetreten.

Amtsgerichtsrat S ö l l e r begann mit Ausführungen über die Raumfrage bezw. über die Unterbringung der einzelnen Abteilungen. Hiernach stehen z.Zt. zur Verfügung:

1. die Bergakademie mit ihren gesamten Räumen,
2. ein gegenüberliegendes Haus mit 70 bis 80 Zimmern,
3. ein Rohbau mit etwa 60 Zimmern, der in ungefähr 6 Wochen beziehbar ist,
4. das gegenüber der Bergakademie gelegene Gebäude, das in ca. 8 Wochen bezugsfertig ist,
5. die Universität mit sehr großen Räumen,
6. noch ein sehr großes Gebäude mit ca. 500 Zimmern, das z.Zt. noch von der SS.-Totenkopfstandarte bezw. Wehrmacht belegt ist.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r schlug vor, das Gebäude mit den 500 Zimmern zunächst in Aussicht zu nehmen und festzustellen, ob dies von der SS.-Totenkopfstandarte freigegeben wird. Jn diesem Falle könnte auf die übrigen Gebäude verzichtet werden und diese der Totenkopfstandarte zum Ausgleich zur Verfügung gestellt werden. Ein Bestand von etwa 500 Zimmern zuzüglich den Räumen in der Bergakademie dürfte zunächst für die Bedürfnisse des Gouvernements ausreichend sei

Baurat E c k a r t teilt mit, daß das Parterre und der 1. Stock der Bergakademie in etwa 14 Tagen - falls keine Änderung der Baupläne mehr getroffen würde - endgültig fertig seien. Der 2. Stock sei in etwa 3 Wochen beziehbar.

Reichsminister Dr. Seyß-Jnquart legte nahe, in Übereinstimmung mit dem Hinweis von Ministerialdirektor Dr. Bühler das Hauptaugenmerk auf das große Gebäude mit den 500 Zimmern zu richten. Er wies außerdem auf die Notwendigkeit einer baldmöglichsten Schaffung einer einheitlichen Telefonzentrale hin.

Herr

Herr Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r äußerte den Wunsch, daß jeder Abteilungsleiter im Gebäude der Bergakademie ein Zimmer erhalte, welches nicht groß zu sein braucht, während er grundsätzlich mit seiner Abteilung zusammen in dem großen Gebäude untergebracht werden solle.

Geheimrat Dr. Z e t z s c h e erklärte im Zusammenhang hiermit, daß er für die bei ihm zu errichtende "Treuhandstelle Ost" etwa 20 Zimmer benötige.

Notar G u t b r o d legte in eingehenden Ausführungen über die Personalfrage dar, daß in Zukunft eine Personalbeschaffung nicht mehr durch die einzelnen Abteilungen unmittelbar erfolgen könne, sondern daß diese über die Personalabteilung geleitet werden müsse. Er stellte fest, daß es an mittleren und unteren Kräften fehlt, die Referentenstellen dagegen seien allmählich besetzt. Er regte an, daß jeder Abteilungsleiter einem Herrn seiner Abteilung die Sorge für die Personal- und Verwaltungsangelegenheiten übertrage, damit die Personalabteilung sich ständig an den gleichen Herrn in den einzelnen Abteilungen werden könne.

Oberlandesfinanzpräsident S p i n d l e r erklärte, daß das Personal des Gouvernements sich zusammensetze aus im Altreich beamteten Kräften, die hierher abgeordnet seien und vom Gouvernement selbst angestellten. Eine Einrichtung von Planstellen für die vom Gouvernement selbst Angestellten sei nicht vorgesehen. Diese Angestellten unterliegen der Tarifordnung des Reiches. Sie erhalten jedoch grundsätzlich die gleichen Zulagen wie die hierher abgeordneten beamteten Kräfte. Dagegen sei eine Garantierung der Heimatbezüge für diese Angestellten nicht möglich. Die Zulagen, die für die hier Angestellten erteilt würden, nämlich Wohnungs-, Kleider- und Beschäftigungsgelder usw., seien jedoch so erheblich, daß die Bezüge sich in jedem Falle ausgleichen würden.

Landrat Dr. S i e b e r t erklärte, daß es nicht angängig sei, den hier Angestellten ein geringeres Gehalt zu bezahlen, als sie im Reich bekämen.

Präsident B a u s s unterstützte diese Bedenken und wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die eine zu knappe Bezahlung der Angestellten seinerzeit im Protektorat hervorgerufen hat.

Landes-

Landesbauernführer K ö r n e r stellte die Frage, wie es mit den Beamten der öffentlich-rechtlichen Verbände stehe. Der Reichsnährstand verlange bis zum 1.1.1940 eine Erklärung, daß die von ihm gezahlten Gehälter der ins Gouvernement abgeordneten Beamten und Angestellten vom Gouvernement erstattet würden. Präsident S p i n d l e r gibt zur Antwort, daß die Erstattungspflicht des Gouvernements für Beamte und Angestellte der Länder und Gemeinden feststehe. Für die öffentlich-rechtlichen Verbände stehe sie noch nicht fest. Es solle diese Frage großzügig gehandhabt werden.

Landrat Dr. S i e b e r t macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die aus einer Weiterzahlung der im Altreich an die abgeordneten Beamten gezahlten Gehälter entstehen, wenn im Altreich verschieden bezahlte Beamte im Gouvernement gleiche Funktionen ausüben, beispielsweise wenn ein Landrat und ein Assessor aus dem Altreich im Gouvernement die Stellung eines Kreishauptmannes versehen. Er regt eine interne Besprechung über diese Angelegenheit an.

Notar G u t b r o d bringt Bedenken bezüglich der Wohnungsfrage zur Sprache. Er regt weiterhin an, die Ministerialzulage auch für die in der Provinz des Gouvernements Beschäftigten zur Auszahlung zu bringen. Präsident S p i n d l e r lehnt dies ab, da die Wehrmacht dagegen protestiere.

Reichsminister Dr. Seyß-Jnquart stellt zur Diskussion, ob die Ministerialzulage überhaupt nötig sei, da in Kriegszeiten jeder Deutsche auch finanzielle Opfer bringen müsse. Präsident S p i n d l e r erwidert, daß die Ministerialzulage deshalb gegeben sei, weil einige Beamte sie im Altreich erhielten und andere nicht. Ein Wegfall der Ministerialzulage bei Versetzung ins Gouvernement für diejenigen Beamten, die sie im Altreich erhielten, sei aber nicht durchführbar, weil sonst eine Versetzung eine Schlechterstellung bedeute, der sich alle Beamten zu entziehen versuchen würden.

Ministerialrat W i l l e erhebt ebenfalls Bedenken gegen den Fortfall der Ministerialzulage.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r regt eine gemeinsame Unterbringung der weiblichen Angestellten in einem der beschlagnahmten Hotels an.

Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s weist auf die Unterschiedlichkeit der Preise für die Unterbringung und für die Unterkünfte hin.

Ober-

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h nimmt zu der Praxis des Verordnungswesens Stellung. Er weist darauf hin, daß die Beteiligung der verschiedenen Abteilungen noch nicht hinreichend sichergestellt sei. Die federführende Abteilung müsse schon sehr frühzeitig die beteiligten Abteilungen zu den Vorbesprechungen heranziehen. Der Entwurf solle ihm in 5 Ausfertigungen vorgelegt werden. Diese Ausfertigungen würde er dann den beteiligten Abteilungen zur Stellungnahme zusenden. Danach werde er zu einer Schlußbesprechung laden. Der Abteilungsleiter der federführenden Abteilung müsse die Reinschrift in 3 Exemplaren vorlegen.

Landrat Dr. S i e b e r t weist in der Frage des Verordnungswesens darauf hin, daß hier die Verhältnisse in der Provinz noch einigermaßen durcheinander gingen. Die Distriktschefs gäben eigene Verordnungsblätter heraus, deren Jnhalt nicht nur mit den Verordnungen der Gouvernementsregierung häufig nicht in Einklang stünden, sondern ihnen sogar nicht selten direkt widersprächen. Dabei hätten die Distriktschefs selbst gar kein Verordnungsrecht.

Landgerichtsrat B ü c h n e r bittet namens der Abteilung für kirchliche Angelegenheiten bei allen die Juden betreffenden Fragen beteiligt zu werden.

Landrat Dr. S i e b e r t gab einen Überblick über den inneren Verwaltungsaufbau im Gouvernement. Dieses wird gegliedert in 4 Distrikte, deren jeder 10 Kreise enthält. Außer den 40 Kreisen, denen Kreishauptleute vorstehen, gibt es noch einige kreisfreie Städte, denen Stadthauptleute vorstehen. Diese sind nicht etwa die Bürgermeister, sondern stehen neben diesen. Sie sind die Vertreter der Distriktschefs in den Städten. Landrat Dr. Siebert macht dann weiterhin Ausführungen über den Jnhalt der Verordnung vom 28.11.1939 über die Verwaltung der Gemeinden. Jm Anschluß daran wies er besonders auf die Schwierigkeit in der Personalbeschaffung hin. Die Jnnere Verwaltung des Reiches sei ausgeblutet. Es müsse daher auf das Reservoir des hiesigen Personalamts zurückgegriffen werden.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r stellt fest, daß der Vertreter der Polizei nicht eingeladen worden ist. Er legt nahe, die Polizei in Zukunft einzuladen.

Reichsminister Dr. Seyß-Jnquart schlägt vor, die Ausbildung der unteren Kräfte der Jnneren Verwaltung im Gouvernement selbst vorzunehmen durch hierzu errichtete Schulen.

Ober-

Oberfinanzpräsident S p i n d l e r gibt einen Überblick über die Finanzverwaltung in Polen. Diese bedient sich in den lokalen Jnstanzen grundsätzlich der polnischen Finanzbehörden, wovon es 125 im Gouvernement gibt. Jn diesen arbeiten die polnischen Finanzbeamten bisher zur völligen Befriedigung der Finanzverwaltung. Von diesen Finanzämtern werden je 5 - 6 zusammengefaßt und einem deutschen Steuerinspekteur unterstellt. Die mittleren Steuerbehörden sind weggefallen, dafür ist die Kompetenz der lokalen Steuerbehörden dementsprechend erweitert worden. Die Zollämter sind dagegen nicht mit Polen, sondern ausschließlich mit Deutschen besetzt, auch in den untersten Stellen. Die Aufstellung der Finanzbehörden hat Ende September begonnen und ist heute bis auf einige ländliche Bezirke im Distrikt Lublin beendet. Bei den Steuerzahlern sind Schwierigkeiten bezw. Steuersabotage in bäuerlichen Bezirken bisher festgestellt worden. Von einer besonderen Strafverordnung wegen Steuersabotage ist jedoch nach Absprache mit Ministerialrat W i l l e bisher abgesehen worden. Die wirtschaftliche Bedeutung der im Gouvernement verbliebenen Teile Polens ist grundsätzlich gering; die wenigen gebliebenen wirtschaftlich bedeutenden Teile haben unter dem Krieg stark gelitten. Der polnische Staat hat vor dem Krieg ein Gesamtsteueraufkommen von 1 Milliarde Mark gehabt. Es ist jedoch vorläufig im Gouvernement höchstens ein Betrag von 100 Millionen Zloty zu erwarten. Hierbei werden die indirekten Steuern einen höheren Betrag erbringen als die direkten Steuern. Aber auch einschließlich dieser dürfte der Betrag von 700 Millionen Zloty nicht überschritten werden.

Landesbauernführer K ö r n e r bittet um Berücksichtigung seiner Abteilung bei Bearbeitung aller Monopolfragen. Bei seinem Referat über die landwirtschaftlichen Verhältnisse Polens nimmt er Bezug auf einen dem Herrn Generalgouverneur selbst am heutigen Tage vorgetragenen und überreichten Bericht. Hieraus ergibt sich, daß im Gouvernement ein Mangel an Brotgetreide, Fett und eventuell auch Vieh zu erwarten ist. Eine nennenswerte Ausfuhr von Lebensmitteln aus dem Gouvernement in das Reich wird in absehbarer Zeit nicht in Frage kommen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Verbrauch der Bevölkerung in Polen sehr viel geringer ist als im Reich. Landesbauernführer Körner lehnte die Einführung von Lebensmittelkarten für das Gouvernement grundsätzlich ab. Den Schwierigkeiten könne am besten begegnet werden durch

eine

eine Festhaltung des Lohnniveaus und durch eine Zulassung der Erhöhung der Preise für einzelne Lebensmittel. Eine solche Erhöhung der Verbraucherpreise wird ganz von selbst einen geringeren Bedarf bei der Bevölkerung hervorrufen. Er wies noch darauf hin, daß, ebenso wenig wie eine Überversorgung der Polen im Gouvernement, eine solche der Angehörigen der deutschen Beamten undWehrmachtsangehörigen im Reich stattfinden dürfe. Das Hinausschicken von Lebensmitteln aus Polen in das Reich müsse grundsätzlich verboten werden. Zur Zeit gingen noch täglich etwa 15 Waggons Lebensmittel aus Polen in das Reich.

Landgerichtsrat N o e t z o l d erklärte, daß die Ausweisfrage für den Einkauf von Lebensmitteln durch die Gefolgschaft des Amtes des Generalgouverneurs nunmehr geregelt sei. Diese Ausweise werden in Zukunft vom Amt des Generalgouverneurs selbst ausgestellt.

Präsident B a u d e r gibt einen Überblick über das gesamte Bauwesen. Dies zerfällt in 3 Abteilungen: Straßenbau, Wasserstraßen und Hochbau. Personalschwierigkeiten ergeben sich hier im wesentlichen allein bei der Abteilung Hochbau. Jn finanzieller Hinsicht sei auf dem Gebiet des Straßenwesens zunächst die Beteiligung der Wehrmacht festzustellen. Jm übrigen unterliegen die größeren Straßen dem Etat des Generalgouvernements, die mittleren dem der Distrikte, die kleinen dem der Kreise. Auf dem Gebiet der Wasserstraßen sind in der Hauptsache einige Berichtigungen im Weichselstromlauf vorgesehen. Auf dem Gebiet des Hochbaus stehen sehr große Aufgaben bevor. Auch hierbei ist zunächst die finanzielle Beteiligung der Wehrmacht zu klären. Präsident Bauder sichert zu, daß bei allen Planungen die Abteilung Finanzen stets grundsätzlich vorher um Rat gefragt wird. Er weist noch darauf hin, daß sehr kritisch die Frage der Schneepflüge sei, da das Dieselöl für die Maschinen dieser Schneepflüge in Zukunft nicht mehr freigegeben werde.

Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s bringt die Frage der Erfassung der mit Verschlußsachen betrauten Personen zur Sprache. Er bittet die Abteilungsleiter, die Personen, die mit solchen Verschlußsachen betraut sind, ihm baldmöglichst zu melden, damit eine vollständige Erfassung vorgenommen werde und diese in ihre Pflichten nochmals besonders eingewiesen werden könnten. Er bittet weiterhin, ihm den Bedarf der einzelnen Abteilungen an Panzerschränken zu melden.

Ministerialrat

Ministerialrat S c h m i d t bittet, die Abteilung Preisbildung bei allen geplanten Maßnahmen rechtzeitig und möglichst frühzeitig zu verständigen, da ohne dieses eine Preispolitik nicht getätigt werden könne.

Regierungsbaurat L i p p l macht darauf aufmerksam, daß die Zahl der zur Verfügung gestellten Autoreifen außerordentlich gering sei, da der hierfür erforderliche Kautschuk nur in sehr geringer Menge vorhanden sei.

Reichsminister Dr. Seiß-Jnquart richtet einige abschliessende Worte an die Versammlung, in denen er seine Befriedigung über den Gang der Arbeitstagung zum Ausdruck brachte..

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r schließt die Versammlung.

Krakau, den 5. Dezember 1939

Abteilungsleitersitzung am 2. Dezember 1939.

Anwesenheitsliste

zur ersten Konferenz der Abteilungsleiter

auf der Burg

am 2.12.1939, 11^{30}

Anwesend:

Name (bitte deutlich!)	Abteilung
[illegible]	
Dr. [illegible]	Innere Verwaltung
Dr. [illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]
[illegible]	Personalabteilung
Dr. Zanken	Arbeit
Dr. Neumann	Veterinärwesen
Walbaum	Gesundheitswesen
[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]
Vogel	
v. Senkowsky	Abt. Finanzen gez. d. Min.
[illegible]	Abt. Finanzen

Dr. Jaksche — Wirtschaft

Rüge — SA-Obergruppenf.

Börner — Ernährung u. Landwirtschaft. SS-Oberf.

Minde (Münder) — Abteilung Bauwesen

Dr. Schlegert — Raumordnung (Schepers)

Zipper — Forsten (Eichfeld)

Dr. Langemann — Postpräsident

Schmidt — Berufsbildung

Lauxmann — Kirchl. Angelegenh.

Hülle (Hülle) — Justiz.

Dr. Wehr — Chef d. Amtes

Dr. Rauch (Rauch) — Leiter der Archivverwaltung.

v. Wühlisch (Wühlisch) — Auswär. Amt.

Zörner — Gen. Dir. d. Ostbahn.

Opdenhoff (Opdenhoff) — D. A. F.

Lammers — Chef der Reichskanzlei

Bühler		Chef der Kanzlei
Dr. Keith	(Keith)	Privatkanzlei

(1 Original und 1 Durchschlag angefertigt)

13

Protokoll über die 1.Konferenz der Abteilungsleiter am 2.Dezember 1939.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k eröffnet die Konferenz mit grundlegenden Ausführungen über die Aufgaben der Regierung des Generalgouvernements. Es sei unbedingt erforderlich, daß der Primat der politischen Aufgaben im Generalgouvernement vor den rein formellen Verwaltungsbelangen aufrechterhalten werde. Hierzu brauche man Männer, die den Mut haben, eine neue Aufgabe auf völlig neuartige Weise zu lösen, die sich von jeder Schablone und jeder Übung freimachen, die sie vielleicht von irgendwoher mitgebracht haben. Was im Reiche stimme, brauche im Generalgouvernement noch lange nicht zu stimmen. Im Generalgouvernement gelte das, was im Reichsgesetzblatt stehe, nicht, es sei denn, daß es in Anwendung der Führerverordnung vom 12.Oktober 1939 geschehe und die Vollmacht hierzu habe nur der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung und von dieser Vollmacht werde er nur im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur Gebrauch machen. Die endgültige Struktur des Generalgouvernements sei nocht nicht bekannt, eben so wenig wisse man, ob es dauernd Generalgouvernement bleibe. Maßgebend für die Regierungstätigkeit im Generalgouvernement sei der Wille des Führers, daß dieses Gebiet das erste Kolonialgebiet der Deutschen Nation sei. Im Generalgouvernement habe der Standpunkt des Deutschtums zu gelten.

Für die Ordnung des inneren Dienstbetriebes seien folgende Gesichtspunkte zu beachten: Der Generalgouverneur werde künftig im wesentlichen sich nur mit den großen Leitlinien und Entscheidungen, die das Generalgouvernement betreffen

treffen, befassen. Alle Entscheidungen auf diesem Gebiet seien dem Generalgouverneur vorbehalten; bei der Erarbeitung der einzelnen Ergebnisse sei es Aufgabe der einzelnen Abteilungsleiter, mit den übrigen Abteilungsleitern jeweils vorher Rücksprache zu nehmen, damit dem Generalgouverneur ein Ergebnis vorliege, das keiner Debatte mehr bedürfe. Hierbei solle nicht mit langen Denkschriften und ähnlichem gearbeitet werden, sondern alle diese Fragen lassen sich im Wege persönlicher Aussprache rascher und besser klären.

Reichsminister Dr. Seyß-Inquart habe sich bereit erklärt, dem Generalgouverneur einen großen Teil der Arbeit abzunehmen und er sei hierzu auch der berufene Repräsentant. Der Chef des Amtes Dr. Bühler habe die geschäftliche Oberleitung, während Reichsminister Dr. Seyß-Inquart der führungsmäßige Stellvertreter des Generalgouverneurs sei.

Im Interesse der Abwicklung der Geschäfte sei es nötig, daß die Abteilungsleiter entweder in der Bergakademie oder in dem Gebäude das weiter für die Zwecke der Verwaltung in Aussicht genommen sei, dem Pilsudski-Heim, ihren Dienstsitz nehmen. Wenn die Geschäfte so gehandhabt werden sollen, wie es dem Befehl des Führer entspreche, nämlich daß das Amt des Generalgouverneurs die einzige Zentrale in diesem Gebiet sei, dann müsse auch an der zentralen Erledigung nach der technischen Seite hin festgehalten werden.

Grundsätzlich sei noch über die Verwaltung des Generalgouvernements zu sagen: Dieses Gebiet sei als Ganzes eine Beute des Deutschen Reiches und daher sei es nicht angängig, daß dieses Gebiet in seinen einzelnen Teilen ausgebeutet wer-

de

de, sondern das Gebiet als ganzes müsse der wirtschaftlichen Verwertung zugeführt werden und in seinem ganzen wirtschaftlichen Wert dem Deutschen Volke zugute kommen.

Die Verurteilung eines Erzbischofs und eines Bischofs zur Todesstrafe gebe Veranlassung zu der grundsätzlichen Bemerkung, daß ein totaler Kampf gegen jede Art von Widerstand im Generalgouvernement geführt werde. Die beiden Bischöfe seien zu Recht verurteilt worden, da bei ihnen Waffen gefunden wurden. Wenn trotzdem ihre Begnadigung zur Zuchthausstrafe erfolgte, so seien dafür gewisse andere Erwägungen maßgebend gewesen. Unerwünscht seien Presseverlautbarungen über die Erschießung von Juden mit der Begründung, durch solche Verlautbarungen die Juden abzuschrecken.

Die Sicherheitslage im Bereiche des Generalgouvernements sei nach Angabe der Polizei als relativ gut zu bezeichnen.

<u>Reichsminister Dr. S e y ß - I n q u a r t</u> bespricht die Einteilung des Amtes des Generalgouverneurs in seinen einzelnen Abteilungen und die zukünftige Unterbringung dieser Abteilungen in den beiden hierfür zur Verfügung stehenden Gebäuden Bergakademie und Pilsudski-Heim. Die Unterbringung werde dahin geregelt werden, daß die Regierungs- und Hoheitsabteilungen und die Wirtschaftsabteilungen im Pilsudski-Heim ihr Unterkommen finden. Im wesentlichen solle daran festgehalten werden, daß die Abteilungsleiter bei ihren Abteilungen verbleiben.

<u>Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank</u> teilt mit, daß er auf der Burg eine eigene Kanzlei eingerichtet und mit ihrer Leitung

den

den Landgerichtsrat Dr. K e i t h betraut habe.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r erklärt, daß die Anfangsschwierigkeiten in der Verwaltungsarbeit überwunden sind und daß anfangs Januar der technische Apparat für die Zentrale der Verwaltung des Generalgouverneurs so weit sein werde, daß er schlagfertig arbeiten könne. Im übrigen seien noch einige Fragen hinsichtlich der Versorgung der Angehörigen des Amtes mit Wohnung, Verpflegung und Unterbringung zu lösen. Es sei zu hoffen, daß auch in diesen Fragen und insbesondere in der Frage der Besoldung ein befriedigendes Ergebnis erreicht werde.

Wichtig sei auch die einheitliche Zusammenfassung des Nachrichtenwesens. Durch die Ernennung eines Nachrichtenoffiziers werde die Gewähr dafür geschaffen, daß bis zum letzten Kreishauptmann und Stadthauptmann eine mehrfache Verwendungsmöglichkeit geschaffen werde. Die Arbeiten auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens werden energisch vorwärts getrieben.

Die Frage des Weihnachtsurlaubs für die Beamten des Amtes sei in der Weise gelöst, daß für den Urlaub die Zeit vom 16.Dezember bis 9.Januar zur Verfügung stehe. Jeder Angehörige des Amtes bekomme 7 volle Tage Urlaub zuzüglich der Reisetage, insgesamt höchstens 11 Tage. Am 10.Januar sei die Urlaubsaktion abgeschlossen.

Präsident S p i n d l e r bespricht die Frage der Vergütung für die vertraglich angestellten Angehörigen des Amtes. Grundsätzlich werden diese Vertragsangestellten nach der Reichstariffordnung bezahlt, wobei zu berücksichtigen sei, daß zu den dort

vorgesehenen

vorgesehenen Sätzen Beträge hinzukommen, die namentlich für die Angehörigen der unteren Gruppen sehr stark ins Gewicht fallen.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r fügt hinzu, daß bei den Angestellten mit einem Satz von 120.- bis 160.- RM unversteuerter Zulagen zu den nach der Tarifordnung geltenden Sätzen zu rechnen sei.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k verweist darauf, daß die Gemeinschaftsverpflegung für die Angehörigen des Amtes weiter ausgebaut werde und daß unter diesen Umständen die gewährten Sätze als genügend zu erachten seien.

SS-Obergruppenführer Dr. K r ü g e r bezeichnet es als zweckmäßig, wenn über Vorfälle wie die bereits erwähnte Verurteilung der beiden Bischöfe nicht gesprochen werde, denn es bestehe sonst die Gefahr, daß sich Gerüchte bilden und weit höhere Zahlen genannt werden als tatsächlich in Frage stehen.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k schlägt vor, regelmäßige Besprechungen der Abteilungsleiter vorzusehen und zwar als feste Termine hierfür den 2. Freitag im Monat jeweils nachmittags 1/2 4 Uhr festzusetzen und weitere Besprechungen nach Bedarf einzuberufen.

18

Abteilungsleitersitzung am 8. Dezember 1939

19

Anwesenheitsliste.

2. Abteilungsleitersitzung zu Krakau, Burg.
Freitag, den 8.Dezember 1939.

Name	Dienstrang	Abteilung
Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank		
Dr. Seyß-Inquart	Reichsminister	Stellvertreter des Generalgouverneurs
Krüger	SS-Obergruppenführer	Höhere SS-und Polizeiführer
Dr. Bühler	Ministerialdirektor	Chef des Amtes
Dr. Siebert	Landrat	Innere Verwaltung
Körner	Landesbauernführer	Ernährung-u.Landwirtschaft
Dr. Walbaum	Obermedizinalrat	Gesundheitswesen
Spannagel	Bergrat	Bergbau
Büchner	Landgerichtsrat	kirchl.Angelegenheiten
Dr.Schepers	Oberregierungsrat	Raumordnung
Dr.Frauendorfer	Hauptamtsleiter	Arbeit
Dr. Wiemann	Ministerialrat	Veterinärwesen
Frerlin	Oberbaurat	Bauwesen
Eckardt	Regierungsbaurat	Bauwesen/Hochbau
Dr. Ganser	Oberregierungsrat	Justiz
von Wühlisch	Gesandter	Auswärtiges Amt
Dr. Weh	Oberlandesgerichtsrat	Chef des Amtes
Fischer	R.O.I.	Devisenschutz
von Tschammer und Osten	Major	Verbindungsoffizier zu Oberost
Dr. Freiherr du Prel	Reichsamtsleiter	Volksaufklärung u.Propaganda
Schickedanz	Stabsleiter	Reichskanzlei
Dr. Zetsche	Geheimrat	Wirtschaft
Dr. Lasch	Distriktschef	Radom
Spindler	Finanzpräsident	Finanzen
Eißfeld	Oberlandesforstmeister	Forsten
Plodeck	Ministerialrat	Wirtschaft
Dr. Mühlmann	Staatssekretär	Erziehung
Hosse	Direktor (Reichsbanknebenstelle)	Geld-Bank-u.Kreditwesen
Dr. Lauxmann	Präsident	Post

20

Name	Dienstrang	Abteilung
Tetzner	Direktor	Devisen
Dr. Rauch	Direktor	
Dr.Schulte-Wissermann	Oberreg.Rat	Preisbildung
Gutbrod	Notar	Personal
Dr. Keith	Landgerichtsrat	Chef d.Kanzlei Burg
Dr. Wächter	Distriktschef	Krakau
Dr. Fischer	Distriktschef	Warschau
Dr. Luxenberg	Landgerichtsrat	
Söller	Amtsgerichtsrat	b.Chef des Amtes

(1 Original mit 1 Durchschlag angefertigt) 21

Protokoll über die 2. Konferenz der Abteilungsleiter am 8. Dezember 1939.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank berichtet über seine Unterredung mit Herrn Generalfeldmarschall G ö r i n g. Diese Unterredung habe nach Inhalt und Auswirkung die größte Bedeutung für die Einheitlichkeit der ganzen Verwaltung des Generalgouvernements. Es sei klar, daß im engsten Zusammenhang mit der politischen und verwaltungsmäßigen Führung dieses Gebietes auch das Problem sehr bald akut geworden sei, wie die Gesamtheit der wirtschaftlichen Belange dieses Hoheitsbereiches geregelt werden solle. Ebenso habe Unklarheit darüber bestanden, wer innerhalb des Generalgouvernements für die Führung der Wirtschaftspolitik zuständig sei. Über diese Fragen habe nunmehr die Besprechung mit Herrn Generalfeldmarschall Göring die entscheidende Klärung gebracht dahingehend, daß auch auf dem Gebiete der Wirtschaft der Generalgouverneur als Generalbevollmächtigter des Beauftragten für den Vierjahresplan eingesetzt werde. Diese Ernennung des Generalgouverneurs zum Bevollmächtigten des Beauftragten für den Vierjahresplan habe zur Folge, daß im Generalgouvernement künftig wirtschaftspolitisch nichts geschehen könne, ohne daß der Generalgouverneur seinen fördernden oder hemmenden Einfluß geltend mache. Aufgabe der Dienststelle des Generalgouverneurs als Bevollmächtigten des Beauftragten für den Vierjahresplan sei es, das Beste und dem Reiche Nützlichste aus der Wirtschaft des Generalgouvernements herauszoholen. Hierbei stehe im Vordergrund die Aufnahme des gegenwärtigen Status der Wirtschaft im Generalgouvernement als Grundlage der

Aufstellung

Aufstellung eines weitschauenden Wirtschaftsprogramms. Das 2. sei die Sicherstellung von Rohstoffen, Maschinen usw. für die Wirtschaft im Generalgouvernement und das 3. die Nutzbarmachung dieser gesamten wirtschaftlichen Potenz im wirtschaftspolitischen Sektor für das Reich durch Aufstellung eines nach Art eines Handelsvertrags zu gestaltenden Übereinkommens bezüglich der Handelsbeziehungen zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement.

eichsminister S e y ß - I n q u a r t teilt aus der Unterredung mit Herrn Generalfeldmarschall G ö r i n g mit, daß der Herr Generalfeldmarschall der Tätigkeit im Generalgouvernement eine besondere Wichtigkeit beimesse. Aus dieser Einschätzung der Arbeit im Generalgouvernement heraus habe der Herr Generalfeldmarschall auch den Standpunkt vertreten, daß die Männer, die in diesen Zeiten einen solchen Fronteinsatz leisten, auch in entsprechender Weise gestellt werden müssen. Es werde dies in Form einer zu den sonstigen Bezügen der hier tätigen Kameraden zusätzlich hinzukommenden Zulage geschehen. Die Einzelheiten hierüber werden noch den Gegenstand besonderer Besprechungen bilden, auf Grund deren dann entsprechende Vorschläge dem Herrn Generalgouverneur und dem Herrn Generalfeldmarschall gemacht werden. Eine gewisse Grenze liege in der Vorschrift, daß das Generalgouvernement sich selbst zu erhalten habe.

Wichtig sei ferner die Frage einer möglichst ökonomischen Personalverwaltung. Es dürfe keine Hypertrophie der Verwaltung entstehen, weil sonst die Gefahr nahe liege,

daß

daß die Beamten zu Bürokraten werden. Das Generalgouvernement in Krakau gebe nur die großen Richtlinien für die Arbeit im gesamten Generalgouvernement; die Verwaltung aber liege bei den Distriktschefs.

<u>eneralgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k</u> hebt die Bedeutung der Ernennung des Generalgouverneurs zum Reichsverteidigungskommissar für das Generalgouvernement hervor. Es sei klar, daß alles, was im Gebiet des Generalgouvernements geschehe, von größter Bedeutung für die Verteidigungslage des Reiches sei. Der Generalgouverneur werde die Vollmachten, die ihm als Reichsverteidigungskommissar zustehen, in vollem Umfange in Anspruch nehmen.

<u>S-Obergruppenführer K r ü g e r</u> bespricht die aus der Durchführung der Umsiedlung sich ergebenden Fragen. Seit 1.Dezember laufen täglich mehrere Züge mit Polen und Juden aus den neu zum Reiche gekommenen Gebieten im Bereich des Generalgouvernements ein. Diese Transporte werden etwa bis Mitte Dezember andauern. Von Berlin aus werde zentral ein Plan aufgestellt, damit die Distriktschefs sich darnach richten und auf längere Sicht arbeiten können. Es werde in diesem Plan festgelegt, welche Zahlen von Polen und Juden im Jahre 1940 umgesiedelt werden sollen. Ab Mitte Dezember werden die ersten Transporte von Wolhyniendeutschen durch das Gebiet des Generalgouvernements durchgeschleust bis nach Lodsch, wo sie vorübergehend bleiben, um dann in Quarantäne-Lager zu kommen. Eine Schwierigkeit der Umsiedlungsaktion liege darin, daß das für den neuen Bevölkerungszuwachs innerhalb des Generalgouvernements zur Verfügung stehende Gebiet nach Abzug

dessen

dessen, was für Sonderaufgaben der Wehrmacht usw. gebraucht werde, ziemlich schmal sei.

Die Frage der Zwangsarbeit der Juden könne nicht von heute auf morgen in befriedigender Weise gelöst werden. Voraussetzung hiefür wäre eine karteimäßige Erfassung der männlichen Juden im Alter von 14 bis 50 Jahren. Hierbei müßte geprüft werden, welchen Beruf diese Juden bisher ausübten, denn gerade in diesen Gebieten hätten die Juden verschiedene Handwerke betrieben und es wäre schade, wenn diese Arbeitskräfte nicht nützlich eingesetzt würden. Dazu gehöre aber eine durchgreifende Planung. Vorläufig müßten die Juden in Kolonnen zusammengestellt und dort eingesetzt werden, wo dringender Bedarf vorliege. Diesen Bedarf festzustellen, sei Aufgabe der Distriktschefs.

Die Polizei bekomme Verstärkung durch 4 Polizeibataillone. Der Einsatz erfolge in der Weise, daß jedes Gouvernement ein Bataillon bekomme. Im übrigen sei verfügt worden, daß die Polizeibataillone im Generalgouvernement von Zeit zu Zeit abgelöst und ausgetauscht werden gegen Bataillone in der Heimat. Noch vor Weihnachten erfolge die Ablösung von 4 Bataillonen. Irgendwelche Unsicherheit werde hierdurch nicht eintreten.

Dr. Walbaum teilt mit, daß vor wenigen Tagen ein Transport schwer seuchenkranker Kinder aus den jetzt zu Deutschland gekommenen ostoberschlesischen Gebieten unangemeldet im deutschen Krankenhaus in Krakau eingetroffen sei. Es sei Sorge dafür getragen worden, daß solche Vorkommnisse, die schwere Gefahren mit sich bringen, sich nicht wiederholen.

Dr. Siebert

Dr. S i e b e r t erblickt eine Gefahr darin, daß die Verwaltungstrupps am 15.Dezember aus dem Gebiet des Generalgouvernements herausgezogen werden.

Ministerialdirektor Dr. B ü h l e r erwidert darauf, daß die Meldung eingegangen sei, daß Herr General von B l a s k o w i t z sich damit einverstanden erklärt habe, daß diese Truppen auch nach dem 15.Dezember bleiben und nur allmählich abgebaut werden.

Gouverneur Dr. L a s c h beklagt sich darüber, daß es verschiedene Stadtkommandanten bis heute noch nicht durchwegs erfaßt hätten, daß die vollziehende Gewalt in den Händen des Herrn Generalgouverneurs liege. Es wäre zu wünschen, daß Herr Major von Tschammer und Osten auf einen dementsprechenden Tagesbefehl der Wehrmacht hinwirken würde. Auch die Quartierfrage bedürfe einer grundsätzlichen und einheitlichen Lösung, denn auf die Dauer sei es unmöglich, daß höhere Verwaltungsbeamte in unzulänglichen Räumen untergebracht werden, während die Offiziere die besten Wohnungen inne haben.

Landesbauernführer K ö r n e r nimmt zu der Frage der Pferdemusterungen Stellung und hebt hervor, daß diesbezüglich auf die Belange der Landwirtschaft weitgehend Rücksicht genommen werde. So werde z.B. von der Aushebung tragender Stuten abgesehen, Fohlen bis zu 4 Jahre geschont usw. Die Musterungskommission, die ihre Tätigkeit im Osten begonnen habe, sei nun nach dem Westen verlegt worden und setze von dort aus ihre Arbeit fort.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k richtet an die Abteilungsleiter die Bitte, bis Anfang Januar zu einem Abschluß der aufbauenden Verordnungen zu kommen, damit dann ein festes Gebäude von Vorschriften für alle wichtigen Gebiete bestehe.

Gouverneur Dr. W ä c h t e r äußert den Wunsch, daß beim Erlaß der Verordnungen durch den Herrn Generalgouverneur einer der Distriktschefs beigezogen werde, damit die praktischen Erfahrungen, die draußen gewonnen werden, nutzbar gemacht und dadurch nachträgliche Rücksprachen vermieden werden.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k erkundigt sich nach den Erfahrungen, die von den Distriktschefs mit dem System der polnischen Bürgermeister gemacht wurden.

Gouverneur Dr. F i s c h e r antwortet, daß mit den polnischen Bürgermeistern durch die Kreishauptmänner zusammen gearbeitet werde. Das System habe sich bewährt.

Gouverneur Dr. W ä c h t e r erklärt, daß in seinem Bezirk das gleiche System durchgeführt werde. Über die Frage der Bewährung dieses Systems sei jedoch ein abschließendes Urteil noch nicht möglich.

Präsident Dr. S p i n d l e r beschäftigt sich mit den Fragen betreffend die Uniformierung der Beamten und den sich aus der Materialbeschaffung usw. ergebenden Schwierigkeiten.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h bemerkt hierzu, daß das Innenministerium auf dem Standpunkt stehe, daß dem Generalgouvernement allein die Verfügung über die Frage der Uniformierung seiner

Beamten

Beamten zustehe. Beamte, die sich im Reich die Uniform beschafften, seien auf keinerlei Schwierigkeiten gestoßen, da die Bestätigung des Generalgouvernements über die Notwendigkeit der Uniformbeschaffung als Ersatz des Bezugscheines gelte.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k bemerkt abschließend zur Uniformfrage, es solle sich jeder Beamte, soweit möglich, eine Uniform machen lassen.

SS-Obergruppenführer K r ü g e r hält eine grundsätzliche Klärung der Frage der Fahrpreisermäßigung für Angehörige von SS und Polizei für notwendig.

Gouverneur Dr. L a s c h erinnert daran, daß in der Verordnung des Herrn Generalgouverneurs betreffend die Einführung der Arbeitspflicht vorgesehen sei, daß Polen vom 18.Lebensjahr an zur Pflichtarbeit heranzuziehen seien. Erstrebenswert wäre aber auch eine Regelung für die Altersstufe von 14 bis 18 Jahren. Es sei die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß gerade die dieser Altersstufe angehörende Jugend der höheren Schulen eine Quelle des nationalen Widerstandes werden könnte.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k verfügt die Vorlage einer ergänzenden Verordnung, durch die die Arbeitspflicht auch auf die Jahrgänge vom 14. bis zum 18. Lebensjahr erstreckt wird.

28.

Abteilungsleitersitzung am 19. Januar 1940

...ppart.

29

4/1

(1 Original mit 2 Durchschlägen angefertigt)

A b t e i l u n g s l e i t e r - S i t z u n g.

Freitag, 19. Januar 1940, 10.30 Uhr.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Meine Herren! Wir treffen uns heute zur ersten Sitzung im neuen Jahre. Ich darf diesen Anlaß benützen, Ihnen meine besten Wünsche für Ihre Arbeit in diesem schweren und vielleicht entscheidenden Jahr unseres deutschen Schicksals auszusprechen.

Die Aufgaben, die der Führer dem Generalgouvernement gestellt hat, sind so umfangreich, so schwierig, so vielgestaltig, daß es eines Appells an Sie, sich dieser Schwierigkeit stets bewußt zu bleiben, nicht bedarf. Immerhin können wir sagen, daß ein erster Teil unserer Arbeit hier im Generalgouvernement abgeschlossen ist: der Rohaufbau unserer gesamten Verwaltungs- und Arbeitsorganisation.

Als wir vor wenig mehr als einem Vierteljahr darangingen, die von unseren Truppen eroberten polnischen Gebiete in die Macht- und Verwaltungshoheit des Reichs einzubeziehen, herrschte über Form und Durchführung dieser Aufgabe noch eine Vielfalt von Anschauungen und Erwägungen, die sich erst nach und nach zu ersten Formen und Umrissen klärten. Ein scharfer Querschnitt zieht sich durch das eroberte polnische Gelände: Die eine Hälfte etwa des an Deutschland gefallenen Gebiets wurde dem Deut-

schen Reich als integrierender Reichs- und Staatsbestandteil eingegliedert, mit allen Wirkungen einer solchen Eingliederung. So wurden Posen, Danzig, Westpreußen, große Teile von Oberschlesien deutsches Reichsgebiet. Die andere Hälfte des eroberten Geländes und deutschen Interessengebietes wurde formal nicht Reichsgebiet, aber doch in den Machtbereich des Gouvernements einbezogen.

So befinden wir uns in einem Uebergangsstatus. Noch ist nicht entschieden, welches das endgültige Schicksal des Gebiets des Generalgouvernements sein wird. Aber eins ist sicher: Aus der deutschen Machtsphäre wird dieses Gebiet nicht mehr entlassen werden.

Die endgültige Gestalt und Einbezogenheit dieses deutschen Interessengebiets in die deutsche Machthoheit liegt also in der Zukunft.

Das Generalgouvernement muß sich also ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich aus der geschichtlichen Entwicklung ergeben, sein Leben einrichten. Wir kennen bereits die Fülle von Problemen, die fortwährend aufsteigen. Diese Erkenntnis fordert gebieterisch, daß jeder von uns zunächst eine strenge Erziehungsarbeit an sich selbst leistet. Wir alle mußten schon umdenken lernen; wir mußten uns loslösen aus dem Reichsdenken, vor allem dem Reichs-Verwaltungsdenken, dem Parteidenken, um den eigenartigen Kolonialcharakter und -bereich unseres Generalgouvernements mit zielklarer Vorstellung zu erfassen. Wir stehen hier auf staats- und verwaltungsrechtlichem Neuland. Als ich vor wenigen Tagen, am 12. Januar, Gelegenheit hatte, dem Führer in einem zweistündigen Vortrag die

Lage und Entwicklungslinien des Generalgouvernements aufzuzeigen, war es mir doch erfreulich, die anerkennenden Worte zu hören, mit denen der Führer unsere Arbeit hier würdigte. Ich möchte nicht verfehlen, entsprechend seinem Auftrag in seinem Neujahrstelegramm an mich auch Ihnen die Anerkennung und Wünsche des Führers für Ihre Arbeit zu übermitteln.

Die Erziehungsarbeit, die wir in stetem Bemühen an uns selbst leisten, mußten wir auch auf gewisse Reichszentralstellen übertragen. Es ist selbstverständlich, daß die besondere Situation in diesem Ostgelände - hier Reichsgebiet, dort nicht Reichsgebiet - von den etwas schwerfälligen bürokratischen Zentralen der Reichsverwaltungs- Hierarchie nicht ganz so glatt bewältigt werden konnte und kann, wie es notwendig ist. Diese Zentralen gingen einfach von der Maxime aus: Man behandelt das Generalgouvernement als Bestandteil,oder aber als eine Art Kehrichthaufen des Reichs, je nachdem es für das Reich nützlich ist und unmittelbaren Vorteil verspricht,oder aber sich als unangenehme Last erweisen könnte. Im ersteren Fall sichert man sich mit aller Autorität die Beute; im zweiten Fall überläßt man die Sache mit großzügiger Geste und schmunzelnd dem Generalgouvernement.

Auch hier haben wir also Erziehungsarbeit zu leisten gehabt und noch zu leisten. Ich darf wohl sagen: Abgesehen von wenigen hartnäckigen Sündern, die es in letzter Zeit noch zu überwinden galt, hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß es durchaus im Vorteil des Deutschen Reichs liegt, wenn das General_ gouvernement unabhängig und neutral bleibt.

Doch auch unsere eigene grundsätzliche Einstellung zu diesem Gebiet hat sich gewandelt. Am 15. September 1939 erhielt ich den Auftrag, die Verwaltung der eroberten Ostgebiete aufzunehmen, mit dem Sonderbefehl, diesen Bereich als Kriegsgebiet und Beuteland rücksichtslos auszupowern, es in seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen Struktur sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen. Unter dem Einfluß der Erziehungsarbeit der letzten Monate hat sich diese Einstellung völlig gewandelt. Heute sieht man in dem Gebiet des Generalgouvernements einen wertvollen Bestandteil des deutschen Lebensraumes. Aus dem absoluten Zerstörungsprinzip ist der Grundsatz geworden, dieses Gebiet insoweit mit aller Förderung zu behandeln, als es dem Reich in seiner jetzigen Lage Vorteile zu bringen vermag. Eine wichtige Auswirkung dieses neuen Grundsatzes ist die Einführung des Vierjahresplans in diesem Gebiet, das damit ausgerichtet ist auf das gesamtdeutsche Ziel. Damit sind der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes neue Lebensmöglichkeiten erstanden. Es ist mir eine Pflicht, Ihnen zu danken dafür, daß Sie sich bei der Ueberwindung dieser Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt und soviel treue Kameradschaft bewiesen haben. Freilich, wir sind noch lange nicht durch; wir sind erst mitten im Aufbau begriffen. Es ist aber zu hoffen, daß wir wenigstens bis zum 1. April, wo die Etatisierung des Gebiets beginnen soll, mit dem Status unserer Verwaltung einigermaßen fertig sein werden.

Im Vordergrund unserer Arbeit stehen nun in aller Klarheit einige Probleme. Die Geschäftsverteilung muß planvoll aufgebaut werden. Die Zuständigkeiten, die gegenseitigen dienstli-

chen Beziehungen müssen in Form gebracht werden. Die Etatarbeiten müssen soweit gefördert werden, daß sie zum 1. April anlaufen können. Die Beziehungen zu den Reichsbehörden und der Abteilungen untereinander müssen ausgeklärt werden. Das Verhältnis des Generalgouvernements als Zivilverwaltungssektor zu den Dienststellen des Heeres hat inzwischen bereits eine erfreuliche Klärung erfahren.

Darüber hinaus aber erheben sich einige Probleme, die besonders vordringlich sind. Ich meine damit vor allem das in diesen letzten Wochen und Tagen immer schwieriger, ja geradezu katastrophal gewordene Verhältnis von Preis, Lohn und Währung. Wir stehen hier mitten in einer Krise, die wir nur mit äußerster Energie, mit einer taktischen Wendigkeit höchsten Grades werden meistern können. Zu diesem Zweck habe ich schon gestern zwei versierte polnische Bankfachleute empfangen. Unsere Stellung zu dem ganzen Problem kann nur folgende sein: Wir wollen der polnischen Bevölkerung eine Chance geben, die polnische Währung in Ordnung zu bringen, obwohl nicht das Deutsche Reich und Volk für das Absacken der polnischen Währung verantwortlich sind, sondern einzig und allein die Mißwirtschaft der polnischen Regierung, die das polnische Gold auf der Flucht mitnahm. Daher ist es zu allererst Aufgabe der Polen selbst, sich im Wege der Selbsthilfe, der wir unseren Schutz gewähren werden, die Währung sicherzustellen. Ich lehne es ab, etwa aus der Zloty-Krise eine allgemeine politische Krisis in diesem Lande werden zu lassen. Dabei muß naturgemäß verhindert werden, daß die Einkommen der im Generalgouvernement lebenden Deutschen,

der Beamten, Angestellten, Soldaten, in die Zloty-Krise mit hineingerissen werden. Zu diesem Zweck werden wir in zunehmendem Maße die Selbstversorgung der Behörden in die Wege leiten müssen. Der deutsche Beamte, Angestellte und Soldat muß mit den Geldmitteln, die ihm zur Verfügung stehen, den notwendigen Lebensbedarf decken können. Diese Aufgabe muß von den zuständigen Abteilungen mit tunlichster Beschleunigung gelöst werden. Im übrigen bin ich in diesem Punkte optimistisch. Es wird uns, glaube ich, gelingen, den Zloty-Kurs einigermaßen zu halten. Es wird gelingen, dem jüdischen Preiswucher Einhalt zu gebieten. Unsere Polizei wird mit dem gebührenden Nachdruck, durch Abschreckungsmittel aller Art, Aufhängen von Juden an öffentlichen Marktplätzen usw. dem jüdischen Hamster- und Wuchertrieb das Handwerk legen. Hier gilt es, der deutschen Autorität mit jedem geeigneten Mittel zum Siege zu verhelfen.

Ein zweites, schweres und ernstes Problem ist die Kohlenversorgung. Besonders schlimm ist die Lage in einer Großstadt wie Warschau. Warschau hatte zu Beginn des Polenkrieges 1,4 Millionen Einwohner. Seitdem hat ein ununterbrochener Zustrom von Flüchtlingen eingesetzt, und Warschau hat heute 1,8 Millionen Einwohner, also fast eine halbe Million mehr. Die Wohnungsnot ist ungeheuer; bis zu 50 Personen wohnen in einer Fünfzimmerwohnung. Die Zustände sind schauerlich. Aber die Leute leben immer noch lieber in Warschau und fühlen sich dort einigermaßen geborgen, als isoliert auf dem Lande. Der Kohlenvorrat Warschaus war vor drei Tagen auf 700 Tonnen Steinkohlen zusammengeschrumpft, und der Gouverneur Fischer sah sich gezwungen, die Bäckereien usw. zu schließen.

Das Kohlenproblem hängt nun naturgemäß eng zusammen mit dem Transportproblem. Kohlen- und Transportproblem hängen andererseits wieder zusammen mit dem Ernährungsproblem. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir im Generalgouvernement dazu nur sehr wenig tun können. Glücklicherweise können wir die Frage der Kohlenversorgung als gelöst betrachten. Nach einem Bericht, den mir der Leiter meiner Dienststelle für den Vierjahresplan, Generalmajor Bührmann, gestern erstattet hat, kann die Kohlenversorgung des Generalgouvernements nunmehr als völlig gesichert angesehen werden. Die Grube Dombrowa wird monatlich fast 400 000 t bester Steinkohle zur Verfügung stellen. Wir können somit die Kohlenversorgung als gelöst ansehen, sofern es gelingt, daß wir den Dombrowaer Steinkohlenbezirk als Zoll- und Arbeitsinland betrachten können, sodaß wir die Kohlenarbeiter auf der Grundlage des Lohnniveaus des Generalgouvernements beschäftigen können.

Schwieriger liegt das Transportproblem. Hier müssen wir nun jede Hoffnung aufgeben, daß die Eisenbahntransportlage sich in absehbarer Zeit bessern wird. Die Transportlage hat ja auch im Reich ungewöhnlich schädliche Ausmaße angenommen. Die Deutsche Reichsbahn betrachtet das Gouvernement immer noch als Reservoir für ihre Bedürfnisse. Sie hat in den letzten acht Wochen wiederum 430 Lokomotiven aus dem Bereich des Generalgouvernements zur Deckung der dringendsten Bedürfnisse des Reichs weggeholt. Der Bestand der Ostbahn im Generalgouvernement an Lokomotiven einschließlich Betriebs-, Rangier- und Schmalspurlokomotiven beziffert sich auf insgesamt 912. Das ist für den Gesamtbedarf des Gouvernements mit 100 000 qkm

ein ungeheures Minimum. Der Präsident unserer Ostbahn hat angesichts dieser Sachlage die Verhandlungen mit Berlin mit dem nötigen Nachdruck geführt. Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben. Trotzdem werden wir uns gezwungen sehen, den Personenverkehr im Generalgouvernement schon in der nächsten Zeit mehr und mehr zu drosseln und wir werden alle Maßnahmen ergreifen, die unerläßlich sind. Dabei verstoßen wir gewiß gegen die Interessen unserer Finanzen. Aber das kann ich nicht ändern. ~~Aber~~ Zunächst gilt es, für die Bedürfnisse des Generalgouvernements an Kohle und Lebensmitteln den Transport unbedingt sicherzustellen. Man darf nicht vergessen, daß wir bis zur Ernte 1940 aus dem Reich noch über 140 000 Tonnen Getreide einführen müssen, um die Ernährung der Bevölkerung des Generalgouvernements nur einigermaßen sicherzustellen. Dazu kommen noch die Bedürfnisse des Vierjahresplans, und das bedeutet in der gegenwärtigen Lage: die Bedürfnisse der deutschen Westfront nach den im Generalgouvernement hergestellten wehrwichtigsten Gegenständen: Munition, Waffen usw. Darüber hinaus muß der Durchtransport der Sowjetlieferungen an Getreide, Oel usw. sichergestellt werden. Berücksichtigt man hierzu noch die katastrophale Wetterlage der letzten Tage, wo die Züge bis zu 12 und 14 Stunden Verspätungen haben, wo die Kohlenzüge in Serien die Strecken belasten und vielfach nicht mehr weitergefahren werden können, weil keine Lokomotiven zur Hand sind, daß die Züge vielfach im Schnee steckenbleiben, dann zeigt das alles zur Genüge, daß die Transportlage im Generalgouvernement der schärfsten Aufmerksamkeit bedarf. Wir werden aber auch diese

Schwierigkeiten meistern, und ich hoffe, es wird uns gelingen, das notwendige Lokomotivmaterial zu erhalten. In diesem Zusammenhang wird Sie interessieren: Tagtäglich nehmen wir an dem ersten großen Umschlagplatz in Przemysl Oel und Getreide aus der Sowjetunion herein. Das sind Zufuhren, die für das Reich heute von entscheidender Bedeutung sind. Es ist eine wahre Freude, in diesem einen Punkt festzustellen, wie die englische Blockade völlig absurd wird.

Die Gesamtsituation bringt es mit sich, ja sie fordert es gebieterisch, daß die Umsiedlungsaktion zunächst bis in den März hinein völlig eingestellt wird. Ich habe bei allen verantwortlichen Stellen auf die absolute Unmöglichkeit hingewiesen, das Problem der Rückführung der Polen in den eigentlichen polnischen Siedlungsraum in der bisher geplanten Form zu lösen. Die Vertagung der Umsiedlungsaktion wird uns erlauben, die Methoden der Umsiedlung so zu verbessern, daß die Mißstände ausgemerzt werden, die auf diesem Gebiet in den letzten Wochen zu beobachten wären. Die Umsiedlung wird dann im März oder April unter weit günstigeren Bedingungen wieder einsetzen können.

Ein sehr erfreuliches positives Moment in dieser schweren Zeit ist die Rückführung der Wolhynien-Deutschen. Es ist für das Generalgouvernement eine hohe Ehre und eine freudig erfüllte Pflicht gewesen, diesen herrlichen deutschen Menschen die Rückkehr in die Heimat als ersten ermöglicht zu haben. Die Betreuung des wolhyniendeutschen Volkstums ist für jeden von uns eine beglückende Aufgabe. Hier kehrt bestes deutsches Bauernblut in die deutsche Heimat zurück. Wenn der Polenkrieg

keinen anderen Segen gebracht hätte als die Rückführung von weit über eine Viertelmillion wertvoller Deutscher, so wäre das allein schon Segen und Gewinn gewesen.

Freilich müssen wir mit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Siedlungsaktion weiterhin einige peinliche Fragen erörtern. Man hat uns hier trotz heftigen Widerstandes und langen Sträubens eine societas leonina, einen unglaublichen Benachteiligungsvertrag aufgezwungen. Wir werden wohl 60 000 Flüchtlinge aus der Sowjetunion übernehmen müssen, dürfen aber nur 14 000 hinüberliefern. Es bleibt nur die Hoffnung, es möge dem Gouverneur Wächter, den ich zum Chef unserer Kommission für diese Fragen ernannt habe, und seinen Mitarbeitern gelingen, durch rigorose Handhabung des uns von Rußland zugesprochenen Aussiedlungsrechts die Angelegenheit dilatorisch zu behandeln und zu verhindern, daß die Sowjetrussen uns nicht wieder jene Juden, Zigeuner und Polacken ins Land hereinlotsen, die wir mit Glück und Schläue hinausgeworfen hatten.

Entscheidend wichtig ist nunmehr auch der Neuaufbau der Produktion im Generalgouvernement. Bisher stand der Gedanke im Vordergrund, das Land hier als Beuteland zu betrachten. Aber dieses Stadium ist nunmehr abgeschlossen. Jetzt gilt es, aus den Urelementen eine neue Produktion aufzubauen und dieser Produktion in den Dienst des Reiches zu stellen. Der Führer hat neuerdings die Kapazität der Rüstungsindustrie vervierfacht. Das bedeutet: Wenn eine Munitionsfabrik 1.J.1939 eine Produktionsziffer X hatte, so muß sie 1940 die Zahl 4 X erreichen. Für das Generalgouvernement bedeutet das, die Produktion, die wir in diesem Lande nunmehr aufbauen müssen, hat sich in entsprechender Entwick-

lung zu bewegen. Die Werke haben also zu schuften und zu arbeiten. Den Polen, die in die Betriebe hineingestellt werden, muß Hören und Sehen vergehen, sodaß sie vor lauter Arbeit - disziplinierter Arbeit! - zu Sabotageakten gar nicht mehr kommen. Wir wollen die Erzförderung auf fast eine halbe Million Tonnen, die Förderung an Oel auf fast 280 000 Tonnen bringen. Das sind keine Phantasieziffern, sondern erreichbare Zahlen. Auch in allen anderen Fabriken wollen wir den Leistungsgrad steigern.

Doch dazu ein ernstes Wort! Soll dieses Programm durchgeführt werden, dann müssen die Betriebe eine bevorzugte Behandlung erfahren. Zu diesem Zweck hat die Dienststelle für den Vierjahresplan in Verbindung mit der zuständigen Abteilung des Generalgouvernements einen großzügigen Plan zur förderlichen Behandlung der in diesen Betrieben tätigen Arbeiterschaft aufgestellt. Dieser Plan umfaßt auch die Versorgung der Arbeiterschaft dieser Betriebe mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln. Die Betriebe, die in die Kategorie A des Vierjahresplans eingereiht sind - es sind rund 60 -, werden mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln in einer Weise beliefert, daß wir ohne Lohnsteigerung imstande sind, den Arbeitern den Reallohn zu gewährleisten. Die Arbeiter sollen sich für die 10 bis 12 Zloty, die sie täglich verdienen, alles das kaufen können, was sie zum Lebensunterhalt dringend brauchen. Ich darf alle Abteilungen bitten, mir dabei zu helfen, daß ich dem Wunsch und Befehl des Führers und Generalfeldmarschalls voll und ganz entsprechen kann. Dieser Befehl geht dahin, für die deutsche Wehrwirtschaft herauszuholen, was überhaupt herauszuholen ist. Mein Verhältnis

zu den Polen ist dabei das Verhältnis zwischen Ameise und Blattlaus. Wenn ich den Polen förderlich behandele, ihn sozusagen freundlich kitzele, so tue ich das in der Erwartung, daß mir seine Arbeitsleistung zugute kommt. Hier handelt es sich nicht um ein politisches, sondern um ein rein taktisch-technisches Problem. Wir müssen dafür sorgen, daß die Betriebe der Kategorie A in jeder Hinsicht eine Ausnahmebehandlung erfahren. Wir sind bereit, der polnischen Arbeiterschaft, wenn sie sich loyal im Dienste des Reichs betätigt, das Leben und alles, was damit zusammenhängt, sicherzustellen und zu gewährleisten. Ich darf Sie bitten, diese Behandlungsrichtlinie überall einzuhalten und auch den unteren Organen einzuschärfen. Ich wäre dankbar, wenn auch die Abteilung Propaganda in ihrem Bereich etwas zur Hebung der seelischen Situation dieser Arbeiter täte, durch Bücher, Filme und überhaupt Unterhaltung aller Art. Der Nutzen kommt ja unmittelbar immer uns, den Deutschen, zugute. Wo trotz aller dieser Maßnahmen die Leistung nicht steigt oder wo der geringste Akt mir Anlaß gibt, einzuschreiten, würde ich allerdings auch vor drakonischen Maßnahmen nicht zurückschrecken.

Ich komme nunmehr zu einigen kleineren Bemerkungen.

Die Dienststelle für den Vierjahresplan ist völlig getrennt von dem Amt des Generalgouverneurs. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, insoweit genau dieselbe Scheidung vorzunehmen wie im Verhältnis zwischen Reichsregierung und dem Beauftragten für den Vierjahresplan. Ich habe als Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan diese Stelle im Generalgouvernement errichtet. Die Dienststelle für den Vierjahresplan hat die wehrwirt-

schaftliche Führung dieses Gebiets in die Hand genommen. Sie arbeitet schon seit geraumer Zeit; nunmehr wird sie ihre Arbeit wesentlich intensivieren. Ich habe der Dienststelle zur Pflicht gemacht, daß sie auf das engste mit den Abteilungen des Amtes des Generalgouverneurs zusammen arbeitet. Diese Zusammenarbeit ist umso unerläßlicher, weil die Dienststelle für den Vierjahresplan auf die Mitwirkung des Behördensektors des Generalgouvernements geradezu angewiesen ist. Das ganze Gesetzgebungs- und Verordnungsrecht liegt beim Generalgouverneur. Die Dienststelle für den Vierjahresplan muß alle ihre beabsichtigten Maßnahmen und Anordnungen legislativ über den Sektor des Generalgouvernements leiten. Der Dienststelle liegt nichts ferner als etwa die Absicht, eine Art Nebenregierung im Lande aufzurichten. Umgekehrt wäre ich dankbar, wenn alle Abteilungsleiter der Dienststelle, die nunmehr eine ungeheure Verantwortung zu tragen hat, mit allem Verständnis und mit der größten Arbeitsbereitschaft entgegen kämen. Was das Verordnungswesen betrifft, so bitte ich Sie alle, der Einrichtung, die OLGR Dr. Weh auf meinen Befehl geschaffen hat, ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist für mich als Generalgouverneur immer schwierig, Entwürfe, die mir einzelne Abteilungsleiter bringen, zurückleiten zu müssen; denn solche Entwürfe können mir grundsätzlich nur durch den OLGR Dr. Weh vorgelegt werden. In der Gesetzgebung und im Verordnungswesen ist auf einheitliche Gesetzgebung das größte Gewicht zu legen. Es gilt, eine klare Gesetzessprache für alle Abteilungen zu schaffen. Das kann nur von einer zentralen Stelle aus geschehen. Das Gewicht und die Präzisionskraft der einzelnen Verordnungen können dadurch nur gefördert werden. Ich darf

daher die Herren Abteilungsleiter bitten, ihre Verordnungsentwürfe künftig nur durch Dr. Weh vorlegen zu lassen. Das soll nicht heißen, daß ich etwa nicht bereit wäre, mit jedem einzelnen von Ihnen über den Inhalt einer Verordnung im status nascendi zu sprechen. Dr. Weh hat überdies nicht die Befugnis, sachliche Aenderungen anzubringen oder den Inhalt eines Entwurfs irgendwie umzubiegen. Seine Aufgabe ist im wesentlichen, die Sicherstellung der formalen Elemente und der Rechtsausgeglichenheit unseres legislativen Apparates.

Reichsminister Seyß-Inquart als mein Stellvertreter hat von mir seine Funktionen erhalten. Zunächst ist er für den Fall meiner Abwesenheit oder Verhinderung mein Vertreter. Diese Vertretungsbefugnis hat er auch schon wiederholt ausgeübt. Zweitens aber hat er in meinem Namen Sonderaufträge durchzuführen, die ich ihm gegebenenfalls erteile. Ich weise ihm bestimmte Komplexe zu mit dem Ersuchen, die Sachlage zu klären und mir darüber Vortrag zu halten.

Im übrigen aber bitte ich Sie, dem Amtschef Min.Dir. Dr. Bühler als den unmittelbar mit Ihnen zusammen arbeitenden Leiter des Gesamtbereichs der Verwaltung des Generalgouvernements anzusehen, der mir und meinem Stellvertreter unmittelbar unterstellt ist. Ich muß Sie daher bitten, künftig Entwürfe und Planungen immer zuvor mit dem Amtschef MinDir. Dr. Bühler zu besprechen, ehe Sie sie mir vortragen. Gleiches gilt in Angelegenheiten der Polizei für den höheren Polizeiführer, SS-Obergruppenführer Krüger. Die Autorität des Amtes wird repräsentiert durch den Amtschef, der als solcher vom Führer eingesetzt ist und daher auch die Autorität der gesamten Verwaltung zu repräsentieren hat.

Im übrigen habe ich bei der Einteilung der Abteilungen allen Herren das Entgegenkommen gezeigt, das sie erwarten durften. Ich kann mich von dem Vorwurf freisprechen, daß ich den Bedürfnissen eines Verwaltungszweiges nicht entsprochen hätte. Jeder Herr hat nunmehr den Rang eines Abteilungsleiters; jeder leitet einen Sektor und arbeitet so verantwortlich mit am Schicksal des Generalgouvernements. Die Rangordnung entspricht völlig dem dienstlichen Charakter der Obliegenheiten der einzelnen Herren. Hierbei lassen sich naturgemäß gewisse Schemata nicht ganz vermeiden. Es ist klar, daß eine kollegiale, kameradschaftliche Gleichgeordnetheit da sein muß. Man kann nicht alles an starre Schemen binden. Die Hauptsache ist, daß in jedem einzelnen Fall der Gerechtigkeit zum Siege verholfen wird. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, meine Herren, wenn Sie mir dabei nach Kräften helfen würden, damit wir uns nach und nach zu einer zweckmäßigen, klaren, aufgeschlossenen Kameradschaft emporsteigern. Die Zeit ist sehr ernst. Wir stehen vor einem ungeheuren Aufbruch des deutschen Schicksals, sodaß es mir eigentlich peinlich ist, davon zu sprechen. Ich werde aber nie mehr darauf zu sprechen kommen. Ich hoffe, daß in allen diesen Angelegenheiten das Taktgefühl herrscht. Entscheidend ist nicht der Platz an der Tafel, sondern der Platz im Leben. Und hier kann ich nur sagen: Es ist mir eine Freude, Ihnen dienstlich vorgesetzt zu sein. So können wir in dieses neue, junge Jahr eintreten zu frischer Arbeit. Von meiner Seite wird alles geschehen, um Ihnen diese Arbeit zu erleichtern. Ich erwarte aber auch von Ihnen das Vertrauen, das unerläßlich ist zu fruchtbarer Arbeit.

⚡⚡ Obergruppenführer K r ü g e r: Die Aufgaben der ⚡⚡ und Polizei im Generalgouvernement liegen fest und sind bekannt. Ueber Organisation, Gliederung und Einsatz ist Neues seit der letzten Sitzung nicht zu berichten, außer daß, was die Herren Distriktchefs interessiert, einzelne Bataillone der Ordnungspolizei im Augenblick in Ablösung begriffen sind. Im Hinblick auf die schwierige Ernährungslage müssen wir heute mehr denn je gegen das Verbrechertum kämpfen. Die Aufgabe der Polizei wird immer schwieriger. Dazu kommt noch der unheilvolle Einfluß der Witterungsverhältnisse. Es ist heute recht schwer geworden, mit den gegenwärtigen Bahnverbindungen und auf den übrigen Wegen vorwärts zu kommen. Die einzelnen Bataillone oder Einheiten sind heute mehr oder weniger bei Aktionen in ihrem Raum auf sich selbst angewiesen. Wir können in der Regel nur grundsätzliche Direktiven geben, sofern die Nachrichtenübermittlung die Möglichkeit bietet, von der Zentrale aus den Einsatz zu lenken.

Inzwischen ist auch der Aufbau und Einsatz der polnischen Polizei soweit durchgeführt, daß man sich von ihrer Tätigkeit Nutzen versprechen darf. Die polnische Polizei hat sich bereits bei einigen Aktionen bewährt. Die polnische Polizei wurde bei den letzten Fahrten in die Distrikte herangezogen. Bisher war die polnische Polizei sozusagen auf sich selbst gestellt und bis zu einer gewissen Spitze nach außen hin auch eine rein polnische Institution. Es gab auch polnische Kommandeurstellen. Diese Regelung ist aber inzwischen aufgehoben worden. Der Befehlshaber der Ordnungspolizei hat eine Anweisung erlassen, daß an der Spitze der polnischen Polizei ein Kommandeur der Ordnungs-

polizei steht. Nunmehr werden die unteren Organe der polnischen Polizei unter Führung deutscher Polizeioffiziere eingesetzt. Ferner wird nunmehr die Organisation der Zwischenstationen bei den Kreishauptmännern grundsätzlich von Berlin aus zentral geregelt. Ich habe seinerzeit geltend gemacht, daß ein Kreishauptmann nicht in der Lage ist, sein ganzes Gebiet mit einer Gendarmeriestation von 25 Mann zu betreuen. Nunmehr sind innerhalb des Kreises Stationen errichtet. Diese Gendarmerieposten ziehen jetzt auf und kommen zur Unterstützung unter den Befehl des Kreishauptmanns.

Sehr am Herzen liegen uns die verschiedenen Umsiedlungen. Wir haben zurzeit nicht mit einer oder zwei, sondern mit sechs Umsiedlungen zu rechnen, die im Laufe des Jahres 1940 durchgeführt werden müssen. Die erste Umsiedlung galt dem Abschub von Polen und Juden aus den Reichsgebieten ins Generalgouvernement; sie setzte in der ersten Dezemberwoche des vorigen Jahres ein. Man kann hier, wenn man es kritisch betrachtet, nicht von einer Umsiedlung im eigentlichen Sinne sprechen, sondern von einer Aktion, die aus einer Notlage herausgeboren war. Wir übernahmen seinerzeit die Balten, die möglichst schnell in den Ostgebieten untergebracht werden mußten. Die Dienststellen waren gezwungen, in sehr kurzer Zeit über 80 000 Polen und Juden aus diesen Ostgebieten des Reichs herauszuschieben und hier im Generalgouvernement unterzubringen, um die dortigen Räume von Polen und Juden freizumachen. Das Unternehmen gestaltete sich in mehrfacher Hinsicht äußerst schwierig. Außer diesen 80 000 Polen und Juden, die ins Generalgouvernement hereinkommen sollten, wurden auf illegalem Wege weitere 30 000 Polen und Juden hereingeschoben.

Wenn die Durchführung dieser Aktion einigermaßen gelang, so ist das nur der intensiven Tätigkeit aller beteiligten Stellen des Generalgouvernements zu verdanken. Bei allen Umsiedlungsaktionen müssen selbstverständlich in erster Linie jene Dienststellen gehört werden, die diese Menschenmassen aufnehmen und lenken müssen. Denn hier handelt es sich um eine moderne Völkerwanderung. Dies haben die Zentralstellen Berlin in Verkennung der besonderen Verhältnisse im Generalgouvernement leider vielfach übersehen. So kam es, daß der Abschub teilweise auf große Schwierigkeiten stieß. Ich habe von den Herren Distriktchefs und meinen eigenen Mitarbeitern, den Befehlshabern der Ordnungs- und Sicherheitspolizei ein umfangreiches Erfahrungsmaterial über die Fehler und Mängel gesammelt, die festzustellen waren. Diese Mängel werden in Zukunft, wie ich annehmen darf, abgestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur teilte vorhin mit, daß der sogenannte Fernplan, der mit dem 15. Januar beginnen sollte, zunächst auf den 1. März zurückgestellt wurde. Nach dem Teil I dieses Fernplans sollen aus den östlichen Reichsgebietsteilen 600 000 Juden zunächst in das Generalgouvernement gebracht werden. Von diesen 600 000 Juden sollen vorweg 40 000 sofort übernommen werden. Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei, der die technische Durchführung dieser Aufgabe in der Hand hat, hat sich bereits mit den beteiligten Distriktchefs in Verbindung gesetzt. Es handelt sich um die Distrikte Krakau und Radom. Diese beiden Distrikte würden bei den weiteren Abschüben von Juden jeweils um 20 000 Juden weniger erhalten.

Unabhängig hiervon läuft der Umsiedlungsvertrag mit Sowjetrußland, also das Durchschieben der Wolhynien-Deutschen durch unser Gebiet. Die ersten Transporte von Wolhynien-Deutschen wurden kurz vor Weihnachten durchgeleitet. Ich hatte Gelegenheit, an mehreren Stellen den Durchgang der Wolhynien-Deutschen in Eisenbahntransporten oder Fußmarsch zu beobachten. Ich kann nur sagen: Wir können uns nur dankbar darüber freuen, dieses herrliche Menschenmaterial für das Reich zu gewinnen. Diese Menschen sind bei einer Kälte von 30 Grad nach Märschen von fünf bis sechs Tagen vollkommen frisch und gesund über die Grenze des Generalgouvernements gekommen. Sie waren alle voll Freude und Begeisterung darüber, daß sie nun in die alte Heimat zurückkehren konnten. Was die eingesetzten Kräfte der ᛋᛋ, Polizei, der NSV und der Aerzte zur Unterstützung der Wolhynien-Deutschen geleistet haben, ist über jedes Lob erhaben. Diese Kräfte mußten jeden Augenblick einsatzbereit sein. Meist rollte der Transport schon eine halbe Stunde später an, nachdem er uns signalisiert worden war. Die Wolhynien-Deutschen waren gewöhnlich in den großen russischen Viehwagen, teilweise in den ungeheizten Personenwagen untergebracht. Sie waren auf der langen Reise vollkommen durchgefroren, ohne Nahrung und Getränk. In dieser Verfassung kamen die Menschen an der Grenze des Generalgouvernements an. Unter den Wolhynien-Deutschen sind auch alte Leute, Frauen und Männer bis zu 80 und 85 Jahren; es sind aber auch Kinder und Säuglinge darunter. Die Leute werden auf den Bahnhöfen von der SS und Polizei ausgeladen, in die Unterkunftsräume abgeschoben. Dort werden sie verpflegt, erhalten heiße Getränke und können sich kurze Zeit ausruhen. Denn wenn möglich

werden die Leute schon am gleichen Tage wieder verladen und in deutschen Transporten weiterbefördert. Sehr ungünstig hat sich bei diesen Aktionen der Mangel an Transportmitteln ausgewirkt. Die Reichsbahndirektion Ost hat, das muß man anerkennen, von sich aus alles getan, um den Durchzug der Wolhynien-Deutschen möglichst zu beschleunigen. Sie hat bei dem geringen Material an Maschinen, Lokomotiven und Waggons das Menschenmögliche geleistet. Natürlich konnte unter diesen Umständen nicht alles so zeitgerecht durchgeführt werden, wie wir es selbst im Interesse der Wolhynien-Deutschen wünschten. Aber auch hier ist schon Besserung geschaffen und man kann sagen, daß wir heute schon zwei Drittel der Wolhynien-Deutschen durchgeschleust haben. Wir haben noch mit 30 bis 35 000 Wolhynien-Deutschen zu rechnen. Die Wolhynien-Deutschen wurden zunächst im sogenannten Durchgangslager Lodsch aufgenommen. Dort werden sie registriert und ärztlich untersucht. Dann werden sie nach der Reichsgrenze abgeschoben, wo sie in Quarantänelager kommen und unter ärztlicher Betreuung etwa vier Wochen bleiben müssen.

Der zweite Teil des Umsiedlungsvertrags mit Sowjetrußland ist noch nicht durchgeführt. Sowjetrußland hat sich verpflichtet, seinerseits eine größere Zahl von in Polen angesiedelten Weißrussen und Ukrainern zu übernehmen. Die Delegierten der russischen Umsiedlungskommission sitzen auf unserem Gebiet und tun ihr Möglichstes, um die hier angesiedelten Ukrainer nach Rußland zu bekommen. Sie können est dann mit ihrer Arbeit beginnen, wenn unsere Wolhynien-Deutschen durchgeschleust sind. Ueber das bisherige Ergebnis der Werbung der russischen Delegierten kann ich nichts sagen; Zahlenmaterial hierüber liegt nicht

vor. Soviel mir aber bisher bekannt ist, ist der Erfolg der russischen Werbeaktion minimal. Die russischen Hoffnungen werden sich jedenfalls nicht erfüllen, daß etwa 1 Million Weißrussen und Ukrainer nach Rußland übersiedeln. Offenbar haben die Weißrussen und Ukrainer den Geschmack daran verloren, nach Rußland überzudiedeln.

Nach einer weiteren Vereinbarung mit Moskau sollen 60 000 Polen von uns aufgenommen und im Generalgouvernement untergebracht werden. Es handelt sich um Polen, die hier beheimatet sind. Rußland nimmt als Gegenleistung Polen, die im russischen Interessengebiet beheimatet sind, wieder ab. Diese Zahl wird auf 14 000 geschätzt. Die Leitung der ganzen Flüchtlingsaktion liegt in der Hand des Distriktchefs Dr. Wächter, der von einigen Herren der Ordnungspolizei und einigen anderen Delegierten unterstützt wird.

Unabhängig von diesen Umsiedlungsaktionen sollen im Frühjahr weiterhin diejenigen Volksdeutschen ausgesiedelt werden, die östlich der Weichsel beheimatet sind. Es handelt sich hier vor allem um Bewohner des Gebiets der Schwarzen Erde. Diese Volksdeutschen, schätzungsweise 30 000, werden im April ins Reich gehen und dort angesiedelt werden.

Eine weitere Umsiedlung findet innerhalb des Generalgouvernements statt. Hier handelt es sich praktisch um eine Forderung der Wehrmacht im Hinblick auf die geplante Ostverteidigung. Zu diesem Zweck werden Räume freigemacht, die insgesamt etwa 190 000 ha ausmachen und im Generalgouvernement auf verschiedene Plätze verteilt sind. Diese Plätze liegen grundsätzlich fest. Ich schätze die Zahl der Personen, die zunächst

ausgesiedelt werden müssen, auf etwa 120 000. Diese Leute müssen in den Restgebieten des Generalgouvernements untergebracht werden.

Eine weitere Aktion entspringt dem Bedürfnis des Reichs, eine erkleckliche Zahl von Landarbeitern und Landarbeiterinnen, aber auch von Industriearbeitern aus dem Generalgouvernement zu erhalten. Die Gesamtzahl dieser Arbeitskräfte, die an das Reich abgegeben werden sollen, beläuft sich nach meiner Kenntnis auf rund 1 Million.

Alle diese Umsiedlungsaktionen erfordern naturgemäß schwere Arbeit und den äußersten Einsatz der Kräfte der SS und Polizei. Sie erfordern weiterhin auch von den zuständigen Stellen des Generalgouvernements und der Distrikte eine ungeheure Arbeitsleistung. Gerade bei den Distrikten liegt die Hauptlast der Arbeit.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Herr Präsident Lenk, können Sie uns mitteilen, wie groß die Zahl der vom Reich angeforderten Arbeitskräfte ist?

Senatspräsident L e n k: Bisher sind 1,2 Millionen in Aussicht genommen. Ob diese Zahl erreicht werden kann, steht noch nicht fest, ist jedenfalls fraglich. Wir wollen uns alle Mühe geben. Ich hatte gestern eine Besprechung mit den Landesarbeitsämtern. Es wurde ein Plan aufgestellt, um die Aktion einheitlich durchführen zu können. Jedenfalls hoffen wir, eine möglichst hohe Zahl von polnischen Arbeitskräften in das Reich zu bekommen. Fraglich ist indes, ob die Million erreichbar ist.

Wir wollen die Aktion sofort beginnen; wir wollen auch mit der Propaganda sofort einsetzen, damit wir den Transportschwierigkeiten rechtzeitig begegnen oder ausweichen können. Es werden Plakate angeschlagen werden, in den einzelnen Arbeitsämtern wird die Propaganda einsetzen. Wir hoffen, daß die Transporte noch im Februar anlaufen können.

Präsident Beck: Den Herren ist die schwierige Betriebslage der Reichsbahn im Altreich bekannt. Die mißliche Situation hat ihre Rückwirkungen naturgemäß auch auf uns im Generalgouvernement gehabt. Verschlimmert wurde die Lage durch die zahlreichen Urlaubertransporte, die zu Weihnachten durchgeführt werden mußten. Dazu kam noch ein sehr starker Weihnachtsverkehr. Der Kälteeinbruch führte dann dazu, daß wir in Deutschland an manchen Tagen bis zu 1000 Zügen abbestellen mußten, Das war notwendig bei dem ungeheuren Mangel an Loks, Personal und aus vielen anderen Gründen. Der Zustand wurde nachgerade unhaltbar. In dieser Lage trat die Deutsche Reichsbahn an uns heran, um von uns zu holen, was wir geben konnten. Wir haben Lokomotiven abgegeben, und zwar in einer kaum mehr tragbaren Zahl. Wir haben im Generalgouvernement nur noch 640 Lokomotiven, die bedingt lauffähig sind. Darunter können wir nur noch 480 Lokomotiven für den Zugverkehr benützen. Wir haben bisher 500 Personenzüge und 300 Güterzüge täglich zu fahren gehabt. Und seit Neujahr haben wir im Reiseverkehr Einschränkungen bis zu 25% vorgenommen. Wir beabsichtigten, bis zum 21. Januar noch einen gewissen Reiseverkehr zuzulassen. An sich liegen die Schwierigkeiten bei uns genau wie im Altreich: Mangel an Lok, Mangel an Lok-Umlauf.

Wenn nämlich Züge stecken bleiben, aus irgendeinem Grund nicht weiterkommen, dann steigt die Zahl der fehlenden Lok progressiv. An sich ist der Lok-Mangel effektiv nicht so groß, wie er sich auswirkt. Es ist heute so weit, daß das Personal nicht regelmäßig abgelöst werden kann. Dieser Zustand ist auf die Dauer untragbar, weil hier Gefahren heraufbeschworen werden, denen man schwer begegnen kann. Wir haben versucht, aus Oppeln Lokomotiven zu erhalten, um die Kohlenzüge fahren zu können. Aber es wurde uns erklärt, man habe dort selbst 200 Züge stehen und könne sie nicht fahren. Häufig verstopfen die Züge unterwegs die Gleise. Dann können andere Züge nicht vorfahren, und es tritt eine allgemeine Zerrüttung des Verkehrs ein. Wir hatten bis zu 40 Züge auf den Strecken stehen, hauptsächlich auf der Strecke Czenstochau-Warschau. Der Bahnhof Czenstochau ist in einer ungeheuer schlechten Verfassung. Dies gilt auch von anderen polnischen Bahnhöfen.

Kurz gesagt: Wir sind im Generalgouvernement in derselben schlimmen Lage wie das Altreich; vielleicht sind wir noch etwas besser dran. Selbstverständlich werden wir alles tun, um die Kohlen- und Lebensmittelzüge, vor allem aber die Vierjahresplan-Züge zu fahren. Alles andere muß dahinter zurücktreten. Wir müssen den Reiseverkehr bis zum Äußersten drosseln. Ich darf erwarten, daß die Herren hier das nötige Verständnis für diese extreme Lage aufbringen. Wir sind daran, noch radikalere Maßnahmen zu treffen. So ist daran gedacht, den Juden überhaupt das Reisen mit der Bahn zu verbieten. Gerade die Juden reisen sehr viel herum. Die Juden verschleppen das Fleckfieber, die Läuse und alles andere Ungeziefer.

Ich sagte schon: Das Personal ist jetzt schon bis aufs äußerste beansprucht und erschöpft. Wir leiden aber auch sehr stark unter dem schlechten Fernmeldewesen. Es ist uns bisher nicht gelungen, den Bahnfernmeldeapparat zu reorganisieren. So kommen immer wieder Störungen vor, die bei einem einigermaßen normalen Betrieb vermeidbar wären. Das alles wird naturgemäß durch die Kälte verschlimmert. Nun wurde mir allerdings gesagt, auch im holländischen Bahnbetrieb funktioniere das Fernmeldewesen bei mehr als 5° Kälte nicht mehr richtig. Ich muß bitten, für alle diese Schwierigkeiten Verständnis aufzubringen und mit Klagen etwas zurückzuhalten. Die Schwierigkeiten liegen in den Verhältnissen und nicht am guten Willen der Menschen.

Wir haben zurzeit rund 7000 deutsche Beamte, weitere 2000 volksdeutsche Angestellte und etwa 25 000 Polen im Bahndienst. Diese Polen leiden augenblicklich allerdings stark unter einer gewissen Lebensmittelknappheit. Sie können sich für ihre geringen Löhne nicht kaufen,was sie zum Leben brauchen. Diese Frage hat für uns fundamentale Bedeutung. Wir müssen unsere 25 000 polnischen Eisenbahner wenigstens so entlohnen, daß sie ihre dringendsten Lebensbedürfnisse befriedigen und ihren Dienst versehen können. Sonst sind wir aufgeschmissen. Wir möchten daher eine Erhöhung der Lohntarife erreichen.

Eine unserer wichtigen Aufgaben ist der Ausbau der Grenzbahnhöfe, und zwar auf Kosten des Reichs. Verhandlungen hierüber sind im Gange. Wir treffen die Vorbereitungen trotz des harten Winters. Selbstverständlich werden wir nicht große Prachtbahnhöfe bauen, sondern es muß dabei bleiben, daß wir ein Provisorium hinter ein Provisorium setzen. Auch ein zusammengestückelter

Bahnhof wird schließlich ein großer Bahnhof. Aesthetische Rücksichten dürfen dabei keine Rolle spielen. Wir werden es so machen wir in Przemysl. Dort wird trotz der Kälte Großes geleistet. Man ist dort dabei, trotz der engen Verhältnisse Anlagen zu schaffen, Züge von Normalspur auf Weitspur und von Weitspur auf Normalspur umzuleiten. Przemysl wird ein großer Umschlagbahnhof für Getreide-, Oel- und Holztransporte aus Rumänien und für die Wolhynien-Transporte. Was in Przemysl geleistet wird, verdient Bewunderung. Die Leute geben sich alle Mühe. Die Unterstützung der Behörden ist ausgezeichnet; kurz, es herrscht eine fabelhafte Zusammenarbeit. Hier können wir mit verhältnismäßig geringen Mitteln und bescheidenen Anlagen große Erfolge erzielen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich darf Ihnen, Herr Präsident Beck, im Namen aller Abteilungsleiter und auch persönlich unseren Dank und unsere Anerkennung für Ihre fruchtbare Arbeit aussprechen. Ich bitte Sie, diesen unseren Dank auch Ihren Leuten zu übermitteln. Was die Versorgung der polnischen Eisenbahner betrifft, so werden wir uns überlegen, ob wir nicht auch die Eisenbahner unter die Versorgungsbevorzugten Betriebe einreihen sollen. Es muß gelingen, den Reallohn der polnischen Eisenbahner so zu gestalten, daß die Leute für ihr Geld auch etwas kaufen können. Das geschieht am zweckmäßigsten durch innerbetriebliche Maßnahmen, durch Bereitstellung zusätzlicher Lebensmittel usw. Gegen eine Erhöhung der Lohntarife haben wir jedoch schärfste Bedenken.

Gouverneur Dr. W ä c h t e r: Es nützt nicht viel, wenn wir die besten Gedanken und Planungen in Papier, in Verordnungen umsetzen, ohne daß Klarheit darüber besteht, ob alle diese schönen Dinge von den unteren Instanzen, den Kreishauptleuten, auch in die Tat umgesetzt werden können. Nun sind diese Behörden leider noch ziemlich schwach ausgestaltet; ihr Personal bewegt sich zwischen 3 und 10 Mann. Diese kleinen Behörden müssen nun eine ungeheure Aufgabe bewältigen. Wir haben ja heute einen Querschnitt dieses Arbeitsbereichs erhalten. Man muß mit diesen kleinen Behörden möglichst schonend umgehen. Das bedeutet, daß man sie nur mit den grundsätzlichen Dingen befassen soll. Bei jeder Anordnung muß man sich fragen, ob und wie die untere Exekutivbehörde sie in die Tat umsetzen kann. Die kleinen Behörden müssen namentlich bewahrt werden von den zahllosen Anfragen zwecks Lieferung statistischen Materials, Gänsezählungen, Polenzählungen, konfessionelle Zählungen usw. Alle diese Dinge brennen uns keineswegs auf den Fingern, bedeuten aber für die kleinen Behörden einen ungeheuren Arbeitszuwachs. Die unteren Behörden haben ohnedies schon genug zu tun. Hier muß gebremst werden, bis die personelle Ausstattung der Aemter besser ist.

Anderseits gibt es Angelegenheiten, die von der Exekutive nicht ohne genaue Richtlinien geregelt werden können. Dringend notwendig ist die Herausgabe einer Verordnung über gebührenpflichtige Verwarnung /und eine Verordnung über das Ständewesen/. Die Kreishauptleute sollen in der Lage sein, auf eine Verfehlung sofort mit einer Strafe zu antworten. Dafür muß eine legale Basis geschaffen werden. Dringend notwendig wäre eine Verbesserung des Telefonnetzes. Es ist mir häufig Tage hindurch unmöglich, mit meinen Kreishauptleuten telefonisch zu spre-

chen. Zurzeit kann ich z.B. Lublin nicht erreichen, obwohl än den Flüchtlingsfragen dringende Anordnungen zu treffen wären. Diese Fragen brennen uns heute auf den Fingern, und oft muß sofort eine Entscheidung gefällt werden. Wir hängen aber vollkommen in der Luft, weil wir die Verbindung nicht herstellen können. Meine Männer draußen schaffen ganz erstaunlich; unter den schlechtesten Verhältnissen leisten sie das Menschenmögliche. Sie sind von ihrer Aufgabe ganz erfüllt. Ich schäme mich manchmal, von ihnen noch mehr zu verlangen, nachdem sie ohnehin schon sich ganz und gar für die Sache einsetzen.

Zur Flüchtlingsfrage habe ich noch eine Bitte. Wir bekommen mit unseren Wolhynien-Deutschen immer noch andere Flüchtlinge mit herein. Hier muß gebremst werden. Die Wolhynien-Kommission bezeichnet diese Leute als Versprengte. Es handelt sich um eine Zahl von 5000 Menschen, die ich sonst auf das Quantum von 60 000 verrechnen könnte. Darunter sind sehr viele Volksdeutsche.. Die Russen wollen nicht zugeben, daß es Flüchtlinge sind; sie bezeichnen sie als Versprengte. Diese Leute wenden sich an unsere Flüchtlingskommission und bezeichnen sich als Volksdeutsche. Sie erhalten nicht die normale Kennkarte. Wir hatten auf diese Weise in der letzten Zeit fünf Fälle von Flecktyphus, die so eingeschleppt wurden.

SS-Obergruppenführer K r ü g e r: Eine Aenderung kann hier nur dadurch erreicht werden, daß unsere Delegierten diese Leute nicht annehmen. Anderseits ist mir bekannt, daß mit Rücksicht auf die Witterungsverhältnisse sehr viele Menschen illegal über den zugefrorenen Bug herüberkommen und sich nachher einem

ab -f

Sammeltransport anschließen.

Gouverneur Dr. W ä c h t e r: Ich möchte doch bitten, mit der russischen Kommission entsprechende Vereinbarungen zu treffen, damit diese Schwierigkeiten endlich beseitigt werden.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: So gewaltig kann die Ueberlastung der unteren Organe doch nicht sein, wie Sie sie hier geschildert haben. Ich kann mir ja freilich vorstellen, daß die Leute viel leisten. Aber die Zeit ist nicht mehr fern, da die Kreishauptleute das nötige Hilfspersonal haben und so entlastet werden. Im übrigen bitte ich alle Abteilungsleiter, die Wünsche der Distriktchefs zu beachten und bei jeder Maßnahme an die untersten Instanzen zu denken.

Landesbauernführer K ö r n e r: Was die Erhebungen und Umfragen betrifft, so mußten wir eine Zählung der vorhandenen Rinder und Schweine vornehmen. Aber damit werden gar nicht die deutschen Verwaltungsstellen belastet, sondern der alte polnische Zählapparat, der Wojwode.

Landrat S i e b e r t: Der Verwaltungsaufbau des Generalgouvernements steht seiner Struktur nach seit 15. Januar. Damit ist der Befehl des Herrn Generalgouverneurs erfüllt. Im ganzen Bereich des ganzen Generalgouvernements bestehen 40 Kreishauptmannschaften, die mit den entsprechenden Hauptmännern besetzt sind. In personeller Hinsicht allerdings ist noch nicht alles in Ordnung. Daher stimme ich durchaus Gouverneur Dr. Wächter zu in der Forderung, man solle mit dem Erlaß von Verordnungen

und Anweisungen, die nicht unbedingt notwendig sind, bremsen. In Lublin beispielsweise muß ein Kreishauptmann mit zwei oder drei Männern die gesamte Verwaltungsarbeit bewältigen. Der rasche Verwaltungsaufbau im Generalgouvernement bringt es naturgemäß mit sich, daß im Anfangsstadium die Arbeit besonders schwierig ist. In einem Monat oder einem Jahr wird das viel besser sein. Heute ist jede einzelne Abteilung bestrebt, möglichst viele Anordnungen zum Aufbau ihrer besonderen Zwecke hinauszugeben. Das alles wirkt sich schließlich beim Kreishauptmann aus, der unmöglich heute schon all das durchführen kann, was man von ihm verlangt. Er wird sich bemühen, im Laufe der Zeit alles durchzuführen. Zunächst aber muß man es seinem pflichtgemäßen Ermessen überlassen, vorerst das auszuführen, was er im Interesse des Reichs und des Generalgouvernements für besonders vordringlich und wichtig hält. Die Verhältnisse bei den Außenbehörden werden sich im Laufe der nächsten vier Wochen wesentlich bessern. Staatssekretär Stuckart hat erfreulicherweise zugesichert, daß etwa 100 bis 150 mittlere Beamte wenn auch nicht der inneren Verwaltung, so doch der Justiz, eintreffen werden. Der Leiter der Personalabteilung, Notar Gutbrod, hat weitere 50 bis 60 Leute in Aussicht gestellt. Wir können also schon für die nächsten Wochen mit einem zusätzlichen Personal von 200 Leuten rechnen, die die vordringlichsten Aufgaben sicherlich bewältigen werden. Jeder Kreishauptmann wird so im Laufe der nächsten vier Wochen zwei Leute zusätzlich erhalten, auch wenn wir berücksichtigen, daß wir von den Kreisinspektoren auf Grund der Vereinbarung mit Staatssekretär Stuckart 30 werden abgeben müssen. Außerdem wird es möglich

sein, die Distriktchefs, die zum Teil unter Personalmangel leiden, und zwar stärker als Krakau, mit Beamten zu versorgen. So wird allmählich die Verwaltungsmaschinerie in Gang kommen. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Herren Distriktchefs nun endlich darangegangen sind, Verwaltungsberichte zu liefern.

Was die Verwaltung selbst anlangt, so bestehe ich darauf, daß die Einheit der Verwaltung im Generalgouvernement gewährleistet sein muß. Die Einheit der Verwaltung muß vor allem draußen bei den Kreishauptmännern durchgeführt werden. Der Kreishauptmann ist der politische Führer sämtlicher Instanzen draußen. Diesem politischen F ührer sind, wenn auch nicht dienstaufsichtlich, die anderen Abteilungen unterstellt. Der Kreishauptmann muß ein gewisses Informationsrecht haben; denn letzten Endes ist er dafür verantwortlich, daß in seinem Kreis alles in Ordnung geht.

Ein zweiter Grundsatz ist, daß im Generalgouvernement jedes Nebeneinanderarbeiten verhütet werden muß. Es geht nicht an, daß dieselben Dinge in zwei oder drei Abteilungen gedroschen werden. Wir wollen bei uns den Fehler vermeiden, den wir vielfach im Reiche spüren, daß viele Stellen das Gleiche tun. Die neue Geschäftsordnung wird es ermöglichen, daß jeder Leerlauf vermieden wird. Danach müssen wir schon in unserem eigensten Interesse trachten. Wir haben nicht so viel Personal hier, als daß wir uns Doppelarbeit leisten könnten.

Was die Wünsche des Herrn Gouverneurs Dr. Wächter anlangt, so wird die gewünschte Verordnung in acht Tagen in seinen Hän-

den sein.

Meine Abteilung ist zurzeit einer Gesetzgebungsmaschine vergleichbar. Jeden Tag werden einige Groschen hineingeworfen, und nach acht oder vierzehn Tagen sollen die entsprechenden Verordnungen herauskommen. Es ist klar, daß hier Stockungen vorkommen müssen. In jedem einzelnen Fall müssen stundenlange Besprechungen mit den einzelnen Abteilungen, vor allem auch mit dem Reich stattfinden. In den Fragen der Ein- und Ausreise und des kleinen Grenzverkehrs müssen wir im Benehmen mit dem Reich versuchen, unsere gemeinsamen Interessen auf einen Nenner zu bringen. In den nächsten Tagen wird dem Herrn Generalgouverneur der Entwurf einer Verordnung zur Unterschrift vorgelegt werden, die die Frage der deutschen Volkszugehörigkeit einheitlich regelt. Auf Grund dieser Verordnung werden wir die Kreishauptleute mit Anweisungen versehen, die sie in den Stand setzen, endgültig zu bestimmen, wer dem deutschen Volke zugehört, also wer Deutscher ist und damit die Rechte und Pflichten eines Deutschen übernehmen kann. Wir werden aber auch bestimmen, wer später das Glück haben soll, in das Reich heimkehren zu dürfen.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Haben Sie schon etwas veranlaßt in der Angelegenheit Sport?

Landrat S i e b e r t: Ich habe zunächst mit dem Beauftragten für Wintersport Fühlung genommen. Ferner habe ich an die Kreishauptleute eine Anweisung herausgegeben, wonach die sportlichen Anlagen in erster Linie für die Deutschen sicherzustellen sind. Ferner habe ich ein Schreiben an den Reichssportfüh-

rer von Tschammer und Osten vorbereitet. Die Sache läuft also.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wie steht es mit dem Archivwesen? Wer leitet das Archivwesen des Amtes?

Landrat S i e b e r t: Dr. Randt. Er ist gestern wieder einmal umgezogen und hat endlich einen Raum für das Archiv des Amtes gefunden. Er wird alles Material, das im Amt sich anhäuft, sammeln und so allmählich ein Archiv für das Generalgouvernement schaffen.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wie steht es mit der Zulassung der Kraftwagen?

Landrat S i eb e r t: Die Sache ist vollkommen in Ordnung. Eine Durchführungsverordnung wird morgen oder übermorgen vorgelegt werden.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wie steht es zurzeit mit den Grenz- und Einreisebestimmungen?

Landrat S i e b e r t: Die Ein- und Ausreisebestimmungen sind vollkommen geklärt und werden bereits gehandhabt. Hier sind allerdings gewisse Schwierigkeiten vorhanden, weil wir zur eigentlichen Ueberwachung verhältnismäßig wenige Leute haben. Der kleine Grenzverkehr ist noch nicht geregelt; wir stehen hier in Korrespondenz mit Berlin.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wie steht es mit der Aufstellung der Grenztafeln?

Landrat S i e b e r t: Die ist in Vorbereitung. Ich habe hierüber mit OLGR Dr. Weh verhandelt.

Dr. W a l b a u m: Der Stand des Gesundheitswesens im Generalgouvernement ist zufriedenstellend. Es ist auf diesem Gebiet bisher schon viel geleistet worden. In Warschau allein sind 700 000 Typhus- Schutzimpfungen durchgeführt worden. Das ist eine selbst für deutsche Verhältnisse ungeheuerliche Ziffer; das ist geradezu ein Rekord. Es ist uns auch gelungen, des Typhus Herr zu werden, wenigstens ihn zurückzudrängen. Der Typhus ist in merklichem Rückgang begriffen. Immerhin mag man daraus ersehen, von welchen Gefahren wir dauernd bedroht werden. Daher habe ich auch vorgeschlagen, Amtsärzte bis zu den Kreishauptmannschaften herunter einzusetzen. Bei dem großen Arbeitseinsatz müssen wir auch dafür sorgen, daß die Leute in bestimmten Abständen entlaust werden. Die Zahl der Entlausungsanstalten ist aber noch gering. Ich würde empfehlen, in den einzelnen Distrikten Entlausungsanstalten zu errichten. Ihre Zahl kann nicht hoch genug sein. Zurzeit haben wir etwa ein halbes Dutzend Entlausungsanstalten; wir brauchen aber mindestens 30, und zwar zunächst in Lublin und Radom je zwei. In Radom ist eine Anstalt bereits in der Errichtung begriffen. Die Kosten betragen etwa 10.000 RM. An der Kostenfrage darf diese Sache nicht scheitern; das Geld hierfür ist gut angelegt.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Diese "lausige"Summe werden wir auch noch aufbringen.

Präsident S p i n d l e r: Vom Finanzstandpunkt bestehen dagegen keine Bedenken.

Dr. W a l b a u m: In den napoleonischen Kriegen waren etwa 4½ Millionen Soldaten eingezogen. Davon fielen im Felde 400 000 Mann; in den Lazaretten dagegen starben 2½ Millionen. Diese Zahlen zeigen, wie erfolgreich die modernen Methoden des Gesundheitswesens wirken.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Es wird zweckmäßig sein, wenn die Geschäftsverteilung möglichst bald allen Abteilungsleitern zugeht, damit keine Unruhe entsteht und keine Hemmungen verursacht werden.

LGR T a s c h n e r: Die Betriebsabteilung soll allen Abteilungsleitern als Einrichtung zur Verfügung stehen, die ihrer Natur nach einheitlich errichtet und betreut wird. In erster Linie handelt es sich hier um die gesamte Büroorganisation.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Ist der Einlauf zentral für alle Abteilungen eingeführt? Oder fehlen Abteilungen?

MinDir. Dr. B ü h l e r: Ich habe den großen Fachabteilungen zugestanden, ihren Einlauf am Sitz der Verwaltung zu zentralisieren. Ich möchte diese Befugnis aber lediglich den großen Verwaltungen zugestehen; im übrigen werde ich dafür sorgen, daß der Einlauf des Amtes zentral geordnet wird.

Präsident L a u x m a n n: Was die Telefonanlagen betrifft, so haben wir die Burgleitung und zwei Leitungen hat

die Wehrmacht. Die Leitung nach Lublin ist in letzter Zeit häufig gestört gewesen; sobald der Frost einigermaßen nachläßt, werden wir hier Ordnung schaffen. Im übrigen glaube ich, daß die Kreishauptleute nunmehr vollständig angeschlossen sind. Im übrigen fehlt es an Material für die großen Leitungen. Ich habe in dieser Sache bereits mit Generalmajor Bührmann Fühlung genommen. Der Postverkehr läuft ziemlich normal.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Herr Präsident Spindler, wie gestaltet sich die Finanzlage im allgemeinen?

Präsident S p i n d l e r: Bis jetzt können wir noch nicht ernsthaft daran denken, den Etat zu balanzieren. Ich hoffe aber, daß wir ihn im Laufe der Zeit verkleinern können. Es geschieht alles, um die Einnahmen zu erhöhen: Erhöhung der Zucker- und der Einkommensteuer. Auch aus dem Mineralöl werden wir weitere Einnahmen herausholen können. Abschließende Zahlen möchte ich nicht nennen. Auf der Ausgabenseite tauchen immer neue Posten auf, die eine Belastung des Etats darstellen. Aber die Lage ist nicht so, daß ich sie als bodenlos ansehen möchte. Ich hoffe, in Besprechungen mit dem Reichsfinanzministerium zu erreichen, daß einige Lasten von unseren Schultern genommen werden.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Mit welcher Bilanzsumme rechnen Sie schätzungsmäßig?

Präsident S p i n d l e r: Einnahmen: 500 Millionen Zloty; die Ausgaben schätze ich auf 600 Millionen Zloty.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wir werden hier wohl auch die Emissionsbank einschalten können.

MinDir. Dr. B ü h l e r: Wochen mühsamer Kleinarbeit und quälender technischer Behinderung liegen hinter uns. Ich freue mich, Ihnen, Herr Generalgouverneur, melden zu können, daß wir beim Aufbau des Verwaltungsapparates des Generalgouvernements schon weit vorgestoßen sind. Die einzelnen Fachabteilungen sind schon zutiefst in den materiellen Problemen verstrickt. Ein unendliches Arbeitsfeld liegt vor uns. Uns hebt das glückliche Bewußtsein, daß freier Gestaltungskraft und einer ungehemmten, gesunden Entwicklung keine Schranken entgegenstehen. Dieses Bewußtsein hebt unsere Arbeitsfreude und stärkt uns den Willen, unsere Person ganz für die Sache einzusetzen.

Bei dem Mindestmaß an Einengung, das für die Arbeit der einzelnen Abteilungen besteht, darf ich aber wohl erwarten, daß die wenigen Anordnungen und Bestimmungen, die im Interesse des Zusammenhalts des Amtes und der einheitlichen Ausrichtung der Verwaltung erlassen werden, von den Herren Abteilungsleitern strikte eingehalten werden. Ich will nicht mehr davon hören, daß einzelne Abteilungen versuchen, ihren Einlauf dem allgemeinen Einlauf zu entziehen. Ich will auch nicht gehört haben, daß einer von Ihnen a limine die Einordnung in die allgemeine Erfassung der Personalien in den von mir aufgestellten Apparat ablehnen will. Ich will kein Erschwernis mehr nach der Richtung, daß einer der Herren glaubt, wichtige grundsätzliche Fragen mit mir nicht besprechen zu brauchen, weil er die Aussicht hat, über diese Dinge beim Herrn Generalgouverneur Vortrag halten zu

dürfen. Ich führe diesen Katalog von Kritik und Mahnung nicht weiter, weil ich annehme, daß es sich auch hier nicht um bösen Willen, sondern um Anfangsschwierigkeiten handelt, die in kurzem überwunden sein werden.

Auf einen wichtigen Punkt muß ich aber noch hinweisen. Ich bitte Sie, all Ihre Energie darauf zu verwenden, um einen lebendurchpulsten Kontakt mit den nachgeordneten Behörden, Distriktchefs und Kreishauptleuten ins Leben zu rufen. Die schönste Verordnung ist wertlos, wenn sie von den nachgeordneten Behörden nicht durchgeführt wird oder wnn sie, was noch schlimmer ist, überhaupt nicht durchführbar ist. Die Grundlagen für reibungslose Arbeit sind nunmehr geschaffen. Ich habe dafür gesorgt, daß mit jedem Kreishauptmann wenn nicht telefonisch, so doch auf dem Funkwege nachrichtenmäßig verkehrt werden kann. Wenn die Verkehrsverhältnisse sich im kommenden Frühjahr bessern werden, hoffe ich, daß Sie den persönlichen Kontakt mit den nachgeordneten Stellen weit mehr pflegen als jetzt. Ich darf Ihnen diesen Punkt als besonders dringlich ans Herz legen.

Im übrigen darf ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, versichern, daß wir Männer Ihrer Verwaltung im Generalgouvernement unsere ganze Kraft für die uns von Ihnen gestellte gewaltige Aufgabe einsetzen werden. Wir sind glücklich darüber, unter Ihrer Führung arbeiten zu dürfen, der Sie seit Jahrzehnten ein vertrauter Berater und Freund unseres Führers sind. Unter Ihrer Führung fühlen wir uns geborgen und in unserer Arbeit geschützt.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wir begehen am 30. Januar einen entscheidenden historischen Gedenktag. Vielleicht kann

uns Herr Dr. du Prel heute schon Aufschluß über das Programm geben.

Dr. Frh. d u P r e l: Es ist noch nicht bekannt, ob der Führer selbst am 30. Januar spricht oder ob ein Staatsakt abgehalten wird. Auf alle Fälle wird vom Generalgouvernement eine Feier abgehalten werden, ein Staatsakt des Generalgouvernements, der im Deutschen Theater stattfinden soll. Hierbei wird der Herr Generalgouverneur das Wort ergreifen. Die Feier wird übertragen von den Sendern des Generalgouvernements.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Wir grüßen den Führer! Unser Führer - Sieg Heil!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 12,50 Uhr.)

Abteilungsleitersitzung am 15. Februar 1940

(1 Original und 1 Durchschlag angefertigt)

P r o t o k o l l

über die Besprechung der Abteilungsleiter am 15.Februar 1940, 10 Uhr 30.

Anwesend:

General Bührmann	Dienststelle für den Vierjahresplan
Regierungsrat Dr.Bergmann	"
Major Hartog	"
Rittmeister von Tupai	"
Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh	Chef des Amtes
Direktor Tetzner	Devisen
Landgerichtsrat Taschner	Betriebsabteilung
Dr.Lenke	Abteilung Arbeit
Frhr.von der Goltz	Verbindungsoffizier des Befehlshabers Ost
Gesandter von Wühlisch	Auswärtiges Amt
Ministerialrat Wille	Justiz
Präsident Spindler	Finanzen
Präsident Bauder	Bauwesen
Ministerialrat Plodeck	Treuhandstelle
Spannagel	Bergbau
Zipper	Forsten
Dr.Hoppe	Arbeit
Landrat Dr.Siebert	Inneres
Assessor Dr.Volkmann	Pers.Referent beim Chef des Amtes
Dr.Walbaum	Gesundheitswesen
Dr.Albrecht	Abt.kulturelle Angelegenheiten
Lorenz	Abt.Straßenverkehr

70

Opdenhoff — Beauftragter des Stellvertreters des Führers

Gerteiß — Abteilung Eisenbahn.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h begrüßt die erschienenen Abteilungsleiter und weist auf die Wichtigkeit der in Berlin zwischen dem Generalgouverneur und dem Generalfeldmarschall stattgefundenen Besprechungen hin. Es sei der Wunsch des Generalgouverneurs gewesen, die Abteilungsleiter möglichst bald von dem Ausgang dieser Besprechungen unterrichten zu lassen.

General B ü h r m a n n berichtet über die Besprechung des Generalgouverneurs mit Generalfeldmarschall Göring am 12.Februar 1940 in Karin-Hall. Bei der Besprechung seien sämtliche maßgebenden Persönlichkeiten des Vierjahresplanes anwesend gewesen, von den Reichsministern der Finanzminister von S c h w e r i n - K r o s i g k persönlich, sonst die Staatssekretäre , ferner die Statthalter und Gauleiter der an das Generalgouvernement angrenzenden Gebiete.

In einer mehrstündigen Besprechung seien die ganzen Probleme des Ostens erörtert worden. Der vom Generalgouverneur von Anfang an vertretene Standpunkt, daß im Gebiet des Generalgouvernements niemand anders etwas zu sagen habe, als der Generalgouverneur, habe dabei seine volle Bestätigung gefunden. Der Generalfeldmarschall habe strengste Anweisung erteilt,daß alle Verhandlungen irgend welcher Reichsstellen mit Dienststellen im Generalgouvernement nur über den Generalgouverneur

zu führen seien; unmittelbare Anweisungen von Behörden im Reich an Dienststellen im Generalgouvernement seien ausdrücklich verboten.

Der Generalfeldmarschall habe sodann betont, daß im Osten eine Konsolidierung der Verhältnisse eintreten müsse. Die Lage habe sich dort anders gestaltet, als man im Herbst vorigen Jahres gedacht hätte. Der Osten sei erobert worden nicht nur aus militärischen Gründen, um den Rücken für die Westfront frei zu machen, sondern auch um das Kriegspotentiel zu stärken. Bezüglich der Lebensmittel sei das im Generalgouvernement für das Jahr 1939/40 leider noch nicht möglich gewesen. Es lägen hier besondere Verhältnisse vor, da einzelne Gebiete schon im Frieden Zuschußgebiete gewesen seien. Im neuen Erntejahr müßten die Verhältnisse aber auch hier anders werden und es müsse alles geschehen, um mindestens 80% der Ernährung aus dem Generalgouvernement selbst heraus sicherzustellen. Der Generalgouverneur habe hierzu erklärt, daß nicht nur 80%, sondern 100% aus dem Generalgouvernement sicherzustellen seien, und daß alles geschehen werde, um dieses Ziel zu erreichen.

Aber nicht nur auf dem Gebiete der Ernährung - so habe der Generalfeldmarschall ausgeführt -, sondern auch auf anderen Gebieten müsse das Generalgouvernement eine Entlastung für das Reich bringen. Das beträfe besonders Erze, Eisen und andere Metalle, ferner Wolle, Hanf, Leder usw. Was hiervon als Rohstoffe oder als Halbfabrikate ins Reich auszuführen und was in Polen selbst fertigzustellen sei, müsse im einzelnen noch durch die zuständigen Dienststellen des Generalgouvernements und des Vierjahresplans festgelegt werden.

Der Generalfeldmarschall habe sich ferner mit scharfen Worten gegen die wilde Umsiedlung gewandt. Es dürfe kein Transport in das Generalgouvernement kommen, der nicht angemeldet sei. Die Landräte und Distriktschefs müßten hierauf ihr besonderes Augenmerk richten. Es wäre nicht zu verantworten, wenn durch die wilde Umsiedlung die Gefahr schwerer Seuchen heraufbeschworen würde.

Bei der Frage der Produktionssteigerung müsse unter allen Umständen der Gesichtspunkt der Steigerung des Kriegspotentiels im Vordergrund stehen. Fragen finanzieller Art - ob ein Unternehmen Verdienst abwerfe oder ob es Zuschüsse verlange - müßten demgegenüber zurücktreten. Herauf müsse - das sei der ausdrückliche Wunsch des Generalfeldmarschalls - ganz besonders geachtet werden.

In diesem Zusammenhang sei auch die Frage des Abtransportes von Rohstoffen ins Altreich zur Sprache gekommen. Der Generalfeldmarschall habe hierbei den Wunsch geäußert, daß noch mehr Rohstoffe ins Altreich transportiert werden sollten. Der Generalgouverneur habe demgegenüber gemeint, es wäre schon zu viel abtransportiert worden. Die Lage sei so,daß bei den großen Werken noch entsprechende Mengen an Roheisen, Schrott usw. lagern. Anderseits sei es selbstverständlich nicht angängig, daß Material hier mit alten Maschinen bearbeitet werde, während es im Reich mit modernen Maschinen produktiver verarbeitet werden könnte. Maßgebend sei eben auch hier die Frage, wie das Kriegspotentiel des Reiches gesteigert werden könne, indem man Polen ausnütze. Der Generalfeldmarschall habe genehmigt, daß die Kirchenglocken mit Ausnahme einer Glocke pro Kirche abgenommen werden, ferner die Kupferdächer, dann die Zinn-, Messing- und Kupfergeräte in den Haushaltungen. Das solle jedoch nicht in Form einer Verordnung geschehen, sondern es soll ein gemeinsamer Befehl des Vierjahresplanes abge-

wertet werden. Die ganze Aktion müsse in eine Form gekleidet werden, die einen ungünstigen Eindruck nach außen vermeidet. Von der Beschlagnahme der genannten Metallgegenstände seien Kunstgegenstände ausgenommen. Was in der nächsten Zeit unbedingt vermieden werden müsse, sei der Aufbau oder der Neubau von Häusern. Der Generalfeldmarschall habe in dieser Beziehung sich mit sehr scharfen Worten an die Gauleiter und Reichsstatthalter gewandt. Es sei Widersinn, wenn man auf der einen Seite Häuser einreiße um das Material daraus zu bekommen und auf der anderen Seite wieder neue Häuser mit diesem Material zu bauen. Es dürfe unter keinen Umständen jetzt etwas unternommen werden, was Zeit bis nach dem Kriege habe.

Auch die Behandlung der polnischen Arbeiter sei zur Sprache gekommen. Wenn man die Arbeitskraft der Polen für deutsche Zwekke notwendig habe - und zwar nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Forstwirtschaft, für die Wehrmacht und für die Rüstungsbetriebe -, müsse diese Arbeitskraft auch entsprechend geschont werden. Wenn man die Leute schlecht behandle und ihnen keine Nahrung gäbe, könne man auch nicht erwarten, daß sie mit Lust und Liebe und mit der nötigen Arbeitskraft bei der Sache seien. In dieser Beziehung sei es notwendig, daß man zu einer ganz anderen Auffassung komme.

Was die Umsiedlung der Polen anlange, so habe der Generalfeldmarschall die Ansicht vertreten, daß diese Umsiedlung durchaus nicht vordringlich sei, und zwar deswegen, weil man ja den Polen auf dem Lande brauche, und zwar als landwirtschaftlichen Arbeiter, als Besteller seines Grund und Bodens. Wer sollte denn z.B. im Warthegau, der nur zu einem geringen Prozentsatz deutsche Bevöl-

kerung habe, das Land bestellen, wenn die Polen hinausgeworfen werden? Hinsichtlich der Umsiedlung der Juden habe der Generalfeldmarschall den Standpunkt vertreten, daß diese Umsiedlung planmäßig in die Wege geleitet werden solle.

Bei der Besprechung der gegenwärtigen Transportlage habe sich herausgestellt, daß die Lage der Bahn im Gouvernement besser sei,als zur Zeit im Reich. Im Reich sei die Anordnung getroffen worden, daß für den Waggon- und Lokomotivenbau mehr Eisen zur Verfügung gestellt werde, und zwar sogar auf Kosten der Wehrmacht. Der Generalfeldmarschall habe den Auftrag gegeben, daß man sich im Generalgouvernement bemühen solle, statt der 3000 Waggons, die hier in Auftrag gegeben worden seien, 6000 fertig zu stellen. Da jedoch die Lage bezüglich der Waggons im Generalgouvernement außergewöhnlich ungünstig sei, stehe er - General Bührmann - auf dem Standpunkt, daß diese Waggons hier behalten werden sollen.

Der Errichtung einer Preisbildungsstelle habe der Generalgouverneur nunmehr zugestimmt. Sie werde demnächst mit dem entsprechenden Personal hierher kommen und entweder dem Generalgouverneur selbst oder der Dienststelle für den Vierjahresplan unterstellt werden.

Von ganz außerordentlicher Bedeutung sei es, daß zoll- und devisenpolitisch das Dombroaer Gebiet dem Generalgouvernement zurückgegeben werde. Das Gouvernement brauche daher die Kohlen nicht mehr zu kaufen, sondern die Kohlen liegen im Bezirk des Generalgouvernements. Der Nachteil dieser Lösung sei allerdings der, daß es sich bei dem Gebiet ernährungsmäßig um ein Zuschußgebiet handle und daß das Gouvernement nicht in der Lage sei,von

sich aus dieses Gebiet zu versorgen; es müßten mindestens für dieses Jahr Zuschüsse aus dem Reich gegeben werden. Eine weitere Schwierigkeit liege darin, daß die Löhne im dortigen Gebiet erheblich gestiegen und an die Löhne in Oberschlesien angegliedert worden seien.

Über die Besprechung in Karin-Hall sei ein ausführliches Protokoll angefertigt worden, das demnächst vorgelegt werde.

Regierungsrat Dr. B e r g m a n n führt ergänzend aus, daß vor der Besprechung in Karin-Hall eine Besprechung über Währungsfragen unter dem Vorsitz von Staatssekretär Neumann stattgefunden habe. Es sei bei dieser Besprechung der Gedanke erwogen worden, ob nicht eine Doppelwährung geschaffen werden könne, nämlich neben dem Zloty ein Edelzloty. Der Gedanke habe jedoch bei den zuständigen Berliner Stellen auf erheblichen Widerstand gestoßen. Man sei sich allerdings darüber klar, daß man den Leuten, die für deutsche Interessen tätig seien, also den Industriearbeitern usw. die Möglichkeit der Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit geben müsse, man glaube aber, das auf dem Wege durchführen zu können, daß man die entsprechenden Waren nur gegen Bezugsscheine abgebe, sowie das gegenüber den Deutschen gehandhabt werde, die auf diese Weise praktisch den Edelzloty, nämlich feststehende Preise für gewisse Waren haben.

Ministerialrat P l o d e c k begrüßt es, daß sich der Generalgouverneur entschlossen habe, eine neue Beschlagnahme-Verordnung herauszugeben, die unter seiner Oberleitung Ordnung in das Beschlagnahmewesen hineinbringen solle. Die wilden Zustände, die bisher auf diesem Gebiete bestandenhätten, müßten unter allen Umständen abgestellt werden, und infolgedessen sei es ein wesentliches Verdienst des Generalgouverneurs, daß er nunmehr diese Dinge

selbst in die Hand nehme. Der Generalgouverneur habe erklärt, daß er jeden, der sich nicht an die in der neuen Beschlagnahme Ordnung festgelegten neuen Richtlinien halte, persönlich rücksichtslos zur Verantwortung ziehen werde. Es sei daher zu wünschen, daß alle beteiligten Stellen von Mißständen auf dem Gebiete des Beschlagnahmewesens sofort der Treuhandstelle Mitteilung machen, damit die Dinge in Ordnung gebracht werden können.

General B ü h r m a n n weist auf die gefährlichen außenpolitischen Folgen hin, die von Gerüchten über Mißbräuche gerade auf dem Gebiete des Beschlagnahmewesens ausgehen können. Er bittet den Höheren ##- und Polizeiführer dringendst, in aller schärfster Form Anweisung an die unterstellten Dienststellen zu geben, damit gegen Übergriffe entsprechend eingeschritten werde.

Obermedizinalrat Dr. W a l b a u m gibt seine Befriedigung darüber Ausdruck, daß die wilde Umsiedlungsaktion nunmehr sistiert worden sei. Die Gefahren, die sich aus dieser Umsiedlung in gesundheitlicher Beziehung ergeben hätten, seien ungeheuer gewesen. Erst jetzt könne man daran gehen, das Gesundheitswesen in wirklich befriedigender Form aufzubauen.

Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h dankt Herrn General Bührmann für seinen Bericht und schließt die Sitzung.

547

Abteilungsleitersitzung am 8. März 194o

42 6

A n w e s e n h e i t s l i s t e

für die Abteilungsleitersitzung

am 8. März 1940

10 Uhr 30

in der Bergakademie.

N a m e	Dienststellung	Abteilung
Bühler	Staatssekretär	Chef des Amtes
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Siebert	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Ministerialrat	[illegible]
Lorenz	[illegible]	[illegible]
Dr. [illegible]	[illegible]	[illegible]
Dr. [illegible]	SS Obersturmführer [illegible]	[illegible]
[illegible]	Landrat	[illegible]
Fischer	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	N. S. V.
Dr. Bagemann	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Prof.	[illegible]

Name	Dienststellung	Abteilung
Zipper	Oberlandforstmeister	Forsten.
Ltd. [illegible]	Abteilungsleiter	Arbeit
Dr. Mehl	Oberlandesgerichtsrat	Gesetzgebung
v. [illegible]	LGR	Auswärt. Ang.
Falken	Abt. Präsident	Gemeindewirtschaft [illegible]
Spindler	Finanzpräsident	Finanzen
v. Breit	ORR	"
Wiele	Min. Rat	Justiz
[illegible]	[illegible]	Verkehr
Fischer	R.B.	Referent f. d. [illegible] schutz
[illegible]	LGR	[illegible]-Abt.
v. Mühlmann		Kultur
[illegible]	Leiter des Personalamtes	
Dr. [illegible]	Leiter der [illegible]verwaltung	
Ing. Hübel	Leiter der Unter Abt. Vermessungswesen. Vermessungsrat	Innere Verwaltung

- 2 -

Abteilung	Dienststellung	Name
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	

[illegible]

[illegible]

80

(1 Original mit 2 Durchschlägen angefertigt)

Abteilungsleitersitzung

in der Bergakademie

Freitag, den 8. März 1940.

Beginn der Sitzung: 10[40] Uhr.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Meine Herren!

Ich eröffne die heutige Abteilungsleitersitzung. Seit unserem letzten Zusammensein sind zwei Herren aus unserer Mitte ausgeschieden, und zwar Reichsamtsleiter Opdenhoff, der als stellvertretender Gauleiter nach München berufen ist, und der bisherige Präsident der Ostbahn, Herr Beck, der als Präsident des Reichsbahndirektionsbezirks nach Berlin berufen worden ist.

Ich freue mich, daß wir alle heute dem Chef des Amtes, Herrn Staatssekretär Dr. Bühler unsere Glückwünsche aussprechen können zu der vom Führer vollzogenen Ernennung zum Staatssekretär.

Ich hatte ursprünglich geplant, in regelmäßigen Abständen diese Abteilungsleitersitzungen abzuhalten. Es ist leider nicht geglückt, weil das bei der Fülle der Aufgaben und Dienstleistungen einfach nicht durchzuhalten war. Ich glaube nicht, daß wir in Zukunft von diesem Überdruck dienstlicher Belastungen befreit sein werden, sodaß ich hiermit die ursprünglich geplante regelmäßige Folge der Abteilungsleitersitzungen wieder aufhebe und mir die Einberufung dieser Sitzungen von Fall zu Fall vorbehalte. Ich werde Ihnen aber von den Abteilungsleitersitzungen ~~aber~~ jeweils eine Woche vor dem Termin Kenntnis geben, sodaß es Ihnen auf jeden Fall möglich sein muß, sich bereit zu halten. Ich werde

künftig

künftig streng darauf dringen, daß die Abteilungsleiter persönlich hier anwesend sind; eine Vertretung kann nur in den seltensten Ausnahmefällen zugelassen werden. Jede Einladung nach Berlin, jede weitere dienstliche Verpflichtung muß im Hinblick auf die Abteilungsleitersitzung künftig vermieden werden. Ich werde Entschuldigungen nur noch für den Fall einer ärztlichen Erkrankung entgegenehmen. Im allgemeinen wird wohl alle 5 bis 6 Wochen eine solche eingehende Sitzung stattfinden, sodaß es möglich sein muß, sich zeitlich darauf einzurichten.

Der Ausbau des Generalgouvernements als charakteristischer Sonderverwaltung des Reiches im Osten schreitet voran. Ich glaube, daß wir aus allen Abteilungen die Berichte entgegenehmen können, wonach mehr oder weniger jede Abteilung nunmehr im Aufbau ihrer geordneten Dienststelle, in der Festigung ihrer organisatorischen Idee, in der Niederlegung ihrer materiellen Gesetzgebungsgrundlagen usw. wieder wesentlich vorangeschritten ist. Ich kann wohl sagen, daß durch diese unsere Gemeinschaftsarbeit der Begriff des Generalgouvernements heute bereits eine weit über das engere staatsrechtliche Gebiet hinausgehende staatsbildende Funktion und verwaltungsreformatorische Mission erhalten hat. Wir können das mit Stolz feststellen; denn der Versuch des Generalgouvernements im Oktober 1939, den der Führer uns aufgegeben hat, ist ein erstmaliger Schritt in eine gänzlich neue revolutionäre Verwaltungsreform des Dritten Reiches überhaupt. Als solche bitte ich daher, diese Arbeit immer anzusetzen, anzusehen und zu betonen.

Ich möchte dieses charakteristische Eigenwertelement staatsbildender Art des Generalgouvernements noch mehr betont wissen,

als

als es bis jetzt vielleicht der Fall war. Es ist mir daher bei dem ganzen Aufbau immer nichts so peinlich gewesen, wie wenn allzusehr zwei Gesichtspunkte öfter wieder in den Vordergrund gerückt werden, wenn erstens die Abteilungsleiter sich zu sehr als Vertreter ihrer heimischen Ministerien fühlten und wenn zweitens Regelungen für das Generalgouvernement in allzu enger Übernahme von für das Deutsche Reich geltenden Vorschriften vorgenommen werden sollten. Meine Herren, ich möchte Sie bitten, sich darüber klar zu sein, daß die vollkommen eigenwertige Aufgabe des Generalgouvernements uns alle zwingt, schöpferisch zu arbeiten, und daß nichts so nachteilig wäre, wie etwa den Bequemlichkeitsstandpunkt anzuwenden: was im Reich gegangen ist, geht sicherlich auch hier. Ich habe oft die groteske Feststellung treffen können, daß einfach durch Übernahme von Reichsbestimmungen Begriffe, Institutionen und Wortbildungen in den Text von Verordnungen hereingeschmuggelt werden sollten, die im ganzen Generalgouvernement unbekannt sind. Solche Bequemlichkeitsexzesse werde ich natürlich künftig noch viel mehr rügen als in der Vergangenheit. Hier müssen wir uns alle selber anstrengen. Wir müssen uns alle selber klar darüber werden, was wir wollen und sollen und wie wir die Aufgaben erfüllen müssen. Dieses starre Hinschauen nach Berlin, nach den Wünschen der Berliner Zentrale ist nur ein Zeichen dafür, daß man sich in diesem schöpferischen Rahmen unsicher fühlt. Ich kann grundsätzlich hier nur Mitarbeiter brauchen, die Lust haben, an dieser schöpferischen Eigenarbeit sich zu beteiligen. Das wollte ich nur nebenbei bemerkt haben. Im allgemeinen bin ich aber zufrieden, und im allgemeinen hat man, wie ich sagen kann, diese Einstellung nun

überall

überall klar übernommen, daß hier etwas Eigenes aufsteigt und daß das Argument wie etwa: die Zentrale in Berlin wünscht das und das, - oder: in Berlin geschieht das und das, und man soll auf Wunsch von Berlin das und das machen, - nur insofern interessiert, als es mit den Zweckmäßigkeiten des uns erteilten Führerbefehls in Verbindung gebracht werden kann.

So glaube ich denn, daß wir bei dem Ausbau des Generalgouvernements dem Führerbefehl entsprechend gehandelt haben. Denn das ist klar: wenn der Führer nicht so außerordentlich bedrückt wäre über die Entwicklung des Ressortkrieges in Berlin, wenn er davon nicht auch mir gegenüber gesprochen hätte, dann können Sie überzeugt sein, würde ich mit einem Hammer hier herumhauen. Ich tue das nicht aus meinem eigenen Belieben heraus, sondern weil ich vom Führer die Weisung habe, zu versuchen, ob es nicht möglich ist, endlich einmal eine nationalsozialistische Verwaltung aufzubauen, in der der Ressortegoismus zertrümmert am Boden liegt und das Gemeinschaftsinteresse des nationalsozialistischen Reiches allem anderen vorangeht. Ich bitte, davon überzeugt zu sein, daß die Vollmachten, die mir der Führer gegeben hat, auch deshalb so umfangreich gestaltet worden sind, um diese reformatorische Arbeit zu leisten.

Daher, meine Herren, möchte ich Sie sehr bitten, sich immer mehr und mehr in diese schöpferische Gemeinschaftsarbeit hineinzuarbeiten. Ich möchte das ausdrücklich betonen: Sie sind von mir aus nicht Sendboten Ihrer heimischen Ministerien, Sie sind für mich nicht die Repräsentanten irgendwelcher Berliner Zentralen, sondern für mich sind Sie die an wichtiger Stelle stehenden Mitarbeiter im Generalgouvernement. Daher ist für mich auch diese

Position

Position entscheidend: das Reich ist in seinem Verwaltungswirrwarr, in dem Durcheinander seiner Zentralen eine ungeheure Belastung. Wenn man den Führer sprechen hört, wie er in geradezu erbitterter Entrüstung an das innere Verwaltungsbild Deutschlands denkt, so kann man ermessen, was einmal auf diesem Gebiet entstehen wird, wenn der Krieg überwunden ist. Wenn der Führer sogar soweit geht, zu sagen, daß Ressortministerien später überhaupt nicht mehr existieren würden, so können Sie daraus ermessen, welch ungeheure negative Energie er auf diesem Gebiet haben muß.

Das Generalgouvernement ist demnach ein schöpferischer, neuer verwaltungsreformatorischer Begriff geworden. Das verpflichtet uns alle zu einer schöpferischen Neuformung dieser Aufgaben, steigert aber auch ungeheuer unsere Verantwortung, gibt uns allerdings auch ein entsprechendes Recht, daß wir uns nämlich in diesem oder jenem irren oder korrigieren können. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Erfahrungen, die nun jeder einzelne von uns in diesen Monaten gemacht hat, mit Enttäuschungen örtlichen, persönlichen und charakterlichen Wesens erkauft werden mußten. Ich möchte damit sagen, daß wir nun wohl etwas irgendwie Fertiges schon geschaffen haben, daß aber dieses Fertige nichts Endgültiges ist und daß wir uns vorbehalten müssen, nach den Erfahrungen, die wir noch machen werden, den Ausbau unserer Verwaltung da und dort zu ergänzen, da und dort noch irgendwie neue Schlaglichter aufzusetzen usw.

Das eine ist sicher: Die Autorität des Generalgouvernements als Repräsentanten des Führer- und Reichswillens in diesem Gebiet

ist

ist allerdings stark, und ich habe niemals darüber einen Zweifel gelassen, daß ich mit dieser Autorität nicht spielen lasse. Ich habe das jeder Stelle in Berlin dann auch erneut erklären lassen, besonders nachdem Herr Generalfeldmarschall Göring am 12. Februar 1940 von Karin-Hall aus sämtlichen Dienststellen des Reiches mit Einschluß der Polizei, mit Einschluß sogar der Wehrmacht verboten hat, sich in die dienstlichen Angelegenheiten des Generalgouvernements ~~sich~~ irgendwie einzumengen. Dies war umso notwendiger, als die Versuche dazu ja bereits gesetzgeberischen Niederschlag gefunden hatten. Ich erinnere an die Verordnung über die Beschlagnahme des polnischen Staatsvermögens, die Herr Generalfeldmarschall Göring unter hundert anderen Briefen mit unterzeichnet hat. In diese Verordnung war auch das Generalgouvernement einbezogen. Auf meine Beschwerde dagegen hat Herr Generalfeldmarschall Göring denn auch am 12. Februar 1940 verfügt, daß diese Verordnung im Generalgouvernement keinerlei Anwendung finde und es daher bei der Verordnung des Generalgouverneurs bleibe, die am 15. November erlassen worden ist. Das gleiche gilt für den Versuch, den die SS einmal am 15. oder 16. Dezember 1939 gemacht hat, wo der Reichsführer SS auch mit Wirkung für das Generalgouvernement verfügen wollte, daß die gesamten Kunstschätze und sonstigen Werte der SS zugesprochen würden. Auf meine Beschwerde hin ist auch diese Verfügung aufgehoben worden. Das gleiche galt und gilt für die wiederholten Versuche der Treuhandstelle Ost, des Herrn Winkler, in unserem Generalgouvernement irgendwie autoritär Fuß zu fassen. Auch hier hat der Herr Generalfeldmarschall am 12. Februar 1940 endgültig entschieden, daß die Treuhandstelle Ost im

Generalgouvernement

Genralgouvernement nicht das geringste mehr zu suchen habe. Wenn der Herr Generalfeldmarschall für sich erklärt, daß auch er künftig keine Verordnungen erlassen werde, die das Generalgouvernement betreffen, und dasselbe allen Reichsstellen zur Pflicht macht, so werden Sie ermessen können, daß mit dieser selbständigen Heraushebung des Generalgouvernements vor allem eine Steigerung unserer Verantwortung verbunden ist.

Der Führer hat auf der gleichen Linie am 30. Januar 1940 eine wichtige Entscheidung getroffen. In Berlin war es einigen Dienststellen etwas unheimlich geworden, daß der Generalgouverneur das Gnadenrecht im totalen Umfang haben sollte. Auf die schüchterne Frage ängslicher Gemüter hat der Führer zu allem Überfluß auch noch schriftlich niedergelegt und am 30. Januar eine bereits im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verfügung erlassen, nach welcher der Generalgouverneur das gesamte Gnadenrecht im besetzten polnischen Gebiet zusammen mit dem Reicht der Weiterübertragung auszuüben hat.

Das alles sage ich, um Ihnen als Chef der Verwaltung klar zu machen, daß ich genau so wie Sie meine Pflicht hier erfülle, daß ich mich genau so wie Sie bemühe, Ihnen die Arbeit in Ihrem Bereich sicherzustellen. Daher bitte ich Sie nun, künftig diese Linie stärkstens einzuhalten. Es gibt hier im Generalgouvernement keine Autorität, die an Rang höher, an Einfluß stärker und an Autorität größer wäre als die des Generalgouverneurs. Auch die Wehrmacht hat hier keinerlei Regierungs- und Amtsfunktionen; sie hat hier Sicherungsfunktionen und die allgemeinen soldatischen Aufgaben; sie hat keinerlei politische Macht. Dasselbe gilt für Polizei und SS. Es gibt hier keinen Staat im Staate, sondern wir

sind die Repräsentanten des Führers und Reiches. Das gilt endlich auch für die Partei, sie hat hier keinerlei weiterreichenden Einfluß, es sei denn, daß älteste Nationalsozialisten und bewährteste Vorkämpfer des Führer die allgemeinen Angelegenheiten führen.

Lassen Sie mich ganz kurz auf einige Einzelfragen eingehen. Zum 1. April 1940 wird das Generalgouvernement zum ersten Mal einen Etat aufstellen. Ich möchte Sie bitten, meine Herren, für Ihre Abteilungen und Dienststellen der Abteilung Finanzen zu helfen, damit dieser Etat so aufgestellt wird, daß er tatsächlich sonnenklar ist. Wenn wir schon reformatorische Aufgaben auf allen Gebieten leisten wollen, so soll gerade der Etat des Generalgouvernements eine wirkliche Klarheit bieten. Wir werden im Laufe des Monats April mit sämtlichen Abteilungsleitern eine zusammenfassende Etatbesprechung halten, in der sie uns einen zusammenhängenden Vortrag über die finanzielle Lage ihrer Abteilung halten werden. Die Abteilungsleiter sind ja wohl ersucht worden, ihre Etatbedürfnisse anzumelden, sodaß wir diese Sitzung zwischen dem 20. und 30. April werden abhalten können.

(Zuruf des Oberregierungsrats von Streit)

- Gut, dann sagen wir um den 10. Mai herum. Ich möchte aber betonen, daß wir neben diesem völlig abzugleichenden Etat, der in Einnahmen und Ausgaben einigermaßen abschließt, nunmehr die Möglichkeit haben müssen, über die Emissionsbank dem Generalgouvernement einige Schulden aufzubürden. Davon werden wir auch Gebrauch machen; denn es kann nicht unsere Aufgabe sein, das Generalgouvernement etwa ohne Schulden aufzubauen. Das sehen wir

nicht

nicht ein; es ist auch nicht not-notwendig. Das Generalgouvernement hat Schulden zu machen und im selben Umfange wie das Reich an der gemeinschaftlichen Last des Deutschen Volkes Anteil zu nehmen. Wenn das durch Schuldenübernahme auf dem Umwege über die Emissionsbank möglich ist und dem Reich dadurch Entlastung gebracht werden kann, daß für die Errichtung öffentlicher Bauten, Sicherungsbauten usw. Anleihen aufgenommen werden, so soll und wird das geschehen. Allerdings bin ich gewillt, auf diesen außerordentlichen Etat im strengen Sinne der Haushaltsvorschriften nur solche Anlagen zu nehmen, die Dauercharakter haben. Ich werde mich schärfstens dagegen wenden, etwa Personalausgaben auf diesem Wege decken zu lassen.

Es ist klar, daß es hier einige Schwierigkeiten geben wird. Mir wird immer wieder darüber geklagt, daß die Einstufung der einzelnen Beamten und Angestellten zu schleppend vor sich geht. In Warschau habe ich mich über die außergewöhnlich ungünstige Lage der dortigen Beamten und Angestellten unterrichten lassen. Nach langen Verhandlungen ist es geglückt, für die Warschauer Beamten und Angestellten zu erreichen, daß 1. das Kasinoessen mit Hilfe des Generalgouvernements wesentlich verbilligt wird, 2. die Wohnungszulagen für die in Warschau lebenden Beamten und Angestellten erhöht werden und 3. den Beamten und Angestellten in den unteren Gehaltsgruppen eine Sonderzulage gewährt wird. Ich habe mit dem Abteilungsleiter der Finanzen und dem dortigen Gouverneur persönlich verhandelt. Da wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß nun nach dem Vorbild von Warschau alle anderen Städte des Generalgouvernements mit ähnlichen Anliegen kommen würden, und das wäre voraussichtlich für unsere Etatslage nicht günstig. Nach dem Wunsch der Finanzverwaltung soll auf dem Gebiet der Verpflegung,

auch der Versorgung mit Textilien, der Erhöhung der Wohnungsbeihilfe usw. mehr geleistet werden als im Wege der eigentlichen Zulagen. Die Frage der Unterkunft unserer Behörden, ihrer Beamten und Angestellten muß einer großzügigen Regelung unterstellt werden. Was wir an Zulagen sparen, werden wir für Wohnung und Kleidung der Beamten aufwenden müssen. Da wir in dieser Gemeinschaftsarbeit zusammenhängen und ein Bestandteil der Autorität unseres Generalgouvernements vor allem die Kameradschaft ist, möchte ich Sie bitten, meine Herren Abteilungsleiter, daß Sie den Ihnen unterstellten Dienststellen für die Beamten und Angestellten ihrer Ämter zur Pflicht machen, dafür zu sorgen, daß die einzelnen Behörden Gemeinschaftskasinos haben. Aufgabe der Distriktchefs und Kreishauptleute ist es, dafür zu sorgen, daß ausreichendes Essen zu möglichst billigen Preisen zur Verfügung steht und daß da, wo es daran fehlt, die Finanz auch großzügig einzuspringen hat.

In diesem Zusammenhang bitte ich Herrn Präsidenten Spindler, überhaupt einmal allgemein die Frage zu klären, welche Bauten, Anlagen, Verbesserungen usw. noch im Jahre 1940 im gesamten Generalgouvernement bewerkstelligt werden müssen, um das Ziel zu erreichen, daß jeder Distrikt und jede größere Dienststelle ein anständiges dienstliches Gebäude und entsprechende Räume zur Verfügung hat, in denen sich die Beamten und Angestellten auch außerdienstlich treffen. Weiter müßte sichergestellt werden, daß in diesen Gemeinschaftskasinos zu denkbar erschwinglich niedrigen Preisen ausreichende Verpflegung verabreicht wird. Das muß in eine Gesamtplanung für die Lage der Beamten und Angestellten im Generalgouvernement aufgenommen werden. Es ist klar, daß wir

dazu

verpflichtet sind, sollen nicht da und dort Mißstände einreißen, die zur Lähmung dec Verwaltung führen würden. Wir dürfen hier nicht sparen. Deshalb bin ich auch bereit, größere Bauvorhaben, wenn sie in ihrer Dringlichkeit nachgewiesen sind, allenfalls auf den außerordentlichen Haushalt zu übernehmen. Dabei würde ich Herrn Präsidenten Spindler bitten, mir vorzutragen, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfange die Schuldübernahme mit Verzinsung, Tilgung usw möglich ist.

Ganz allgemein möchte ich dann zur Polenpolitik folgendes sagen. Wir stehen in einer Periode der völligen Umkehr der Polenpolitik. Als ich damals den ersten Auftrag vom Führer bekam, da war wohl noch im September vorigen Jahres die schärfste Ausbeutungsabsicht gegenüber diesem Polenterritorium gegeben. Das hat sich mittlerweise etwas gewandelt, und zwar aus der Erkenntnis der Notwendigkeiten unserer Lage heraus. Meine Herren, Das Generalgouvernement ist einer der wichtigsten Faktoren für die industrielle und nahrungsmäßige Versorgung des Reiches. Seine Industrie ist sehr bedeutend, die Rohstoffe, die hier gefunden worden sind, sind von größter Wichtigkeit, und die Ernährungslage des Genera-lgouvernements mußte in einem ganz bestimmten Entwicklungsstadium zur Entlastung des Reiches beitragen. Wie sehr diese Bedeutung gesteigert ist, sieht man daraus, daß hier eine eigene Dienststelle für den Vierjahresplan eingerichtet wurde, die nunmehr die wesentliche Aufgabe hat, für die Wiederingangsetzung der Industrie zu sorgen.

Damit eng zusammen hängt die eigentliche Führung Polens. Vom Führer ist mir aufgegeben worden, das Generalgouvernement als Heimstätte des polnischen Volkes zu betrachten. Demnach ist keine irgendwie geartete Germanisierung möglich. Ich bitte Sie, in Ihren Ämtern strengstens auf die Zweisprachigkeit sehen

zu

zu wollen; ich bitte Sie auch, bei den Distrikten und Kreis-hauptmannschaften darauf hinzuweisen, daß dieser Sicherung des polnischen Eigenlebens nicht in gewalttätiger Weise entgegengetreten wird. Wir haben hier demnach vom Führer in gewissem Sinne die treuhänderische Pflege des polnischen Volkstums übernommen. Der Führer gedenkt ja einmal bei den kommenden Auseinandersetzungen mit den Westmächten seine Polenpolitik unter diesen Stern zu stellen. Das imperiale Bewußtsein, das im dritten Reich nunmehr aufsteigt, das im Generalgouvernement seinen ersten Ausdruck gefunden hat, macht es uns zur Pflicht, nichtdeutschen Volksstämmen und Völkern, die unter die Herrschaft des Deutschen Reiches geraten sind, die Eigenart ihres Lebens, wenn es mit den Interessen des deutschen Volkes vereinbar ist, sicher zu stellen. Wie sollten sonst andere Völker die Lust verspüren, unter deutschen Schutz zu kommen! Es ist klar, daß wir in diesem Sinne auch hier gewisse Verpflichtungen haben. ⌋

Ich habe zu diesem Zwecke auf ausdrücklichen Befehl des Führers auch die unmittelbaren Exekutionen von meiner vorherigen Genehmigung abhängig gemacht. Es gibt keine Vollstreckung des Todesurteils eines Standgerichtes ohne meine vorherige Genehmigung. Massenweise Exekutionen sollen hinfort unterbleiben.

⌈ Demnach ist es so, daß hier ein voller Wandel stattgefunden hat. Das wird sich auf den verschiedensten Gebieten ausprägen. Wir werden in gewissem Umfange nunmehr wieder Bildungsmöglichkeiten für die Polen zulassen müssen. Auf den Gebieten des ärztlichen und technischen Fachstudiums werden wir Abschlußprüfungen an den Universitäten wieder zulassen. Wir werden das Fachschulwesen des polnischen Volkes wieder in dem Umfange in Kraft setzen, daß es etwa die tiefste Stufe der deutschen technischen Mittelschule erreicht. ⌋

Wir

Wir müssen dafür sorgen, daß die Arbeiter und Angestellten, die im Dienste des Generalgouvernements stehen, nunmehr einen bevorzugten Schutz und eine bevorzugte förderliche Behandlung erfahren. Daß dies nicht zur Schwäche gegenüber dem polnischen Widerstandsgeist führen darf, ist klar; es darf sich nur um Maßnahmen handeln, die im Kriegsinteresse des Deutschen Reiches liegen. Ebenso ist klar, daß diese Maßnahmen nicht bedeuten dürfen, daß wir den polnischen Elementen auch nur den geringsten Anteil an der Führung und den Machtfunktionen im Generalgouvernement geben. Es entstehen hier eine Fülle von Fragen, mit denen die einzelnen Abteilungsleiter fertig werden müssen. Auf jeden Fall muß mit dem Willkürregiment einzelner Dienststellen gebrochen werden. Ich bitte vor allem, mit Nachdruck dafür zu sorgen, daß bei Beamten, die aus dem Reich kommen und die noch die Vorstellung haben, als ob das Generalgouvernement eine Heimstätte beutelüsterner Abteilungen sei, diese Vorstellung schon in der ersten Zeit des Erscheinens gebrochen wird. Es ist klar, daß diese Änderung in den wesentlichen Voraussetzungen der Polenbehandlung zweckmäßig kommen mußte und daher keinen Widerspruch darstellt zu den ursprünglichen Ansätzen.

Im allgemeinen kann man sagen, daß wir in zunehmendem Maß aus den Kreisen der Intelligenz, der Kirche und der früheren Offiziere mit Widersetzlichkeiten zu rechnen haben werden. Es sind bereits organisatorische Formen vorhanden, die gegen unsere Herrschaft hier im Land gerichtet sind. Wir brauchen deshalb nicht in Angst zu verfallen, sondern wir können den Dingen ruhig entgegensehen. Bei dem geringsten Versuch des Polentums, etwas zu unternehmen, würde es zu einem ungeheuren Vernichtungsfeldzug gegen die Polen kommen. Dann würde

ich

ich vor keinem Schreckensregiment und seinen Auswirkungen zurückschrecken. Ich habe Befehl gegeben, daß einige hundert Mitglieder von solchen Geheimorganisationen auf 3 Monate sichergestellt werden, damit in der nächsten Zeit nichts passiert. Das letzte Wort des Führers, das er mir mit auf den Weg gab war: sorgen Sie dafür, daß drüben absolute Ruhe ist; ich kann nichts brauchen, was im Osten die Ruhe stört. Dafür werde ich sorgen.

Nun, meine Herren, darf ich Sie bitten, so wie bisher Ihre Arbeit fortzusetzen und das Vertrauen zu mir zu haben, daß ich zu Ihnen so stehe, wie ich das Ihnen sage. Wir müssen uns allmählich daran gewöhnen, daß hier nicht der Ton alter bürokratischer Lebensformen, sondern ein rauherer Ton herrscht. Wer dieser Luft nicht gewachsen ist, der soll lieber seinen Abschied nehmen, als daß er uns durch Schlappigkeit besonders auffällt. Ich wünsche, daß dieser Ton besonders deshalb durchgehalten wird, weil wir immer weniger werden, d.h. weil die Polen im Lande zunehmen und zwar in ungeheurem Maße, weil die Juden noch mehr zunehmen. Es werden im Laufe dieses Jahres noch 300 000 Juden ins Land kommen und es wird dadurch die Relation zwischen der Zahl der Regierenden und der Regierten immer mehr zu unseren Ungunsten verschoben. Diese Verschiebung der zahlenmäßigen Relation bedingt eine Steigerung des persönlichen Einsatzes. Über Arbeitsmangel können wir uns nicht beklagen. Neben der eigentlichen Arbeit hat jeder immer eine Fülle von Repräsentationspflichten. Für die Besuche aus dem Reich sind wir dankbar, denn diese Besuche werden meist zu Erziehungsfahrten für die Reichszentralen und können sich auswirken im Sinne des Aufbaues gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den befreundeten Mächten Deutsches Reich und Generalgouvernement.

Zum

Zum Schluß möchte ich nur noch von der wesentlichsten Sorge sprechen, die ich in letzter Zeit hatte, von der Zloty- und Preisfrage. Wenn es uns gelingt, aus dieser Zloty-Krisis gerade noch mit einem blauen Auge herauszukommen, so muß ich gestehen, daß dies einer der großartigsten Erfolge der Gouvernementsverwaltung überhaupt war. Ich möchte hier nicht mit Lob sparen und jedem einzelnen von Ihnen danken, daß er trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die mit dieser Frage zusammenhängen, mir und allen Mitarbeitern geholfen hat. Wir haben eine der schwersten Aufgaben der Gemeinschaftsarbeit kameradschaftlich und autoritär gelöst. Als ich erklärte, daß der Zloty stabil gehalten werde, hat man mir aus Berlin Telegramme und Sendboten geschickt und mir mitgeteilt, daß man über nichts so bestürzt sei als über diese Maßnahme. Ich habe damals eiskalt erklärt: ich trage die Verantwortung und wir werden den Zloty halten müssen. Vorgestern waren Herren aus Berlin bei mir und sagten: Gottlob, daß es geglückt ist, den Zloty einigermaßen stabil zu halten. Ich konnte mir die Bosheit nicht ersparen, etwas überrascht zu sein über diese Wandlung der Anschauungen in der Berliner Zentrale. Sie sehen daraus, wohin man käme, wenn man den Einflüsterungen aus Berlin blind folgen würde. Wir haben jetzt die Zlotykrise einigermaßen überwunden und werden, wenn in den nächsten Wochen der Umtausch aller Noten vollzogen ist, kaum mehr größere Schwierigkeiten haben. Das gleiche gilt hinsichtlich der Entwicklung der Preisverhältnisse im Generalgouvernement. Auch hier glaube ich, sagen zu können, daß es uns gelingen wird, die Dinge so zu gestalten, daß wenigstens von der Ernte 1940 ab ein einigermaßen einheitliches und stabiles Preisgebäude wird errichtet

richtet werden können und zwar auch dies nur dank der präzis funktionierenden Maschinerie unserer staatlichen Verwaltung. Wenn wir das Barockgebäude der Reichsverwaltungszentralen gehabt hätten, würde es uns genau so gegangen sein wie dem Reich auf dem Gebiete des Transportwesens. Die Transportlage des Reiches ist heute das Kriegsproblem geworden. Die Transportlage wird auch bei uns noch schmerzliche persönliche Einschränkungen fordern. Herr Staatssekretär Dr. Bühler wird bei seinen Ausführungen über die Urlaubsfrage darauf zu sprechen kommen.

Zum Schluß möchte ich noch eine Frage herausgreifen: die Grenzfrage. So schön die Lage unseres Generalgouvernements in jeder Weise ist, so haben wir doch eines nicht, nämlich Kohlen. Am 12. Februar habe ich dem Herrn Generalfeldmarschall gesagt, daß das Generalgouvernement ein nach dem Lebensstandard des Generalgouvernements verwaltetes und geführtes Kohlenrevier bekommen müsse. Der Herr Generalfeldmarschall hat diese Frage in Fluß gebracht und wir befinden uns jetzt mitten in den Verhandlungen.

Reichsminister S e y ß - I n q u a r t berichtet an Hand einer Karte über die Verhandlungen in der Grenzfrage und den voraussichtlichen Verlauf der neuen Grenze zwischen Generalgouvernement und Reich.

Staatssekretär <u>Dr. Bühler</u> erinnert daran, daß der Herr Generalgouverneur, als er im Oktober 1939 vom Führer die zivile Verwaltung und die Einführung der deutschen Ordnung im Osten übertragen bekam, seinen engsten Mitarbeitern, den Distriktschefs, die Weisung gab, niemals eine nützliche und praktische

Handlung zu unterlassen, nur deshalb, weil der Wortlaut irgendeines Gesetzes dieser nützlichen Handlung entgegenstehe. Diese Richtlinie für die Arbeit der Distriktschefs habe sich bewährt. Gegen manche Erwartungen habe sich trotz Ingebrauchnahme dieser Freiheiten durch die Distriktschefs und Kreishauptleute ein gesundes Verwaltungsgebilde entwickelt, das nun in ganzem Umfang zu arbeiten beginne. Wenn trotzdem heute gegen eine etwa vorhandene Tendenz einer Ausweitung dieser Freiheiten Stellung genommen werden müsse, so geschehe das aus dem Bewußtsein und der Erkenntnis heraus, daß der Zustand, in dem das Generalgouvernement sich vor mehreren Monaten noch befunden habe, nicht zu vergleichen ist mit dem Zustand von heute. Eigenmächtigkeiten seien heute nicht mehr am Platz und würden nur den Gesamtaufbau des Verwaltungsapparates stören und eine zentrale Leitung unmöglich machen. So dürfe es heute insbesondere auf dem Versorgungsgebiet nicht mehr vorkommen, daß irgendwelche Formationen oder Einzelpersonen eigenmächtig vorgehen. Mit allen Mitteln müsse das wilde Aufkäufertum beseitigt werden. Das gleiche gelte auf dem Gebiet der Beschlagnahme. Durch die Beschlagnahmeordnung sei eine Basis geschaffen, die die Begriffe von Mein und Dein wieder schärfer abgrenze. Wer gegen diese Ordnung verstoße, handle als Dieb, Räuber oder Erpresser. Dem Generalgouverneur - und nur ihm allein - sei vom Führer die Verantwortung für die Gestaltung der Verhältnisse im Generalgouvernement übertragen worden. Ausweise, Vollmachten und sonstige Schreiben irgendwelcher Reichsstellen, die ohne Einverständnis des Generalgouverneurs verfertigt und ausgestellt wurden, seien im Generalgouvernement ohne Wirksamkeit. Aber auch innerhalb des Generalgouvernements könne nicht jede Dienststelle über jede Sache an jedem Ort irgendeinen

Schein

Schein ausstellen und irgendeine Vollmacht erteilen. Die grundsätzliche Regelung sehe wie folgt aus: Staatliche Ermächtigungen erteile der staatliche Hoheitsträger und zwar für den Bereich des von ihm verwalteten Gebietes. Verschwinden müßten die Ermächtigungen, die von Sekretären oder Schreibkräften im Vorzimmer der Hoheitsträger fabriziert werden und verschwinden müßten auch sonstige Scheine, die in angemaßter Zuständigkeit von irgendjemand draußen ausgestellt werden. Er habe Veranlassung genommen, im Amt des Generalgouvernements Strafanzeige zu erstatten gegen Leute, die geglaubt haben, mit der Autorität dadurch Schindluder treiben zu können, daß sie auf Ausweisen einfach Zahlen abänderten und dadurch die Ausweise fälschten.

Im Bereich der Gesetzgebungsarbeit werde von vielen Seiten darüber geklagt, daß die Zentrale eine derart fruchtbare Tätigkeit entfalte, daß die Praxis daran ersticke. Er habe die Überzeugung, daß diejenigen Stellen hieram lautesten schrien, die ihren eigenen Apparat noch nicht so weit in der Hand hätten, um die ihnen gestellten Aufgaben reibungslos durchführen zu können. Die Distrikte hätten einen der Zentrale nur wenig nachstehenden Apparat aufgebaut und seien, wenn dieser Apparat richtig funktioniere, leicht in der Lage, nach angemessener Zeit den Inhalt eines Verordnungsblattes zu bearbeiten. Auch hier müsse der Kreishauptmann prinzipiell alles zur richtigen Zeit zu erledigen suchen, und nur, wenn es trotz größter Anstrengung nicht gelinge, dann solle er eine Dringlichkeitsliste aufstellen und die vordringlichen Dinge zuerst, die weniger wichtigen später erledigen. Im Verordnungsblatt müsse jedenfalls die Autorität der Zentrale verankert werden, was hier verordnet sei, müsse auch durchgeführt werden. Sollten sich hier Unstimmigkeiten ergeben, so würde er für entsprechende Vorschläge dankbar sein, und er sei dann in der Lage, für das nächste Mal den Fehler abzustellen.

Er unterbreite dem Herrn Generalgouverneur für die künftige Gestaltung der Behandlung der Dienstangelegenheiten einige Vorschläge, und zwar greife er aus dem allgemeinen Geschäftsbereich das heraus, was für den Herrn Generalgouverneur und seinen Stellvertreter sowie für den Chef des Amtes Bedeutung habe. Er habe über die Vollziehungs- und Zeichnungsgewalt des Herrn Generalgouverneurs eine Anordnung herausgegeben. In dieser Anordnung sei ferner bestimmt, daß die Abteilungsleiter den Chef von allen grundsätzlich wichtigen Vorgängen in ihren Abteilungen zu unter-

richten

richten hätten. Dies gelte insbesondere für Sachen, in denen Vortrag beim Herrn Generalgouverneur oder seinem Stellvertreter angeordnet sei.

Er wisse, daß diese Anordnungen auf dem Papier stehen bleiben würden, wenn die Abteilungsleiter nicht das Vertrauen zu dem Herrn Generalgouverneur und seinem Stellvertreter wie zum Chef des Amtes hätten, daß diese Anordnungen nicht den Zweck verfolgten, sie unter Kontrolle oder Zensur zu nehmen, sondern daß damit lediglich dem Wunsche Ausdruck gegeben sei, die Abteilungsleiter möchten mit ihnen zusammenarbeiten und nach den Richtlinien verfahren, die von hoher Warte aus für die Arbeit gegeben seien.

Zur Osterurlaubsregelung verweise er auf ein Schreiben, das der Reichsverkehrsminister ihm habe zugehen lassen.

(Das Schreiben wird verlesen.)

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß ein Abdruck dieses Schreibens allen Abteilungen zugestellt wird. Ihm sei auch aus Berlin die nachdrückliche Anweisung zugegangen, daß vor allem am Sonnabend vor Ostern nicht gefeiert werden solle. Man müsse sich im Generalgouvernement nun wohl auch unbedingt daran halten. Im Generalgouvernement sei es doppelt schwer, während es für die Beamten, die über Ostern bei ihren Familien blieben, erträglicher sei, da sie ja dann nicht von ihrer Familie getrennt seien. Es wäre zu überlegen, ob man nicht unmittelbar an das Osterfest anschließend eine Art Ersatzurlaub gewähren sollte. Wichtig sei, daß auch während dieser Tage keine Besuche nach dem Generalgouvernement veranlaßt werden sollten. Jedenfalls müsse dieser Erlaß allen Dienststellen

bekannt

bekannt gegeben werden, damit etwaigen Beschwerden einigermaßen wirksam entgegengetreten werden könne. Dienstreisen hätten für diese Zeit überhaupt zu unterbleiben. Im übrigen sei die Erteilung eines Urlaubs in dieser Zeit von der ganz selten zu gebenden Genehmigung des unmittelbaren dienstlichen Vorgesetzten abhängig zu machen. Dafür hätte der Abteilungsleiter bzw. der Distriktchef die Verantwortung zu übernehmen. Über die Fälle der Erkrankung von Familienangehörigen werde am besten garnichts gesagt. Was die allgemeine Urlaubsregelung angehe, so könnte man vielleicht daran denken, in jedem der 12 Monate einem 1/12 der Beamten die Möglichkeit zu geben, ihren Urlaub anzutreten. Er bitte also den Amtschef, sich die Urlaubsregelung besonders angelegen sein zu lassen.

Gegenüber dem Vorschlag des Notars Gutbrod, den Beamten und Angestellten eine geldliche Entschädigung für nicht angetretene Urlaubsreisen zu gewähren, auf die ein Anspruch bestehe, bemerkt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r , daß die Gewährung einer Reisekostenvergütung ohne angetretene Reise jeder Grundlage entbehre. Reisekosten seien ein nachzuweisender Aufwand. Angesichts des Ernstes der Zeit sei es wohl auch nicht notwendig, daß jemand dafür einen Ersatz bekomme. Er müsse so viel Opfersinn bei den Beamten und Angestellten voraussetzen, daß sie das nötige Verständnis dafür hätten. Der Sinn der ganzen Regelung sei der, daß kein Beamter und Angestellter von seinem ordentlichen Vierteljahresurlaub etwas aufzugeben brauche, der Urlaub

solle

solle nur auf die Zeit nach dem 31. März verschoben werden. Diese Verschiebung dürfe aber nun nicht wieder zu einem plötzlichen Stoßbetrieb führen, sondern müsse sinnvoll in Termine aufgeteilt werden. Wenn jemand seinen Urlaub nicht innerhalb der 3 Monate antrete, dann sei er damit einverstanden, daß er im zweiten Vierteljahr 14 Tage Urlaub erhalte.

Es würde sich für ihn nun noch darum handeln, daß er künftig die Verordnungen, die ihm vorgeschlagen würden, von dem Leiter der Abteilung Gesetzgebung vorgelegt bekomme. Eine Dienststelle müsse hier die Zusammenfassung haben. Das gelte für alle Arten von Verordnungen, auch für die Dienststelle des Vierjahresplans. Bei den Verordnungen, die die Kreishauptmänner interessierten, müsse künftig mehr unmittelbar auf die Geschäftslage der Kreishauptmannschaft Rücksicht genommen werden. Wenn man direkt mit den Kreishauptmännern spricht, so sehe die Lage in den Kreisen manchmal geradezu katastrophal aus. Angesichts der großen Aufgaben des Kreishauptmannes, angesichts der Tatsache, daß er vielfach mit völlig unzulänglichem Personal arbeiten müsse, sei es außerordentlich schwer, vom Kreishauptmann die Beherrschung aller dieser Verordnungen zu verlangen. Deshalb würde es sich vielleicht auch empfehlen, statt der Verordnungsblätter in vermehrtem Umfange dienstliche Vorschriften für die Praxis zu erlassen. Der Verordnungstext sei die Verwirklichung des gesetzgeberischen Willens, aber die Praxis wisse oft mit diesen Begriffen nichts anzufangen. Deshalb wäre es zweckmäßig, wenn jedem Verordnungsblatt einige Exemplare einer Erläuterung hinzugefügt würden. Die Kreishauptleute bäten auch noch besonders darum,

daß

daß im Hinblick auf die Tätigkeit der Woids diese Erläuterungen in polnischer Sprache gegeben würden.

Das Amt für Gesetzgebung erhalte in zunehmendem Maße die Bedeutung der Verwirklichung des gesetzgeberischen Willens. Er würde es begrüßen, wenn auch bei den Distrikten ein Beamter mit der Aufgabe betraut werde, auf diesem Gebiete tätig zu sein. Weiter müsse ein eingehendes Sachregister zu den Verordnungsblättern in regelmäßigen Abständen herausgegeben werden, was einer guten Praxis der Herausgeber des Reichsgesetzblatts entsprechen würde. Was in den Verordnungsblättern des Generalgouvernements stehe, sei, absolut asynthetisch, von allen Abteilungen zusammengeworfen, nur zusammengehalten durch den Druck, aber im übrigen inhaltlich, zeitlich, der Auswirkung und den Aufgaben nach völlig durcheinandergehend. Des weiteren müßte aus jedem Verordnungsblatt, soweit möglich, hervorgehen, welche Aufgaben jeweils für den Distriktchef, den Kreishauptmann, den Woid sich aus dieser Verordnung ergeben. Auf diesem Wege wäre etwa der Kreishauptmann darauf aufmerksam zu machen, daß er einen bestimmten Bericht zu erstatten habe. Man müsse also zu einer elastischen und praktisch brauchbaren Auslegungskunde des Verordnungsblattes kommen. Man müsse vielleicht zu einer Art Reichsanzeiger für das Generalgouvernement kommen, in welchem alle diese Dinge auf Grund eines Inhaltsverzeichnisses zusammengefaßt seien.

Von Bedeutung sei das Verhältnis zwischen den Abteilungsleitern und den Distriktschefs. Bei den Distriktschefs führe häufig der Umstand zu einer gewissen Sorge, daß die Abteilungsleiter manchmal zu sehr in die unteren Behörden hineinregieren, ohne daß sie dabei allzusehr Rücksicht nehmen auf die Stellung des Gouverneurs. Es liege aber grundsätzlich im Interesse der gesamten Autorität des Generalgouvernements, daß die Chefs der Distrikte herausgehoben seien und als Repräsentanten der Totalität der Zuständigkeit natürlich auch von Ihnen informiert werden müssen. Es mache sich eben hier das alte Problem einer gewissen Gegensätzlichkeit der territorialen Zuständigkeit und der Fachzuständigkeit bemerkbar. Es lasse sich dieses Problem nicht anders lösen als durch eine kameradschaftliche, gegenseitig aufgeschlossene und zusammenarbeitende Inbezugsetzung. Es gebe in jedem Gesamtorganismus Bruchstellen und diese Bruchstellen - in diesem Fall das Zusammentreffen von fachlicher, zentraler Zuständigkeit und von territorialer Zuständigkeit - müssen in jedem Verwaltungsaufbau mit einer Gummielastizität versehen sein. Also kameradschaftliche, persönliche Gemeinschaft! Es wäre falsch, wenn ein Abteilungsleiter sagen würde, die Außenstellen gehen den Distrikt nichts an. Auf der anderen Seite wäre es aber ebenso falsch, wenn ein Distriktschef fachlich etwas tun würde ohne Rücksicht zu nehmen auf die gesamte, fachliche Politik. Das Verhältnis der Abteilungsleiter müsse also unter allen Umständen geklärt werden.

In den nächsten Wochen werde Reichsminister Seyß-Inquart und Staatssekretär Dr. Bühler mit den Abteilungsleitern in Anwesenheit des Finanzpräsidenten Spindler die Etatwünsche

und

und die Etatgestaltungsmöglichkeiten erörtern. Die Distriktschefs sollen feststellen, welche baulichen Notwendigkeiten vorliegen, wobei sie jedoch darauf zu verweisen seien, welch ungeheure Sparsamkeit geboten sei.

Bezüglich des Grandhotels wünsche er, daß alle rechtlichen Fragen in vorbildlicher Weise gelöst werden.

Der Sportbetrieb müsse mit Beginn des Frühjahrs in Gang gebracht werden. Es müsse festgestellt werden, welche Plätze zur Verfügung stehen und wer als Leiter für die einzelnen Sportarten vorgeschlagen werde.

Der Gedanke, aus dem Bereich von Burg und Bergakademie einen eigenen Distrikt zu schaffen, stoße auf Schwierigkeiten. Eine Lösung werde darin zu finden sein, daß man diesen Bereich aus der allgemeinen Verwaltungsbetreuung herausnimmt und unmittelbar der Betreuung durch das Amt des Generalgouverneurs unterstellt. Auf diese Weise könne die Frage ohne eine große Verordnung in praktischer Weise gelöst werden.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich sodann noch nach der Unterbringung der einzelnen Abteilungen und den Möglichkeiten der Verpflegung ihrer Beamten und Angestellten.

Als Termin für die nächste Abteilungsleitersitzung wird - unter Vorbehalt der genauen Festsetzung des Tages - die erste Aprilhälfte in Aussicht genommen.

(Schluß der Sitzung 12^{20} Uhr).

100

Abteilungsleitersitzung am 12. April 1940

---

3 Exemplare gefertigt.

Herschel.

107 7

A b t e i l u n g s l e i t e r - S i t z u n g

am Freitag, dem 12. April 1940

in der Bergakademie.

Beginn der Sitzung: 10^{30} Uhr.

Bergakademie.

Name	Dienstrang	Abteilung
[illegible]		
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	Volksaufkl. + Prop.
[illegible]	[illegible]	Chef [illegible]
[illegible]	[illegible]	Ernährung u. Landwirtsch.
[illegible]	[illegible]	Forsten
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]		
[illegible]	[illegible]	Devisen
[illegible]	[illegible]	Referent f. d. [illegible]
[illegible]	[illegible]	Eisenbahnen
[illegible]	"	Post
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	Raumordnung
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Dr. Jansen	Oberregierungsrat	Justiz
[illegible]	Landgerichtsrat	[illegible]
Dr. Franke	Regierungs- und [illegible]	Innen [illegible]
[illegible]	Oberreg. Rat	Arbeit.
[illegible]	[illegible] R.	[illegible]
[illegible]	Präsident	[illegible]
[illegible]	Finanzpräsident	Finanzen
[illegible]	"	"
[illegible]	Gesandter	Auswärt. Amt
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Oberst	i. V. des Ober[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r nimmt in einleitenden Ausführungen zu verschiedenen Fragen Stellung, die im Laufe der letzten Zeit akut geworden sind.

Er erwähnt zunächst, daß im Generalgouvernement ein Amt für die Bearbeitung der statistischen Angelegenheiten gebildet werde, dessen Leitung ein Referent im Amte des Generalgouverneurs übernehmen solle. Diese statistischen Angelegenheiten würden in zunehmendem Maße von Interesse sein. Vor allem lege er Wert darauf, daß, wenn es zu der Zusammenfassung der statistischen Arbeiten komme, jeder Abteilungsleiter und jede Dienststelle im Generalgouvernement imstande sei, die für die Erfüllung der dienstlichen Aufgaben notwendigen Zahlenunterlagen, soweit möglich, zu erlangen. Nicht gedacht sei an eine Überlastung der Außendienststellen mit statistischen Anfragen, Tabellenaufstellungen usw. Er habe diese statistische Zentrale auch zu dem Zweck gebildet, um statistische Arbeiten unter Umständen zu verhindern. Er denke nicht daran, zu allem Überfluß die Kreis- und Stadthauptmänner mit statistischen Aufgaben zu belasten. Man könne zur Zeit wohl feststellen, wie groß ungefähr die Zahl der Bevölkerung sei, wieviel Juden, Ukrainer es gebe, es werde aber nicht möglich sein, genauere Zahlen zu finden. Das zeige z.B. das Beispiel der Stadt Warschau: Nach polnischen Schätzungen habe diese Stadt eine Bevölkerung von 1,4 Millionen Menschen gehabt; als er nach Warschau gekommen sei, habe man ihm eine Zahl von etwa 1,8 Millionen genannt, und nun behaupte wieder der Ernährungsreferent der Stadt Warschau, die Einwohnerzahl dieser Stadt betrage höchstens 1,3 Millionen. Ein polizeiliches Meldewesen können man

mit

mit den geringen Hilfskräften auch nicht durchführen. Was an zahlenmäßiger Erfassung möglich sei, das solle selbstverständlich eingehend und sauber durchgeführt werden. Es gebe auch einige Gebiete, auf denen diese statistische Erfassung ohne weiteres dienstlich möglich sei. So werde man vielleicht ohne große Schwierigkeit Feststellungen über das Finanzaufkommen, über den Verkehr, über die Zahl der deutschen Beamten und Parteigenossen, der Militärpersonen usw. treffen können. Für alle anderen allgemeinen dienstlichen statistischen Feststellungen sei aber keine Überstürzung oder besondere Eile am Platze. Jedenfalls müsse dafür gesorgt werden, daß die Arbeit der Abteilungsleiter zahlenmäßig unterbaut werde, soweit das dienstlich möglich sei.

Im engen Zusammenhang damit stehe das Archiv- und Registerwesen. Er habe angeordnet, daß eine Zentralstelle im Generalgouvernement dafür gebildet werde und daß sie die leitende Archivdienststelle des Generalgouvernements sein solle. In ihr werde letzten Endes das gesamte archivarische Material des Generalgouvernements zusammenströmen. Er richte dabei die Bitte an die Abteilungsleiter, grundlegende Erlasse und wichtige Anordnungen, die sie in ihrem Dienstbereich treffen, in einer Form niederschreiben zu lassen, daß sie einmal als Archivgut Dauercharakter behalten können. Solche wichtigen Erlasse und Anordnungen dürften nicht auf billigem Schreibmaschinenpapier niedergeschrieben werden. Das Archiv des Generalgouvernements sei daher eine sehr wichtige Dienststelle und habe für die geschichtliche Betrachtung

der

der Vorgänge im Generalgouvernement die größte Bedeutung.

Das Sportleben im Generalgouvernement solle nunmehr in jeder Weise gefördert werden. Es müsse mit allen Kräften dafür gesorgt werden, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter der deutschen Behörden zu sportlichen Gemeinschaften zusammengefaßt werden, die mit den Angehörigen der Wehrmacht, der SS, der Polizei und allen anderen Verbänden im Generalgouvernement Wettkämpfe veranstalteten. Er halte es für eins der wichtigsten Merkmale des Generalgouvernements, daß auch hier dieses modernste Prinzip der Leibesertüchtigung durchgeführt werde. Er bitte auch alle Abteilungsleiter, sich persönlich an diesem sportlichen Leben in irgendeiner Form zu beteiligen. Gerade der Sportbetrieb führe zu echter Kameradschaft. Es müßten auch schöne Sporthäuser gebaut, Preise für Wettkämpfe gestiftet werden; den Sporttreibenden müsse auch Urlaub gewährt werden, und für die daraus entstehenden Aufwendungen habe gegebenenfalls die Finanzabteilung aufzukommen. Im Benehmen mit dem Reichssportführer habe er Dr. Niffka zum Sportreferenten für das Generalgouvernement berufen und Herrn Rehrl zu seinem Stellvertreter ernannt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bezeichnet es dann als außerordentlich wichtig, daß die Beamten und Angestellten des Generalgouvernements das Gefühl haben müssen, ihre Arbeit werde stets beobachtet, und die Möglichkeit einer qualifizierenden Beobachtung sei durchaus gegeben. Es dürfe nicht so sein, daß ein Beamter oder Angestellter sich vergessen fühle. Man müsse auch für die höheren Stellen im Generalgouvernement an einen Nachwuchs denken. Er

wünsche,

wünsche, daß diese höheren Stellen in zunehmendem Maße aus den Reihen der Anwärter in niedrigeren Positionen im Generalgouvernement selbst besetzt würden. Das entspreche seines Erachtens nur der Gerechtigkeit. Eine Möglichkeit der Anerkennung von Dienstleistungen im Generalgouvernement durch das Reich bestehe selbstverständlich. Natürlich könne es nicht ausgeschaltet sein, daß ein Beamter, der sich hier betätige, nicht den Anspruch verlieren dürfe, im Reich nun genau so dienstlich weitergeführt zu werden, wie es geschehen wäre, wenn er daheim geblieben wäre. Es müsse aber allmählich die Möglichkeit geschaffen werden, daß sich ein Beamter oder Angestellter auch innerhalb des Generalgouvernements zu bewähren vermag. Deshalb wünsche er, daß bei Vorschlägen für die Besetzung bestimmter Posten immer geprüft werde, ob man nicht einen geeigneten Bewerber aus den Reihen der hiesigen Beamten habe.

Am 20. April, dem Geburtstag des Führers, werde er das Institut für deutsche Ostarbeit in Krakau feierlich ins Leben rufen. Er rechne damit, daß sich die Abteilungsleiter auch persönlich an der Arbeit für dieses Institut beteiligten. Er werde ein engeres und ein weiteres Kuratorium gründen und sämtliche Abteilungsleiter in dieses erweiterte Gremium berufen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß das Institut für deutsche Ostarbeit die geistige Heimstätte des Wirkens der führenden Männer im Generalgouvernement sei. Neben seinen wissenschaftlichen und Forschungsthemen solle das Institut die eminent praktische Aufgabe der Einführung der aus dem Reich kommenden Beamten und Angestellten in das

Leben des Generalgouvernements, seine Bedürfnisse, Nöte, Sorgen und Probleme erfüllen. Die gesamte Beamten- und Angestelltenschaft des Generalgouvernements, soweit sie irgendwie mit Führungsaufgaben betraut sei, werde sich einem Kursus in diesem Institut zu unterziehen haben. Man werde auch nach Abschluß eines solchen Kursus Prüfungen vornehmen und Zeugnisse ausstellen, sodaß also die Möglichkeit gegeben sei, auf diesem Wege eine Art Facharbeiterschaft für die Ostarbeit im nationalsozialistischen Sinne zu gewinnen. Der Aufbau des Institutes für deutsche Ostarbeit beschränke sich zunächst auf das Gebiet des Generalgouvernements, was aber nicht ausschließe, daß auch mit einigen anderen Instituten wie z.B. denen in Breslau und Königsberg Fühlung genommen werde.

Am 19. April werde die Gemeinschaft der Volksdeutschen im Generalgouvernement mit einer feierlichen Kundgebung, die auf der Burg stattfinde, und bei der die Vertreter der Volksdeutschen aus dem ganzen Generalgouvernement empfangen werden sollen, amtlich ins Leben gerufen. Damit finde die vorläufige Entwicklung des volksdeutschen Lebens im Generalgouvernement eine gewisse organisatorische Umformung. Die Hauptaufgabe dieser volksdeutschen Gemeinschaft müsse selbstverständlich die Vorbereitung der Überführung der Volksdeutschen in das Reich sein. Darüber hinaus werde es aber hier immer Volksdeutsche geben. Eine restlose Überführung der Volksdeutschen ins Reich sei auch nicht beabsichtigt. Diese Gemeinschaft werde sozusagen das Führungsinstrument für die deutschen Menschen im Generalgouvernement darstellen, soweit

sie

113

sie nicht Reichsbürger oder Parteigenossen seien.

Am 19. April werde er auch Vertreter der Ukrainer und Goralen empfangen und von ihnen ein Geschenk entgegennehmen. Die Ukrainer sollten vom Führer die Chelmer Kathedrale, die ihnen von den Polen im Jahre 1922 geraubt worden sei, zurück erhalten. Man werde ihnen auch feste Zusicherungen für die Aufrechterhaltung ihres völkischen Lebens geben. Er werde ihnen die Genehmigung erteilen, Mittelschulen und eine Art Hochschule zu eröffnen, die den dringensten Bedürfnissen vor allem auf dem Gebiete der praktischen Berufe, wie dem der Ärzte und Ingenieure diene. Die Ukrainer bekämen auch ein Priesterseminar. Er habe den Ukrainern im Oktober erklärt, daß sie, wenn sie sich loyal verhielten und keinerlei Zwischenfall zwischen Ukrainer und Sowjetrussen vorkäme, dafür belohnt werden würden. Die Urkainer hätten sich an dieses Versprechen gehalten, und er werde das gleiche tun. Allerdings werde er nicht die Gründung einer großen völkischen Gemeinschaftsorganisation der Urkainer zulassen, jedoch könnte für eine größere Anzahl von Ukrainern eine Art Selbsthilfe- und Betreuungsorganisation geschaffen werden. Auf diese Weise werde die Möglichkeit geschaffen, ein gewisses Gemeinschaftsleben der Ukrainer in unverbindlicher Form entstehen zu lassen. Im übrigen werde es sich empfehlen, daß man im Generalgouvernement dem Grundsatz huldige: divide et impera.

Das Gebirgsvolk der Goralen habe eigentlich mehr dekorativen Charakter. Es habe aber auch das Bedürfnis, als ein besonderer Volksstamm anerkannt zu werden, und man werde diesem Wunsche, soweit möglich, Rechnung tragen

Er

Er könne heute im Kreise der Abteilungsleiter den Beauftragten des Stellvertreters des Führers, Kreisleiter Schalk begrüßen, der die Parteiangelegenheiten im Generalgouvernement unter seiner, des Generalgouverneurs, Führung betreuen solle. Er beabsichtige nicht, die Parteigenossenschaft im Generalgouvernement in einem Auslandsgau zusammenzufassen. Möge auch das Generalgouvernement in gewissen Beziehungen als Ausland gelten, so bestehe doch wohl für das Generalgouvernement der Wunsch, einmal nicht mehr Ausland zu sein, sondern irgendwie in das Gebiet des Großdeutschen Reiches eingebaut zu werden. Der Führer habe ihm in Berlin gesagt, daß er das Generalgouvernement nicht mehr herzugeben gedenke. Der Führer habe weiter für die völlige Durchführung der Eindeutschung des Warthegaues, Danzigs, Westpreußens und der süd-osteuropäischen und oberschlesischen Gebiete eine Zeit von etwa 10 Jahren bestimmt. In diesem Zeitraum solle nun alles getan werden, um vor allem den Warthegau, der sehr gefährdet sei, zur deutschen Volksgemeinschaft emporzuentwickeln. Ursprünglich sei man der Meinung gewesen, das sei dadurch möglich, daß man die Polen aus Posen einfach in das Generalgouvernement abschiebe. Allmählich habe man eingesehen, daß das nicht möglich sei, das Generalgouvernement habe sich die zentrale Einstellung des Reiches nicht gefallen lassen. Man werde sich aber im Generalgouvernement daran gewöhnen müssen, daß entsprechend der Zunahme der Deutschen im Warthegau und in Westpreußen zunächst auf Jahre hinaus die polnische, jüdische, Zigeuner- und sonstige Bevölkerung im Generalgouvernement eine Heimstätte finde. Es wäre also sinnlos, ja es würde geradezu

gegen

gegen die Politik des Führers verstoßen, wollte man im Generalgouvernement Deutschtumspolitik in dem Sinne treiben, wie es etwa im Warthegau notwendig sei. Die Politik im Sinne einer restlosen Eindeutschung könne für das Generalgouvernement erst dann beginnen, wenn der Warthegau, Westpreußen, Danzig, der Süd-ostraum und Oberschlesien in dem durch den Führerbefehl bezeichneten Sinne deutsch geworden sei. Das hindere natürlich nicht, daß die deutschen Beamten dieses Landes alles täten, um den Deutschtumscharakter in Führung und Geistesdurchdringung sowie die gesamte politische Zielrichtung der Reichspolitik in jeder Weise zu fördern. Dazu gehöre vor allem, daß die Deutschen, die in diesem Lande leben und sich betätigen, eine absolut geschlossene Einheit darstellen.

In seiner Anwesenheit habe der Führer einem aktiven Reichsminister verboten, sich in die Angelegenheiten des Generalgouvernements einzumischen. Das gelte ebenso für die Wehrmacht und auch für die Partei. Der Repräsentant des Führerwollens in diesem Gebiet sei der Generalgouverneur. Die Beziehungen zur Wehrmacht seien in wirklich loyaler Weise von beiden Seiten aufs beste gestaltet worden, wofür er insbesondere auch Oberstleutnant von Tschammer und Osten danke. Was die Wehrmacht brauche, werde vom Generalgouvernement sichergestellt, denn die Wehrmacht sei sich dessen bewußt, daß das Generalgouvernement eine vom Führer geschaffene Einrichtung sei.

Für die Partei bestehe eine besonders schwierige Lage. Im Laufe der letzten Monate hätten verschiedene Besprechungen mit Reichshauptamtsleiter Opdenhoff stattgefunden. Es

sei

sei nicht möglich, schon jetzt die Frage einer Parteimitgliedschaft der Volksdeutschen zu lösen. Bei einer Besprechung mit Kreisleiter Schalk sei man aber zu folgendem Ergebnis gekommen. Man werde die Parteigenossen, die im Generalgouvernement als Beamte, Angestellte, Arbeiter usw. tätig seien, so behandeln wie Parteigenossen, die sich irgendwo im Ausland auf längere Zeit aufhielten und dort zusammenlebten und sich träfen. Die Parteigenossen würden demnach kameradschaftlich aufklärend den Gemeinschaftskontakt regehalten und an allen Feiern der Partei im Reich durch Gemeinschaftskundgebungen usw. hier im Gebiet des Generalgouvernements teilnehmen. Wichtig sei vor allem, daß sich die Nationalsozialisten hier nicht in Verbände und Gliederungen der NSDAP. auflösten. Hier gebe es eine Überspezialisierung der Bewegung in diesem Sinne nicht. Er liebe es nicht, wenn sich auf diesem Boden die Angehörigen einzelner angeschlossener Verbände oder Gliederungen besonders heraushöben oder abgesondert von den anderen betätigten, sondern hier habe die Partei als Einheit zu fungieren, und diese Einheit werde am besten durch die kameradschaftliche Kundgebungsform von gesellschaftlichen Zusammenkünften betätigt. Er werde jedem Distriktchef und Kreishauptmann die Aufgabe geben, sich diesen Zusammenschluß der Parteigenossen persönlich angelegen sein zu lassen. Er habe Kreisleiter Schalk beauftragt, diese Kundgebungen und Zusammenkünfte regelmäßig zu überwachen. Darüber würden noch Einzelanweisungen herausgegeben werden. Das Reglement müsse schon am 1. Mai in Kraft treten. Man werde auch eine Reihe von ausgewählten Rednern nach dem Generalgouvernement kommen lassen,

diese

diese müßten die Mentalität der Parteigenossen hier im Osten kennen. Für eine solche Aufgabe brauche man Parteigenossen, Kämpfer und Männer, die das Wort beherrschen, die nicht in einen Rauschzustand geraten, sondern imstande sind, den Parteigenossen hier im Lande die Lage vernünftig zu klären. Das Parteileben werde also im kameradschaftlich gepflegten Kreis vor sich gehen. Man werde Vertrauensleute der Partei bei jedem Distrikt- und Kreischef bestimmen, und nur sie würden als solche anerkannt werden. Alle Angehörigen von Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden hätten an diesen Gemeinschaftsveranstaltungen und Kundgebungen der NSDAP. teilzunehmen. Außerhalb dieser Veranstaltungen gebe es kein Sonderleben von Gliederungen und Verbänden im Generalgouvernement.

Die Frage der Errichtung von Bauten im Generalgouvernement müsse im Zusammenhang mit dem Problem der Erstellung von Wohnungen für Beamte, Angestellte und Militärpersonen großzügiger geregelt werden, als das bislang geschehen sei. Er habe über diese Frage gestern mit einigen Generälen gesprochen und dabei festgestellt, daß Generäle, die Divisionen kommandierten, angesichts der Notlage auf dem Wohnungsmarkt gezwungen seien, in Häusern zu wohnen, die außer dem General nur noch Juden als Mieter hätten. Das gelte übrigens auch für alle Kategorien von Beamten. Dieser Zustand sei auf die Dauer vollkommen unerträglich. Wenn die Autorität des nationalsozialistischen Reiches aufrecht erhalten werden solle, dann sei es unmöglich, daß die Repräsentanten dieses Reiches gezwungen seien, beim Betreten oder Verlassen des Hauses mit Juden zusammenzutreffen, daß sie der Gefahr

unterlägen,

unterlägen, von Seuchen befallen zu werden. Er beabsichtige deshalb, die Stadt Krakau bis zum 1. November 1940, soweit irgend möglich, judenfrei zu machen und eine große Aussiedlungsaktion der Juden in Angriff zu nehmen, und zwar mit der Begründung, daß es absolut unerträglich sei, wenn in einer Stadt, der der Führer die hohe Ehre zuteil werden lasse, der Sitz einer hohen Reichsbehörde zu sein, Tausende und Abertausende von Juden herumschlichen und Wohnungen inne hätten. Er werde mit dem Distriktchef von Krakau die Frage erörtern, ob eine solche Möglichkeit bestehe. Er denke sich das Verfahren so, daß in Krakau vielleicht noch etwa 5 000 oder höchstens 10 000 Juden blieben, die als Handwerker dringend benötigt würden, daß aber alle anderen Juden auf das Generalgouvernement verteilt würden. Die Stadt Krakau müsse die judenreinste Stadt des Generalgouvernements werden. Nur so habe es einen Sinn, sie als deutsche Hauptstadt aufzubauen. In Lublin befänden sich so viele Juden, daß die wenigen Deutschen dort fast garnicht in Betracht kämen. Wenn schon das Reich 450 000 Juden in das Generalgouvernement bringen wolle, so könnten auch noch 50 000 Juden aus Krakau in andere Teile des Generalgouvernements untergebracht werden. Er weise deshalb Ministerialrat Wolsegger an, in Verbindung mit dem Höheren SS- und Polizeiführer Maßnahmen für die Evakuierung der Juden aus Krakau vorzubereiten. Er sei bereit, den Juden zu gestatten, alles, was sie an Eigentum besäßen, mitzunehmen, mit Ausnahme natürlich von gestohlenen Gegenständen. Das Ghetto werde dann gesäubert werden, und es werde möglich sein, saubere deutsche Wohnsiedlungen zu

errichten,

errichten, in denen man eine deutsche Luft atmen könne. Was man mit den Polen anfange, sei eine spätere Frage; jedenfalls blieben sie zunächst einmal hier.

Das Grandhotel werde unbedingt für Zwecke des Generalgouvernements gebraucht. Alle Abteilungsleiter erhielten Besuche von Persönlichkeiten aus Berlin, die gut behandelt werden wollten und es auch im Interesse des Generalgouvernements müßten, die mit guten Eindrücken nach Berlin zurückkehren sollen. Selbstverständlich könnten im Grandhotel nicht auf die Dauer Wohnungen für die Wehrmacht reserviert bleiben. Die Wehrmacht habe hier auch Entgegenkommen gezeigt. Dafür müßten natürlich der Wehrmacht andere Hotels zur Verfügung stehen.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Juden nicht aus den Häusern, in denen deutsche Generäle wohnten, herausgebracht werden könnten, erwidert Landgerichtsrat Taschner, daß seine Abteilung die Wohnungsfrage nicht selbständig, sondern in Verbindung mit dem Deutschen Verkehrsamt der Stadt bearbeite.

Die weitere Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob es möglich sei, einen Wohnblock für die deutschen Beamten zu schaffen, bejaht Ministerialrat Wolsegger.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r betont nochmals nachdrücklichst, daß hier geholfen werden müsse. Das Grandhotel habe künftig ausschließlich für die Zwecke des Amtes des Generalgouverneurs als Gästehaus des Generalgouverneurs und der Abteilungsleiter zu dienen. Auf Rechnung des Amtes des Generalgouverneurs werde ein weiteres Hotel für die Wehrmacht zur Verfügung gestellt. Was die Judenaus-

weisung

Judenausweisung angehe, so könnte vielleicht so vorgegangen werden, daß den Juden, die bereit seien, bis zum 1. September die Stadt zu verlassen, gestattet werde, Wünsche für ihren neuen Wohnsitz zu äußern.

In der Aussprache ergreift zunächst Landesbauernführer Körner das Wort. Er führt aus, daß die Frühjahrsbestellung leider 4 Wochen zu spät gekommen sei. Man werde deshalb mit einer Verspätung der Ernte zu rechnen haben. Er müsse sich daher hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung auf einen mindestens 14 Tage bis 3 Wochen längeren Zeitraum einrichten, soweit die Bestände aus der alten Ernte in Betracht kämen. Das seien also neue Schwierigkeiten, über deren Umfang er noch nichts genaues sagen könne.

Die Bestellungsarbeiten liefen in den Distrikten Warschau und Lublin recht gut. In den Distrikten Radom und Krakau werde die Bestellung in diesen Tagen in Angriff genommen werden. Das Saatgut, das aus dem Generalgouvernement seit Monaten für die Frühjahrsbestellung bereitgestellt worden sei, werde jetzt verwendet. Das vom Reich versprochene Saatgut sei leider nicht in dem Umfang gekommen, wie man gedacht habe. Das sei darauf zurückzuführen, daß im Reich selbst große Auswinterungsschäden entstanden seien, die sich z.B. beim Brotgetreide auf etwa 40 % beliefen. Auch mangele es an Hafersaatgut. Leider seien auch hier die fest abgeschlossenen Mengen nicht herangekommen. Wenn man auch dagegen protestiere, so habe das doch wenig Zweck, wenn das Reich selber nichts zur Verfügung habe. Man habe auch bereits für diesen Fall Vorsorge getroffen; er habe schon

vor

vor Monaten einen Befehl für die Saatgutvorbereitung an die Distriktchefs und Kreishauptmänner herausgegeben, daß sie entsprechende Mengen zur Verfügung halten sollten, wenn das Saatgut aus dem Reich ausbleiben sollte.

Selbstverständlich müßten sich diese Umstände auf die Versorgung einzelner Großstädte nachteilig auswirken, besonders auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung. Infolge des Frostes seien große Kartoffelbestände erfroren. Nun müsse man alles, was einigermaßen für Saatzwecke in Betracht komme, zurückhalten, zumal man die 500 000 Ztr. aus dem Reich nicht bekommen werde.

Dänemark brauche einen neuen Absatzmarkt für seine Sämereien, und es sei zu hoffen, daß man mit den Dänen darüber zu einem Abschluß komme. Das Reich selber habe aber auch noch einen großen Besitz an Sämereien und Saatgut.

Mit der Wehrmacht sei vereinbart worden, daß sie für diejenigen großen Güter, denen es ja angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit an Gespann mangele, Pferde zur Verfügung stelle. Die Wehrmacht habe auch daraufhin einen entsprechenden Befehl erteilt.

Was die Versorgung mit Brotgetreide und Vieh angehe, so seien hier die Brotgetreideanbauflächen und Viehzahlen in den einzelnen Distrikten und Kreisen zugrunde gelegt worden. Während die für die Aufbringung getroffenen Maßnahmen seit Ende Februar gut fortgeschritten seien, seien sie jetzt angesichts der politischen Verhältnisse und der erneuten Unsicherheit hinsichtlich der Währung ganz erheblich ins stocken geraten. In allen Kreisen habe die Zufuhr an Getreide

und

und Vieh stark abgenommen. Es fehle eben den Kreishauptleuten an Machtmitteln in Gestalt der Polizei usw., um die Dinge wieder ingang zu bringen. Interessant seien Versuche, die man in Lublin und Radom gemacht habe. In dem Augenblick, in welchem ein Kommando von Heimwehr oder Selbstschutz in die Dörfer komme, gehe die Umlage flott vonstatten; wenn es aber wieder fortgegangen oder überhaupt nicht gekommen sei, dann sei aus den Dörfern nichts herauszuholen. In Radom versuchte man, mit dem Selbstschutz zum Ziele zu gelangen. Die Ergebnisse seien bisher recht gut. Im Distrikt Lublin habe man den Nachweis erbringen können, daß die Pfarrer von den Kanzeln die Bevölkerung aufgehetzt hätten. Man habe diese Pfarrer eingesperrt, und 8 Tage später sei die Situation schon wesentlich besser geworden. Man führe alle diese Mißstände zum Teil auf die erneute Unsicherheit der Währung zurück, die durch den jetzigen Umtausch der Noten noch vergrößert werde, vor allem auch darauf, daß den Kreishauptleuten keine entsprechenden Machtmittel zur Verfügung ständen. Seit dem 15. Januar sei keine Exekution gegen einen Juden erfolgt. Interessant sei auch die Tatsache, daß die polnische Bevölkerung eigentlich besser versorgt sei als die vom Generalgouvernement verpflegte Bevölkerung bzw. die Bevölkerung, die für Deutschland arbeite. Der Schleichhandel sei wieder im wachsen, ebenso auch der Panie-Wagenverkehr. Allen diesen Mißständen könne man angesichts des Fehlens von Polizeikräften nicht wirksam entgegentreten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wendet sich mit Schärfe gegen diese Methode der Berichterstattung.

Kritik

Kritik sei keine Berichterstattung. Die Schwierigkeiten, mit denen die Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft zu kämpfen habe, seien bekannt. Hier handele es sich um Dinge, die von dem Abteilungsleiter im Benehmen mit seinen Organen ohne weiteres bereinigt werden könnten. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, als ob eine andere Stelle die Verantwortung für diese Dinge trage. Für alles, was in dem Sektor Landwirtschaft und Ernährung geschehe, sei allein der Abteilungsleiter verantwortlich. Wenn er das Bedürfnis habe, mit einer anderen Behörde zusammenzuarbeiten, und diese Zusammenarbeit nicht nach seinem Wunsche geschehe, dann möge er sich an den zuständigen Abteilungsleiter wenden. Er, der Generalgouverneur, habe Landesbauernführer Körner weitestgehende Vollmachten erteilt, er habe zahlreiche Verordnungen und eine Fülle von Durchführungsverordnungen unterschrieben und alle irgendwie denkbaren Maßnahmen unterstützt. Im übrigen setze er in den Abteilungsleiter für Ernährung und Landwirtschaft auch das Vertrauen, daß er seine Aufgaben meistere. Er werfe deshalb die Frage auf, ob sich Landesbauernführer Körner mit dem Preiskommissar und auch mit der Polizei in Verbindung gesetzt habe.

Standartenführer Schulz bemerkt, daß Verhaftungen in großer Zahl vorgenommen worden seien. Die Verhafteten seien den zuständigen Gerichten übergeben worden. Was gegen sie erfolgt sei, sei ihm noch nicht bekannt.

Landesbauernführer Körner betont, daß das gesamte Ernährungsproblem nur zu lösen sei, wenn die fraglichen

Verwaltungsinstanzen

Verwaltungsinstanzen zur Durchsetzung der Anordnungen Polizei und sonstige Organe einsetzen könnten. Es sei auch nur seine Absicht gewesen, einen Lagebericht zu geben. Selbstverständlich habe er Maßnahmen ergriffen, um eine Änderung der Zustände herbeizuführen. Erst gestern habe er mit der Abteilung "Inneres" gesprochen, und zwar hauptsächlich über die Frage der Verhinderung des Schleichhandels mit Pferden. Von den Kreishauptleuten werde immer wieder darüber geklagt, daß ihnen keine Polizeiorgane und Überwachungsstellen zur Verfügung ständen, die diese Sabotage zu unterbinden imstande seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ist der Auffassung, man müsse dann eben die Folgen tragen, daß sich die Ernährungslage verschlechtere. Ihm stehe nur soviel Polizei zur Verfügung, wie sie der Haushalt des Generalgouvernements tragen könne. Ausschlaggebend könne auch nicht allein das Argument sein, daß die Polizei hier die Verantwortung trage, denn man höre ja, daß die Polizei alles tue, was in ihren Kräften stehe. Landesbauernführer Körner müsse sich eben mit der Inneren Verwaltung und der Polizeiführung nochmals in Verbindung setzen; auch würde es sich empfehlen, mit der Wehrmacht über diese Dinge zu sprechen. Man müsse sich eben immer vor Augen halten, daß man hier in einem Lande lebe, dessen Einwohner von Haß erfüllt seien.

Standartenführer Schulz empfiehlt, distrikt- oder kreisweise die Straßen auch nachts bewachen zu lassen. Gerade im Hinblick auf die Verschiebung von Waren werde dieser

Nachtdienst

Nachtdienst wertvolle Dienste leisten können. Die Dienststellen der Polizei seien auch angewiesen worden, in diesem Monat eine Durchkämmungsaktion vorzunehmen, bei der dann einzelne Dörfer herausgegriffen würden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit allen Maßnahmen einverstanden, die auf diesem Gebiete ergriffen werden könnten, und verlangt die Aufstellung einer Durchkämmungsmobilmachungsverordnung. Man müsse sich immer vergegenwärtigen, daß man hier nicht in einem geordneten Lande lebe, das glücklich sei, von den Deutschen regiert zu werden. Man lebe hier gewissermaßen in Feindesland, und deswegen sei es auch verständlich, daß die Bevölkerung alles tue, um dem Generalgouvernement zu schaden. Dafür, daß der Versorgungsplan nicht so durchgehalten werden könne, wie man das beabsichtigt habe, könne man von niemanden zur Verantwortung gezogen werden. Im Rahmen des absolut möglichen würden ja sowieso alle Kärfte eingesetzt werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Landesbauernführer Körner, daß 20 000 Pferde aus dem Generalgouvernement bereits ins Reich exportiert worden seien. Übrigens habe die Pferdezählung ergeben, daß der Pferdebestand infolge des Krieges nicht so stark gelitten habe, als ursprünglich angenommen worden sei.

Regierungsrat Dr. Bergmann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß man den Versuch unternommen habe, der landwirtschaftlichen Bevölkerung Ware nur über die Genossenschaften abzugeben.

Landesbauernführer Körner bemerkt, daß man von Anfang an ins Auge gefaßt habe, eine Art Faktorei ins Leben zu

zu rufen. Dieser Gedanke sei aber nicht so restlos durchzuführen wie in den Kolonien. Man müsse eben bedenken, daß Tausende von Juden und Bauern mit ihren Panie-Wagen die Ware hinten herum verschöben, vor allem an die zahlreichen Handwerker in den kleinen Städten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wünscht hierauf vom Leiter der Abteilung Finanzen Aufschluß über die Entwicklung der Finanzen im Generalgouvernement.

Finanzpräsident Spindler bemerkt, daß die Vorarbeiten zur Aufstellung des Haushalts für das Haushaltsjahr 1940 im großen und ganzen beendet seien. Am 15. April werde man die Lage einigermaßen übersehen können. Er halte an der Hoffnung fest, daß es gelingen werde, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten. Die Einnahmen hätten bisher den Erwartungen entsprochen. Sehr erfreulich hätten sich die Einnahmen der Monopole entwickelt. Man habe in den letzten Monaten etwa 30 Millionen Zloty erlöst. Das bedeute, daß man mit Hilfe der Monopolverwaltung im Jahresdurchschnitt mehr als die Hälfte der Ausgaben bestreiten könne. Auch die Verbrauchssteuern für Bier, Zucker usw. seien entsprechend den Erwartungen aufgekommen. Allerdings würden die Brauereien in nächster Zeit infolge Mangel an Rohstoffen ihre Produktion einschränken müssen. Auf der Seite der direkten Steuern seien bisher die Einnahmen befriedigend gewesen. Zu befürchten sei, daß die Umsatzsteuer im Laufe des Jahres etwas absinken werde. Das sei auf die starke Einschränkung der gewerblichen Wirtschaft zurückzuführen. Alles in allem sei aber nicht zu befürchten, daß die Gesamtsumme von 600 Millionen Zloty unterschritten werde. Was die Frage der

Wehrmachtstraßen

Wehrmachtsstraßen angehe, so werde darüber in den nächsten Tagen in Berlin verhandelt werden.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als durchaus angemessen, daß auch das Generalgouvernement Schulden mache. Man könne zunächst mit Schatzwechseln arbeiten und dafür sorgen, daß sie auf dem Kapitalmarkt untergebracht würden. Jedenfalls müsse hinsichtlich des Arbeitsprogramms, des Bauens von Häusern und Wohnungen und der Errichtung von deutschen Siedlungen getan werden, was nur irgend möglich sei. Die Hauptsorge müsse aber darauf gerichtet sein, einen ausgeglichenen Etat zu haben. Im übrigen habe er den Eindruck, daß die Polen auf dem Gebiete der Steuern noch etwas zu liberal behandelt würden.

Finanzpräsident Spindler bemerkt, daß von Seiten der Abteilung Finanzen gewisse Erhöhungen der Einkommensteuer und der Grundsteuer vorgeschlagen worden seien, immer aber habe man große Schwierigkeiten mit den anderen Abteilungen gehabt. Er möchte allerdings mit weiteren Erhöhungen noch warten, bis man hinsichtlich der Stabilisierung der Preise und der Währung klar sehen könne. Im übrigen sei der Pole offenbar nicht gewohnt, freiwillig zu zahlen, man müsse hier schon mit Beitreibungen und mit starkem Nachdruck arbeiten. Auf dem Lande seien auch viele Verhaftungen vorgenommen worden.

Der Herr Generalgouverneur will hier mit aller Schärfe durchgegriffen sehen.

Finanzpräsident Spindler hebt hervor, daß er die Finanzinspektoren angewiesen habe, in ihren Energien nicht

nachzulassen,

nachzulassen, sondern sie zu steigern. Angesichts des großen Bedürfnisses könne man an eine Erhöhung der Trinkbranntweinsteuer denken.

Der Herr Generalgouverneur wirft dann die Frage auf, wie es mit dem Bau der Straßen im Generalgouvernement stehe.

Präsident Bauder teilt mit, daß einschließlich für die Wehrmacht eine Straßenbaulänge von 10 000 km in Betracht käme. An sämtlichen Arbeiten seien rd. 5 000 Leute beschäftigt.

In dem Zusammenhang wird auch zu der Errichtung der Truppenübungsplätze der Wehrmacht und der Luftwaffe Stellung genommen.

Oberregierungsrat Dr. Schepers bemerkt, daß die Forderung der Wehrmacht bzw. der Luftwaffe sich auf insgesamt 1600 qkm beliefen. Das würde die Umsiedlung von etwa 150-bis 160 000 Menschen bedeuten. Diese Frage werde zur Zeit im Einverständnis mit der Wehrmacht geprüft. Mit Rücksicht auf die vorhandene Erdgasleitung und zur Vermeidung der Umsiedlung sei man bestrebt, der Luftwaffe nahe zu legen, daß sie aus dem Distrikt Krakau ihre Plätze mehr nach dem Osten verlege. Entsprechende Verhandlungen mit dem Reichsluftfahrtministerium seien im Gange.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß auch in Krakau selbst von der Wehrmacht viele Plätze beansprucht würden, die für die Landwirtschaft von Wichtigkeit seien. Diese Pläne könnten unmöglich durchgeführt werden, und die Wehrmacht müsse hier ein Einsehen haben.

Zum

Zum Rundfunkwesen berichtet Dr. Freiherr du Prel, daß dem Generalgouvernement ein Kurz- und ein Langwellensender zur Verfügung stehe, die besonders weitreichend seien. Dieser Langwellensender sei nun vom Reich für Sprachsendungen beansprucht worden, für die der Sender Warschau besonders geeignet sei. Er habe eine besondere Schaltung auf Berlin erhalten. Die Schaltung der Sender des Generalgouvernements sei so, daß die Sender, soweit sie Reichssendungen aufnehmen, diese Sendungen auf dem Kabelwege übertragen, und zwar über Breslau und Kattowitz, und daß die eigene Sendung vom Generalgouvernement aus über Kattowitz gehe, weil dort ein großes Sendehaus vorhanden sei. Der Krakauer Sender verfüge nur über einen unzureichenden Senderaum und sei für Sendungen größeren Umfanges ungeeignet. Der ursprüngliche Plan, eine Einrichtung in der Jagellonischen Bibliothek dafür zu treffen, sei inzwischen zurückgestellt worden. Man habe also zunächst einmal den Zustand, daß im Generalgouvernement außer dem großen Langwellensender noch zwei Sender, Warschau und Krakau, existierten. Diese Stadtsender seien normaler Weise nur in einer Entfernung von etwa 20 bis höchstens 50 km zu hören. Diese Stadtsender seien seinerzeit für Detektorempfang gedacht gewesen. Da der Langwellensender Warschau angesichts der Sprachsendungen direkt auf Berlin geschaltet werden mußte, könnten für die Sendeleitung, die in Kattowitz sitze und die, wenn die Krakauer Stelle ausgebaut sei, nach Krakau übersiedeln werde, nur die Stadtsender Warschau und Krakau bestehen bleiben. Außerdem werde noch der Sender Lodsch herangezogen werden, weil er ein gewisses Gebiet des Generalgouvernements streife. Die

erste

erste Aufgabe sei nun die der Übersiedlung der Sendeleitung von Kattowitz nach Krakau. Inzwischen sei nun die Frage geprüft worden, welchen technischen Notwendigkeiten Rechnung getragen werden müsse, um das Sendehaus in Krakau entsprechend umbauen und für Sendungen betriebsfähig machen zu können.

Für die Regelung der Theaterfrage sei ein besonderer Theaterausschuß gebildet worden, dessen Vorsitz der Herr Generalgouverneur persönlich führe, und dem der Distriktchef von Krakau, der Stadthauptmann von Krakau und je ein Vertreter der Abteilung Finanzen und der Abteilung für Propaganda angehören. Inzwischen sei in der Person des bisherigen Regieleiters des Stadttheaters Hamm ein Intendant vom Theaterausschuß in Vorschlag gebracht worden, der von allen maßgebenden Stellen als einsatzfähiger und schöpferisch veranlagter Mann bezeichnet werde, was auch aus seinen Zeugnissen hervorgehe. Er sei mit der Aufgabe betraut worden, ein Ensemble zusammenzustellen. Außer dem deutschen Theater in Krakau sollten auch die Theater in Lublin, Radom, Kielce und Tschenstochau für Vorstellungen bereitgestellt werden, da sie sämtlich in spielfähigem Zustand seien, wenn auch der Fundus infolge des Krieges restlos beseitigt worden sei. Außerdem sei das Schauspielhaus in Warschau so wenig beschädigt, daß es mit verhältnismäßig geringen Aufwendungen wieder instand gesetzt werden könne. Der Plan für die Wiederherstellung sei vom Herrn Generalgouverneur grundsätzlich genehmigt worden, sodaß also auch an die Wiederherstellung des Theaters in Warschau herangegangen werden könne. Bis

zur

zur Wiederherstellung des Theaters könne ein großes Kino in Warschau als Theaterraum benutzt werden. Wie die Verhältnisse zur Zeit lägen, werde es wohl zunächst dabei bleiben, daß an zwei Tagen in der Woche in Krakau Theater gespielt werde, während an den übrigen Tagen das Ensemble in den anderen Städten des Generalgouvernements Vorstellungen geben könne. Diese Regelung werde voraussichtlich ab 1. September in Kraft treten.

Auf die Frage der Presse eingehend bemerkt Dr. Freiherr du Prel, daß der „Goniec Krakowski" nunmehr zum Hauptblatt Polens entwickelt werden solle. Für die Ukrainer bestehe ein kleines Nachrichtenblatt, das durch das Nachrichtenbüro Messe in Breslau bedient werde.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r geht dann noch kurz auf die Umsiedlung der Polen ein und weist darauf hin, daß bis jetzt 120 000 Polen umgesiedelt worden seien. Es müsse nun noch mit den 450 000 Juden aus Deutschland gerechnet werden. Welche Kosten dem Generalgouvernement dadurch entständen, sei leicht zu errechnen.

Weiter nimmt der Herr G e n e r a l g o u v e r - n e u r zur Uniformfrage Stellung. Nach einer Verordnung des Führers sollten die Beamten grundsätzlich nur noch die blaue Uniform ohne Schulterstücke tragen. Diese Verordnung sei vom Reichsminister des Innern herausgegeben und im Reichsgesetzblatt veröffentlich worden, ohne daß er als Generalgouverneur dazu habe Stellung nehmen können. Nach einer schriftlichen Mitteilung des Staatsministers Dr. Meissner

ner

Meissner sei aber diese Verordnung vom Führer restlos gebilligt worden. Er habe nun als Generalgouverneur einen Uniformerlaß herausgegeben, nach welchem nur die darin bezeichneten höheren Beamten zum Tragen der grauen Uniform berechtigt seien. Das seien der Generalgouverneur, sein Stellvertreter, der Staatssekretär, die Abteilungsleiter, die Distriktchefs, die Amtschefs sowie die Kreis- und Stadthauptmänner. Aber auch von den anderen Beamten könne die graue Uniform erst dann abgeliefert werden, wenn von der Wehrmacht das Tuch für die blaue Uniform geliefert sei.

Zur Eisenbahnfrage bemerkt Präsident Gerteis, daß in absehbarer Zeit die Personentarife nicht gesenkt werden können. Es handele sich hier im wesentlichen um eine finanzielle Frage. Die Ermäßigung des Tarifs von 7 auf 6 Groschen würde schon einen Ausfall von 20 bis 40 Millionen Zloty bedeuten. Die Eisenbahnverwaltung habe ein Defizit von 200 Millionen Zloty. Man rechne allerdings mit einem Verkehrszuwachs von 20 %. Aber selbst wenn man im Zuge der Ausweitung des Verkehrs auch die Juden wieder zur Beförderung auf der Eisenbahn zulassen würde, so würde eine Erniedrigung des Tarifs immer noch einen Ausfall von 25 Millionen Zloty mit sich bringen. Die Ostbahn denke daran, eine Anleihe aufzunehmen. Es sei aber ausgeschlossen, daß sich die Reichsbahn an einer Kreditgewährung für die Ostbahn beteiligen werde. In den 200 Millionen Defizit steckten 50 Millionen als Folgen der Kriegsereignisse. Es sei ein Kredit von 120 Millionen Zloty aufgenommen worden. In absehbarer Zeit

kämen

können aber die größeren Zahlungen für die Bauabteilung, wenn im Frühjahr die Arbeiten wieder in Angriff genommen würden. Beabsichtigt sei auch z.B., die Verkehrsverbindung zwischen Krakau und Zakopane zu verbessern und vielleicht den Fahrweg abzukürzen. Auch der Kraftwagenverkehr solle ausgebaut werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Lauxmann, daß die Briefmarken des Generalgouvernements auch in ganzen Sätzen verkauft werden könnten. Er habe aber den Verkauf eingeschränkt, weil die Marken von Polen und Juden gehamstert würden. Demnächst werde eine neue Serie herauskommen. Aus dem Verkauf dieser Marken habe man bisher einen Betrag von 3 Millionen Zloty erlöst, lediglich für die Marken, ohne Rücksicht auf die Leistung der Post.

Obermedizinalrat Wahlbaum berichtet dann über die gesundheitlichen Verhältnisse im Generalgouvernement. Im Jahre 1919 habe man 220 000 Fälle von Flecktyphus in Polen gezählt, im Jahre 1920: 190 000. Vom 1. Januar bis zum 1. April dieses Jahres seien nur 1000 Fälle von Flecktyphus festgestellt worden. Dieses geradezu phantastische Ergebnis sei durch ganz rigorose Maßnahmen erzielt worden. Beim Ausbrechen von Flecktyphus habe man die Häuser räumen lassen, ganze Straßenzüge abgesperrt; in Warschau seien z.B. 30 000 Menschen völlig vom allgemeinen Verkehr zurückgehalten worden. Dieser Erfolg sei auch der Hilfe der Behörden, vor allem der Polizei zu danken. Er habe übrigens festgestellt, daß der Flecktyphus fast ausschließlich von Juden verbreitet

werde.

werde. Was die sanitäre Grenzüberwachung angehe, so habe er durchgesetzt, daß bei allen Arbeitsakten eine nochmalige Untersuchung stattfinde. Er habe dieses Verlangen gestellt, weil er es für ausgeschlossen halte, daß durch eine einmalige Entlausung eine völlige Lausefreiheit erzielt werden könne. Er arbeite im übrigen völlig im Kontakt mit den Ärzten der Wehrmacht. Deutsche Zivilärzte gebe es im Generalgouvernement 40, polnische Zivilärzte ungefähr 8 000.

Geheimrat Dr. Zetzsche geht dann kurz auf die Textilversorgung und das Bezugscheinwesen ein. Infolge der besonderen Anweisungen, die durch die Abteilung Wirtschaft gegeben worden seien, vollzögen sich hier die Dinge in voller Ordnung. Lediglich die Ostbahnverwaltung habe einen besonderen Bedarf angemeldet. Demnächst würden auch die ersten Besprechungen mit der Beskidengauverwaltungsgesellschaft gehalten werden. Es sei zu hoffen, daß die ersten Bestände ausreichen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Geheimrat Dr. Zetzsche, daß im Gebiet des Generalgouvernements ungefähr 10 000 Automobile zugelassen seien. Die Vorschriften über die Benutzung von Automobilen würden auch überall durchgeführt.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß kein Automobil mehr mit einer polnischen Ziffer angetroffen werden dürfe, da es sonst eingezogen werden müßte.

Finanzpräsident Spindler bezeichnet die Anordnung des Staatssekretärs Dr. Bühler über die Benutzung von Automobilen

zu

zu Dienstreisen als sehr weitgehend. Es gebe im Gebiete des Generalgouvernements kleine Ortschaften, die mit der Eisenbahn nur unter größten Verzögerungen erreicht werden könnten. Man benötige oft das 3 oder 4fache mehr an Zeit als bei Benutzung eines Automobils.

Der Herr Generalgouverneur setzt als selbstverständlich voraus, daß die Abteilungsleiter in der Wagenbenutzung nicht gehindert seien. Es handele sich hier ganz allgemein um den gesamten Dienstwagenbetrieb. Wenn die Minister und Staatssekretäre im Reich von den allgemeinen Regeln ausgenommen seien, so müsse das auch für das Generalgouvernement gelten. Er nehme also die Abteilungsleiter von dieser Beschränkung aus, bitte aber trotzdem die Abteilungsleiter, sich eine freiwillige Selbstdisziplin aufzuerlegen und nicht gerade zu zeigen, daß sie Abteilungsleiter seien und das Recht hätten, so und so oft nach Zakopane oder einer noch weiter gelegenen Ortschaft zu fahren. Hier habe das eigene Verantwortungsbewußtsein zu entscheiden.

Staatssekretär Dr. Bühler nimmt zu seiner Verfügung über die Benutzung von Kraftwagen Stellung. Diese Verfügung solle vor allem dem Zweck dienen, die Wagen zu schonen und den Betriebsstoff zu sparen. Sie solle sich vor allem auf die Fälle beziehen, in denen der Abteilungsleiter nicht selber eine Reise unternimmt. Auch sei es z.B. vorgekommen, daß man für Fahrten in die Stadt zwei Wagen in Anspruch nehmen zu müssen glaubte. Auch solchen Auswüchsen habe er mit der Verfügung entgegentreten wollen. Er bitte jedenfalls den

Herrn

Herrn Generalgouverneur, es bei dem Grundsatz zu belassen, daß in erster Linie die Eisenbahn benutzt werden solle. Wenn ausnahmsweise ein Dienstgeschäft nicht anders erledigt werden könne als durch Benutzung eines Automobils, dann werde selbstverständlich Benzin zur Verfügung gestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur will gleichwohl auch die Tatsache berücksichtigt sehen, daß es im Generalgouvernement ein wesentlich kleineres Eisenbahnnetz gebe als im Reich. Das Verhältnis der Dichte des Eisenbahnnetzes im Generalgouvernement zu derjenigen im Reich sei sehr viel mehr aufgelockert. Zudem stelle die Benutzung der Eisenbahn angesichts der Überfüllung der Züge und aller anderen Unannehmlichkeiten keine Freude dar. Endlich müsse er darauf bestehen, daß das Auftreten des deutschen Beamten insbesondere in den führenden Positionen gerade den Polen gegenüber immer etwas großzügig sei. Wenn ein deutscher führender Beamter in einer polnischen Ortschaft erscheine, so sei das immerhin ein notwendiger Akt, durch den die Autorität des Reiches wirkungsvoll vertreten werden müsse. Diese Auffassung stelle einen Bestandteil der machtvollen Durchsetzung der Autorität des Deutschen Reiches dar. Andererseits müsse, wie das in der Verfügung des Staatssekretärs Dr. Bühler zum Ausdruck komme, dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit im weitesten Umfange Rechnung getragen werden.

Er habe ein Schreiben der Wehrmacht erhalten, in welchem im Hinblick auf gewisse Bezüge der Polizeibeamten, die im Vergleich zu den Bezügen gleicher Katmegorien der Wehr-

macht

Wehrmacht sehr viel günstiger wären, gewisse Vorschläge für die Angleichung dieser Gehaltsbezüge gemacht würden. Dieses Problem werde am 21. April besprochen werden, und es sei gewissermaßen mit dem Problem der Bezüge von Gemeinde- und Staatsbeamten zu vergleichen. Man werde hier zu gewissen Korrekturen kommen und eine Überprüfung der einzelnen gegenseitigen Situationen durchführen müssen. Man werde sich jedenfalls mit allen diesen Fragen eines erhöhten Aufwandes für Wohnung usw., der Urlaubsregelung und anderen Fragen allmählich beschäftigen müssen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Schluß der Sitzung 13⁰⁰ Uhr.

Abteilungsleitersitzung am 1o. Mai 194o

8/140

1 Exemplar mit einem Durchschlag gefertigt.
Herschel

A b t e i l u n g s l e i t e r s i t z u n g

in der Bergakademie

Freitag, den 10. Mai 1940.

1

Beginn: 10^{35} Uhr.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Ich eröffne die heutige Abteilungsleitersitzung. An einem Tage, an dem eines der größten Ereignisse dieses Krieges nun abrollt, an dem ein weiterer wesentlicher Akt dieses Kriegsdramas sich abspielt, treffen wir uns hier zur Arbeit. Das war ja immer das beste Zeichen und der beste Teil des deutschen Charakters, daß er unerschütterbar durch solche Ereignisse jeden deutschen Mann immer wieder veranlaßt, eine Sache um ihrer Selbst willen zu tun. Ich habe in den letzten Tagen in zunehmendem Maße in unserer Verwaltung da und dort eine gewisse Unruhe gespürt, gottlob nicht bei den Abteilungsleitern. Aber wir wollen uns gestehen, daß in unser aller Brust ein gewisses Bedauern darüber herrscht, daß wir nicht aktiv an dem großen Geschehen, das jetzt vor sich geht, teilnehmen können. Aber wenn wir dieses sehnsüchtige Verlangen schon hätten, als es nach Norwegen und Dänemark ging, dann würden wir jetzt dort oben wohl auch schon wieder das Sehnen verspüren, nun nach Belgien und Holland zu gehen, und wenn wir heute nach Holland oder Belgien kämen, dann weiß ich nicht, ob nicht schon wieder eine Sehnsucht nach anderen schutznotwendigen und schutzbedürftigen Ländern und Bereichen Europas und der Welt in uns spürbar wäre. Es ist schon ganz gut, wenn wir uns, statt dem Zuge unseres Herzens zu folgen, auf den deutschen Charakter besinnen und uns sagen: Die Aufgabe, die wir hier haben, ist uns vom Führer im Gesamtaufbau des Kriegsprogramms gestellt, und wir wollen hier mit derselben Energie, mit der wir bisher gearbeitet haben, unsere Aufgabe in ruhiger Sachlichkeit

fortsetzen

fortsetzen und so tun, als ob wir, weiß Gott, nichts wichtigeres auf der Welt zu tun hätten, als das Generalgouvernement Polen zu verwalten, zu führen, zu organisieren und als ein geordnetes Gebilde hinzustellen. Je intensiver wir uns dieser Aufgabe verschreiben, desto mehr dienen wir dem Reich und dem Führer, der uns in die Erfüllung dieser Aufgabe eingereiht hat und der auch weiß, warum er das getan hat.

Seit der letzten Abteilungsleitersitzung hat sich in unserem Generalgouvernement nur wenig von größerer Bedeutung zugetragen. Der Aufbau des äußeren Gefüges ist ja im wesentlichen vollendet. Ich habe nun den letzten Sektor, der uns für die Organisation aufgegeben geblieben war, nämlich den Sektor der Partei, in diesen Tagen ins Reine gebracht. In Zusammenarbeit mit dem Stellvertreter des Führers bin ich zu dem Wege gekommen, auf dem wir aus dem Generalgouvernement Polen einen eigenen Arbeitsbereich der NSDAP. schaffen, in welchem die nationalsozialistische, parteiorganisatorische und weltanschauliche Aufgabe durch Zusammenfassung der im Generalgouvernement lebenden Parteigenossen eine Heimstätte finden soll. Die Leitung dieses Arbeitsbereiches habe ich selber übernommen, und somit ist hier im Generalgouvernement eine Art Gauleitung entstanden, allerdings nur in sehr bedingt vergleichbarer Weise. Wir haben es zunächst mit Parteigenossen zu tun, die irgendwo schon im großen Heimatgefüge unserer Bewegung verankert sind und verankert bleiben werden.

Aber diese Parteiaufgabe des Arbeitsbereiches der NSDAP. ist doch ein wichtiger Punkt, indem er uns nämlich hier die Möglichkeit gibt, den Gesamtnimbus der NSDAP., ihre Parteigliederung, ihr Kämpfertum und ihre Gefolgschaft in die Gesamtaufgaben unserer

unserer Generalgouvernementsarbeit ideell einmünden zu lassen. Um diesen Kontakt so sicher wie nur möglich zu gestalten, habe ich folgende Regelung getroffen: Ich selber leite den Arbeitsbereich des Generalgouvernements und habe zu meinem stellvertretenden Bevollmächtigten in diesem Sektor den Beauftragten des Stellvertreters des Führers, Parteigenossen Schalk, berufen. Direkt unter mir gibt es keinen weiteren Gau, Distrikt oder Kreis, sondern nur Standorte der NSDAP., sodaß das Generalgouvernement je nach dem Bedürfnis in Standorte der NSDAP. eingeteilt wird. Einen dieser Standorte bildet der Bereich Krakau, andere die Bereiche Warschau, Lublin, Radom usw. Einen besonderen Standort stellt dann wieder die Burg zu Krakau dar. In diesen Standort Krakau Burg, dessen Leitung ich ebenfalls selbst übernehme, werde ich alle jene Parteigenossen berufen, die in besonders gehobener Stellung im Generalgouvernement tätig sind, so etwa meinen Stellvertreter, Herrn Reichsminister Dr. Seyß-Inquart, Herrn Staatssekretär Dr. Bühler, die Herren Abteilungsleiter, Distriktchefs, die SS-, SA-, NSKK-Führer usw. Darüber hinaus käme dann noch ein Kreis von Parteigenossen in Betracht, dessen Berufung ich mir besonders vorbehalten habe.

Die Parteiarbeit im Generalgouvernement wird sich im wesentlichen auf das Zusammenfassen der Parteigenossen beschränken, ganz gleich, in welchen Dienststellungen sie sich befinden oder welchen Gliederungen und Verbänden sie angeschlossen sind. Es ist unser Ziel, die einheitliche Bewegung durchzusetzen, durchzuhalten und zu verhindern, daß sich etwa hier im Generalgouvernement Spezialgruppen der NSDAP. bilden, je nach dem Bedürfnis oder der ausgeprägten Eigenart gewisser Verbände oder Gliederungen der NSDAP. Hier wird es nur eine einheitliche NSDAP. geben, nicht eine Arbeit

der

der Arbeitsfront, des Rechtswahrerbundes, des NS-Ärztebundes, der SS, SA, NSKK. Wer hier NSDAP-mäßig arbeitet, kann es nur als Parteigenosse tun. Dieses wesentliche und charakteristische Merkmal gilt zunächst einmal für unsere Arbeit.

Die Frage, ob wir Parteigenossen, die im Generalgouvernement ortsansässig sind, aufnehmen können, hängt sehr eng mit einem anderen wichtigen Problem zusammen. Ich habe nunmehr vom Reich die Befugnis erhalten, Personen die Reichsbürgerschaft zuzuerkennen, d.h., ich habe im Einvernehmen mit dem Reichsinnenministerium die Möglichkeit, deutschen Volkszugehörigen, die ihren Wohnsitz im Generalgouvernement haben, in besonderen Fällen die Reichsbürgerschaft zu geben. Dieses sehr weitgehende und wichtige Recht wird uns, was die Partei anlangt, nunmehr veranlassen, diese neuen Reichsbürger, die ihren Wohnsitz und ihre gesamte Lebensführung im Generalgouvernement ausschließlich haben, auf ihre Parteieignung zu untersuchen, sodaß wir im Laufe der Zeit aus diesen Reichsbürgern des Generalgouvernements Parteigenossen berufen werden.

Die Parteiarbeit wird sich im engsten Zusammenhang mit den staatlichen Funktionen halten. Das ist ganz selbstverständlich und auch garnicht anders denkbar. Schon durch die bestehende Personalunion ist die Gewähr gegeben, daß hier auf jeden Fall eindeutigste Gemeinschaftsarbeit geleistet wird.

Von anderen wichtigen Ereignissen möchte ich nur kurz erwähnen, daß wir für den dringend notwendigen Schutz unserer Forsten, unserer Forstbeamten und Forstarbeiter nunmehr das Forstschutzkommando in das Generalgouvernement übernommen haben, eine Truppe von etwa 1400 bis 1500 ausgewählten Männern, die, im wesentlichen forstlichen Berufen zugehörig, von der Luftwaffe ausgebildet und ausgerüstet, mir auf Veranlassung des Herrn Generalfeldmarschalls

Göring

Göring zur Verfügung gestellt, und vom Generalforstmeister Albers unserem Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt übergeben worden sind. Sie unterstehen also dem Kommando des Leiters der Abteilung Forsten, Dr. Eißfeldt. Dieses Kommando ist die wesentliche Schutztruppe auf dem gesamten Sektor der Forsten und wird die gesamte innere Ordnung der Forsten, Sicherung der Beamten gegen alle möglichen Bedrängnisse, Sicherung auch des Forsteigentums und der Forstarbeit durchführen. Das Kommando ist bewaffnet, militärisch, polizeilich ausgebildet und stellt eine eigene, scharf disziplinierte, von einem hervorragenden Soldaten, dem Major von Thümen, geführte Spezialtruppe im Dienste des Generalgouvernements dar.

Ein Zweites ist die Einrichtung des Sonderdienstes, eine Einrichtung, die notwendig wurde, weil es angesichts der Kriegsverhältnisse unserer deutschen Polizei leider nicht möglich ist, so viele Menschen in das Generalgouvernement zu schicken, daß die polizeilichen Belange des Generalgouvernements bis in die kleinsten Einzelheiten erfüllt werden können. Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, daß die Kreis- und Stadthauptmänner über einen ihnen ausschließlich und unmittelbar unterstellten, gut bewaffneten, gut organisierten und disziplinierten Truppe von etwa 20 bis 30 Mann in jedem Kreis und jeder Stadt verfügen, die sie in dringenden Notfällen für außerordentliche Verhältnisse oder zur regulären Versorgung der von der Polizei nicht erfüllbaren, aber doch wichtigen Aufgaben heranziehen zu können. Dieser Sonderdienst wird gleichfalls aus dem Etat des Generalgouvernements finanziert. Er trägt eine eigene Uniform mit eigenen Abzeichen, eine eigene Armbinde und wird schon in diesen Tagen in großem Umfange den einzelnen Kreis- und Stadthauptmännern zur Verfügung stehen. Ich darf den

Leiter

Leiter der Abteilung Inneres bitten, dafür zu sorgen, daß die Berufung dieses Sonderdienstes für die Kreise möglichst bald erfolgt.

Auf einem anderen Gebiet, nämlich dem des Theaters, habe ich die Entscheidung getroffen, daß das Deutsche Theater in Krakau eine Art Staatstheater wird und nunmehr in Betrieb zu nehmen ist. Ich habe einen eigenen Intendanten berufen, und vom 1. September ab werden wir das Generalgouvernement mit Schauspielen, kleinen Opern und Operetten bespielen können. Auch wird ein Orchester aufgestellt, sodaß nach alle dem die Möglichkeit besteht, daß jeweils hier in Krakau und dann durch das ganze Generalgouvernement hindurch in den Städten Kielce, Radom, Warschau, Lublin usw. Theateraufführungen stattfinden. Das wird sich, wie ich glaube, sehr gut bewähren, und für die kulturelle Aufgabe wird es von größter Bedeutung sein, daß wir ein eigenes Kunstinstitut dieser Art besitzen.

Das Institut für deutsche Ostarbeit ist im vollen Aus- und Aufbau begriffen. Direktor Dr. Coblitz hat die Arbeit übernommen, und wir werden schon im Monat Juni mit den ersten Kursen für die Beamten und Angestellten des Generalgouvernements beginnen. Es soll mit einem ganz besonderen, d.h. durch hervorragende Lehrkräfte geleiteten Kursus begonnen werden, und ich würde wünschen, daß wir auch daran Anteil nehmen. Es soll zunächst ein 8-tägiger Vortragszyklus stattfinden, zu dem ich die hervorragendsten Kenner des Ostens aus allen deutschen Universitäten nach Krakau bringen werde, die uns in grundsätzlichen Ausführungen die gesamten Ostprobleme jeweils in Einzelvorlesungen vortragen werden. Ich habe weiter zur Bedingung gemacht, daß über diese Einzelvorlesungen eine erste Broschüre im Rahmen der Schriftenreihe des Instituts herausgegeben werden kann. Darunter wird sich auch ein Vortrag eines bekannten Mitglieds des Generalstabes der Wehrmacht befinden, der uns eingehende

Schilderungen

Schilderungen über den Polenfeldzug geben soll.

Am 19. Mai werde ich zusammen mit Herrn Generaloberst Blaskowitz, wenn er dann noch zur Verfügung stehen wird, in Danzig die Fahnen des deutschen Ritterordens zurückgeben, die dann nach der Marienburg gebracht werden sollen. Die Fahnen sind 1410 bei Tannenberg verloren und von den Polen erobert worden. Zugleich werde ich einige bei diesem Sieg der Polen erbeuteten Schwerter des deutschen Ritterordens zurückgeben. Also nach einer Zeitspanne von über einem halben Jahrtausend werden diese Siegesdokumente der Polen wieder dem deutschen Ritterorden auf der Marienburg zurückgegeben werden.

Ich bin den Herren dankbar, daß sie trotz der zwei Tage vor Pfingsten so zahlreich an dieser Sitzung teilnehmen. Ich ersehe daraus, daß sie alle dem dringenden Appell, während der Pfingsten nicht in die Heimat zu reisen, gefolgt sind. Die Herren würden mir aber noch eine schönere Pfingstfreude bereiten, wenn sie nicht im Auto, sondern im Eisenbahnzug nach Zakopane fahren würden. Und wenn Sie mir eine Karte schreiben würden, auf der zu lesen steht: Ich habe eben nach einem anstrengenden Fußmarsch diese oder jene Stelle erreicht, und sende Ihnen einen frohen Pfingstgruß, so ist mir das zehnmal lieber, als wenn Sie mir sagen: Ich bin mit 40 km Geschwindigkeit auf der Landstraße da und dort hingefahren.

Alles in Allem kann man nach diesem halben Jahr unserer Arbeit - denn am 7. Mai war es genau ein halbes Jahr, daß ich in die Burg zu Krakau eingezogen bin - nun schon feststellen: das Generalgouvernement steht in seinem wesentlichen Inhalt geordnet da. Was nun noch kommen wird, das sind die im Leben ja nie wegzuräumenden Schwierigkeiten und Probleme, in die sich jeder in seinem Amt zu schicken haben wird. Es werden Dinge sein, wie sie im Reich genau so

vor sich gehen, wie sie uns im Leben nie anders beschert werden können. Denn es gibt keine Staatsführung, keine Verwaltung ohne diese Probleme des Lebens. Und wenn wir heute den größten Sieg über England und Frankreich errungen haben, dann werden die Probleme gehäuft an uns herantreten, und nach 50 Jahren werden wir genau so vor diesen Problemen stehen wie heute. Es ist nur das einzige Kennzeichen der menschlichen Leistung, daß man im jeweils gegebenen Augenblick pflichtgemäß unter Aufbietung der besten Kräfte alles getan hat, was man vor seinem Führer und seinem Volk verantworten kann und verantworten soll. Daher bitte ich Sie auch, meine Herren, in Ihrem Schriftwechsel untereinander, in Ihrem gegenseitigen Verkehrston, wenn ich so sagen soll, auch in dem Ton, der in Ihrem Abteilungen herrscht, trotz vielleicht manchmal kritischer Nervenstunden, denen ja jeder einmal unterliegt, immer daran zu denken, daß hier dem Einzelnen nur die Aufgabe dieser idealistischen Eingefügtheit in die große Zeit gegeben ist. Ich bedauere oft, wenn ich so aus Berichten der einzelnen Abteilungen, aus ihrem Schriftwechsel oder aus sonstigen schriftlichen Darlegungen entnehmen muß, daß da und dort leise persönliche Spannungen, Gereitztheiten, kleine Nervenexplosionen usw. zu beobachten sind. So menschlich begreiflich das auch sein mag, so möchte ich doch bitten, diese vielleicht notwendigen menschlichen exzessiven Aktionen auf ein Minimum beschränken zu wollen, denn sie sind in diesem Raum des Generalgouvernements gänzlich abwegig. Hier kann niemandem ein Stein aus seiner Krone fallen, wenn er irgend ein Referat nicht bekommt, wenn es ihm abgenommen oder ein neuer Referent bestimmt wird. Es ist ja auch vollkommen belanglos, wie im Einzelnen die Dinge geregelt werden. Entscheidend in diesem Raum ist, daß wir glücklich sein werden, wenn wir Männer finden,

die

die in unserem Dienst irgendeine Aufgabe, die uns der Führer und das Reich gestellt haben, mit dem Einsatz ihrer Persönlichkeit erfüllen.

Darüber hinaus ist es klar, daß auch die Rangordnungsfragen oder derartige Dinge, die ja leider im Reich wenigstens vor dem Kriege eine große Rolle gespielt haben, die manchmal auch so mit einem leisen Nebel durch die sonst sonnenerhellte Landschaft ziehen, von keiner Bedeutung sein dürfen. Diese Rang- und Sitzordnung ist hier vollkommen schnurz und piepe. Wenn ein Abteilungsleiter sagt: Aber erlauben Sie einmal, im Reich nehme ich den und den Rang ein, und hier sitze ich da oder dort, so sagen Sie ihm bitte: Nun, dann werden Sie ein anderes Mal eben weiter oben sitzen. Wir sitzen hier doch gewissermaßen auf einem Schiff zusammen, von dem aus wir das andere Ufer sehen. Es wäre genau so, wie wenn in der Mannschaft des Kolumbus, der mit dem Schiff den neuen Erdteil entdeckt, nun am 8. oder 10. Tage Rangordnungsschwierigkeiten entbrennen würden. Als Nationalsozialist verstehe ich das auch nur insofern, als wir selber ja von diesen an uns herangetragenen Sorgen nicht ganz frei sind. Leider hat sich in der Partei auch schon eine gewisse bürokratische Stimmung breit gemacht, sodaß ich durchaus nicht die Fehler und die Schuld auf der anderen Seite sehen will. Aber geben wir auch auf diesem Gebiet ein großzügiges Vorbild. Ich möchte jedenfalls bitten, daß meine Kanzlei Burg nicht mit Rangordnungsfragen bestürmt wird. Es kann immerhin sein, daß bei einem feierlichen Anlaß oder Empfang auf der Burg einer der Herren nicht ganz genau dort sitzt, wo er nach seiner Stellung und nach der Rangordnung des Reiches zu sitzen hätte. Lassen Sie sich doch dadurch nicht den Geschmack an dem so selten guten Essen auf der Burg verderben und glauben Sie nicht etwa, daß hier irgend jemand

vom Protokoll aus Heimtücke eine ganz schlimme Aktion gegen diese Persönlichkeit zu landen gewagt hätte, sondern gehen Sie davon aus, daß das alles in den Fährnissen der Uniformen, der Titel, Ränge usw. passieren kann, und daß wir leider im Dritten Reich trotz unserer Rangordnung noch kein richtiges System durchgesetzt haben. Wenn ich so viel Worte für eine Sache verliere, die kaum ein Wort verdient, so deshalb, weil leider von meinem Beamten auf der Burg darüber geklagt wurde, daß davon so viel Wesens gemacht wird. Das neue Kasino auf der Burg bringt eine wohltuende Entspannung, und ich habe davon abgesehen, dort eine Sitzordnung einzuführen. Hier fragt man nicht danach, wo, sondern wie man sitzt, ob man bequem und warm sitzt, was einem geboten wird, wenn man sitzt. Diese entscheidende Frage hoffe ich also im Burg-Kasino so zu lösen, daß auch die Herren, die wir die Freude haben bei uns begrüßen zu dürfen, zufrieden sein werden.

Im übrigen ist es nun noch zum Schluß meine amtliche Aufgabe, Ihnen mitzuteilen, daß Generaloberst Blaskowitz abberufen ist und schon in den nächsten Tagen dienstlich das Generalgouvernement verlassen wird. Bei dieser Gelegenheit wird die Frage zu prüfen sein, ob die ganze Systematik "Oberost" beibehalten oder nunmehr nicht entsprechend der neueren Entwicklung hier ein ganz neuer Modus gefunden werden wird. Wenn auch die Frage vielleicht jetzt nicht entschieden werden kann, so wird sie doch in absehbarer Zeit zur Entscheidung kommen. Denn die Frage "Oberost" ist seit dem Augenblick akut, da Ostpreußen in das Reich eingegliedert wurde, nämlich das neue Süd-Ostpreußen mit Ziechenau. Da im übrigen das Generalgouvernement vorerst noch nicht eingegliedert ist, und die rein politischen, verwaltungsmäßigen, wirtschaftlichen und sonstigen Unterschiede zwischen dem Generalgouvernement und dem Reich

sich

sich noch dauernd in der Entwicklung befinden, ist der Begriff "Oberost" nicht mehr recht am Platze. Aber diese Regelung können wir ruhig der Wehrmacht überlassen; sie wird schon den richtigen Weg finden. Sicher ist aber, daß alle Probleme, auch das der Luftwaffe, der besten Lösung zugeführt werden. Daß beiderseits die Absicht einer kameradschaftlichen Zusammenhaltung besteht, das hat insbesondere Generaloberst Blaskowitz gezeigt.

In der Aussprache nimmt zunächst Bankdirigent Paersch das Wort. Er führt aus, daß auf dem Gebiete der Währung gegenwärtig die Vereinheitlichung des Geldumlaufs im Gange sei. Die großen Noten über 100, 50, 20 und 10 Zloty sind bis zum 22. Mai aufgehoben und fast vollständig zur Einreichung gelangt. Der Betrag stelle sich auf 725 Millionen Zloty. Nun kämen nur noch einige Nachzügler, die nach der Verordnung das Recht hätten, die Noten bis Ende Mai einzureichen.

Der Betrag der 5- und 2-Zloty-Noten sei nicht mit Sicherheit festzustellen, weil die frühere polnische Regierung als kleinste Note nur die 20-Zloty-Note gehabt und bei den Mobilmachungsvorbereitungen überstürzt Noten zu 10,5 und 2 Zloty ausgegeben habe, ohne über den Umfang der einzelnen Emissionen nähere Aufzeichnungen zu machen. Man schätze, daß die angegebene Zahl von 725 Millionen Zloty sich durch das Angebot der Nachzügler an großen Noten und die Einreichung von kleinen Noten noch weiter um mindestens 100 Millionen Zloty erhöhen werde. Die sich daraus ergebende Gesamtziffer entspreche den Erwartungen.

Auf dem Gebiete der Vereinheitlichung des Geldumlaufs laufe noch die Neuausgabe der Scheidemünzen. Es würden Scheidemünzen aus Stahl zu 50 Groszy und aus Zink zu 20 bzw. 10 Groszy ausgegeben.

Die Neuausgabe sei seit einigen Tagen in Gang; die Knappheit an Kleinzahlungsmitteln dürfte damit bald behoben sein.

Auf dem Gebiet der Arbeit der Notenbank sei noch zu erwähnen, daß irgendwelche Schwierigkeiten hinsichtlich des Wertes des Zloty im Ausland nicht bestünden. Der Wirtschaftsverkehr des Generalgouvernements beschränke sich im wesentlichen auf die Beziehungen zum Reich. Der Verrechnungsverkehr wickle diese Beziehungen ab. Allerdings habe er bisher nicht ganz so gearbeitet, wie es wünschenswert gewesen wäre. Die Ursachen hierfür seien mannigfaltig. Eine davon sei die bisher nicht erfolgte Abrechnung und Gutschrift der Leistungen, die das Generalgouvernement in Form von Lieferungen an das Reich erbracht habe. Das Fehlen dieses Gutschriftspostens habe dazu geführt, daß bereits in der Vergangenheit die Verschuldung des Verrechnungsinstituts in Krakau gegen das deutsche Verrechnungsinstitut in Berlin langsam aber stetig gestiegen sei. Die Folge davon sei gewesen, daß Überweisungen nach hier nur mit Verzögerung möglich waren. Diese Verzögerung sei inzwischen abgestellt worden und es sei zu hoffen, daß in Zukunft der Überweisungsverkehr glatt vor sich gehen werde.

Im Zusammenhang hiermit stehe die Frage der Reichsmarkversorgung des Generalgouvernements. Für Urlaubsfahrten und Dienstreisen, für Zwecke der Verwaltung und des Militärs würden fortlaufend Reichsmarkbeträge benötigt. Ursprünglich sei die Grenze auf 300 Reichsmark für jeden, der dienstlich ins Reich fahren mußte, festgelegt worden. Schon damals seien aber Zweifel aufgetaucht, ob es möglich sein werde, diesen Betrag durchzuhalten. Nach verschiedenen Schwierigkeiten, die besonders darin bestanden, daß von den nachgeordneten Verwaltungs-

stellen

stellen und Militärbehörden die Vorschriften nicht richtig gehandhabt wurden, gelang es doch, diese Regelung einigermaßen einzuspielen. In letzter Zeit habe xx sich aber durch die Einführung der Zwangsbewirtschaftung für gewisse Artikel im Generalgouvernement, insbesondere für Textilwaren, eine neue Schwierigkeit ergeben. Dadurch, daß gewisse Artikel, die im Generalgouvernement dringend benötigt werden, nur im Reich beschafft werden können, habe die Reichsmark die Tendenz bekommen, allmählich zu versickern und ins Reich abzugleiten. Verschärft sei diese Tendenz noch dadurch geworden, daß auch für die Reichsmünzen nur noch eine befristete Geltungsdauer bestehe. Aus all diesen Gründen habe man dazu übergehen müssen, die Zuteilung von 300.- RM auf 100.- RM herabzusetzen. Außerdem sei vorgesehen, den Leiter der Abteilung Devisen im Wege einer Verordnung zu einer weiteren Herabsetzung bis auf 10.- RM zu ermächtigen. Mit den zuständigen Reichsstellen sei vereinbart worden, daß den Beamten, die aus dem Generalgouvernement ins Reich kommen, keine Schwierigkeiten bei der Umwechslung von Zlotynoten in Reichsmarknoten gemacht werden.

Eine weitere Frage auf dem Währungsgebiet sei das Verhältnis der Währung zur Finanzwirtschaft. Das Verhältnis sei durchaus in Ordnung. Naturgemäß ergeben sich bereits jetzt die ersten kräftigen Ausstrahlungen der Finanzierungsprobleme des außerordentlichen Etats. Es sei zu hoffen, daß diese Probleme ihre Lösung finden. Auf dem Gebiete der Regelung der Kaufkraft habe die Emissionsbank eine wichtige Voraussetzung dadurch geschaffen, daß sie jedem Hereinströmen fremden Geldes wirksamen Widerstand entgegensetzte. Eine seit langem eingeleitete Maßnahme ziele auf die Zurückdrängung

des

des Geldumlaufes ab. Das Bestreben der Emissionsbank sei darauf gerichtet, alle überflüssigen und nicht benötigten Geldbeträge von Unternehmungen und Einzelpersonen in den Bankverkehr einzubeziehen. Auf diese Weise kämen die Noten zurück, und der Geldumlauf vermindere sich.

Die Notenbank habe also auf dem Gebiet der Währung alles getan, um die Kaufkraft des Zloty sicherzustellen. Sie bedürfe bei ihrer Arbeit jedoch auch der weitgehenden Unterstützung durch die Wirtschaftspolitik. Auf diesem Gebiet seien alle erforderlichen Schritte in die Wege geleitet, und es sei zu hoffen, daß weitere Erfolge erreicht werden.

Der Herr Generalgouverneur fragt den Leiter der Abteilung Arbeit Dr. Frauendorfer, ob die Überweisung von Geldbeträgen durch die im Reich beschäftigten polnischen Landarbeiter an ihre Angehörigen entsprechend geregelt sei.

Dr. Frauendorfer bejaht diese Frage, weist aber darauf hin, daß der Überweisungsmöglichkeit eine große praktische Bedeutung nicht zukomme, da den Landarbeitern bei den derzeitigen Löhnen Geldüberweisungen nicht möglich seien.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich nach der Höhe des Notenumlaufes.

Bankdirigent Dr. Paersch erklärt, die Höhe nicht genau angebenzu können, da der Bestand an 5- und 2-Zlotynoten noch nicht feststehe. Nach den bisherigen Feststellungen dürfe man einen Betrag von 725 Millionen annehmen.

Der

Der Leiter der Abteilung Devisen Dr. Tetzner berichtet über die Devisenlage. Die Emissionsbank lege großen Wert darauf, eigene Devisen zu besitzen. Mit der Reichsbank seien Verhandlungen geführt worden dahingehend, daß die bei der Emissionsbank anfallenden Devisen auf einem Sonderkonto bei der Reichsbank, das der Emissionsbank zur freien Verfügung stünde, niedergelegt werden. Im übrigen habe der Reichswirtschaftsminister aus seinen Devisenbeständen in den notwendigsten Fällen Devisen zugeteilt, wenn es sich um die Beschaffung von unumgänglich notwendigen Artikeln - wie z.B. von Ersatzteilen für im Ausland gekaufte Maschinen - gehandelt habe. Devisen für Reisezwecke werden in Zukunft nicht mehr in größerem Maße, sondern nur noch für dringende Fälle zur Verfügung gestellt werden.

Bankdirigent Dr. Paersch stellt ergänzend fest, daß das Generalgouvernement an Gold und Devisen bis jetzt insgesamt 7 Millionen abgeliefert habe.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß die Werte, die vom Generalgouvernement seit Oktober in das Reich geliefert wurden - also nicht das Beutegut, sondern die regulären Lieferungen - von General Bührmann auf mindestens 300 Millionen Reichsmark geschätzt werden. Für diese Lieferungen sei keine Vergütung gegeben worden.

Reichsbahndirektor Lorenz geht bei dem Bericht über die Arbeit seiner Dienststelle von den Aufgaben aus, die

der

der Bevollmächtigte für den Nahverkehr im Reich habe und die sich zusammen fassen lassen in den Begriff: Regelung des Straßenverkehrs, zugeschnitten auf die Kriegsverhältnisse.

Die Kriegsverhältnisse bedingten auf dem Gebiete des Transportwesens erhebliche Einschränkungen. Bei diesen Einschränkungen dürfe allerdings ein gewisser Grad nicht überschritten werden, und zwar werde dieser Grad bemessen dadurch, daß die Kriegswirtschaft voll aufrecht erhalten werden müsse. Mit dieser Aufgabe verbunden sei die Sicherstellung der nötigen Transportmittel, wobei unter Transportmitteln nicht allein Kraftwagen, sondern auch Gespannfahrzeuge zu verstehen seien. Auch an die Sicherstellung des für die Bedienung der Transportmittel nötigen Personals müsse gedacht werden; denn gerade die Wehrmacht entziehe der Wirtschaft einen außerordentlich hohen Prozentsatz gelernter Fahrer. Ferner sei Vorsorge zu treffen für die nötigen Treibstoffe und sonstigen Materialien einschließlich der Ersatzteile. Gerade die letztere Frage mache außerordentlich viel Sorge, da sie abhängig sei von den Bestimmungen über Kontingentierung von Eisen, Stahl und sonstigen Metallen.

In organisatorischer Hinsicht sei es im Generalgouvernement notwendig, bei den Kreishauptmännern je ein eigenes Referat für den Straßenverkehr einzurichten, weil von Krakau aus die Belange der einzelnen Kreise nicht überblickt werden könnten. Aufgabe dieser bei den Kreishauptmännern zu errichtenden Stellen sei in erster Linie die Zulassung der Kraftfahrzeuge, denn nur durch eine ordnungsgemäße Zulassung und durch das Anlegen einer Kartei lasse sich ein Überblick über die im Generalgouvernement vorhandenen Kraftfahrzeuge ermöglichen.

157

lichen.

Weiter sei erforderlich eine Organisation des <u>Transportgewerbes</u>. Diese Organisation sei im Generalgouvernement nicht in der gleichen Weise wie im Reich - nämlich nur in den großen Verkehrszentren -, sondern rein örtlich aufzuziehen, denn nur so sei eine Führung der Transportunternehmer in gewerblicher und organisatorischer Hinsicht möglich.

Dringendste Aufgabe sei zur Zeit, auf dem gesamten Gebiet des <u>Kraftverkehrs</u> größtmöglichste Sparsamkeit bei allen kriegswichtigen Materialien, insbesondere Treibstoffen und Reifen walten zu lassen. Durch entsprechende Propaganda könne in dieser Beziehung aufklärend gewirkt werden. Insbesondere müsse der Kraftwagenverkehr vom Generalgouvernement in das Reich und umgekehrt eingeschränkt werden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfiehlt, eine entsprechende Überwachung des Kraftwagenverkehrs durch Polizeistreifen vornehmen zu lassen.

Reichsbahndirektor <u>Dr. Lorenz</u> hält auch einschränkende Maßnahmen auf dem Gebiete des <u>Güterverkehrs</u> für ~~veranlaßt~~ notwendig. Es sei unwirtschaftlich, einen Lastkraftwagen mit verhältnismäßig geringer Ladung von Krakau nach Warschau und von dort wieder leer nach Krakau zurückfahren zu lassen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r legt dem Reichsbahndirektor Dr. Lorenz nahe, sich bei Durchführung seiner Aufgaben der im Generalgouvernement vorhandenen

Dienststellen

Dienststellen - Kreishauptmänner usw. - zu bedienen, bei denen er stets auf größtes Entgegenkommen stoßen werde.

Sodann erkundigt sich der Herr Generalgouverneur bei Oberregierungsrat Dr.Schepers nach dem Stand der Verhandlungen bezüglich Neugestaltung der Westgrenze des Generalgouvernements.

Oberregierungsrat Dr.Schepers teilt mit, daß Generalfeldmarschall Göring vom Führer die Entscheidungsbefugnis in vollem Umfange übertragen erhalten habe. Die von der Abteilung Raumordnung vorgeschlagene Grenzziehung habe auf den Widerspruch Schlesiens gestoßen. Schlesien habe einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, und der jetzt zur Verhandlung stehende Vorschlag sei ein Kompromiß zwischen dem Vorschlag der Abteilung Raumordnung und dem der Provinz Schlesien. Nach diesem Vorschlag käme ein Gebiet von 2400 qkm zum Generalgouvernement. Der Bevölkerungszuwachs würde ungefähr 350 - 400 000 Menschen betragen. An Kohle sei in dem einzugliedernden Gebiet eine Menge von 2,5 Millionen Jahrestonnen zu fördern. Gegen den Vorschlag habe sich auf seiten der Wehrmacht Widerstand erhoben mit der Begründung, daß dann die Grenze des Generalgouvernements zu dicht an das schlesische Industrierevier herangerückt würde und ein militärisches Vorfeld nicht mehr gegeben wäre. Ferner habe das Reichsinnenministerium aus verwaltungstechnischen Gründen Widerstand geltend gemacht.

Der gegenwärtige Sachstand sei folgender: Reichsminister Lammers habe die Übertragung der endgültigen Entscheidungsbefugnis vom Führer auf den Generalfeldmarschall offiziell nicht mitgeteilt. Der Reichsinnenminister habe daher

ver-

von der Übertragung offiziell keine Kenntnis erhalten und die Angelegenheit dem Führer nochmals zur Entscheidung zugeleitet. Der Generalfeldmarschall habe daraufhin erklärt, daß er nun gezwungen sei, die Angelegenheiten nochmals dem Führer vorzutragen und seine Entscheidung zu erbitten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r dankt Oberregierungsrat Dr. Schepers für seine Ausführungen und stellt fest, daß die Dinge jedenfalls in Fluß seien.

Er stellt dann den Abteilungsleitern Dr. Heuritsch in seiner Eigenschaft als stellvertretenden Leiter der Abteilung Wirtschaft im Amt des Generalgouverneurs vor. Es sei klar, daß gerade die Wirtschaftsfragen mit besonderer Sorgfalt in Angriff genommen werden müßten. Der Sektor der Preisentwicklung, der Warenversorgung usw. werde das Generalgouvernement in zunehmendem Maße beschäftigen. Er habe kürzlich von einem Abteilungsleiter gehört, ihm sei gemeldet worden, daß in Warschau eine Reichsmark für 45 Zloty schwarz gehandelt werde.

Major Hartog bemerkt, daß ihm aus Warschau auch etwas derartiges bekannt geworden sei.

Geheimrat Dr. Zetzsche meint, daß diese Schwierigkeiten insbesondere mit der Textilbewirtschaftung zusammenhingen. Es habe sich gezeigt, daß mit wirksamen Maßnahmen erst durchgegriffen werden könne, nachdem die Kontingentierung der vom Deutschen Reich nach dem Generalgouvernement einzuführenden Textilien festgestellt sei. Durch Verhandlungen mit der Dienststelle für den Vierjahresplan sei es gelungen, das Kontingent um 15 % zu erhöhen. Auf diesem Wege werde es auch gelingen, eine ordentliche Wirtschaft und einen normalen Wirtschaftsverkehr in Textilien mit dem Deutschen Reich zu bekommen. Man sei mit der Vorratsbestandsaufnahme und auch hinsichtlich der Preisbewirtschaftung so weit, daß man in absehbarer Zeit die benötigten Mengen werde abgeben können. Voraussetzung sei aber, daß die reichsdeutschen und volksdeutschen Bevölkerungskreise nicht zu viel Textilien auf Vorrat kauften. Man habe die Beobachtung gemacht, daß leider einzelne Angehörige des Reiches oder Volksdeutsche

doch schon im voraus Textilien zu kaufen suchen. Solche Forderungen müßten natürlich zurückgestellt werden. Erfreulich sei es allerdings, daß bei vielen amtlichen Dienststellen das Verständnis für die Schwierigkeiten aufgebracht werde. Es sei zu hoffen, daß es gelinge, noch so viele Vorräte hereinzubekommen, daß man eine Vorratswirtschaft für den Winter treiben könne, und zwar auf dem Wege, daß die Textilabfälle, die man systematisch gesammelt habe, sortiert, gereinigt und zu neuen Textilien verarbeitet würden. Das Programm sei mit dem Leiter der Stelle für Spinnstoffe im einzelnen durchgesprochen worden. Weiter sei es zu begrüßen, daß eine Zusammenarbeit gerade mit den Herren der Textilbewirtschaftungsstelle in Lodsch habe erzielt werden können. Anders liege es allerdings auf dem Gebiete der Lederwirtschaft, auf dem sehr große Schwierigkeiten beständen. Er erhoffe aber eine Besserung der Lage vor allem durch die Lieferung von Holzschuhen, wenn hier auch hinsichtlich der Beschaffung des Oberleders gewisse Schwierigkeiten beständen. Angesichts der Maßnahmen auf dem Gebiete der Textil-, Leder- und Abfallwirtschaft habe sich eine gewisse Beunruhigung der Bevölkerung gezeigt, die aber einer ruhigeren Stimmung Platz zu machen scheine, nachdem angeordnet worden sei, daß auch gegen Scheck eingekauft werden könne.

Auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft sei durch eine Zusammenarbeit mit dem Preiskommissar erreicht worden, daß alle Schwankungen in der Wirtschaft sofort zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht würden. Hier habe man feststellen müssen, daß gewisse Abfälle, z.B. solche von Papier, zu teuer bezahlt würden. Sobald man aber irgendwie erfahre, daß sich eine ungesunde Preispolitik zeige, würden sofort mit dem Preiskommissar Verhandlungen eingeleitet.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden

Befremden darüber Ausdruck, daß zwei Juden wegen Preistreiberei nur zu einer Strafe von 1500 Zloty verurteilt worden seien. Möge es sich auch vielleicht um eine geringfügige Verfehlung handeln, so müsse doch unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß solche Urteile nicht veröffentlich würden. Solche Veröffentlichungen hätten nur dann einen Sinn, wenn in ihnen die Verurteilung einer Person zum Tode kundgegeben werde.

Ministerialrat Wille bemerkt, daß ihm bisher keine solche Urteile vorgelegt worden seien. Er werde jedoch dieser Sache nachgehen.

Standartenführer Schulz stellt fest, daß in den letzten Monaten 224 Festnahmen und 344 Anzeigen wegen Preistreiberei erfolgt seien. Die Fälle seien ordnungsgemäß den zuständigen Gerichten zur Aburteilung überwiesen worden.

Ministerialrat Wille gibt zu bedenken, daß die Fälle, die jedenfalls bis vor kurzem durch die früher bestehende Preisbildungsstelle an die Staatsanwaltschaften abgegeben worden seien, solche waren, für die die neue Verordnung keine Gültigkeit gehabt habe. Für die Zuständigkeit der Sondergerichte sei die Verordnung vom Januar maßgebend gewesen. Nicht jede Preisüberschreitung falle ohne weiteres unter jene Verordnung, in der Todesstrafe oder Zuchthausstrafe angedroht war. So seien also verhältnismäßig wenig Fälle vor die Sondergerichte gekommen. Die meisten Fälle, für die jetzt die neue Preistreibereiverordnung in Betracht komme, seien im großen und ganzen Bagatellfälle, die mit den Ordnungsstrafen der Preistreibereiverordnung erledigt werden müssen. Er habe seinerzeit die Preisbildungsverordnung, in der diese Ordnungsstrafen vorgesehen worden seien, sehr begrüßt. Wirklich große Preistreibereien seien verhältnismäßig wenig zur Aburteilung gekommen, und hier

sei

sei fast durchweg Zuchthausstrafe verhängt worden. Ein Todesurteil sei bisher nicht ergangen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r geht danach auf die Frage der Arbeitsdienstpflicht der Polen ein. Auf den Druck des Reiches hin sei nunmehr verfügt worden, daß, da sich genügend Arbeitskräfte nicht freiwillig zum Dienst im Deutschen Reich meldeten, ein Zwang ausgeübt werden dürfe. Dieser Zwang bedeute die Möglichkeit der in-Haftnahme von Polen männlichen und weiblichen Geschlechts. Dadurch sei es zu einer gewissen Unruhe gekommen, die sich nach einzelnen Berichten sehr stark ausbreite, und die zu Schwierigkeiten auf allen Gebieten führen könne. Der Herr Generalfeldmarschall Göring habe seinerzeit in seiner großen Rede auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine Million Arbeitskräfte nach dem Reich zu verschicken. Geliefert seien bisher 160 000. Allerdings seien hier große Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. Deshalb werde es sich empfehlen, bei der Durchführung des Zwanges die Kreis- und Stadthauptleute mit heranzuziehen, damit man dann auch vonvornherein der Überzeugung sein könne, daß diese Aktion einigermaßen zweckmäßig sei. Eine Verhaftung von jungen Polen beim Verlassen des Gottesdienstes oder der Kinotheater werde zu einer immer steigenden Nervosität der Polen führen. An sich habe er garnichts dagegen einzuwenden, wenn man das arbeitsfähige, oft herumlungernde Zeug von der Straße weghole. Der beste Weg wäre dafür aber die Veranstaltung einer Razzia, und es sei durchaus berechtigt, einen Polen auf der Straße anzuhalten und ihn zu fragen, was er tue, wo er beschäftigt sei usw.

Standartenführer Schulz bemerkt, daß Zwangsverhaftungen überhaupt noch nicht vorgekommen seien, weil zunächst noch die Auswirkung des neuen Erlasses abgewartet werden solle. Man habe allerdings

allerdings Flüchtlinge, die aus dem Sowjetgebiet kamen, angehalten, sich für den Dienst im Reich zu melden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist darauf hin, daß die Polen aus dem Warthegau nach Möglichkeit gleich ins Reich verschickt würden. Das müsse aber auch mit den Polen geschehen, die aus Sowjetrußland, Rumänien, Ungarn usw. kämen, soweit sie arbeitsfähig seien.

Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer bemerkt, daß von seiner Abteilung aus überhaupt noch keine Zwangsaktionen durchgeführt worden seien. Die Frage sei übrigens mit allen zuständigen Stellen besprochen worden. In dem Erlaß sei ausdrücklich gesagt, daß zunächst Härten nach Möglichkeit vermieden werden sollten. Im übrigen habe er die Feststellung getroffen, daß die gemeldeten Zwangsmaßnahmen entweder gar nicht stattgefunden hätten oder jedenfalls stark übertrieben gewesen seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bittet jedenfalls, davon Kenntnis zu nehmen, daß der Zwang zur Arbeit sehr vorsichtig ausgeübt werden müsse. Gerüchten über zwangsweise Verhaftung müsse sofort nachgegangen werden.

Ministerialrat Plodeck berichtet dann über die mit dem Treuhandwesen gemachten Erfahrungen. Es sei tatsächlich zu gewissen Mißständen innerhalb des Kreises der Treuhänder gekommen. Er habe deshalb auch auf einer Arbeitstagung in Warschau die Abteilungsleiter bei den Distriktchefs gebeten, dafür zu sorgen, daß unverzüglich die Gesamtzahl der vorhandenen Treuhänder auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werde. In Zukunft würden die Personalien der einzelnen Treuhänder scharf geprüft werden, und es werde hoffentlich in verhältnismäßig kurzer Zeit gelingen, dem Übel, das ja zweifellos in großem Umfange vorhanden sei, wirksam zu steuern.

Der

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß gegen Treuhänder, denen irgendeine Unregelmäßigkeit nachgewiesen werden könnte, die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden. Vor der Bestellung eines Treuhänders müssen auch genaueste Nachprüfungen seiner persönlichen Verhältnisse stattfinden, Strafregisterauszüge müssen verlangt werden usw.

Geheimrat Dr. Zetzsche weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß man bei den Neuzulassungen von Treuhändern schon die äußerste Vorsicht habe walten lassen. Man könne auch feststellen, daß die neu eröffneten Geschäfte mit einwandfreien Persönlichkeiten besetzt worden seien.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet über die Aktion der Umsiedlung und des Austausches von Flüchtlingen. Die Sowjets hätten besonders darauf gedrungen, daß nun auch die Flüchtlinge, die sich an den russischen Grenzstationen gesammelt hätten, herüber genommen würden. Das Reich müßte im Zusammenhang damit ein Interesse daran haben, daß die Aktion durchgeführt werde, und könne deshalb diese Konzession machen. Es sei vorgesehen gewesen, 60 000 Flüchtlinge aufzunehmen, wofür sich andererseits die Sowjetunion verpflichtet habe, 60 000 Flüchtlinge aus dem Generalgouvernement aufzunehmen. Voraussetzung sei gewesen, daß der Wohnsitz des Flüchtlings vor dem Kriege hier Geltung gehabt habe. In den drei Grenzstationen und und vier Städten seien deutsche Kommissionen tätig, die die vorhandenen Flüchtlinge registrierten und die Voraussetzungen für ihre Aufnahme prüften. An der Grenze seien Auffanglager hergestellt worden, in die Flüchtlinge aufgenommen und in denen sie ärztlich betreut, einer Quarantäne unterzogen, und von denen aus sie dann über die Arbeitsämter dem Reich zur Verfügung gestellt würden. Darüber hinaus sei mit den Sowjets vereinbart, daß in

Lemberg

Lemberg und Kowel solche Stationen eingerichtet würden. Im Sowjetgebiet herrsche ein ungeheurer Andrang von Flüchtlingen, es seien nicht nur 60 000, sondern nach Angabe der Sowjetvertreter ungefähr 200 000. In einzelnen Orten, in denen Deutsche tätig seien, dränge sich die ganze Bevölkerung zusammen, um aus dem Sowjetgebiet herauszukommen. Das ganze Personal eines Hotels mit dem Direktor habe z.B. den dringenden Wunsch, nach Deutschland zu gehen. Die Maßnahmen der deutschen Kommission seien darauf gerichtet, grundsätzlich keine Juden herüberzunehmen, darüber hinaus möglichst arbeitsfähige Menschen zu bekommen. Die Erfüllung dieses Wunsches sei aber verhältnismäßig schwer. In manchen Orten werde das Haus der deutschen Kommission von Tausenden und Abertausenden Tag und Nacht belagert. Da kämen Frauen mit 2,3 und 4 Kindern und bäten händeringend, sie aufzunehmen. Es spielten sich die furchtbarsten Szenen ab. Die Menschen würfen sich manchmal auf den Boden und seien nur mit Gewalt wegzubringen. Eigenartig sei, daß auch zahlreiche Juden lieber ins Reich gehen wollten, statt in Rußland zu bleiben. Eine Schwierigkeit bestehe noch darin, daß die Sowjets plötzlich erklärt hätten, sie wünschten nicht, daß die Registrierung auch in Kowel und Lemberg durchgeführt werde, und beriefen sich auf angebliche Transportschwierigkeiten. Die Registrierung solle nach dem Wunsch der Sowjets nur an den drei Grenzorten stattfinden, offensichtlich deswegen, damit die Registrierung von den Sowjets vorgenommen werden könne. So komme es, daß viele Menschen, darunter vor allem Juden, die die Sowjets gern los werden sollten, der deutschen Kommission zur Last fielen, und die deutsche Kommission auf diesem Wege mehr oder weniger gezwungen sei, in die Zahl von 60 000 auch die unerwünschten Juden hereinzunehmen. Nach einer ziemlich scharfen Auseinandersetzung hätten sich aber die Russen doch bereit erklärt,

ab

ab 13. Mai die Registrierung in Kowel und dann in Lemberg zuzulassen. Damit sei zu hoffen, daß die deutsche Kommission nicht mehr unerwünschtes Menschenmaterial zu nehmen brauche. Übrigens beriefen sich die Sowjets bei ihren Forderungen immer auf gewisse technische Schwierigkeiten. Was die Sowjets unter technischen Schwierigkeiten verstünden, habe man in der Zwischenzeit schon zur genüge feststellen können. Man könne wohl sagen, daß sie die Arbeit der Kommission bis zum gewissen Grade sabotierten. Es werde eine Frage der nächsten Tage sein, wie sich die Leitung der Aktion in Kowel und Lemberg einlaufe. Im allgemeinen sei noch zu berichten, daß der Gesundheitszustand der Flüchtlinge überraschend gut sei. Man habe bisher nur 300 bis 500 Todesfälle gehabt, was angesichts der Gesamtzahl der in Betracht kommenden Flüchtlinge sehr wenig sei.

-/1.   1168

Es sei also nicht, wie man befürchtete, eine Bedrohung der Gesundheitslage im Reich gegeben. Vielmehr habe sich nur die schlechte Ernährung, der die Flüchtlinge ausgesetzt waren, ausgewirkt. Die Stimmung der Flüchtlinge sei außerordentlich sowjetfeindlich und deutsch- und generalgouvernementsfreundlich. Man sei bemüht, die Leute möglichst schnell in den Arbeitsprozeß ins Reich zu bringen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt davon Kenntnis, daß er auf Bitte des Herrn Staatssekretärs Mühlmann eine Teilung dieser Abteilung vorgenommen habe. Staatssekretär Mühlmann werde sich künftig nur noch mit den Angelegenheiten der Sicherung der Kunstschätze und mit der obersten künstlerischen Betreuung in den verschiedensten Bereichen befassen.

Staatssekretär Dr. Mühlemann schlägt als Leiter der Unterrichtsverwaltung Hofrat Watzge vor. Dieser sei alter Nationalsozialist und ranghöchster und rangältester Schulbeamter im Generalgouvernement.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich damit einverstanden und ersucht die Abteilungsleiter davon Kenntnis zu nehmen, daß Hofrat Watzge in Zukunft für Angelegenheiten der Schulverwaltung selbständig zuständig sein werde.

Der Herr Generalgouverneur stellt sodann den Abteilungsleitern Herrn Major von Dazur, den Verbindungsoffizier zur

Luftwaffe

zur Luftwaffe vor und heißt ihn herzlich willkommen.

Zum Schluß gibt der Herr Generalgouverneur bekannt, daß er beabsichtige, in Zukunft 2 Gruppen von Abteilungsleitersitzungen zu unterscheiden, nämlich Abteilungsleitersitzung/im engeren Sinn, an denen ausschließlich die Abteilungsleiter teilnehmen, und Abteilungsleitersitzungen im weiteren Sinn, zu denen auch die Stellvertreter der Abteilungsleiter und bei ganz großen Abteilungen - Finanz, Innere Verwaltung, Wirtschaft - auch die Leiter der einzelnen Geschäftszweige zugezogen werden. Als Termin für die nächste Abteilungsleitersitzung - im engeren wie im weiteren Sinne - wird der 14.Juni bestimmt. Es solle zuerst, um 10^{30}, eine Besprechung der Abteilungsleiter allein stattfinden, an die sich dann eine Sitzung unter Zuziehung der Stellvertreter und der übrigen Herren anschließe.

Mit einem Sieg-Heil auf den Führer schließt sodann der Herr Generalgouverneur die Abteilungsleitersitzung.

Schluß der Sitzung 12^{30}.

170

Abteilungsleitersitzung am 14. Juni 194o

Anwesenheitsliste

für die Abteilungsleitersitzung
am 14. Juni 1940
auf der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung
Frank	
Bühler	Staatssekretär
[illegible]	[illegible]
Dr. Senkowsky	Finanzpräsident
[illegible]	Oberlandforstmeister
~~[illegible]~~	Min. R.
Wille	Justiz
Gerteis	Präsident
Dr. Fischer	[illegible] ([illegible])
[illegible]	Major
Dr. [illegible]	Prof.
[illegible]	[illegible]

Anwesenheitsliste

für die Abteilungsleitersitzung
am 14.Juni 1940
auf der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung
[illegible]	Dienststellenleiter
[illegible]	Beauftr. d. [illegible] zugleich [illegible]
[illegible]	Landgerichtsrat
[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]
Dr. [illegible]	[illegible]
Dr. [illegible]	Gesetzgebung
Dr. [illegible]	[illegible]
[illegible]	Major [illegible]
[illegible]	Abt. V. u. O. – [illegible]
[illegible]	Ausbildung
[illegible]	Devisen
Dr. Baum	Gesandtschaftsrat u. Beauftr. des Ausw. Amts
Dr. [illegible]	Leiter der Archivverwaltung
Dr. [illegible]	" " Veterinärwesen

Anwesenheitsliste

für die Abteilungsleitersitzung

am 14. Juni 1940

auf der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung
Dr. Walbaum	Abtlg. Gesundheitswesen.
Schmidt	[illegible]
[illegible]	Oberbaurat ([illegible])
Lorenz	[illegible]
[illegible]	Hauptamtsleiter
Dr. [illegible]	ORR (Raumordnung)
	[illegible]
[illegible]	Höherer SS- u. Polizeiführer im Gen. Gouv.
[illegible]	[illegible]
[illegible]	Abt. Wirtschaft
[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]

Abteilungsleitersitzung vom 14.Juni 1940.
Beginn 10^{45} Uhr.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung von dem bevorstehenden Einmarsch der deutschen Truppen in P a r i s und fährt fort:

Ich verstehe durchaus und billige es, daß in vielen von uns der Wunsch aufsteigt, bei den großen Ereignissen im Westen dabei zu sein und ich glaube, daß ich für uns alle die Erklärung abgeben kann, daß nur die Erfüllung eines uns vom Führer gegebenen Befehls uns hier festhält, daß aber unsere Gedanken bei dem großen Erleben dieser Tage sind. Aus der Betrachtung der geschichtlichen Zusammenhänge heraus muß für unsere Arbeiten im Generalgouvernement immer wieder der harte und große Entschluß sich ergeben, an diesem Platz im Namen des Führers auszuharren, nicht aus Zwang, sondern in voller Erfüllung der vom Führer gegebenen Befehle, um freudig und mit ganzem Einsatz der Persönlichkeit hier tätig zu sein und da gebührt Ihnen allen ein Lob dafür, daß trotz der stürmischen Bewegtheit dieser Tage alle hier an diesem Platz geblieben sind, ohne mit einem leisen Anflug von abenteuerlicher Neuigkeitssehnsucht, sich in andere Gebiete wegzudrängen. Wir werden gerne und freudig auch weiterhin unsere Aufgabe hier erfüllen.

Die heutige Tagung ist die reguläre Abteilungsleitersitzung und doch hat sich seit der letzten eine ganze Welt verändert. Ich habe vor wenigen Tagen den Besuch eines Herren aus dem Wirtschaftsministerium in Berlin bekommen. Auf meine Frage, wie die Stimmung in Berlin sei, sagte er mir, alles stehe unter dem Eindruck des Sie-

ges,

ges, alle Probleme, die noch vor kurzem kaum lösbar erschienen, alle Aufgaben, an deren Lösbarkeit man schon zweifelte, sie alle scheinen jetzt in ihrem Problemgehalt geglättet und in ein Stadium der Erfüllbarkeit eingetreten. Das ist die Umwandlung, die aus dem Glauben heraus in die Wirklichkeit eintritt! Das ist das, was der Führer in seiner Bewegung verwirklicht hat, wenn er sagt, daß zwar auch das Formelle, das bürokratische Selbstsichere und aktenmäßig Belegbare notwendig ist, daß alles aber nichts ist gegen den Glauben.

Es ist klar, daß mit der Umformung dieses Reiches auch ein gigantischer Zusammenbruch der bisherigen Ordnungssysteme und ihrer Repräsentanten verbunden ist. Mit dem Sieg über Frankreich ist der letzte Sieg über jene staatsorganisatorische Anschauung und Methodik errungen, die mit der französischen Revolution begann. Sind wir uns darüber klar, daß das nationalsozialistische Rechtsdenken, das nationalsozialistische Staatsideal und das Persönlichkeitsideal des Nationalsozialismus dadurch auch einen entscheidenden geistesgeschichtlichen Sieg davonträgt über das, was an früheren Systemen krank und morsch gewesen ist. Franreich stirbt und muß sterben, weil es dem Leben zu wenig vertraute und der Reform sich widersetzte. Aber auch das englische Weltreich steht vor seinem Ende. Da sollen wir, die wir diese Stunde erleben, nicht das größte Empfinden dieser deutschen Generation in uns tragen! Es werden Jahrtausende in die Geschichte schreiten und sie werden alle namenlos sein, aber unsere Zeit wird ihren Namen haben. Es ist die größte Stunde des Deutschtums, die nun anhebt. Wir haben noch nie ein so großes Reich besessen, noch nie hat auf deutschen Menschen eine solche Verantwortung geruht, wie diese Zeit sie gibt. Noch nie galt der deut-

sche

sche Name in der Welt so viel, wie er jetzt durch Adolf Hitler gelten wird. Eine Linie von Calais bis Lublin, wie wir sie heute schon besitzen, war noch nie unter deutscher Oberherrschaft.

Es ist unsagbar, was demnach für uns an Großem aufsteigt, unsagbar die Verpflichtung, unsagbar die Selbsterziehungsarbeit! Mit dem Weltreich beginnt für uns das Ende des Nationalstaates, beginnt für uns das Imperium! Hier sehen Sie die Bedeutung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei!

Wenn nur eine militärstaatliche äußere Macht jetzt erstehen würde, die keinen völkischen, blutmäßigen ideellen Inhalt besitzt, würde sie genau so in einem Jahrhundert gesprengt werden, wie alle diese Formen gesprengt wurden. Weil aber hier die unverrückbare Lehre unserer Partei steht, die sagt: Du bist nichts, Dein Volk ist alles, Dein Leben ist nur sinnvoll, wenn Du es der Arbeit für die Gemeinschaft widmest und nicht an Deinen eigenen Vorteil denkst und die weiter sagt, daß keine Arbeit schändet, deswegen werden wir auch das Weltreich erhalten. Wir dürfen auch als Bürger des Weltreiches nicht zu stolz sein, den Spaten und den Pflug zu führen. Weltreiche sind die große Probe aller Völker und wir müssen diese Probe bestehen. Das kann nur durch das Schulungsergebnis der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gelingen.

Die Aufgaben, die wir im Osten haben, sind klar. Die Probleme, die hier zu lösen sind, können in der Form, wie sie vor einem Jahr gedacht worden sind, nicht gelöst werden. Wir können weder in das Gebiet des Generalgouvernements die Millionen Polen aufnehmen, die im Reich leben, noch können wir in der bisherigen Weise weiter mit der polnischen Nation verfahren. Was wir an Erfahrungen gesammelt

haben

haben, müssen wir verwerten und Sie können sich vorstellen, daß ich in all diesen Monaten auch geforscht, gedacht und Erfahrungen bei mir gesammelt habe. Ich bin gewillt, diese Erfahrungen dem Führer vorzutragen, sobald Gelegenheit dazu sein wird.

Es ist ein Wunder, daß wir aus dem Chaos und aus der Zerstörung, die wir vor wenigen Monaten nach dem Abschluß des Polenkrieges hier vorfanden, eine einigermaßen überschaubare Ordnung aufgebaut haben. Es ist gut, wenn wir an diese Ordnung und an den Befehlsapparat, den wir besitzen eher denken, als an die Schwierigkeiten, die wir nicht gelöst haben. Ich kann heute feststellen, daß jeder von uns seine Pflicht auf seinem Platze restlos getan hat.

Es haben sich einige Änderungen ergeben, von denen ich Sie heute in Kenntnis setzen möchte:

Herr Geheimrat Zetzsche hat mich gebeten, ihn von seinen Funktionen zu entheben. Im Hinblick auf seine hervorragenden Leistungen habe ich dieser Bitte entsprochen und ihn gebeten, die Sektion Wirtschaft im Institut für Deutsche Ostarbeit zu übernehmen, um auf diese Weise die reichen Erfahrungen seines viele jahrzehntelangen Wirkens im Dienste des Reiches für uns nutzbar zu machen. Herr Geheimrat Zetzsche, ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit und ich darf Ihnen sagen, daß wir alle dieser Arbeit gerne gedenken. Wir werden uns immer freuen, Sie auch in Ihrer neuen Eigenschaft in unseren Reihen zu sehen.

Zum Nachfolger des Herrn Geheimrat Zetzsche habe ich mit sofortiger Wirkung Herrn Ministerialdirigenten Dr. Emmerich ernannt. Ich heiße Sie hier in unserer Mitte willkommen und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit das Beste.

Herr

Staatssekretär Mühlmann hat mich gebeten, ihn von seiner Arbeit als Leiter der Abteilung für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung zu entheben, da er durch seine künstlerisch ausgeprägte Sondermission verhindert ist, sich dem fachlichen Bereich dieser Abteilung zu widmen. Ich habe im Benehmen mit Herrn Staatssekretär Mühlmann Herrn Hofrat Dr.Watzke zum Leiter der Abteilung für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung berufen.

Das gesamte Bauwesen des Generalgouvernements hat eine grundsätzliche Zusammenfassung in einer Zentrale notwendig gemacht. Es mußte zur Sicherung der finanziellen Stabilität der Bauvorhaben und im Interesse einer künstlerischen Einheitlichkeit der Bauten eine grundsätzliche Regelung getroffen werden. Ich habe daher eine Zentralstelle geschaffen, die unter der Leitung des Oberbaurates Hofer steht, der die oberste Baubehörde des Generalgouvernements führen wird. Für die Bauten, an denen ich persönlich Interesse habe und alle größeren Bauten habe ich Herrn Geheimrat Rattinger zu meinem persönlichen Baubeauftragten ernannt. Ich hoffe, daß damit in das Gebiet des Bauwesens eine gewisse Stabilität kommt und daß wir auf diesem Sektor einen Beitrag zur Wiederansteckung der Wirtschaft auf diesem Gebiet leisten werden.

Wir hatten in der vergangenen Woche eine große Sitzung über Fragen der Preisbildung und der Ernährung gehabt. Die in dieser Sitzung gehaltenen Referate werden den Abteilungsleitern zugestellt. Es wird nunmehr an einem Generalplan der Wirtschaftsführung gearbeitet. Der Generalplan soll in einer Sitzung der Abteilungsleiter seine erste Formulierung erhalten. Ich wünsche, daß mit dem Beginn der neuen Ernte in allen einschlägigen Fragen Klarheit herrscht

und

179

und daß die Grundsätze, nach denen gewirtschaftet werden soll, endgültig festliegen, dann ist für jeden einzelnen ein gewisser Rahmen seiner Betätigung gegeben.

Der Leiter der Dienststelle für die Bodenforschung im Generalgouvernement, Professor Brinkmann, erstattet sodann in einem Vortrag Bericht über die Tätigkeit seiner Dienststelle und erläutert an Hand einer Karte das Vorkommen der einzelnen Bodenschätze im Bereich des Generalgouvernements.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ersucht die Abteilungsleiter, dem Leiter der Dienststelle für Bodenforschung bei seinen Arbeiten jede gewünschte Unterstützung zuteil werden zu lassen. Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß gerade die Erforschung der Bodenschätze des Generalgouvernements im Interesse der Rohstoffversorgung der Industrie von größter Bedeutung sei.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verbindet mit dem Dank an Professor Brinkmann den Wunsch, für erfolgreiche Fortsetzung seiner Arbeiten.

Es kommt sodann, ausgehend von einem an Herrn Generalgouverneur gerichteten Brief des Herrn Generalleutnants Barckhausen, die Frage der Ernährung der in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Arbeiter zur Sprache.

Landesbauernführer Körner bemerkt hierzu, daß Major Hartog die Rüstungswerke im Bezirk Radom besichtigt und sich von dem Stand der Ernährung in diesen Betrieben überzeugt habe. Die Schwierigkeiten in der Ernährung mancher Betriebe hätten ihre Ursachen darin,

daß

daß diese Betriebe, denen neue große Aufgaben zugewiesen wurden, sich bereits für eine größere Gefolgschaft einrichten und dementsprechend Nahrungsmittel auf Vorrat legen.

Der Herr Generalgouverneur teilt die Ansicht des Landesbauernführers hinsichtlich der Ursache der Ernährungsschwierigkeiten gewisser Werke. Die Vorratswirtschaft, die sich in manchen Werken herausgebildet habe, könne nicht geduldet werden. Im übrigen wäre es zweckmäßig, wenn alle Betriebe etwa bis Ende August eine Aufstellung ihres Personals herausgeben würden, damit man von der Zentrale aus einen Ernährungsplan der Betriebe organisieren könne.

Major Hartog beziffert die Zahl der Arbeiter in den A-Betrieben, die bevorrechtigt ernährt werden müssen, auf 160 000. Die Zahlen werden jeweils von den Werken gemeldet und werden dann an die Kreislandwirte weitergegeben.

Der Herr Generalgouverneur weist zum Schluß darauf hin, daß von der Verordnungssperre, die er bis Ende Juli verfügt habe, in erster Linie solche Verordnungen betroffen werden, durch die die Kreishauptleute und Distriktschefs eine Mehrbelastung erfahren würden. Neben diesen Verordnungen gebe es eine Reihe von anderen Verordnungen, die nur für die Spezialbehörden von Interesse seien und für diese Art von Verordnungen bestehe auch eine Ausnahme von der allgemeinen Verordnungssperre. Die Verordnungssperre gehe zurück auf einen Wunsch der Kreishauptmannschaften und Distrikte, daß ihnen endlich einmal zur Aufarbeitung des vorhandenen legislatorischen Materials Gelegenheit gegeben werden möchte. Es würde sich

empfehlen,

181

empfehlen, wenn die Abteilungsleiter an Ort und Stelle, nämlich bei den Kreisen oder auch bei den Gemeinden, sich überzeugen würden, wie demnun eigentlich praktisch die Verwirklichung ihrer Verordnungen aussehe. Man darf nicht in den Fehler verfallen, zu glauben, daß schon etwas geschehen sei, wenn man eine neue Verordnung erlasse. Eine Fülle von Verordnungen sei überhaupt nicht praktisch geworden, weil die Außenstellen nicht in der Lage waren, sie durchzuführen. Die Schuld hieran trage nicht allein der Generalgouverneur, sondern auch von den Distriktschefs und von den Kreishauptleuten und von anderen Dienststellen sei eine Fülle von Verordnungen und Anordnungen erlassen worden. Es wäre zweckmäßig, wenn die Distriktschefs und Kreishauptmänner einmal ihren eigenen Verordnungsapparat daraufhin untersuchen würden, was unbedingt aufrechterhalten werden muß und was beseitigt werden kann. Auf diese Weise könne man zu einer Bereinigung des ganzen Verordnungsmaterials kommen.

Der Herr Generalgouverneur hebt in diesem Zusammenhang die Bedeutung des kürzlich erschienenen Werkes von Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh „Das Recht des Generalgouvernements" hervor und bezeichnet es als erfreulich, daß heute schon die Möglichkeit bestanden habe, ein solches Werk zusammenzustellen.

Schluß der Sitzung 12^{15}.

182

Abteilungsleitersitzung am 12. Juli 1940

Abteilungsleitersitzung am Freitag, dem 12. Juli 1940, 11[20]
im großen Sitzungssaal der Bergakademie.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r eröffnet die Abteilungsleitersitzung mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Ich habe am 8.Juli eine mehrstündige Besprechung beim Führer gehabt und habe bei dieser Gelegenheit dem Führer eingehend berichtet über die Entwicklung des Generalgouvernements und über die politischen, sozialen und sonstigen Probleme, die uns bewegen. Ich habe dabei das vollste Verständnis des Führers für unser Land gefunden und ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß der Führer mir persönlich und damit Ihnen allen seine Anerkennung für die Arbeit, die hier geleistet wurde, zum Ausdruck gebracht hat. Der Führer hat alle meine Vorschläge für die weitere Formung des Gebietes angenommen und sofort in die Tat umgesetzt. Er hat am 8.Juli eine Verfügung dahingehend getroffen, daß mit sofortiger Wirkung der Zusatz „für die besetzten polnischen Gebiete" wegfällt. Die Bezeichnung für unser Gebiet wird künftig lauten: „Das Deutsche Generalgouvernement Polen" oder „Das Generalgouvernement". Die Bevölkerung hier wird bezeichnet als „die Bevölkerung des Generalgouvernements". Daß es sich hierbei nicht nur um eine Umformung des Titels handelt, geht daraus hervor, daß der Führer sagt: die neue Bezeichnung soll zum Ausdruck bringen, daß das Generalgouvernement ein wesentlicher Bestandteil des Deutschen Reiches ist und für alle Zukunft bleiben wird.

Der Führer hat mir gesagt, daß er keinen Quadratkilometer dieses Gebietes hergeben wird. Diese Entscheidung ist von ungeheurer Bedeutung, denn sie ist sozusagen die Bestätigung der vielmonatigen Gemeinschaftsarbeit, die wir hier als Sendboten des Dritten Reiches geleistet haben im steten Hinblick auf die Geeignetmachung dieses Gebietes zum Eintritt in das Reich. Daß selbstverständlich durch diese Umformung an dem Aufbau des Generalgouvernements verwaltungsmäßig, organisatorisch und führungsmäßig nichts geändert wird, ist klar. Ebenso ist einleuchtend,

daß

daß die volle Autorität in diesem Gebiet ausschließlich beim Generalgouverneur liegt und daß keinerlei Reichszentralstellen hier unmittelbar hineinzuregieren vermögen.

Der Führer hat mir weiterhin bestätigt, daß das Gebiet eine Einheit bleibt und daß Krakau auch in Zukunft die Hauptstadt des Generalgouvernements bleiben wird. Für die Stadt Warschau hat der Führer bestimmt, daß ein Wiederaufbau der Stadt Warschau als polnische Metropole in keiner Weise in Frage kommt. Der Führer wünscht, daß im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung die Stadt Warschau auf den Rang einer Provinzstadt herabsinkt.

Außerordentlich beachtlich ist, daß der Führer mir eine großzügigste Repräsentation des deutschen Weltreichs zur Pflicht und Aufgabe macht. Er hat mir ausdrücklich bestätigt, daß alle Maßnahmen, die den Mitarbeitern des Generalgouverneurs und den Beamten und Angestellten eine derartige Repräsentation ermöglichen sollen, gebilligt werden. Ich werde nunmehr hoffentlich im Stande sein, durch den allmählichen Aufbau einer eigenen Ostzulage endlich dieses Problem so zu klären, daß wir für die Zukunft mit einem Zuzug der wertvollsten Kräfte rechnen können. Man kann nicht nur immer Idealismus verlangen, jeder Beamte und Angestellte muß für sich und seine Familie auch in materieller Hinsicht besorgt sein. Man kann es einem Beamten nicht verübeln und es nicht als Minderung des Beamtenbewußtseins ansehen, wenn ein Beamter bei der Prüfung der Frage, in welcher Dienststelle er sich betätigen will, auch diesen Gesichtspunkt in Betracht zieht. Es geht nicht an, zu sagen, daß der Beamte seine Pflicht tut ohne Rücksicht auf irgendwelche finanziellen Erwägungen. Das klingt sehr gut, läßt sich gut argumentieren und mit idealistischen Floskeln versehen, wird aber praktisch vollkommen wirkungslos sein. Das Interesse des Führers an der Burg, sein Interesse am Ausbau unserer Dienstgebäude und am Ausbau der Gemeinschaftshäuser in den Distriktshauptstädten war mir ein sicherer Hinweis dafür, wie sehr der Führer wünscht, daß entsprechend der großzügigen Art des entstehenden deutschen Weltreichs auch eine großzügige Behandlung dieser Frage einzusetzen hat.

Sehr

Sehr interessierten den Führer unsere kulturellen Vorhaben. Ich mußte Bericht erstatten über die Theaterpläne. Über die Burg sagte der Führer, daß er sie als stolzes Gegenstück zum Straßburger Münster ansieht und daß von Straßburg über Nürnberg und Prag nach Krakau eine großartige Linie deutscher Kulturbewußtheit und deutschen Machtausdruckes sich zieht.

Der Führer hat sich besonders anerkennend darüber ausgesprochen, daß es geglückt ist, das polnische Volk ruhig zu halten. Wenn man bedankt wie wenig Kräfte wir im Lande hatten, um dieses Ziel zu erreichen, so kann ich nicht umhin, Ihnen, meine Herren, von der Anerkennung des Führers den Ihnen gebührenden Teil zu übermitteln. Wir können stolz darauf sein, daß der Führer uns diese Anerkennung zuteil werden ließ. Ich konnte daraus erkennen, wie sehr der Führer die Schwierigkeiten kennt.

Nun sind wir aber nicht so, daß wir auf solchen Lorbeeren und Anerkennungen ausruhen. Ich muß heute erneut als Mentor an Sie herantreten und Sie bitten, so wie bisher und vielleicht noch intensiver sich darüber klar zu werden, daß wir hier nicht zusammengekommen sind, zu einer vorübergehenden kriegsmäßigen Nebenbeschäftigung, sondern daß in kürzer Zeit an jeden einzelnen von Ihnen meine Frage herantreten wird, für welche Berufung innerhalb der amtlichen Laufbahn er sich zu entscheiden gedenkt; denn in engstem Zusammenhang mit der Neugestaltung des Gebietes des Generalgouvernements steht nunmehr der Ausbau einer eigenen Planstellenordnung. Ich habe gestern Herrn Staatssekretär Dr.Bühler, den Leiter der Abteilung Finanzen und den Leiter der Abteilung Innere Verwaltung beauftragt, eine erste schematische Skizzierung eines solchen Planstellenaufbaues für das Generalgouvernement in Angriff zu nehmen.

Im Zusammenhang mit dieser Schaffung eines Planstellenaufbaues steht eine Sofortmaßnahme, die ich getroffen habe. Ich werde künftig in großzügigster Weise gestatten, daß die Familien der Beamten hier im Generalgouvernement ansässig gemacht werden können. Ich möchte Sie bitten, daß Sie sich in Ihren Dienstbereichen die Genehmigung in jedem einzelnen Falle so vorbehalten, daß aus dieser Maßnahme nicht eine Gefährdung des Aufbaues hier im General-

gouvernement

gouvernement entsteht, aber ich möchte grundsätzlich sagen, daß wir durch diese Auflockerung unseren Beamten und Angestellten und Arbeitern allmählich das Gefühl der sicheren Lebensführung im Generalgouvernement vermitteln wollen.

Die Wehrmacht hat entsprechend der Entwicklung auch eine Umformung vorgenommen. Nach einer Mitteilung des Herrn Generalobersten von Brauchitsch an mich ist die Dienststelle „Oberbefehlshaber Ost" weggefallen. Es gibt mit sofortiger Wirkung im Generalgouvernement nur noch die Dienststelle des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement. Es bedeutet das bereits eine Annäherung der Funktionen der Wehrmacht im Generalgouvernement an eine Art Dauerbetrieb. Völlig unabhängig davon vollzieht sich die mit der politischen Lage zusammenhängende Eingruppierung frischer Truppen im Generalgouvernement. Die neuen Divisionen, die hier einrücken, unterstehen nicht dem Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, sondern dem General Küchler der seinen Sitz in Bromberg hat und ihn später in Litzmannstadt haben wird, und dem die gesamten Truppen der Ostfront von Memel bis zu den Karpathen unterstehen, allerdings nur in taktisch-kriegsführungsmäßiger Beziehung.

Sehr wichtig ist auch die Entscheidung des Führers, die er auf meinen Antrag gefällt hat, daß keine Judentransporte ins Generalgouvernement mehr stattfinden. Allgemein politisch möchte ich dazu sagen, daß geplant ist, die ganze Judensippschaft im Deutschen Reich, im Generalgouvernement und im Protektorat in denkbar kürzester Zeit nach Friedensschluß in eine afrikanische oder amerikanische Kolonie zu transportieren. Man denkt an Madagaskar, das zu diesem Zweck von Frankreich abgetreten werden soll. Hier wird auf einer Fläche von 500 000 km^2 reichlich Gelände für ein paar Millionen Juden sein. Ich habe mich bemüht, auch die Juden des Generalgouvernements dieses Vorteils teilhaftig werden zu lassen, sich auf neuem Boden ein neues Leben aufzubauen. Das wurde akzeptiert, sodaß in absehbarer Zeit auch hier eine kolossale Entlastung gegeben sein wird.

Wenn ich vorhin sagte, daß der Führer es besonders anerkannte, daß die Ruhe unter der polnischen Bevölkerung aufrechterhalten

wurde,

wurde, so möchte ich darauf hinweisen, daß die Schwierigkeiten, die da und dort im Protektorat aufgetreten sind und die wir jetzt teilweise auch in den West- und Nordgebieten sehen, wo die Bevölkerung teilweise zu drastischen Demonstrationen schreitet, darauf zurückzuführen sind, daß dort der Regierungsapparat nicht bis nach unten in der Hand einer entschiedenen deutschen Verwaltungsführung ist, sondern daß dort nur ein oberstes Gremium über dem an sich erhaltenen Unterbau der heimischen Verwaltung steht, dem natürlich diese unmittelbare Eindruckskraft und Durchsetzung nicht in gleichem Maße zur Verfügung steht, wie das bei uns der Fall ist. Ich darf Ihnen sagen, daß der Führer das Verhalten unserer Verwaltung gegenüber den Polen billigt und daß er vor allem auch die außerordentlichen Befriedungsmaßnahmen in vollem Umfange genehmigte.

Die Lage des Generalgouvernements, allgemein politisch gesehen, ist in letzter Zeit sehr interessant geworden. Wir hatten uns - aus dem stillen Winterschlaf, der uns die traumhafte Ruhe eines befriedeten Gebietes gab, erwachend - plötzlich im Strudel weltpolitischer Ereignisse gesehen. Wir haben aus vielen Quellen die Nachricht bekommen, daß eine weit verbreitete Stimmungsmache hier im Land spürbar sei, die etwa so lautete: „Um sich die Freundschaft Sowjetrußlands zu erhalten, wird der Führer zu weiteren Opfern schreiten müssen. Er wird, nachdem er nunmehr schon Rumänien hat opfern müssen, auch vom Generalgouvernement ein entscheidendes Stück an Rußland abtreten müssen". Man brachte das in Zusammenhang mit der Entwicklung der Ostseepolitik der Sowjetunion in Litauen, Lettland und Estland. Diese Stimmungsmache hat zu einer deutlich wahrnehmbaren Beunruhigung der Bevölkerung geführt, die sich in der Ostzone in einem starken Abzug der Bevölkerung äußert. Es war daher notwendig, in intensivster Weise dagegen einzuschreiten. Ich werde morgen in Przemysl an der sowjetrussischen Grenze in einem stark demonstrativ aufgemachten Staatsakt die Stadt Deutsch-Przemysl feierlich gründen und bei dieser Gelegenheit im Namen des Führers eine Erklärung über die Lage dieses Gebietes und über die Befriedung und die totale Sicherheit der Entwicklung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion abgeben. Im übrigen wird zur Verstärkung dieser Beziehungen zur Sowjetunion gerade über das Gebiet des Generalgouvernements eine Reihe von Verbindungs-

strecken

strecken zwischen Sowjetunion und Deutschland ausgebaut. Auf dem Gebiete des Bahnverkehrs, des Telefon- und Telegrafenverkehrs werden entscheidende Verbindungslinien durch das Generalgouvernement ausgebaut. Die Bevölkerung des Generalgouvernements stand deutlich unter dem Eindruck der Angst, daß an die Stelle des deutschen Regimes das sowjetrussische treten könnte. Insofern wirkte sich diese Propagandawelle für uns aus, denn bei der Wahl unter den verschiedenen Formen autoritärer Regime wird zweifellos die polnische Erfahrung das deutsche Muster dem sowjetrussischen vorziehen.

Wir werden in diesem Zusammenhang auch eine autoritäte Machtquelle in Richtung gegen die Slowakei spürbar machen. Die Slowakei muß von uns in stärkstem Maße beeinflußt werden. Es ist notwendig, daß wir dort der Gefahr einer zu starken Selbständigkeits-Neigung begegnen und erklären, daß wir auf keinen Fall auf unseren Einfluß in diesem Raum verzichten. Eine entsprechende Erklärung haben auch die Ungarn zur Kenntnis genommen und in Rumänien geht die Entwicklung völlig konform. Diesen Gesamtblock des östlich - südöstlichen Einflußbereichs wird der Führer niemals mehr aus der Hand geben..Es ist klar, daß demnach in weitestem Sinne Polen, Slowaken, Tschechen, Ungarn und Rumänen unter eine irgendwie geartete, stärker oder schwächer zum Ausdruck gebrachte, aber doch total und entscheidend vorhandene deutsche Vorherrschaft gekommen sind. Es ist für uns wichtig, daß auch das Generalgouvernement durch den Ausbau von Handels und Wirtschaftsbeziehungen dazu beiträgt, das Gemeinschaftsgefüge dieses Machtblokkes des Deutschen Reiches zu fördern.

Inwiefern die Entwicklung des Generalgouvernements zum Reich hin schon in absehbarer Zeit zu weiteren Umformungen führen wird, steht dahin. Der Führer hat mir hier völlig freie Hand gelassen. Ich habe dem Führer erklärt, daß es mein nächstes Ziel sein wird, daß ich mit dem Reich zu einer Zoll- und Wirtschaftsunion kommen könnte. Es dürfte das unter Umständen eine kolossale Bedeutung für uns haben. Bedenken Sie, welch gigantische Aufbauarbeit im Deutschen Reich nach Schluß des Krieges vor sich gehen wird, welch ungeheures Hineinströmen von neuen Wirtschaftsexpansionistischen Möglichkeiten aus den neuen Kolonialreichen stattfinden

wird und welche Möglichkeiten sich aus dem Hineinströmen von Kontributionen usw. ergeben werden. Es ist klar, daß wir im Generalgouvernement im Interesse des deutschen Reiches und seiner Wirtschaft das Gebiet des Generalgouvernements an seiner Entwicklung unbedingt teilnehmen lassen müssen. Es wäre ein Nachteil sowohl für das Reich wie für das Generalgouvernement, auf die Dauer hier zwischen 2 Reichsgebieten eine künstliche Zoll- und Wirtschaftsgrenze aufrechtzuerhalten. Der Wegfall dieser Zoll- und Wirtschaftsgrenze wird aber dann noch nicht bedeuten den Wegfall der technischen Verwaltungs- und Führungsgrenze, die noch auf weite Sicht bestehen bleiben wird, nämlich solange als durch die zahlenmäßige Übermacht des Polentums die völlig autoritäre Führung in diesem Gebiet notwendig ist. Im übrigen kann ich gerade zu dieser Frage die Feststellung treffen, daß bei meinen Besprechungen in Berlin sowohl beim Reichswirtschaftsminister wie beim Reichsfinanzminister, bei der Treuhandstelle Ost und bei allen Dienststellen des Generalfeldmarschalls und auch bei allen Stellen der Partei und der Polizei, im Auswärtigen Amt usw. überall deutlich spürbar das Ansehen des Generalgouvernements sich zeigte und daß man überall gewillt ist, die Probleme, die sich aus der Entwicklung der letzten Monate ergeben haben, zu lösen und in wohlverstandenem Gemeinschaftsinteresse einer gedeihlichen Weiterentwicklung für beide Teile zuzuführen.

Einen allzu großen Abgang von Beamten und Angestellten in die neu erworbenen Gebiete im Westen und Norden haben wir vorerst nicht verspürt. Immerhin ist, wenn die Lebensverhältnisse für unsere Beamten und Angestellten im Generalgouvernement nicht wesentlich gebessert werden können, in zunehmendem Maße mit einer Steigerung der Sehnsucht zu rechnen, das Gebiet des Generalgouvernements mit nützlicheren, wertvolleren und vielleicht einträglicheren Gebieten zu vertauschen. Um dieser Entwicklung zu steuern, war es notwendig, daß ich jetzt beim Führer diese Umformung des Generalgouvernements aus einem besetzten Gebiet in ein stabiles Reichsgebiet durchgesetzt habe. Ich darf Sie bitten, von diesem Umstand amtlich den Ihnen unterstehenden Behörden und Behördenleitern vertraulich Kenntnis zu geben. Ich wünsche, daß jeder Beamte und Angestellte des Generalgouvernements von dieser Entscheidung des Führers Kenntnis erlangt und daraus auch die Möglichkeit

seiner

seiner eigenen Schicksalsgestaltung in stabilerem Rahmen erkennt.

Im allgemeinen bin ich mit dem Verhalten unserer Beamten und Angestellten zufrieden. Die Schwierigkeiten der Lebensführung und das manchmal recht beengte gesellschaftliche Dasein hat begleiflicherweise die Gefahr von Cliquenbildungen usw. mit sich gebracht. Es ist für mich notwendig, hier für eine gegenseitige Auflockerung zu sorgen und ich darf Sie bitten, mir zu helfen. Der Sportbetrieb hat überall rege eingesetzt. Ich glaube, daß bei einer Entwicklung auch des gesellschaftlichen Lebens durch den Ausbau von Gaststätten, Clubhäusern, Beamtenheimen usw. die Möglichkeit einer Intensivierung des Wohlgefühls im Generalgouvernement gegeben sein wird.

Immer noch macht sich das Anziehen der Preise in verschiedenen Gebieten bemerkbar, was wohl mit der Mangellage in weiten Bereichen zusammenhängt. Die neue Ernte wird voraussichtlich eine erträgliche Mittelernte werden und uns endlich das Fundament für den vielfach erörterten Generalwirtschaftsplan geben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, Sie zu bitten, die Frage des dienstlichen und außerdienstlichen Wohlbehagens Ihrer Beamten sich besonders angelegen sein zu lassen. Kümmern Sie sich selbst darum, wie Ihre Beamten und Angestellten leben, wie sie wohnen und wie sie verpflegt werden. Überlassen Sie diese Sorge nicht ausschließlich den Distriktschefs, die ohnedies alle Hände voll zu tun haben! Es ist auch unerläßlich notwendig, daß Sie den engsten persönlichen Kontakt mit den Außendienststellen halten und daß Sie auch die Sonntage und solche Zeiten, wo Sie frei sind dazu verwenden, um in das Land zu fahren. Selbstverständlich begreife ich Ihre Sehnsucht, in jeder freien Minute ins Reich zu fahren, ich muß Sie aber in zunehmendem Maße bitten, nach Hereinholung Ihrer Familien sich hier um dieses Land zu kümmern, denn dieses Land ist uns anvertraut. Sie können sich nicht allein auf die Ihnen unterstellten Dienststellen verlassen.

Das rein disziplinarische Verhalten unserer Beamten, Angestellten und Arbeiter war überraschend gut. Wenn ich mir die wenigen Fälle vergegenwärtige, die in diesem riesigen Bereich und in diesen schwierigen Monaten uns aufgefallen sind, so muß

ich

ich gestehen, daß es eigentlich wie ein Wunder erscheinen muß, daß unter so geringen moralischen Verlusten eine so ungeheuere geschichtliche Aufgabe durchgeführt werden konnte.

Wenn ich die Berichte, die an mich kommen durchlese, so sehe ich daraus sofort, wer von den Beamten zum Optimismus und wer zum Pessimismus neigt. Ganz allgemein möchte ich dazu sagen, daß wir einen bestimmten Typ kämpferischer Entschlossenheit unbedingt haben müssen. Müde Naturen werden auf die Dauer bei uns nicht aushalten und unter irgend einem Vorwand wieder in ihre Ressorts zurückkehren. Halten Sie keinen, der weg will. Hier kann nur bleiben, der gern bleibt und der Freude an der schöpferischen Arbeit hat. Mit Leuten, die sich gezwungen fühlen, können wir die Aufgaben nicht meistern. Es ist mir lieber wir stellen fest, daß wir auf einem Gebiet langsamer arbeiten müssen, weil wir im Augenblick nicht genug Leute haben, die dann kommen werden, wenn die Männer zurückkehren, die in dem gegnerischen Feldzug gezeigt haben, daß sie ganze Kerle sind und daß sie mit allen Problemen fertig werden. Das sind die Idealisten, die wir für unsere Aufgaben brauchen.

Der Führer hat mir schließlich auch seine Anerkennung ausgesprochen über die Finanzen des Generalgouvernements, ebenso über die hervorragende Leistung auf dem Gebiet des Verkehrs und des Transportes und über die Ablieferungen an das Reich. Es ist ganz klar, daß die Entwicklung auf finanziellem Gebiet von uns beherrscht wird. Wir können mit ungefähr 6-700 Millionen Zloty Einnahmen rechnen. Wir werden aber etwas mehr Ausgaben haben. Wir können uns im Generalgouvernement nicht den Luxus leisten, einen völlig abgeglichenen Etat zu haben. Wir müssen vielmehr dem schlechten Vorbild des Reiches nacheifern und ein Defizit zu erlangen trachten. Die Ansätze im ersten Jahr sollen keine endgültigen sein, sondern sie sollen nur bedeuten, daß wir hier eine Art Gerippe, ein Schema haben, von dem aus wir in den nächsten Jahren daran gehen können, Abstriche oder Zulagen zu machen. Ich möchte haben, daß noch in der Sommerperiode der Etat einigermaßen fertig wird. Wir müssen eine überschaubare und saubere Finanzgebarung haben und auch hier bitte ich um Ihre Mitarbeit.

Damit

Damit habe ich im Wesen das gesagt, worüber ich heute sprechen wollte. Wir stehen vor neuen und schweren Aufgaben und ich darf Sie bitten, mir zu helfen, wie das auch bisher der Fall war. Ich verlasse mich auf Sie, wie der Führer auf uns alle sich verläßt.

Ministerialdirigent Dr.Emmerich legt die Grundzüge der künftigen Gestaltung der Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement dar.

Bei der Betrachtung der hierauf bezüglichen Probleme müsse man von der Tatsache ausgehen, daß das Generalgouvernement eine selbständige, geschlossene Volkswirtschaft besitze. Es bestehe eine Zollgrenze gegenüber dem Reich. Die daraus sich ergebende wirtschaftliche Isolierung werde in gewissem Grad für absehbare Zeit aufrechterhalten werden müssen und zwar aus dem Grund, weil zwischen Reich und Generalgouvernement ein so großer Niveauunterschied bestehe, daß ein sofortiges Hochschleusen der primitiven polnischen Bevölkerung auf das im Reich herrschende Niveau zu schweren Störungen führen würde. Durch planvolle Aufbauarbeit lasse sich dieser Niveauunterschied allmählich verringern und am Schluß dieser Entwicklung sei dann ein völliges Wegräumen der wirtschaftlichen Grenzen möglich.

Die Volkswirtschaft des Generalgouvernements stelle eine Rumpfvolkswirtschaft dar, die in ihren Problemen verglichen werden könne mit der Rumpfvolkswirtschaft Ungarns. Wesentliche Gebiete, die einen Bestandteil des Wirtschaftskörpers darstellten, sind weggefallen. Aufgabe der Wirtschaftspolitik müsse es nun sein, die Volkswirtschaft in dem Restgebiet in ein leidliches Gleichgewicht zu bringen. Hierbei sei davon auszugehen, daß es sich beim Generalgouvernement um ein Agrargebiet handle, das nicht in dem Maße auf Veredlungswirtschaft abgestellt sei, daß das, was auf dem gewerblichen Sektor hereinkomme, bezahlt werden könnte. Es ergebe sich zwangsläufig die Notwendigkeit, auf dem agrarischen Unterbau ein industrielles Stockwerk von nicht unerheblicher Breite aufzurichten und die agrarische und gewerbliche Wirtschaft in ein richtiges Verhältnis zu einander zu bringen. Allerdings müsse dabei

der

der Gefahr entgegengetreten werden, daß überspitzte Autarkietendenzen mit all ihren schädlichen Folgen die Oberhand bekommen.

Der Reichtum des Generalgouvernements bestehe nicht in seinen Bodenschätzen, sondern in dem reichlichen Vorhandensein von Arbeitskräften. Diese Arbeitskräfte richtig einzusetzen, müsse ein wesentliches Ziel der Wirtschaftsführung sein. Die Lebenshaltungskosten im Generalgouvernement müßten solange niedrig gehalten werden, bis eine natürliche Entwicklung eine Steigerung des Lebensniveaus ermögliche.

Die Wirtschaft des Generalgouvernements, die eine Ergänzungsvolkswirtschaft zum Reich darstelle, sei in ihrem Verhältnis zum Reich naturgemäß weitgehend bestimmt durch das politische Verhältnis zum Reich. Man könnte sich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus vorstellen, daß eine Art Dominionverhältnis geschaffen wird, ein Typ der europäischen Kolonie mit eigener Verwaltung, aber unter vollständiger Abstellung auf die Wirtschaft des Mutterlandes. Das könnte praktisch dadurch seinen Ausdruck finden, daß unter Aufrechterhaltung der Zollgrenze dem Reich weitgehende Präferenzzölle eingeräumt werden, wodurch bewirkt würde, daß 80% des Außenhandels des Generalgouvernements Handel mit dem Reich wäre. Ein vernünftiges Verhältnis des Güteraustausches zwischen Generalgouvernement und Reich werde nur durch eine bis ins einzelne gehende Planung zu erreichen sein.

Mit der Frage der wirtschaftlichen Gestaltung des Generalgouvernements sei eng verbunden die weitere Frage, welche Rolle der Deutsche in der Volkswirtschaft dieses Gebietes zu spielen habe. Das Problem der wirtschaftlichen Durchdringung sei nur zu lösen durch den Aufbau einer deutschen wirtschaftlichen Oberschicht. Die wirtschaftlichen Schlüsselstellungen im Generalgouvernement müßten von Deutschen besetzt werden und es müsse eine systematische kommerzielle Wanderung vom Reich ins Generalgouvernement organisiert werden. Die daraus sich ergebende deutsche Oberschicht sei geeignet, die Verwaltung der Wirtschaft zu führen und das Rückgrat zu bilden für eine wirtschaftliche Selbstverwaltung in diesem Land, deren Aufgabe es sein müsse, ein Gegengewicht darzustellen gegen das Überhandnehmen des Bürokratismus.

Freilich

Freilich dürfe diese wirtschaftliche Selbstverwaltung im Generalgouvernement nicht einen Abklatsch dessen darstellen, was man im Reich habe, sondern sie müsse sich spezifisch ausrichten nach den besonderen Voraussetzungen, die hier gegeben sind. Es würde sich empfehlen, in den einzelnen Distrikten je eine Distriktskammer zu schaffen, die die sämtlichen Gruppen der Selbstverwaltung in sich berge und von einem Staatskommissar geleitet werde. Über den 4 Distriktskammern stehe eine Oberkammer oder Zentralkammern, die sich aus leitenden Persönlichkeiten der Distriktskammern zusammensetze. Die Zentralkammer sei als beratendes Organ des Generalgouverneurs gedacht.

Präsident Bauder berichtet über die in den letzten Tagen stattgefundene Besprechung mit Vertretern des Reichsverkehrsministeriums über den geplanten Ausbau der Weichsel. Das Reich beteilige sich nunmehr in weitestem Umfang an der Durchführung dieses ungeheuren Projektes. Der Ausbau der Weichsel sei vom politischen volkswirtschaftlichen und verkehrstechnischen Standpunkt eines der allerwichtigsten Probleme. Ein Vergleich mit dem in weitestem Maße ausgebauten französischen Kanalnetz zeige, wie viel es auf diesem Gebiet hier noch zu tun gebe. Die Arbeiten seien nun bereits aufgenommen, nur sei leider in der Anlieferung des Materials eine Stockung eingetreten.

Präsident Gerteis verweist darauf, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende, durch die augenblicklichen Truppentransporte und den Mangel an Lokomotiven bedingte Erscheinung handle.

Landesbauernführer Körner teilt mit, daß alle Maßnahmen zur Erfassung der bevorstehenden Ernte getroffen seien. Den Distrikten, Kreishauptmannschaften und Gemeinden sei das Lieferungssoll bereits bekanntgegeben. Den Kreishauptleuten sei zur Pflicht gemacht, die Ablieferungen der einzelnen Gemeinden nachzuprüfen. Bei erfolgter Ablieferung werden Ablieferungsbescheinigungen ausgegeben, auf Grund der dann die von der landwirtschaftlichen Bevölkerung benötigten Waren - Textilien, Petroleum, Tabak, Trankbranntwein usw. - zur Ausgabe gelangen. Von den genannten Waren

seien

seien erhebliche Mengen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden.

Der vorhandene Lagerraum sei in großzügiger Weise erfaßt. An alle im Generalgouvernement liegenden Truppenteile müsse strikte Anweisung ergehen, sich jeglichen Zugriffes auf die Lagerräume und die Getreidevorräte zu enthalten. Die Erfassung der Ernte sei in den Monaten August bis Dezember das Hauptproblem des Generalgouvernements. Darauf müßten alle Dienststellen des Generalgouvernements erneut hingewiesen werden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r tritt der Auffassung des Landesbauernführers, daß die Erfassung der Ernte das Kernproblem des Generalgouvernements sei, bei und fordert alle Abteilungsleiter auf, den Arbeiten des Landesbauernführers und seiner Dienststellen alle nur erdenkliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Selbstverständlich müsse sich auch die Wehrmacht in die gegebenen Notwendigkeiten einfügen.

Oberregierungsrat Dr.Schulte-Wissermann erläutert die Schwierigkeiten, die einer befriedigenden Regelung der Preisbildungsfrage im Generalgouvernement entgegenstehen. Es könne auf dem Gebiet der Preisregulierung nur mit allmählich fortschreitenden Erfolgen gerechnet werden. Es sei unmöglich, eine Lösung zu finden, die von heute auf morgen die schwierige Frage in Ordnung bringe. Organisationsmäßig sei alles zu einer gedeihlichen Arbeit Erforderliche getan. Voraussetzung für eine solche gedeihliche Arbeit sei ein enges Zusammengehen mit den auf dem Gebiete der Wirtschaft arbeitenden Abteilungen und eine enge Fühlungnahme mit der Polizei, die sich von vornherein in weitestem Umfang den Aufgaben der Preisbildungsstelle gewidmet habe und in ihrer Arbeit nunmehr durch die Zuteilung von Kräften aus dem Reich wirksam unterstützt worden sei.

Bankdirigent Dr.Paersch bezeichnet als dringendstes Problem auf dem Gebiet des Kreditwesens die Frage der Erfassung der Ernte und die Frage der Abschöpfung der auf dem Lande befindlichen entbehrlichen Geldmittel. Durch das Schwinden der Warenvorräte werden

den erhebliche Geldbeträge freigesetzt - ein Zustand, der in der gesamten Wirtschaft bestehe. Soweit es sich um Wirtschaftsunternehmungen handle, seien Maßnahmen eingeleitet, um das Geld abzuschöpfen und in die Kreditinstitute zu bekommen. Dagegen sei noch offen das Problem der Abschöpfung der Kaufkraft auf dem Lande. Die Landbevölkerung habe aus der Schleichhandelskonjunktur der letzten Monate erheblichen Nutzen gezogen und jetzt falle ihr aus dem Erlös der Ernte wiederum Bargeld an. Um diese sich ansammelnde Kaufkraft absaugen zu können, habe man verschiedene Maßnahmen eingeleitet, wie z.B. vermehrte Eintreibung von Außenständen bei der Landwirtschaft, Vorverlegung von Fälligkeiten usw. Es sei wünschenswert, daß alle Dienststellen des Generalgouvernements dieser Aufgabe der Erfassung der Kaufkraft ihr besonderes Augenmerk zuwenden.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs betreffend die Regelung des Sommerurlaubs mit, daß ein Drittel des normalen Urlaubs gestrichen werde, sodaß sich unter Hinzurechnung der Zweimonatsurlaube ein Gesamturlaub von etwa 2 Monaten im Jahr ergebe. Um eine Überbelastung der einzelnen Dienststellen zu vermeiden, sei angeordnet, daß nicht mehr als 3 Wochen Urlaub zusammenhängend einbebracht werden dürfen.

Schluß der Abteilungsleitersitzung um 13[20].

Abteilungsleitersitzung am 2. September 1940

197

198 11

Abteilungsleitersitzung am Montag,
dem 2.September 1940.

[1]4o Beginn der Sitzung.

Der Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k :

Meine Herren! Ich habe Sie heute hier zusammengerufen, um außerhalb unseres eigentlichen amtlich-normal-dienstlichen Wirkens Gelegenheit zu nehmen, uns von einem unserer ältesten Mitarbeiter hier im Generalgouvernement in der schon bei uns üblich gewordenen Weise aufs herzlichste zu verabschieden. Herr Ministerrialrat Siebert, der Sie nunmehr seit Beginn der Arbeit des Generalgouvernements die Innere Verwaltung betreut haben, Sie sind zu einer neuen ehrenvollen Aufgabe ausersehen und werden - dessen bin ich sicher - davon bin ich überzeugt - auch auf dem neuen Arbeitsfeld Ihren Mann stellen. Meine Herren! wenn ich immer wieder Anlaß nehme, bei der Verabschiedung eines unserer Mitarbeiter diesen feierlichen Rahmen zu wählen, so vor allem auch deshalb, weil im normalen dienstlichen Leben zwar sehr viel Gelegenheit ist, Anordnungen zu treffen, dringliche Probleme zu erörtern und irgendwelche Lösungen kämpferisch zu suchen, aber so sehr wenig Gelegenheit gegeben ist, die Leistung des einzelnen anzuerkennen. Daher muß man solch einen Augenblick ergreifen, in welchem jemand aus unserer Mitte scheidet, um dann alles zusammenzufassen, was man ihm an Anerkennung zu geben hat.

Parteigenosse Siebert! Sie sind wie alle anderen Abteilungsleiter in die schwerste Aufgabe hineingestellt gewesen, die die deutsche Verwaltungsgeschichte seit geraumer Zeit kennt. Es ist ein Ruhmesblatt für alle die Männer, die in der Regierung des Generalgouvernements die einzelnen großen sachlichen Gebiete betreuen. Leistungen müssen zwar im gesamten Reich auf allen Gebieten, an allen Stellen, überall vollführt werden. Das aber, was die Aufgaben im Generalgouvernement schärfstens von allen anderen Aufgaben im Reich unterscheidet, ist, daß wir hier, von keiner Tradition gestärkt, etwas vollkommen Neuartiges und Eigenwertiges aufzu-

bauen

bauen haben. Daher liegt in der Bewährung der Leistungskraft des einzelnen im Generalgouvernement nicht so sehr die Anwendung eines bereits vorher gesammelten fachlichen Könnens, sondern insbesondere die Auswirkung einer orginellen schöpferischen Potenz. Es ist klar, daß gerade der Inneren Verwaltung hier eine besondere schöpferische Aufgabe gestellt war. Als der Führer damals das Generalgouvernement gründete, hat er erklärt, daß auch die Innere Verwaltung des Generalgouvernements vollkommen auf eigenen Füßen stehen soll. Er hat dem Reichsministerium des Innern die Einwirkung in die Gestaltung des Generalgouvernements von vornherein versagt, nicht um dieses Ministerium zu kränken, sondern aus der Notwendigkeit des zeitlichen und weltgeschichtlichen Anlasses heraus. Sie haben, Pg. Siebert, zu unser aller Freude, und wie ich auch wohl sagen kann, unter unser aller kameradschaftlichem und menschlich aufgeschlossenem Mitwirken eine Innere Verwaltung aufgebaut, die sich durchaus sehen lassen kann. Wir haben ein festes Gefüge im Generalgouvernement, wir haben ein Netz von Zuständigkeiten geschaffen. Wir haben durch klare Gliederung der Distrikte, Kreise und Städte eine stolze Fundierung weiterer Ausbaumöglichkeiten gefunden und was nicht sonst noch alles dazukommt, über dieses eigentliche Schema des Verwaltungsorganisatorischen hinausgehend, was eben im Rahmen der gesamten Aufgaben der Inneren Verwaltung liegt. In jungen Jahren, Pg. Siebert, waren Sie damit auf einen verantwortungsvollen Posten gestellt. Bevor ich Ihnen meinen Dank abschließend zum Ausdruck bringe, möchte ich Ihnen Ihrem Wunsche gemäß Gelegenheit geben, einen Bericht zu erstatten.

<u>Ministerialrat Dr. Siebert</u> gibt hierauf einen umfassenden Tätigkeitsbericht über seine Arbeit als Leiter der Abteilung „Innere Verwaltung" (siehe Anlage).

<u>Der Höhere SS- und Polizeiführer Obergruppenführer Krüger:</u>

Herr Ministerialrat Dr. Siebert, in Ihrem umfassenden und erschöpfenden Rechenschaftsbericht über Ihre fast einjährige Tätigkeit an verantwortungsvoller Stelle im General-

gouvernement

gouvernement haben Sie auch vornehmlich der Tätigkeit der SS und Polizei Erwähnung getan. In meiner Eigenschaft als Höherer SS- und Polizeiführer darf ich meinen besonderen Dank für die wunderbare und reibungslose Zusammenarbeit, für das große Verständnis zum Ausdruck bringen, das Sie unseren schwierigen und auch sehr schwer zu lösenden Aufgaben entgegengebracht haben. Besonders hervorheben möchte ich hier die so klare, ruhige und sachliche Form, in der Sie, Herr Ministerialrat Dr.Siebert, mit mir, mit meinen Polizeibefehlshabern und Abteilungschefs immer zusammengearbeitet haben. Es war uns jederzeit eine ganz besondere Freude, diese oft nicht leichten Probleme mit Ihnen gemeinsam besprechen und letzten Endes auch lösen zu können. Diesen meinen Dank möchte ich auch auf Ihre Mitarbeiter ausdehen, die unserer Arbeit ebenfalls stets großes Verständnis entgegengebracht haben. Ich wünsche Ihnen, Herr Ministerialrat, für Ihre weitere Tätigkeit die besten Erfolge und darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch Ihr Nachfolger mit dem gleichen großen Verständnis mit SS- und Polizei zusammenarbeiten werde.

Gouverneur Dr.Wächter:

Herr Ministerialrat! Ich habe die Ehre, als Chef der Distriktsverwaltung Krakau und zugleich im Namen der anderen Herren Distriktschefs und Kreishauptmannschaften meines Distrikts von Ihnen heute Abschied zu nehmen. Dieser Abschied fällt uns wirklich schwer. Wir haben Sie, Herr Ministerialrat, in diesem vergangenen 3/4 Jahr nicht nur als Leiter Ihrer so entscheidenden Fachabteilung achten, sondern auch als Kameraden jederzeit schätzen und lieben gelernt. Sie waren uns, die wir nun in diese ganz neuartige Aufgabe und Welt hineingestellt waren, immer ein aufgeschlossener, warmherziger Förderer und Unterstützer, und wir können Ihnen gar nicht genug für Ihre vorbildliche Tätigkeit danken. Sie waren für uns Distriktschefs, die wir alle nicht aus der Verwaltung nicht aus der Beamtenschaft des Reiches gekommen sind, geradezu ein Vorbild des modernen deutschen Beamten, des deutschen Beamten, der in keiner Weise durch bürokratische Engherzigkeit gehemmt ist, sondern der großzügig, initiativ

und

201

und im nationalsozialistischen Sinne die Aufgaben der Verwaltung erkennt und aus dieser Erkenntnis auch die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen vermag. Ich hatte sehr oft genug das Glück, Sie immer wieder bei den Arbeitstagungen der Kreishauptleute des Distrikts Krakau begrüßen zu können. Sie haben jeweils in die aktuellen Probleme der Kreishauptmannschaft Einblick genommen und Gelegenheit gehabt, festzustellen, wie sehr Sie mit diesen Arbeiten in jedem einzelnen kleinen Fall vertraut waren und Ihre großen Erfahrungen im Verwaltungsbereich des Generalgouvernements in die Tat umsetzen können.

Herr Ministerialrat Siebert, ich danke Ihnen aus Anlaß Ihres Abschiedes noch besonders für die so aufrichtige Kameradschaft, die Sie uns erwiesen haben. In dieser Zusammenarbeit hat es niemals eine Schwierigkeit gegeben. Wir hatten immer das Gefühl, daß hier der Kamerad zum Kameraden spricht und mit ihm zusammenarbeitet. Im Verhältnis der Distriktverwaltung zu Ihnen war immer das unbedingte Ziel die Durchsetzung der Aufgaben des Generalgouvernements wie derjenigen des Reiches. Ich darf Ihnen also von ganzem Herzen danken und möchte namens der Distriktsverwaltung der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie sich in Ihrer weiteren Tätigkeit recht wohl fühlen mögen. Mögen Sie in Ihrer amtlichen und persönlichen Laufbahn Glück und volle Befriedigung finden.

Herr Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank: Herr Ministerialrat Dr. Siebert, Sie haben uns mit Ihrem zusammenfassenden abschließenden Bericht nochmals in eindrucksvoller Darlegung der Gesamtverhältnisse bewiesen, welche Leistungen Sie vollbracht haben. Es ist nicht unsere Art, Lobeserhebungen ins Ungemessene und Unhemmbare zu steigern. Keiner kann mehr tun, als seine Pflicht erfüllen, als das, was ihm aufgegeben ist. Wir leben ja in einer Zeit, in der die größten Maße klein geworden sind, in einer Periode der Weltgeschichte, in der allmählich aus dem Hintergrund der Nivelliertheit wieder die schöpferischen Giganten aufsteigen, die immer am Beginn einer neuen Weltordnung und eines neuen Glaubens vorhanden waren. In den herrlichen Gestalten unserer germanischen

Weltanschauung

Weltanschauung steht am Beginn der Kampf der Riesen. Es wogt und braust in den weltgeschichtlichen Katastrophen. Wenn der Atem einer Periode und Epoche matt geworden ist, dann wird über ein Meer von Katastrophen hinweg plötzlich eine neue Epoche angekündigt durch das Erscheinen einer neuen Riesenwelt. Daher ist es auch für uns, die wir in eine Aufgabe von seltener Eigenart hineingestellt sind, aber doch mehr als nur ein Bezirk von amtlichen Dienstgewohnheiten; denn wir haben etwas begonnen, was uns der Führer aufgegeben hat, eine Aufgabe, die wir in Gemeinschaftsarbeit lösen sollen.

So geht denn mit Ihnen, Herr Ministerialrat Siebert, nicht nur der Schöpfer der inneren Ordnung des Generalgouvernements, wenn ich so sagen darf, sondern uns verläßt einer der Kampfkameraden aus der ersten Aufbauperiode dieses neuesten Teiles unseres großmächtigen Reiches. Wir haben vom Führer die Aufgabe erhalten, für dieses Reich zu arbeiten, oder für dieses Reich Probleme vorweg zu lösen, wie etwa das Problem der "Inneren Verwaltung", das ja im Reich dringendst nach einer Reform schreit und das ja zweifellos eben in seiner gesamten Struktur zu einer Neuordnung des inneren Aufbaues führen wird. Die Formen der alten Gewaltenteilung zerbrechen ebenso wie die Selbstherrlichkeit einer formalistisch durchdrungenen bürokratischen Welt. Sie fallen dahin, aber das persönliche Element steigt auf und steht im Vordergrund. Das institutionelle Element wird zurückgedrängt. In dieser Zeit prallen die Dinge gewaltig aufeinander: Führung und Verwaltung, Neugestaltung, Neugestaltung aus dem Nichts heraus oder aus dem persönlichen Können einerseits und der Aufrechterhaltung einer wohlgemessenen, ablaufsicheren, geradezu vorausberechenbaren Apparatur der Wohlgefügtheit der Befehlsausgabe. Dieses Problem des Verhältnisses von Führung und Verwaltung ist das Problem des Verhältnisses von politischer Gestaltung und Willensverwirklichung im Dienstbereich. Im Generalgouvernement gilt es nun, Wege zu ganz großen neuen Zielen weiterzugehen. Es ist das erstemal, daß ein solcher Versuch gerade auch auf dem Gebiet der Inneren Verwaltung gemacht wurde, über ein Volk, das nicht unserer Sprache ist, nun diesen Aufbau der Verwaltung und über diese Verwaltung eine

sichere

sichere politische Führung aufzubauen. Ihr Name, Herr Ministerialrat Siebert, wird für alle Zeiten mit diesem ersten Versuch eines derartigen neuen Regimes deutscher Prägung über nichtdeutsche Völker verbunden sein.

Wenn ich mich nunmehr von Ihnen als Generalgouverneur verabschiede, entlasse ich Sie im Namen des Führers und des Reiches aus den Ihnen übertragenen Obliegenheiten, Sie waren uns ein vorbildlicher Beamter und ein vorbildlicher, unvergeßlicher Kamerad. Man mag im Leben 3000 Meilen nebeneinander wandern, es kommt einmal die Meile, an der man sich trennen wird. Keinem bleibt das erspart, im dienstlichen Bereich weniger denn anderswo. An Ihre Stelle wird ein anderer treten und an dessen Stelle in Zukunft wieder ein anderer. So geht es jedem von uns.

So mögen Sie denn nun, wenn Sie von uns gehen, als Erinnerung dieses schöne alte Bild eines der stolzesten deutschen Baudenkmäler Krakaus als Zeichen der Anerkennung des Führers und des Reiches für Ihre Leistung mitnehmen. Ich werde Ihnen auch noch mein Bild übergeben, damit Sie auch das Antlitz des Generalgouverneurs für einige Zeit wie ein drohendes Gespenst in den Frieden Bayerns mitnehmen können (große Heiterkeit). Ich glaube ja, daß Sie uns nicht vergessen werden, wie wir Sie nicht vergessen. Mögen Sie in der Zukunft sich des Glückes des persönlichen Aufstieges erfreuen, möge dieser Aufstieg in eine Periode des unhemmbaren weiteren Aufstieges des herrlichen großmächtigen deutschen Reiches fallen, dessen kleine Diener wir sind.

Ich übertrage mit sofortiger Wirkung dem bisherigen Kreishauptmann von Tarnow, dem Parteigenossen Kundt, die kommissarische Leitung der Abteilung Innere Verwaltung und beauftrage Sie, Herrn Stadtrat Lederle, die Dienstgeschäfte in seinem Namen von Herrn Ministerialrat Dr.Siebert zu übernehmen.

Ich verbinde mit dieser Berufung des Parteigenossen Kundt, der in Zukunft für eine andere Verwendung bestimmt ist, den Ausdruck meines Dankes und meiner Anerkennung für

die

die Kreishauptmänner im Generalgouvernement. Ich will durch diese Berufung ~~zum~~ eines Kreishauptmanns zum Ausdruck bringen, daß im Generalgouvernement die Möglichkeit des internen Aufstieges besteht. Bei den Kategorien der Beamten und der tatkräftigen Mitarbeiter des Generalgouvernements soll nicht der Eindruck entstehen, daß jemand, der an einer unteren oder mittleren Stelle steht, nun da zu bleiben hat und die höheren Stellen von auswärts lediglich auf Vorschlag der Berliner Zentralen besetzt werden. Diese innere Aufstiegsmöglichkeit müssen wir allmählich gewähren, und daher ist es für mich eine Freude, den Parteigenossen Kundt kommissarisch mit dieser Aufgabe betrauen zu können, weil ich gerade weiß, daß er als vorbildlicher Kreishauptmann, nach den Berichten des für ihn zuständigen Distriktchefs Wächter hervorragende Arbeit geleistet hat.

Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 12^{45}.

205

Abteilungsleitersitzung am 12. September 1940

206 1/2

Abteilungsleitersitzung

am Donnerstag, dem 12.September 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r eröffnet die Abteilungsleitersitzung mit einer Ansprache, in der er unter anderem folgendes ausführt:

Wir können bei allem, was sich nun in entscheidungsvollster Stunde des deutschen Schicksals in diesen Tagen ereignet, glücklich sein, daß der Führer an der Arbeit des Ostens nach wie vor regstes Interesse zeigt. Der schönste Beweis für dieses Interesse liegt in der hohen Auszeichnung, die der Führer dem Generalgouverneur verliehen hat. Wir alle können hier eine Bestätigung dafür sehen, daß sowohl Art wie Erfolg unserer Arbeit beim Führer vollste Billigung und Anerkennung gefunden hat. Ich bin vom Führer ermächtigt, Ihnen, meine Herren, seinen Dank und seine Anerkennung zu übermitteln.

Die Schwierigkeiten, die wir hier in diesem Gebiet bei Beginn unserer Arbeit vorgefunden haben, sind weit davon entfernt, heute gelöst zu sein. Fest steht aber die harte Entschlußfreude, sie zu lösen und fest steht auch in weitem Umfang Art und Lösung dieser Aufgaben. Das Generalgouvernement wird nicht mehr als besetztes Gebiet behandelt, sondern als Teil des Deutschen Reiches. Der Führer hat mir, als er diese Entscheidung traf, erklärt, daß er es mir anheimstelle, weitere Anträge bei ihm zu stellen, die der noch weiteren endgültigen Verschmelzung dieses Gebietes mit dem Reich dienen sollen. Ich habe vom Führer volle Freiheit des Termins. Es ist selbstverständlich, daß die Frage der Zollunion oder eines weiteren Zusammenrückens auf dem Gebiete der Währung und der Wirtschaftspolitik vollkommen abhängig ist von der allgemeinen politischen Entwicklung und von den Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Reiches.

Ich habe im Zusammenhang damit mit Ermächtigung des Führers das Amt des Generalgouverneurs mit der Bezeichnung „Regierung des Generalgouvernements" versehen. Diese Entscheidung hat zu großen Erörterungen geführt. Alle Befürchtungen, die von besorgten Gemütern in verschiedenen Richtungen geäußert wurden, sind unbegründet. Die Regierung des Ge-

neralgouvernements

neralgouvernements ist die Regierung des nach Preußen größten geschlossenen Teiles des Deutschen Reiches. Die Bezeichnung Regierung wird daher der wirklichen Bedeutung dieser Dienststelle gerechter als die frühere Bezeichnung „Amt des Generalgouverneurs".

Ich habe mich ferner veranlaßt gesehen, denjenigen Abteilungsleitern, die über einen besonders großen Verwaltungsapparat mit einer entsprechend großen Anzahl von Beamten verfügen, den Titel Abteilungspräsident zu verleihen. Dieser Titel soll eine Anerkennung für die vielfältig gesteigerte Verantwortung darstellen, die diesen Herren Abteilungsleitern auferlegt ist. Die mit dem Titel Abteilungspräsident versehenen Herren erhalten keine höhere Rangstellung gegenüber den anderen Abteilungsleitern, sondern es handelt sich nur um die Verleihung eines persönlichen Titels, etwa so, wie der Distriktchef für seine Person den Titel Gouverneur verliehen erhielt.

Zu dem Rundschreiben, das in den letzten Tagen an Sie ergangen ist und das sich mit Fragen der Umformung der Regierung, der Aufhebung von Abteilungen, mit Stellenbesetzungsgrundsätzen usw. befaßte, möchte ich Ihnen nur sagen, daß alle Schlußfolgerungen, die Sie aus diesem Rundschreiben über Planungen der genannten Art gezogen haben, nicht zutreffen. Ich habe zu den in dem Rundschreiben angeschnittenen Fragenkomplexen noch keine Stellung eingenommen. Es ist nicht meine Absicht, Abteilungen aufzulösen, oder bewährte Einrichtungen, die wir mühselig aufgebaut haben, über Nacht verschwinden zu lassen. Ich bedaure, daß ein solches Rundschreiben ergangen ist und bitte Sie, überzeugt zu sein, daß ich keine Änderungen treffen werde, ohne Sie vorher rechtzeitig um Ihre Stellungnahme zu fragen.

In den kommenden Monaten wird uns eine Fülle von großen Problemen beschäftigen. Wenn ich zunächst von dem deutschen Sektor unserer Aufgabe sprechen will, so steht hier im Vordergrund die Festigung des Zusammenhangs der im Generalgouvernement tätigen Beamten und Angestellten mit der heimischen Verwaltung. Es sind wiederholt Klagen laut geworden darüber, daß Beamte und Angestellte, die hier tätig sind, bei Beförde-

rungen von ihrer Heimatdienststelle übergangen wurden, wodurch der Eindruck entstand, als ob die Versetzung ins Generalgouvernement eine wesentliche Schlechterstellung bezüglich der Beförderungsaussichten bedeuten würde. Ein solches Vorgehen würde im Widerspruch stehen mit dem Willen des Führers, da die Berufung in den Ostraum keine Strafversetzung, sondern die Übertragung einer ehrenvollen Aufgabe im Dienste des Reiches bedeutet.

In absehbarer Zeit wird sich im Reich ein ungeheurer Mehrbedarf an Verwaltungsrechtswahrern und vor allem auch an mittleren und gehobenen mittleren Verwaltungsbeamten ergeben. Es ist klar, daß das Generalgouvernement auf die Dauer seinen Bedarf nicht dadurch decken kann, daß es immer nur an das Reich und an die Heimatministerien appelliert. Es ist heute schon nicht mehr möglich, daß solche Ersuchen ohne weiteres befriedigt werden können. Ich trage mich daher mit dem Gedanken, eine Art zusätzliche Beamtenschulung hier im Generalgouvernement zu errichten und zwar sowohl für höhere wie für mittlere und gehobene mittlere Beamte. Ich beauftrage Sie, Herr Staatssekretär, im Benehmen mit der Abteilung Innere Verwaltung und in Verbindung mit Wehrmacht und Partei diese Frage in Angriff zu nehmen.

Was den Stellenplan betrifft, so habe ich ein Gremium gebildet, das sich mit der Ausarbeitung dieses Stellenplanes zu befassen hat. Wenn es in dem Rundschreiben heißt, daß wir uns bei dem Stellenplan des Generalgouvernements in engstem Anschluß an das Reich zu halten haben, so ist das genau das Gegenteil von dem ~~dem~~, was wir machen müssen. Wenn es uns gelingen soll, auf die Dauer hervorragende Beamte herzuziehen, so müssen wir diesen Beamten gewisse Vorteile gegenüber der Heimat zuweisen können. Der hier tätige Beamte muß von hier aus die Möglichkeit haben, sich etwas besser zu stellen, er muß vorwärtskommen. Es muß die Möglichkeit bestehen, daß ein Beamter durch seine Dienste im Generalgouvernement sowohl hier wie in der Heimat aufsteigen kann.

Ein weiteres Problem ist die Fürsorge für die bereits hier befindlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter. Ich

freue

freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß dank dem Entgegenkommen der Abteilung Finanzen es möglich geworden ist, noch im Laufe dieses Etatjahres in den Distrikten die Gesamtsumme von 10 Millionen Zloty zusätzlich zur Verfügung zu stellen für den sofortigen Ausbau der Wohngebäude im Generalgouvernement. Davon treffen auf den Distrikt Krakau 4 Millionen und auf die anderen Distrikte je 2 Millionen. Das bedeutet, daß wir jetzt viele Wohnungen vollenden können, die ab sofort den deutschen Beamten und Angestellten zur Verfügung gestellt werden. Ich bitte die Herren Distriktchefs dafür zu sorgen, daß vor allem in den kleineren Städten an den Wohnungsbau herangegangen wird. Im nächsten Jahr wird dann eine um ein Vielfaches höhere Summe zur Verfügung gestellt und das große Wohnungsbauprogramm der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement vorbereitet.

Wir haben für die Deutschen im Generalgouvernement aber auch kulturell zu sorgen. Es wurde das Staatstheater eröffnet, in Warschau wird voraussichtlich ein Stadttheater eröffnet werden. Ferner werden wir in Radom und Lublin Theater eröffnen und von Krakau oder Warschau aus bespielen lassen. In Krakau wird eine Kleinkunstbühne errichtet. Die Pflege der Kinoveranstaltungen wird im ganzen Generalgouvernement gefördert. Ich glaube, meine Herren Abteilungsleiter, daß sich jeder von Ihnen seinen Beamten besonders verpflichten würde, wenn er möglichst in geschlossenen Veranstaltungen für seine Betriebe diese Theater besucht. Ich darf Sie hier auf das Beispiel der Deutschen Ostbahn hinweisen. Dem Präsidenten der Abteilung Propaganda gebührt mein besonderer Dank dafür, daß er mit solcher Energie an die Ordnung der kulturellen Aufgaben im Generalgouvernement herangegangen ist. Die Zahl der Deutschen in diesem Raum wird sich in diesem Winter durch das Hereinströmen der Wehrmacht gewaltig vermehren. Wir werden hier in diesem Gebiet in diesem Winter ein Vielfaches der Soldaten haben, die wir im letzten Winter hatten. Das bedeutet für uns eine Verpflichtung; denn nun muß die Wehrmacht sehen, daß die von uns aufgebaute Verwaltung des Generalgouvernements im Stande ist, dem deutschen Soldaten hier eine deutsche Heimstätte mit den Mitteln und

Möglichkeiten

Möglichkeiten zu gewährleisten, die uns hier gegeben sind. Ich darf Sie daher bitten, dafür zu sorgen, daß sich die Wehrmacht überall des Gefühls erfreut, hier bei uns absolut heimisch zu sein. Ich möchte nicht haben, daß wir im Winter Reibungen mit der Wehrmacht haben. Wenn sich in der Vergangenheit manches herausgestellt hat, was nicht angenehm war, so wird sich das in Zukunft vermeiden lassen.

Der Herr Generalgouverneur kommt dann auf die in den nächsten Monaten sich vollziehenden großen Ausbauarbeiten für Eisenbahn, Post und Straßen zu sprechen und führt dann fort: Im Zusammenhang damit steht die Steigerung der Wirtschafts- und Produktionskraft in allen Sparten. Eine besondere Schwierigkeit bereitet hierbei die Tatsache, daß unsere Produktion nach wie vor auf allen Gebieten zu teuer ist. Am Reichsdurchschnitt gemessen leiden wir an einer ungeheuren Übersetzung der Preise. Inwieweit wir das allmählich zurückschrauben können und ob es den Bemühungen aller Faktoren gelingt, zu einer normalen Wirtschaft zu kommen, hängt von sehr vielen Bedingungen ab.

Alles in allem möchte ich diesen Überblick auf den deutschen Sektor damit schließen, daß ich sage: Wenn wir auf unsere vielmonatige Arbeit zurückblicken, können wir einen deutlich wahrnehmbaren Fortschritt auf allen Gebieten der deutschen Arbeit feststellen. Es ist ganz unbestreitbar, daß die Methode, die wir eingeschlagen haben, sich bewährt hat. Daher muß an dieser Methode festgehalten werden, insbesondere an der zentralen Autorität des Generalgouverneurs. Es gibt keine Dienststelle des Reiches, die direkt oder indirekt in dies Gebiet hineinregieren könnte. Befehle erteilt nur der Generalgouverneur in unmittelbarer Vertretung des Führers, sonst niemand. Auf dieser klaren Grundlage wird es uns dann eines Tages möglich sein, am Schluß unserer Arbeit dieses Gebiet dem Führer zu übertragen als ein charaktermäßig vollkommen ausgeglichenes eindeutig funktionierendes Machtgebiet unseres Reiches.

Bei all diesen Arbeiten dürfen wir nicht vergessen, daß wir im Lande eines fremden Volkes stehen. Es wird manch-

mal

mal da und dort schon das Eigenleben der Deutschen isoliert angesehen, sodaß man den Eindruck haben könnte, in irgend einer befriedeten Gegend des Reiches zu leben. Wir haben bisher die Politik der völligen gegenseitigen Trennung zwischen Deutschen und Polen eingehalten. Ich selbst habe mit Polen noch keinen Kontakt aufgenommen und bitte auch Sie, keinen anderen Kurs zu gehen. Wir müssen in dem großen Gefüge der über große Zeiträume hinwegreichenden Struktur des Nationalsozialismus immer daran denken, daß, wenn wir diesen Raum nicht völlig durchdringen, er eines Tages für uns verloren sein wird. Es kann sich hier nur um ein Entweder-Oder handeln. Das Schicksal hat entschieden, daß wir hier die Herren, die Polen aber die uns anvertrauten Schutzunterworfenen sind. Ich bitte Sie, meine Herren, den Empfang von Polen, von Bittdeputationen usw. auf das dienstlich unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Es ist auch nicht möglich, daß wir den Polen den Lebensstandard der Deutschen geben. Es muß ein Unterschied zwischen dem Lebensstandard des Herrenvolkes und dem der Unterworfenen sein. Die Polen müssen die Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten einsehen. Der Führer hat erneut auf meine ausdrückliche Frage entschieden, daß es bei der von uns getroffenen Beschränkung zu bleiben hat. Kein Pole soll über den Rang eines Werkmeisters hinauskommen, kein Pole wird die Möglichkeit erhalten können, an allgemeinen staatlichen Anstalten sich eine höhere Bildung anzueignen. Ich darf Sie bitten, diese klare Linie einzuhalten. Aus vielen Anlässen heraus muß ich mit allem Nachdruck diese ernste Mahnung an Sie richten. Auf der anderen Seite wäre es nun natürlich falsch Macht und Brutalität zu verwechseln. Gerade die Tatsache, daß den Polen jede Entwicklungsmöglichkeit nach oben genommen ist, muß uns veranlassen, uns um die Polen anzunehmen. Wir müssen sie verpflegen, kleiden, ihnen ihr Eigentum sichern und ihnen die Hoffnung lassen, daß, wenn sie brav sind, ihnen nichts geschieht. Die Polen werden in diesem Winter nahrungsmäßig so gestellt, wie sie das nur irgendwie verlangen können. Es ist dank der wirklich hervorragenden Leistung des Landesbauernführers Körner gelungen, ein System aufzubauen, in dem zum ersten Mal durch Verteilung von Lebensmittelkarten der

Bevölkerung

Bevölkerung der Großstädte im Generalgouvernement die Versorgung mit Lebensmitteln gewährleistet wird. Das ist den Polen im Laufe ihrer ganzen Geschichte noch nicht vorgekommen, daß sich eine Regierung in so klarer, sicherer und anständiger Weise mit den Belangen des Volkes abgegeben hat. Was wir in dieser Beziehung tun, das tun wir aus der ernstesten Verantwortung für dieses Gebiet.

Was die Behandlung der Juden anbelangt, so habe ich genehmigt, daß in Warschau das Ghetto geschlossen wird, vor allem, weil festgestellt ist, daß die Gefahr von den 500 000 Juden so groß ist, daß die Möglichkeit des Herumtreibens dieser Juden unterbunden werden muß. Im übrigen sind die Juden im Generalgouvernement nicht nur immer verlotterte Gestalten, sondern ein notwendiger handwerklicher Teil innerhalb des Gesamtgefüges des polnischen Lebens. Das haben wir nicht gewußt, wir wissen es heute, im Reich weiß man es nicht. Es ist das ein ernster Gesichtspunkt und zeigt, wohin es führt, wenn eine Nation Handlangerdienste gemeinschaftswichtigster Art durch Fremdvölkische erledigen läßt. Von unserem Standpunkt ist die Frage nicht von heute auf morgen zu lösen. Wir können den Polen weder die Tatkraft noch die Fähigkeit beibringen, an Stelle der Juden zu treten. Daher sind wir gezwungen, diese jüdischen Handwerker weiter arbeiten zu lassen.

Uns alle beschäftigt die ukrainische Frage. Wir sind dahinter gekommen, daß nach der Einstellung vieler Ukrainer das Generalgouvernement nur eines der vielen Mittel ist, die vom ewigen Schicksal dazu bestimmt sein sollen, der ukrainischen Nation das großukrainische Reich zurückzuerobern. Dazu können wir uns nicht hergeben. Ich möchte Sie dringend bitten, Ihren Behördenchefs immer wieder klar zu machen, daß die Ukrainer wohl Freunde des Deutschen Volkes, nicht aber Vertraute des Deutschen Volkes sind. Pflegen Sie die besten Beziehungen zu den Ukrainern, halten Sie aber immer die nötige Distanz. Vermeiden Sie es, bei Festansprachen an Ukrainer von der „Großukraine" usw. zu sprechen. Ich möchte Sie auch davor warnen, immer wieder in den ukrainischen Farben flaggen zu lassen, oder bei Aufmärschen die Ukrainer allzusehr als

Repräsentanten

Repräsentanten eines eigenen Machtgebietes in Erscheinung treten zu lassen. Die Ukrainer sind Angehörige des Großdeutschen Reiches, soweit sie im großdeutschen Raum wohnen. Sie sind nicht Repräsentanten der Groß-Ukraine auf deutschem Boden. Ich bitte Sie, sich an diese Grundsätze zu halten, bis uns der Führer den Befehl gibt, anders vorzugehen. Wenn der Führer eine Änderung herbeiführt, werde ich Sie rechtzeitig davon verständigen.

In 2 Monaten werden 30000 Volksdeutsche den Distrikt Lublin verlassen haben. Es ist unsere Pflicht, hier in dieser Sitzung diesen Volksdeutschen ehrende Worte zu widmen. Ich möchte mich als Generalgouverneur im Namen des Reiches und des Führers von diesen Volksdeutschen hiermit verabschieden und ihnen danken dafür, daß sie unter schwierigsten Verhältnissen oft durch viele Jahrzente in einer Familientradition auf weit vorgeschobenem Posten die Ehre des Deutschen Volkes hochgehalten haben. Unsere besten Wünsche begleiten die scheidenden Volksdeutschen in ihre Heimat. Die nächsten großen Sammeltransporte werden von Tomaszow und Petrikau aus das Generalgouvernement verlassen. Dann werden im ganzen Generalgouvernement, abgesehen von einigen Resten, größere zusammenhängende Siedlungen von Volksdeutschen nicht mehr vorhanden sein. Die zurückbleibenden Volksdeutschen verdienen unsere besondere Fürsorge. Die Situation dieser losgelösten volksdeutschen Familien ist sehr bedrängt. Es ist auch klar, daß das Generalgouvernement und die Distriktchefs einfach nicht alles tun können, was die Volksdeutschen brauchen. Es ist nicht möglich, daß in einer Gemeinde, in der 10000 Polen leben und einige Volksdeutsche, die Waren dieser Volksdeutschen zu anderen Bedingungen abgenommen werden wie die der Polen. So gibt es eine ganze Fülle von Schwierigkeiten, die alle damit zusammenhängen, daß diese Volksdeutschen nach der heutigen Struktur des Generalgouvernements sich auf der unrichtigen Ebene befinden. Die Problematik, die sich aus allen diesen Fragen ergibt, können wir nur dadurch lösen, daß wir die Volksdeutschen in die Führung, in die Verwaltung aufnehmen, oder daß wir sie einladen, das Generalgouvernement zu verlassen.

Bevor

Bevor ich nunmehr einigen Herren Gelegenheit gebe, zu einzelnen Fragen Stellung zu nehmen, möchte ich noch Herrn General Becker von der Ordnungspolizei, der uns verläßt, unser aller Dank zum Ausdruck bringen für seine hervorragende, die Ordnung in diesem Gebiet mustergültig gewährleistende Arbeit. Herr General, wir lassen Sie sehr ungern ziehen, obwohl wir wissen, daß dienstliche Höherführung der Grund Ihres Scheidens ist. Wir wünschen Ihnen das Beste!

Anschließend an die Ansprache des Herrn Generalgouverneurs machen die Präsidenten Gerteis, Lauxmann und Bauder vertrauliche Mitteilungen über Einzelheiten des bevorstehenden Ausbaus von Eisenbahn, Post und Straßen.

Der Herr Generalgouverneur nimmt die Darlegungen der Präsidenten zum Anlaß, um auf die ungeheure Wichtigkeit der geplanten Arbeiten hinzuweisen. Es müsse alles andere zurückgestellt werden, um den Bauvorhaben unter allen Umständen den Vorrang sicherzustellen. Nötigenfalls würde er, der Generalgouverneur, mit eiserner Strenge durchgreifen. Es dürfe nichts geschehen, was der Erfüllung des Befehls des Führers irgendwie entgegenstehen könnte.

General Becker berichtet über den Stand der Ordnungspolizei im Generalgouvernement. Es sei damit zu rechnen, daß in der Zeit vom 25.September bis 15.Oktober 10 Bataillone herausgezogen und durch neue, aktive Bataillone ersetzt werden. Ab 1.November werde die Gesamtstaerke der Ordnungspolizei im Generalgouvernement 12 Bataillone betragen. Der Einsatz der Ordnungspolizei in letzter Zeit sei auf allen Gebieten der polizeilichen Tätigkeit sehr stark gewesen. Die Einzeldienstkommandos haben sich bewährt. Ihre Hauptaufgabe sei die Preisüberwachung. Was die Gendarmerie betreffe, so seien bis jetzt von 160 Posten 130 eingerichtet; der Rest werde eingerichtet, sobald die Leute da seien. Zu den bereits vorhandenen 40 Funkstationen der Gendarmerie kämen weitere 40 hinzu. Noch sehr im Argen liege die Motorisierung der Gendarmerie. Es sei noch kaum ein Viertel des Bedarfs an Kraftwagen vorhanden, was die Durchdringung des Landes mit Polizei sehr erschwere.

Zu

215

Zu der oft erhobenen Forderung nach Dislozierung der Polizeikräfte, Auflösung der Bataillone und Ersetzung durch Einzeldienstbeamte sei zu sagen, daß es natürlich im Zuge der Entwicklung liegen werde, daß vielleicht das eine oder andere Bataillon verschwinden und dafür der Einzeldienst verstärkt werden wird. Ganz allgemein sei aber der Zeitpunkt hierfür noch nicht gekommen.

Mit der polnischen und ukrainischen Polizei habe man gute Erfahrungen gemacht. Es bestehe der Wunsch, daß die Stadt- und Kreishauptleute die Mittel für den Polizeibedarf sicherstellen. Auch sei die rechtzeitige Gehaltszahlung für polnische und ukrainische Polizei ein dringender Wunsch. Hinsichtlich der Ernährung sei bis jetzt nur der Distrikt Radom den bestehenden Wünschen entgegengekommen, nämlich daß die polnischen Polizeibeamten nach den für die Rüstungcarbeiter geltenden Grundsätzen Lebensmittelkarten bekommen. Es sei jedoch zu hoffen, daß auch in den anderen Distrikten die gleiche Regelung getroffen werde.

Reichsbankdirektor Tetzner berichtet über die Devisenlage und teilt mit, daß irgend welche Bedenken diesbezüglich zur Zeit nicht bestehen. Es sei aber notwendig, daß sich alle Anforderungen hinsichtlich Devisen im Rahmen der erteilten Kontingente halten.

Bankdirigent Dr.Paersch bemerkt, daß Gefahren für die Währung aus der Entwicklung des Handelsverkehrs mit dem Reich nicht zu befürchten seien. In allen Teilen der Bevölkerung des Generalgouvernements habe sich die Überzeugung von der Wertbeständigkeit des Zloty gefestigt, nachdem schon früher den Leuten klar geworden sei, daß der neue Zloty als Tauschmittel und Wertmesser geeignet sei, den alten Zloty zu ersetzen. Die Fortsetzung der Preisbildungsmaßnahmen werde dazu beitragen, die Wertschätzung des Zloty in den breiten Schichten der Bevölkerung immer mehr zu steigern.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erwähnt, daß von seiten der Wehrmacht der Wunsch geäußert worden sei,

das

das Umrechnungsverhältnis von Mark zu Zloty abzuändern in 1:3.

Oberregierungsrat Schulte-Wissermann erklärt diesen Wunsch für unerfüllbar, weil er zu einer gefährlichen Verstärkung der Kaufkraft führen würde. Es müßten andere Wege gefunden werden, um den berechtigten Wünschen der Soldaten entgegenzukommen, und zwar durch verbilligte Lieferung bestimmter Artikel.

Ministerialdirigent Dr.Emmerich bezeichnet es als eine Hauptaufgabe der Abteilung Wirtschaft in den vergangenen Monaten, der Ernteerfassungsaktion der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft ihre Unterstützung zu leihen. Es sei mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft ein Programm vereinbart worden, wonach für einen Teil des Ertrags der Getreideablieferung gewerbliche Erzeugnisse im Reich bestellt werden. Bei dieser Aktion sei man von dem Gedanken ausgegangen, daß alles darauf ankomme, das Vertrauen der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Währung zu stärken. Der Bauer müsse wissen, daß die Kaufkraft des Zloty heute größer sei als in einigen kritischen Monaten der Vergangenheit. Desgleichen sei es notwendig gewesen, Waren hereinzubringen. Das Problem, die nötigen Waren bereitzustellen, sei nicht leicht zu lösen gewesen. Es mußten zusätzlich Waren aus dem Reich beschafft werden. Heute sei es so weit, daß die erforderliche Menge von Waren bereitstehe. Im wesentlichen handle es sich hierbei um Textilien und um Schuhwerk.

Zur Bewirtschaftungsstelle sei zu sagen, daß sie längere Zeit unter der Dienststelle des Generals Bührmann gearbeitet habe und jetzt, nachdem sie der Abteilung Wirtschaft eingegliedert sei, auf neue Gesichtspunkte ausgerichtet wurde. Die kriegswirtschaftliche Zielsetzung der Bewirtschaftungsstelle sei zu einem gewissen Abschluß gebracht und ihr Interesse ausgerichtet worden auf die Versorgung der Bevölkerung des Generalgouvernements. Die Arbeit der Bewirtschaftungsstelle sei naturgemäß unangenehmer Art, denn sie setze Eingriffe voraus und bringe es mit sich, daß die verteilende Stelle

ständig

217

ständig Anfeindungen ausgesetzt sei.

Präsident Schmidt von der Abteilung Propaganda teilt dann auf Anfrage des Herrn Generalgouverneurs noch einige Einzelheiten über das Programm vom 25./26.Oktober mit.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r schließt die Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß die nächste Abteilungsleitersitzung verbunden werde mit dem Staatsakt am 25.Oktober.

218

Abteilungsleitersitzung am 6. November 194o

Abteilungsleitersitzung am Mittwoch, dem 6.November 1940
im Regierungsgebäude.

Beginn der Sitzung 19^{05}.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Ich habe Sie zu einer Abteilungsleitersitzung mehr formalen Charakters heute zusammengerufen, weil es mir richtig erschien, daß wir den Beginn des 2. Jahres unserer Gemeinschaftsarbeit im Generalgouvernement durch eine Zusammenkunft dienstlicher Art einleiten. Ich möchte Ihnen in dieser heutigen Sitzung zunächst dafür danken, daß Sie in den ersten 12 Monaten des Generalgouvernements so hervorragend gearbeitet haben. Ich kann nur wiederholen, was jetzt schon so viele Prominente des Reiches gesagt haben, daß wir im Generalgouvernement auf die geschlossene Leistung von uns allen stolz sein können. Wenn da und dort eine Kritik an Maßnahmen oder am Verhalten des einzelnen geübt werden mußte, so sei dies an diesem Tage hiermit feierlich begraben. Ich kann nur wünschen, daß wir in dieses zweite Jahr unserer Arbeit mit echter kameradschaftlicher Gesinnung gehen und ich das Gefühl haben darf, daß wir uns alle zu diesem großen Gemeinschaftswerk vom Führer abgeordnet fühlen.

Grundsätzlich möchte ich dazu noch erklären, daß die Regierung des Generalgouvernements die Repräsentantin der absoluten Einheit, der politischen und verwaltungsmäßigen Einheit des Generalgouvernements darzustellen hat. Der Führer hat durch die grundlegende Verordnung, durch die er dieses Generalgouvernement geschaffen hat, zum Ausdruck gebracht, daß hier sämtliche Willensträger von Reichsaufgaben, die im Reich in Gestalt von Spezialaufträgen in Ministerien erfüllt werden, in einer Zentrale zusammengefaßt sind, und zwar in Gestalt der Regierung des Generalgouvernements. Ich darf auch ausdrücklich feststellen, daß sich an dieser grundsätzlichen Entscheidung des Führers in den vergangenen 12 Monaten nicht das geringste geändert hat.

Ich

Ich habe vor 2 Tagen Gelegenheit gehabt, zu einer persönlichen Aussprache vom Führer empfangen zu werden und ihm über das Generalgouvernement Bericht zu erstatten. Ich kann Ihnen, meine Herren, zu meiner und Ihrer großen Freude mitteilen, daß der Führer das Generalgouvernement, seine Verwaltung und Führung in jeder Weise anerkennt und mir dies in schönen Worten zum Ausdruck gebracht hat. Bei dieser Gelegenheit hat er vorgestern unerhört wichtige Entscheidungen im Sinne meines Antrages getroffen. Er hat mir damit manche Sorgen abgenommen, die ich aus diesem ersten Jahr nicht gerne in das zweite Jahr mit hinüber genommen hätte. Das wichtigste, was der Führer mir vorgestern sagte, ist, daß die politische Aufgabe, die er dem Generalgouverneur gestellt hat, allen Aufgaben im Generalgouvernement vorangeht. Das gilt vor allem im Hinblick auf die Klärung der Frage, ob das Generalgouvernement noch als Kriegsgebiet oder als eine für eine große politische Aufgabe bestimmte Domäne anzusehen ist. Es bedeutete mir eine besondere Freude, daß der Führer in meiner Anwesenheit dem Generalmajor Jodel, dem Vertreter des Oberkommandos der Wehrmacht, diese Feststellung ganz prägnant wiederholte. Auch für die Wehrmacht war es notwendig, einmal zu wissen, was denn nun eigentlich das Generalgouvernement darstellen soll. In einer besonderen Spezialfrage, nämlich der Frage der Einsiedlung von Polen ins Generalgouvernement hat der Führer ganz allgemein erklärt, daß der Generalgouverneur als sein Vertreter die politischen Aufgaben hier durchzuführen hat und daß es keine Einwände dagegen von irgend-einer Stelle geben kann. Die politischen Aufgaben gehen hier im Generalgouvernement den militärischen Aufgaben voran.

Nach dieser grundsätzlichen Entscheidung des Führers ist es nun für uns wichtig, daß der Führer des weiteren vorgestern ebenfalls entschieden hat: Die gesamte Situation des Generalgouvernements bleibt für eine vorerst überhaupt nicht absehbare Zahl von Jahren unverändert; wir haben weder mit einer Zoll- oder Währungsunion, noch sonst einer Zusammenfassung zu rechnen. Nach der Entscheidung des Führers stellt

das

das Generalgouvernement ein unter schärfster nationalsozialistischer Führung stehendes absolutes Machtgebilde des Deutschen Reiches dar, und zwar unter der ausschließlichen Führung des Generalgouverneurs. Gerade im Sinne dieser Politik des Führers liegt es, daß das Generalgouvernement eine absolute politische und wirtschaftliche Autarkie besitzt.

Als eine der wichtigsten Aufgaben bezeichnete der Führer die Regelung der Nutzbarmachung der Arbeitskräfte des Generalgouvernements im Dienste des Reiches sowohl wie im Dienste des Generalgouvernements selbst. Hier hat er ganz klar die Richtlinien herausgemeißelt, die für dieses System der Arbeit gelten sollen. Der Führer hat betont, daß es selbstverständlich unerläßlich ist, daß diese Arbeit und diese Arbeiter im Reich entsprechend bezahlt werden. In diesem Sinne bestätigte der Führer das, was ich ihm bereits am 2. Oktober dieses Jahres sagen konnte. Ich habe daraufhin festgestellt, daß ein solches System zur Zeit nicht nur nicht besteht, sondern daß wir gerade mit dem Gegenteil dieser Entwicklung zu rechnen haben. Der Führer hat daraufhin erneut bestimmt, daß dieses System auszuarbeiten ist, und zwar so, daß die Arbeitsordnung und Lohnsicherung im Reich mit solchen Tarifen festgestellt wird, die es den Arbeitern des Generalgouvernements ermöglichen, Überschüsse für den Unterhalt der Familie nach dem Generalgouvernement zu schikken.

In diesem Zusammenhang war es auch wichtig, daß der Führer eine Entscheidung in einer Frage traf, die mich in den letzten Wochen mit gewissen turbulenten Unruhemomenten erfüllte, nämlich der Frage der Grenzziehung bei Tomaschow - Petrikau. Ich hatte am 3.November den Besuch des Gauleiters Greiser, den ich darauf aufmerksam machte, daß eine Abtretung dieser Gebiete für uns völlig unmöglich und unerträglich wäre. Nach Darlegung dieser Gesichtspunkte hatte auch Gauleiter Greiser darauf verzichtet, auf die Abtretung dieser Kreise weiter zu bestehen; er hat mit mir gemeinschaftlich einen Brief an den Führer geschrieben, den ich persönlich am Montag dem Führer übergeben konnte. In diesem Brief

bestätigen

bestätigen wir beide, daß es an der Westgrenze des Generalgouvernements eine Fülle von Problemen gibt, die, im Süden angefangen, sich bis zu dem Zipfel von Ostpreußen und der Sowjet-Union hinziehen, als da sind die Kohlengruben von Dombrowa, die Grenzfrage bei Tschenstochau, die Frage hinsichtlich der Stadt Litzmannstadt, die Frage hinsichtlich des Südufers der Weichsel vor Warschau, die Frage der Forsten bei Ostrowiecz usw. Es handelt sich hier um eine Fülle solcher Grenzfragen, die jetzt in einem Augenblick, in welchem alle Kräfte auf ein Ziel ausgerichtet werden müssen, zum mindesten nicht in der Form gestellt werden können, wie sie bei Tomaschow- Petrikau gestellt wurden. Der Führer hat diesem Antrage stattgegeben, und ich kann feststellen, daß diese Frage erledigt ist; Tomaschow und Petrikau bleiben in vollem Umfange beim Generalgouvernement.

Ich habe dem Führer auch über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Einheit des Gebietes Vortrag gehalten. Wiederum war es der Führer, der mir sagte: Lassen Sie mir um Gottes Willen keine Ressorts hinein. Ich kann Sie, meine Herren, bitten, sich darnach zu richten; denn mit meiner Erklärung, die ich auf Grund der Verfügung des Führers, nach welcher das Generalgouvernement nicht mehr besetztes Gebiet ist, dazu öffentlich abgegeben habe, haben gewisse Berliner Zentralstellen Vorstellungen verknüpft, als ob nunmehr das Generalgouvernement eine Art Reichsstatthalterei geworden wäre. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich nun mit der erweiterten Vollmacht des Führers die Einheit der Verwaltung in diesem Gebiet rücksichtslos und restlos ausbauen werde, daß hier ein Staat im Staate von keiner Stelle geduldet würde, daß ich jede irgendwie geartete Befehlsbeziehung zwischen Berliner Zentralen und hiesigen Dienststellen rücksichtslos unterbinden werde, daß ich entschlossen bin, mit aller Kraft dem politischen Willen des Führers zum Ausdruck zu verhelfen. Das kann man in keiner anderen Stelle durchführen als hier in der Zentrale. Auch keine andere Stelle ist befugt, sich darüber Gedanken zu machen. Daher bitte ich, alle Versuche von Berliner Zentralen, Dienststellen, die in unserem Gene-

ralgouvernement

ralgouvernement liegen, unmittelbar unter die Fuchtel einer Berliner Zentrale zu bekommen, mir sofort zu melden, - ich werde dann für das notwendige Korrektivum sorgen. Der Versuch z.B., unsere Ostbahn in ihrem Betriebe nunmehr irgendwie der Reichsbahn anzugliedern oder gar zu unterstellen, ist von vornherein abwegig, da ja eine Verfügung des Reichsverkehrsministeriums im Generalgouvernement auch völlig unwirksam wäre. Aber es ist klar, daß nun dieser geschlossene Block, den ich mit noch mehr Autorität als jemals zuvcr erhalten werde, ja nicht die Aufgabe hat, ein Eigenleben zu führen, um sich vom Reich abzusondern, sondern um desto intensiver dem Reich zu nutzen. Es ist daher ebenso klar, daß diese ganze Autorität in der Führung allein den Sinn hat, dem Reich in seinem Schicksalskampf hier im Osten Ruhe und die absolute Gewißheit zu geben, daß in diesem Gebiet alles nur unter dem Gesichtspunkt des Nutzens des Reiches geschieht. Meine Herren, damit können wir uns sehen lassen! Was das Generalgouvernement in 12 Monaten seines Bestehens dem Reiche gegeben hat, ist ein Vielfaches von dem, was selbst kühnsten Erwartungen jemals entsprochen hätte. Wir haben es ja bei der Tagung des Wirtschaftsrates an Hand der Zahlen, die uns da genannt wurden, vernommen, welche Mengen z.B. an Grubenholz aus dem Generalgouvernement nach dem Reich geliefert wurden, welche Mengen von Rohstoffen, Fertigfabrikaten, Maschinen usw. von hier abtransportiert wurden, welch gewaltige Leistungen auch lediglich vom Transportstandpunkt möglich waren, welch ungeheure Massen von Ernährungssortimenten und sonstigen Werten aus dem Generalgouvernement ohne jede Belastung zum ausschließlichen Vorteil des Reiches hier geschaffen wurden. Insofern hat sich also die vom Führer uns gegebene Ordnung bewährt. Und daher können wir auch an dieser Einheit von niemandem rütteln lassen.

Zweifellos haben wir im Reiche mit unserer Arbeit ein gewisses Aufsehen erregt. Ich merke das an Briefen und an mündlichen Erklärungen, an den Erklärungen der Besucher, die durchaus nicht nur der Höflichkeitszone allein entsprechen. Ich kann es auch aus unserer eigenen Arbeit herleiten. Es wäre nun völlig falsch, zu glauben, daß wir auf diesen Lor-

beeren

beeren ausruhen und sagen könnten: Das Schiff haben wir nun fertig gebaut, jetzt mag es dahinsteuern, wie es will. - Nein, meine Herren, die schwierigste Aufgabe liegt noch vor uns. Jetzt kommt die Durchführung der notwendigen Vertiefung der Dinge, die sich in so großem Schwung im letzten Jahr über das Generalgouvernement ausgebreitet haben. Der Führer hat nunmehr nach einem Jahre Anlaß genommen, mir zu bestätigen, daß das, was ich aufgebaut habe, richtig ist, und daß es so, wie ich es aufgebaut habe, eben seinen Weg weitergehen soll. Es ist daher notwendig, daß wir an der Struktur dieser Einheit festhalten. Wer diese Einheit nicht mag, soll draußen bleiben. Unter Bedingungen in diese Einheit aufgenommen zu werden, ist nicht möglich. In dieser Einheit kann nur bestehen, wer sich ausschließlich zum Generalgouvernement und seinen Einrichtungen befehlsmäßig stellt. Selbstverständlich wird die feinere Arbeit, die jetzt beginnen muß, hauptsächlich die Bedeutung haben, daß Sie, meine Herren Abteilungsleiter, auch Ihre Abteilungen bis in die feinsten Ausstrahlungen im Lande, personell, sachlich, organisatorisch auf ihre Leistungsfähigkeit hin prüfen und Erfahrungen, die Sie in diesem Jahr gemacht haben, ganz offen, auch wenn sie negativ sein sollten, bekanntgeben, daß Sie aber nicht sagen: Es hat sich bis jetzt bewährt, es wird sich auch weiterbewähren. Sie müssen vielmehr dazu übergehen, zu stabilisieren, andererseits aber den Fundus zu erneuern, oder ihm eine neue Fassung zu geben. Es ist klar, daß diese Aufgabe von Ihnen, meine Herren, eine diffizile Arbeit verlangt. Bis jetzt konnte gewissermaßen der große Wurf in allen Dingen hingenommen werden; in der kommenden Zeit aber wird keine Gelegenheit mehr sein, in sachlichen oder gar formalen Dingen eine Entschuldigung zu finden. Es ist gleichsam so, daß ich von Ihnen in den kommenden Monaten verlange, daß Sie alles tun, um diese Einheit der Verwaltung wieder herzustellen, wo sie allenfalls gefährdet sein sollte. Ich darf bei dieser Gelegenheit sagen, daß ich, zunächst noch abgesehen von der Polizei, als Rückgrat der Regierung den Generalgouverneur betrachte, unter ihm die Regierung mit den Abteilungspräsi-

denten

und Abteilungsleitern, weiter die Distriktschefs mit ihren Ämtern, die Kreishauptmänner mit den Behörden des Kreises. Es wird notwendig sein, vor allem in den Distrikten dafür zu sorgen, daß sich dort nicht Dependancen der Zentralabteilung bilden und man dazu übergeht, die Außenstellen jetzt allmählich völlig zu beseitigen, sondern daß vielmehr gerade um der Einheit willen diese Außenstellen der Abteilungen der Zentrale in Krakau in engstem Kontakt an und über den Distriktchef zu führen sind. Es ist unerträglich, daß sich da und dort die Methode herausgebildet haben sollte, direkt aus den Abteilungen der Regierung des Generalgouvernements heraus ohne jede - sagen wir einmal - Rücksichtnahme auf die Notwendigkeiten der weiteren Distriktverwaltung sich mit den Außenstellen befehlsmäßig in allen Normen zu befassen. Ich habe mir mit Absicht einige Zeit gelassen, die Stelle des Leiters der Abteilung „Innere Verwaltung" neu zu besetzen. Es ist klar, daß an diese Stelle, die Herr Unterstaatssekretär Kundt kommissarisch führte, ein Mann kommen mußte, der als Fachmann der Verwaltung schon über eine ausgeprägte und anerkannte Erfahrung verfügt, auch ein Mann, der, wie ich es bei Ihnen allen als einen Vorteil anerkenne, aufs engste mit dem Heimatministerium und den heimatlichen Dienststellen in Verbindung steht. Ich begrüße daher heute in unserer Mitte den neuen Herrn Abteilungspräsidenten Oberlandrat Dr. Westerkamp als Abteilungsleiter der Inneren Verwaltung. Bisher Oberlandrat in Brünn, im Protektorat, ist er zu gleicher Zeit von mir auch als Verbindungsmann zum Reichsinnenministerium berufen worden. Es wird Ihre Aufgabe sein müssen, Herr Staatssekretär, Herr Unterstaatssekretär und Herr Abteilungspräsident, sich in dem eben von mir erwähnten Sinne nunmehr die Verfeinerung der Methoden der Einheitsgewährleistung des gesamten politischen und Verwaltungsleben im Generalgouvernement angelegen sein zu lassen. Ich muß entsprechend dem Willen des Führers darauf bestehen, daß alles, was hier im Generalgouvernement an Autorität vorhanden ist, im Generalgouverneur zusammenfließt. Daher muß dem auch ein Instrument entsprechen, das blindlings, schlagkräftig und autoritär diesen Aufgaben gewachsen ist.

Wir

"Wir müssen wohl auch daran denken, den Kreishauptmännern, den Stadthauptmännern und Stadtkommissaren im Generalgouvernement eine starke zentrale Führung auch als Rückhalt für die eigene verantwortungsvolle Arbeit sicherzustellen. Von Ihnen, Herr Abteilungspräsident, wie von allen anderen Herren verlange ich, daß Sie in diesem Generalgouvernement kameradschaftlich mit allen zusammenarbeiten, daß Sie Ihre hauptsächliche Aufgabe darin erblicken, den Beamten und Angestellten des Generalgouvernements in allen ihren Ämtern ein Vorbild zu sein, wie Sie das bisher waren. Alle Dienststellen müssen bereitwillig die verwaltungsorganisatorischen Probleme mit lösen helfen. Vor allem muß durch möglichst baldige Einrichtung einer mittleren Verwaltungsschule im Generalgouvernement dafür gesorgt werden, daß wir dem dringendsten Bedarf an mittleren und gehobenen mittleren Verwaltungsbeamten aus eigener Kraft Abhilfe schaffen. Das sind im wesentlichen die Aufgaben, die Ihnen bei der Leitung Ihrer Abteilung zufallen werden.

Im Zusammenhang mit der zur Zeit stark ventilierten Frage der endgültigen Struktur einer einheitlichen Ausrichtung aller zentralen Ämter, werde ich die Möglichkeit haben, das Statut, das die Grundlagen für den Aufbau des Generalgouvernements darstellt, da und dort zu korrigieren oder endgültig neu zu fassen.

Die große Aufgabe, die die Partei im Generalgouvernement hat, hat ihren schönen Ausdruck in der Gründung des Arbeitsbereiches gefunden. Wenn irgendwo im weiten deutschen Machtbereich die Partei die Bezeichnung des Ordens verdient, dann hier im Generalgouvernement. Hier ist sie der Orden der deutschen Menschen, der berufen ist, wie der Ritterorden der deutschen Marienburg, von Krakau aus ein von Fremdvölkern bewohntes Gebiet unter deutscher nationalsozialistischer Glaubens- und politischer Führung zu halten. Wie sehr der Führer gerade in der letzten Zeit diese politische Sendung des Generalgouvernements betont, dafür habe ich Ihnen heute schon eine Erklärung gegeben. Sie hängt vielleicht auch damit zusammen, daß sich politisch die Situation zwischen

Deutschland

Deutschland und der Sowjet-Union in neue Bahnen begibt. Damit ist nun der Sektor Generalgouvernement wieder mehr in die politische Sphäre getreten. Für uns ist es eine Auszeichnung, daß der Führer uns wenigen Männern die Totalität der Repräsentation des Deutschen Volkes gegenüber 14 Millionen Menschen einer fremden Völkerschaftsmischung anvertraut hat. Nur wenn wir diesen höchsten Sinn unserer Arbeit begreifen, nur wenn es uns möglich ist, diesen unerhörten weltgeschichtlichen einmaligen Charakter dieser Aufgabenstellung zu erfassen, ihn bis in die feinsten Teile unserer Behördenorganisation zu leiten, wenn es uns weiter mehr und mehr gelingt, die Nichtse, die Verdiener, die Gaukler, die Trabanten aller Schattierungen aus unserer Mitte zu beseitigen und unsere Autorität nach draußen zu verteidigen, desto besser für uns. Wenn jemals das Wort Geltung hat: bange machen gilt nicht, so dann für uns.

Ich erhalte soeben die Meldung, daß die Polen offenbar in geheimen Konventikeln versuchen, uns in den nächsten Tagen zu beschäftigen. Man hat geheime Munitionsvorräte gefunden, Waffen, sogar Bomben. Meine Herren, seien Sie sich dessen bewußt, daß der Schlußkampf in diesem Gebiet noch kommen wird. Wer vom Reich nach dem Generalgouvernement kommt und in Krakau gewesen ist, der wird Ihnen erzählen: Mein Gott, was wollen Sie denn, das Generalgouvernement ist doch ein schönes Land, da gibt es noch alles, da ist es wunderbar, da haben die Leute ein gemütliches Leben. Vergessen Sie aber nie, daß derjenige, der in Krakau gewesen ist, das Generalgouvernement überhaupt nicht kennt. Gerade in den kommenden Tagen, in denen die Polen wieder ihren nationalen Feiertag werden begehen wollen, müssen wir durch eine besondere Intensität der Arbeit ihnen zeigen, daß uns nichts aus der Ruhe bringen kann. Die Stellung, die Sie, meine Herren, hier haben, ist eine besondere. Es ist daher schon angebracht, daß für die Sicherheit der Regierung und ihrer Mitglieder wie des Generalgouvernements besondere Vorkehrungen getroffen werden müssen. Ich werde bei der Durchführung des großen Bauprogramms des Generalgouvernements dafür sorgen, daß in einem bestimmten Viertel von Krakau, das sehr schön und

repräsentabel

repräsentabel angelegt werden soll, Dienstwohungen für die Abteilungsleiter geschaffen werden, die dann die Möglichkeit geben, wirklich eine repräsentable Gemeinschaft aufzurichten, die unter einheitlichen Schutz gestellt werden kann. Im übrigen liegt uns nichts an der Blüte dieses Landes. Es ist vielleicht das schwerste Wort, das wir sagen müssen. Uns liegt nichts daran, daß etwa die Polen reicher oder sicher werden, oder sich in ihrem Eigentum immer beweglicher zeigen. Uns liegt nur daran, die deutsche Autorität in diesem Raum aufzurichten. Wir können dieses Werk nicht danach bemessen, wieviel individuelles Glück wir den einzelnen Polen nach der Auffassung der Regierungen früherer Jahrhunderte vermitteln werden, sondern wir messen diese Leistung darnach, je unmöglicher die Aussichten werden, daß sich Polen jemals wieder aufrichtet. Das möge hart und grausam klingen, aber im Völkerringen um Jahrtausende und Jahrmillionen kann es eine andere Entscheidung nicht geben. Es ist ganz klar, daß man für diese Arbeit nur ganz starke und harte Charaktere gebrauchen kann. Wer für diese Arbeit nicht geeignet ist, hat sich schon längst aus unserer Mitte entfernt, oder ist sonst auf irgendeine Art von uns gegangen. Wir denken hier imperial im größten Stil aller Zeiten. Dem Imperialismus, wie wir ihn entwikkeln, ist kein Vergleich gegönnt mit jenen kläglichen Versuchen, die frühere schwache Regierungen von Deutschland in Afrika unternommen haben, indem sie das dortige Land einem Kreis von Edelsteinsuchern zur Ausbeutung überließen, es aber im übrigen duldeten, daß Schädlinge à la Erzberger stets die deutschen Interessen verrieten. Der Führer hat auch vorgestern ausdrücklich erklärt, daß dieses Nebenland des Deutschen Reiches die harte Aufgabe zu erfüllen hat, um jeden Preis mit den Polen fertig zu werden, daß es auch von jeder Verpflichtung zu einer Verdeutschungspolitik frei sein soll. Der Führer hat weiter ausdrücklich gesagt, daß er dem Generalgouvernement keinerlei Verpflichtung für eine deutsche Gestaltung des Lebens hier auferlege, daß auch keinerlei Germanisierungstendenzen hier Raum hätten. Dieses Gebiet ist dazu berufen, das Arbeiterreservoir im großen Sinne zu sein. Wir haben hier lediglich ein gigantisches Arbeitslager, wo alles, was

Macht

229.

Macht und Selbständigkeit bedeutet, in Händen der Deutschen ist. Ich habe in diesem Zusammenhang nur anzudeuten, daß vielleicht auch im Laufe weltgeschichtlicher Entwicklungen das Generalgouvernement umso wichtiger sein wird, als vielleicht jene Träume einer Hinausschiebung der Grenzen nach dem Westen nicht so reifen werden, wie das einmal gedacht war.

Der Führer gibt somit dem Generalgouvernement eine Fülle von Aufgaben und eine große Verantwortung. Wenn ich persönlich bis jetzt diese Aufgabe erfüllen konnte, dann besonders deshalb, weil ich das Glück hatte, in Ihnen, meine Herren, die Mitarbeiter zu finden, die allein dieser Aufgabe gewachsen sind.

Ich habe für morgen und übermorgen die Kreishauptleute und Stadthauptleute des Generalgouvernements nach Krakau gebeten. Ich wäre dankbar, wenn die Herren Abteilungsleiter beim Empfang der Kreishauptleute und Stadthauptleute zugegen wären, weil ich den Herren meinen Dank aussprechen und ihnen Auszeichnungen überreichen möchte. Morgen kommt Herr Reichsleiter Dr. Ley zu uns, und übermorgen werden wir in seiner Anwesenheit das Haus der NSDAP. einweihen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch an dieser Veranstaltung teilnehmen, ebenso wie an der morgen abend stattfinden Aufführung von Max Halbes Drama: „Der Strom".

Wünscht einer der Herren das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Ich muß am 9. abends Krakau auf etwa 14 Tage verlassen. Ich bitte Sie, in der Zwischenzeit den Herrn Staatssekretär als meinen Vertreter zu betrachten, er ist von mir als geordneter Stellvertreter eingesetzt.

Ich schließe die Abteilungsleitersitzung.

<u>Schluß der Sitzung 19^45^.</u>

230

Abteilungsleitersitzung am 19. Dezember 1940

1 Original mit
2 Durchschlägen

201 14

gefertigt. 19.12.40
Herschel u. Kraffczyk

1 Durchschlag erhält
Herr Staatssekr.Dr.Bühler

Abteilungsleitersitzung

am 19. Dezember 1940 im Regierungsgebäude.

Beginn der Sitzung: 11 ^{15} Uhr

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k :

Meine Herren!

Bevor uns die Weihnachtsstimmung gänzlich überwältigt, wollte ich doch nochmals die Gelegenheit ergreifen, mit Ihnen gemeinschaftlich die Ergebnisse dieses Jahres zusammenfassend kurz zu erörtern, damit wir uns allenfalls eine Planung für die Arbeiten des nächsten Jahres überlegen. Für mich ist es eine besondere Freude, am Abschluß dieses Jahres feststellen zu können, daß sich die vom Führer für dieses Gebiet gegebenen Grundsätze im allgemeinen durchaus bewährt haben. Ich habe im Laufe dieses Jahres wiederholt Gelegenheit gehabt, dem Führer über unsere Arbeit Vortrag zu halten. Sie selber wissen ja, in welch' entscheidender und stets in der ursprünglichen Linie liegender Weise der Führer das Geschick des Generalgouvernements bestimmt hat. Heute können wir daher sagen: was im Rahmen der durch den Krieg und die sonstige Ungunst der Zeit hervorgerufenen Schwierigkeiten möglich war, ist geschehen. Ja, es ist mehr geschehen, und ich möchte sagen: wir haben auf manchen Gebieten das unmögliche möglich gemacht. Daß es geglückt ist, verdanken wir vor allem der segensreichen Einführung der absolutesten Geschlossenheit und Entschlossenheit unseres Arbeitsgebietes.

Die Aufgabenstellung, die der Führer dem Generalgouvernement gegeben hat, ist unverändert. Im Rahmen der allgemeinen Politik des Führers besteht die Aufgabe darin, aus den Restbeständen des polnischen Volkes eine Form von Nebenland des Deutschen Reiches aufzurichten, mit absoluter und ausschließlicher deutscher Führung, aber unter Heranziehung des einheimischen Elements. Dieses Ostziel hat der Führer auch wiederholt betont. Entscheidend und interessant wird es für Sie, meine Herren, als die Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements sein, daß sich bezüglich unseres weiteren Nachbarn hier im Osten, der Sowjetunion, die Lage im allgemeinen stabil gestaltet

gestaltet

gestaltet hat. Es wäre ganz zweifellos so gewesen, daß dieses Generalgouvernement über Nacht das Aufmarschgebiet für die das Deutsche Reich verteidigenden Kolonnen unserer Wehrmacht hätte sein können. Diese Möglichkeit ist selbstverständlich davon abhängig, wie sich die Gesamtkonstellation hier im Osten gestaltet. Ich möchte ausdrücklich die Notwendigkeit hervorheben, daß wir jederzeit mit dieser Möglichkeit rechnen. Eine irgendwie geartete Friedensgarantie für diesen Teil der deutschen Machthoheit könnte niemand übernehmen, und der Führer selber hat mich vor wenigen Tagen in Berlin persönlich in diesem Sinne unterrichtet. Bereit sein ist auch hier für uns alles.

Das allgemein politische Ziel ist für uns im Generalgouvernement zunächst nicht die Abwandlung dieses Gebietes in einen Reichsgau. Das Generalgouvernement soll - das hat mir der Führer ganz deutlich insbesondere am 25. November dieses Jahres gesagt - auf die Dauer hinaus ein verwaltungsmäßig abgeschlossenes, eigenes staatsartiges Gebilde sein. Sämtliche Hoheitsrechte des Reiches werden im Namen des Führers hier durch den Generalgouverneur und seine Regierung ausgeübt. Diese Entwicklung war ja von Anfang an gegeben; sie mußte aber verschiedenen ob der Neuheit der Lage erst anerzogen werden. Man kann nicht oft genug diese Willensentschließung des Führers betonen; denn die Versuche einer bequemen Machtausweitung der Zentrale auch auf diesem Gebiet sind zahlreich. Es ist für uns notwendig, darauf hinzuweisen, daß eben gerade diese uns gegebene Aufgabenstellung die völlige Einbeziehung des Verwaltungsapparats des Generalgouvernements in den Zusammenhang des Reiches ausschließt.

Das Verhältnis zur Wehrmacht, die ja einen großen Teil dieser Ostaufgaben im Wehrsektor zu erfüllen hat, hat sich im großen und ganzen erfreulich entwickelt. Durch die Erstellung eines eigenen Militärbefehlshabers im Generalgouvernement hat die Wehrmacht im Laufe dieses Jahres auch die Schlußfolgerungen aus der Entwicklung gezogen. Durch die Beseitigung von Oberost ist dazu nun die klare territoriale - man möchte fast schon sagen - vorbereitend friedensmäßig garnisonartige Struktur dieser Binnenwehrmacht aufgebaut. Der Militärbefehlshaber im Generalgouvernement hat seinen Vertreter in die Regierung des Generalgouvernements entsandt, zwar nicht als Mitglied dieser Regierung, aber als dauerndes Verbindungsorgan. Diese

Stelle

Stelle hat sich im allgemeinen bewährt. Wenn auch kein Gegenvertreter der Regierung beim Militärbefehlshaber vorhanden ist - an dieser Dienststelle bestände vielleicht auch zur Zeit angesichts der Gesamtstruktur kein besonderes Interesse - , so kann doch die Dienststelle ohne weiteres aufrecht erhalten bleiben.

Die Wehrmacht selbst hat aber über diesen Vertreter des Militärbefehlshabers zwei besondere Bevollmächtigte in die Regierung des Generalgouvernements geschickt, und es freut mich, daß sowohl der Oberbefehlshaber des Heeres, Herr Generalfeldmarschall von Brauchitsch, wie auch der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Herr Reichsmarschall Göring persönlich mir einen Verbindungsoffizier gegeben haben. Das bedeutet für den Generalgouverneur und seine Regierung einen Akt, der besonders hervorgehoben zu werden verdient, weil er in den Beziehungen der Wehrmacht zur Regierung des Generalgouvernements über die eigentlichen territorialen Beziehungen zwischen dem Militärbefehlshaber und dem Generalgouvernement hinaus von Wichtigkeit ist. Die Herren Oberstleutnant von Tschammer und Osten und Major von Dazur sind in dieser Eigenschaft mir gegenüber amtlich beglaubigt. Demnach ist auf dem Gesamtsektor des Militärischen die Zusammenarbeit nicht etwa nur bezüglich der territorialen, sozusagen der Standortaufgaben, sondern auch bezüglich der allgemeinen wehrstrategischen und militärtaktischen Gesichtspunkte völlig gewährleistet.

Verwaltungsmäßig hat dieses Jahr eine kompakte Zusammenfassung aller Verwaltungsorgane des Generalgouvernements gebracht. Ich freue mich außerordentlich, daß wir mit der letzten Verordnung über die Einheit der Verwaltung dieses Problem, an dem im Reich dauernd herumlaboriert wird, im Generalgouvernement gelöst haben. Hier wird niemand aus der Einheit der Reichsverantwortung austreten. In diesem Lande wird die Einheit des Führers, des Reiches und seiner Politik geführt, vertreten und durchgesetzt. Ich werde mich nach wie vor mit der vollen Autorität des Führers jedem Versuch entgegenstemmen, in dieser Einheitlichkeit der politischen und verwaltungsmäßigen Führung des Gebietes Unruhe oder Unkarheit hineinzubringen. Ich werde auch niemals einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ich nicht daran denke, die mir vom Führer gegebene Vollmacht mit irgendjemand zu teilen oder Teile von ihr an

jemanden

jemanden abzugeben. Ich habe erst unlängst bei den Verhandlungen mit der Reichsbahn und der Reichspost diesen Standpunkt mit restlosem Erfolge durchgesetzt. Nur so läßt sich ja auch dieses Gebiet verantwortungserfüllt führen. Alle Hoheitsrechte des Reiches werden demnach von dieser einheitlichen Verwaltung des Generalgouvernements wahrgenommen - nicht, meine Herren, daß hier ein territoriales Eigengebilde mit eigenen Belangen entsteht, sondern daß hier eine Waffe des Reiches in absoluter Geschlossenheit zur Durchsetzung der schwierigsten Aufgaben in der Ostpolitik gesichert bleibt. Man kann eine Kanone nicht zerreißen; sonst schießt sie nicht mehr. Daher kann man auch dieses Geschütz des Generalgouvernements nicht aufteilen. Es muß einheitlich und geschlossen bleiben, um dem notwendigen Willen des Führers und des Reiches hier zum Durchbruch zu verhelfen.

Nun ist es sehr interessant, daß sich jetzt der ganze Reigen der Machtinteressierten geschlossen hat. Auf allen Gebieten ist es so ziemlich dasselbe gewesen. Man hat den Versuch gemacht, irgend ein Stück der Verwaltung reichsunmittelbar zu führen, und dann hat sich in kurzer Zeit herausgestellt, daß das nicht möglich ist. Ich habe neulich dem Führer gesagt: wenn wir heute nochmals die Verordnung über die besetzten polnischen Gebiete machen würden, dann würden gewisse Klauseln dieser ursprünglichen Verordnung gar nicht mehr von uns eingeführt werden. Denn in dieser Verordnung steht z.B. etwas von einem Zentralamt, das beim Reichsinnenministerium gebildet wird. Der liebe Parteigenosse Stuckart, mein sehr geschätzter Freund, wird mir ohne weiteres zugeben und hat mir auch zugegeben, daß dieses Zentralamt niemals praktisch in Tätigkeit getreten ist. Mit vielen anderen Dingen ist es ebenso. Als der damalige Generalfeldmarschall, jetzige Reichsmarschall zu Beginn dieses Jahres eine Verordnung über die Beschlagnahme des polnischen Vermögens erließ, in die auch ohne weiteres das Generalgouvernement einbezogen war, wurde auf meinen sehr deutlichen Gegenschritt sofort vom Parteigenossen Göring verfügt, daß diese Verordnung auf das Generalgouvernement keine Anwendung findet, sondern daß es im Generalgouvernement bei der Rechtslage, die der Generalgouverneur geschaffen hat, bleibt. Als zu Ende des

vorigen

236

vorigen Jahres der Reichsführer SS eine Beschlagnahmeverordnung erließ, nach welcher die Kunstschätze und Werte für das Ahnenerbe beschlagnahmt werden sollten, und dabei ohne weiteres auch das Generalgouvernement einbezog, hat er selbstverständlich auch das gleiche getan: er hat diese Verordnung sofort zurückgenommen und ihre Wirksamkeit für das Generalgouvernement nicht bestätigt. Bei der Reichsbahn wurde eine Verordnung des Reichsverkehrsministers erlassen, nach der die Ostbahn ohne weiteres der Generaldirektion Ost der Reichsbahn unterstellt werden sollte. Auf meinen sofort erfolgenden Gegenschritt mit der einfachen Feststellung, daß diese Verordnung im Generalgouvernement keine Wirksamkeit habe, wurde ein Abkommen getroffen, nach welchem alles, was notwendigerweise geschehen muß, im engsten technischen Zusammenarbeiten geschieht und die Probleme gelöst werden, ohne daß institutionell eine irgendwie geartete Unterstellung der Ostbahn unter die Reichsbahn in Frage kommt. Die Postverwaltung hat einen anderen Weg gewählt: sie beantragte eine Verordnung des Führers, durch die die Postverwaltung des Generalgouvernements in die Reichspostverwaltung eingegliedert werden sollte. Auf meinen Gegenschritt wurde unter Zurückziehung dieses Antrages mit Minister Ohnesorge ein Übereinkommen getroffen, das beiderseits völlig dasjenige gewährleistet, was für die Zusammenarbeit notwendig ist. So sehen Sie, um aus dem Bündel aller dieser Dinge einiges herauszugreifen, daß im Verlaufe dieser letzten 12 Monate überall die Notwendigkeit vorlag, die Autorität dieser Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Generalgouvernements zu vertreten, daß diese Vertretung aber auch restlos all überall durchgeführt ist.

Das hat nun nicht etwa deshalb eine besondere Bedeutung, weil es einen Sieg der Regierung des Generalgouvernements darstellt - nein, ich will Ihnen ganz offen sagen: Die innere Verwaltungslage des Deutschen Reiches gibt dem Führer und seinen engsten Mitarbeitern dauernd Anlaß zu ernstester Betrachtung. Heute ist es so, daß wir zwar die Länder beseitigt haben, die die Einheit des Reiches zerstörten, daß wir aber an deren Stelle eine Fülle von Zentralisationstendenzen aller Art, von Absplitterungs-, Gegenseitigkeits- und von partikularistischen Zersetzungsformen aller Art haben, die das Regieren und Verwalten

walten

Verwalten im Reich heute mit ungeheuersten Schwierigkeiten umgeben. Der Führer sagte mir am 25. November in einer unvergeßlichen Stunde, als er mir meine Vollmacht zur Reform des Rechts erneuerte: er erwarte, daß ihm die Erfahrungen des Generalgouvernements helfen würden, im Reich die Verwaltungsordnung aufzubauen; denn nach dem Kriege ist das eine der ersten und wichtigsten Aufgaben. Jeder denkt bei dem Begriff des Reiches schon beinahe nur an die Chancen, die er selber und sein Apparat besitzen, im Namen des Reiches möglichst die Macht auszuüben. Das Reich muß aber die totale Heimstätte aller Funktionen bleiben, und niemand darf glauben, daß er sich, machtgierig und selbstsüchtig, ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl und die Gemeinschaftsgefügtheit unseres Schicksals durchsetzen kann. Das gilt für alle. Und es ist nur ein Zeichen für die Schwäche so mancher ministeriellen Zentrale, daß sie sich gerade verwaltungsmäßig nicht durchzusetzen vermag. Wir von der Bewegung, die wir dieses Reich geschaffen und aufgebaut haben, fühlen uns auch legitimiert, ihm eine neue innere Form und eine neue innere Verwaltungsordnung zu geben. Die alten Repräsentanten haben ja hier völlig versagt.

Es ist klar, meine Herren, daß das nun der Hauptgrund ist, warum der Generalgouverneur und seine Regierung die einheitliche Neuentwicklung dieses Gebietes gegenüber den schwächenden und zerreißenden Einflüssen sicherzustellen haben, die aus manchen Fehlentwicklungen der Reichssituation hier hineinzukommen drohen. In diesem Sinne sehe ich die Aufgabe auch des Generalgouvernements als einen Bestandteil der Reformaufgaben des Reiches an. Deshalb wird man auch bei mir auf Granit beißen, wenn man glaubt, es könne irgendjemand an der Einheitlichkeit der Führung des Generalgouvernements rütteln.

Daher ist es auch sehr wichtig, daß wir im Laufe dieses Jahres ähnlich wie für den staatlichen Sektor auch für die Partei eine Reformtat vollbrachten. Die Schaffung des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. hat ähnlich wie die Schaffung der Einheit der Verwaltung im staatlichen Sektor auch in der Parteigeschichte ihre Bedeutung. Im engsten Benehmen mit dem Stellvertreter des Führers habe ich mich entschlossen, eine völlig neue Form der Parteiorganisation aufzuziehen, in der nun genau wie im Staat ebenso verhindert werden

mußte,

mußte, daß gewisse übersteigerte - sagen wir einmal - Sonderinteressen sich hier besonders in den Vordergrund drängen. So, wie wir im staatlichen Sektor nur das Reich sehen, nicht irgendeinen Teil der Ministerien oder der Verwaltung oder eine besondere Hoheit, sehen wir in der Bewegung nur die NSDAP. als das eigentliche Führungs- und Weltanschauungsinstrument, aber keine Gliederung oder keinen angeschlossenen Verband,-immer in dem großen Zusammenhang, daß wir hier nur wenige Deutsche sind, die einer wachsenden Mehrheit von Polen gegenüberstehen, und daß diese Einheitlichkeit erst erzogen werden muß. Es ist ja schon in der Bewegung manchmal spürbar, daß der Funktionär der Arbeitsfront nur noch von der Arbeitsfront spricht, aber dabei ganz vergessen läßt, daß doch die Arbeitsfront nur ein angeschlossener Verband der NSDAP. ist. Und so geht es bei allen anderen auch: Bei den Gliederungen der SA., der SS., des NSKK. sieht jeder nur seine Einrichtungen und Möglichkeiten und läßt dabei in den Hintergrund treten, daß die einheitliche NSDAP. die Heimstätte, ja die Wirkungsgrundlage für alle diese differenzierten Erscheinungsformen darstellt. Daher ist es für uns Nationalsozialisten im Generalgouvernement wichtig, uns dessen bewußt zu sein, daß wir im Arbeitsbereich eine Heimstätte der Nationalsozialisten, eine Wirkungsgrundlage der NSDAP. schlechthin primär und ausschließlich geschaffen haben. Das bedeutet ein Stück Reform mit absolut fruchtbringendem Ergebnis. Ich werde es als Reichsleiter der NSDAP. zu verhindern wissen, daß sich Sonderbildungen in den Vordergrund rücken. Der Arbeitsbereich der NSDAP. im Generalgouvernement ist, weltanschaulich gesehen, die wertvollste Errungenschaft für unsere Verwaltung. Wir haben damit das feste Fundament gefunden, dessen wir Deutsche hier bedürfen. Am 1. Januar werden wir auch die Parteigenossen, die im Generalgouvernement tätig sind, dem Arbeitsbereich anschließen, also schon nach wenigen Monaten seines Bestehens ist dieser Arbeitsbereich imstande, die sämtlichen Fuktionen eines regulären Gaues auszuüben. Ich freue mich über alle diese Entwicklungen, weil sie uns deutlich, ja geradezu plastisch vor Augen führen, daß wir Reformarbeit leisten, daß wir nicht einfach irgendwie weiterschlendern, weitertendeln, sondern mit ganz klaren - ich möchte fast sagen - technisch-mathematischen und logischen Schlüssen eine Arbeit aufbauen,

die

die dann auch das Ansehen genießen wird, das x uns und dem Generalgouvernement vom Reiche aus zuteil wird.

Wenn ich dies nun, soweit es die Struktur angeht, als Ergebnis dieses Jahres festhalte, wenn ich dem einheitlichen Reich unseres Führers Adolf Hitler im Generalgouvernement dieses Nebenland auf die Dauer anfüge, so geschieht das ja nur im Hinblick auf das Reich. Es ist nicht leicht, das zu verstehen. Aus der billigsten gedanklichen Atmosphäre, aus den banalsten Überlegungen heraus kann man selbstverständlich sagen, daß diese Methode hart anklingt an Methoden, wie sie etwa Bayern südlich des Mains erfahren hat. Wir wollen uns aber daran erinnern, daß wir nunmehr in der gleichen Periode des Aufbaues eines Reiches stehen, wie das vielleicht um die Mitte des vorigen Jahrhunderts vor dem Erstehen des Deutschen Reiches der Fall war. Nach diesem Krieg wird die Schlußform des Deutschen Reiches erstehen, die ebensoweit entfernt sein wird vom Deutschen Reich eines Bismarck wie dieses vom Staatenbunde eines Metternich. Wir müssen uns darüber klar sein, - gerade wir, die wir das erste koloniale Stück deutschen Reichslebens beherrschen, daß das kommende Weltreich nach anderen Funktionsgesichtspunkten regiert werden muß als das geschlossene nationale Reich der deutschen Nation. Viele Völker werden unter die Schutzherrschaft Deutschlands kommen. Viele Nationen werden in einer irgendwie gearteten Form ein gewisses Eigenleben unter der schützenden, führenden Hand des deutschen Machtrepräsentanten führen. Daher werden wir auch, rückstrahlend auf das Reich, gänzlich neue Verwaltungsgesichtspunkte entwickeln. Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß dieses gewaltige Imperium nach der Methode eines zentralistischen Einheitsstaates mit übergroßen Monumentalministerien verwaltet werden kann. Hier hat der Führer die Linie schon gewiesen. Der Führer sagte mir: sein Ziel sei die Herstellung der garantierten Einheit des deutschen Gemeinschaftslebens in allen den Punkten, in denen es sich um das Schicksal handelt, dagegen nicht in den Punkten, in denen es sich nur um die Verwirklichung von Lebensbedürfnissen handelt. Die Entscheidung z.B. darüber, ob in einem Teil des Reiches eine Brücke über einen Bach gebaut werden soll, nach Berlin zu holen, ist Wahnsinn; das ist weder Verwaltung noch Politik, sondern einfach verrückt. Es gibt nun eine

eine Fülle von in der Skala der Zentralisierung möglichen Aufgaben, von denen man sagen kann: hier ist der rote Strich; was darunter liegt, muß man ohne weiteres dem örtlichen, dem territorialen Repräsentanten anheim geben. Dann kommt in der Skala ein blauer Strich. Was zwischen rot und blau liegt, kann er im engsten Benehmen mit der Zentrale machen. Und dann folgen jene Aufgaben in der Skala, die ausschließlich von der Zentrale aus verwirklicht werden müssen. Nur wenn wir an Hand dieses Schemas endlich zu einer vernünftigen und elastischen Gestaltung unseres inneren Verwaltungslebens kommen, werden wir allen den Aufgaben gerecht werden, die uns das kommende Weltreich stellt.

Es ist nun klar, daß der Führer, als er noch vor wenigen Tagen zu den Reichs- und Gauleitern sprach, gerade diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund rückte und sagte: der Chef dieses gewaltigen Reiches muß möglichst von allem entlastet sein, was nicht unbedingt in die Zentrale gehört, sodaß damit - sein schönes Wort sei hier zitiert - eben seine Männer, die Gauleiter und Reichsstatthalter, die von ihm eingesetzten territorialen Repräsentanten des Reiches die große Formung der Aufgaben zu übernehmen haben, die innerhalb dieses Bereiches ohne Rücksicht auf die Zentrale erfüllt werden müssen.

Denn die Einheit des Reiches wird gewährleistet durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, der alle die anzugehören haben, die irgendwie im Namen des Führers und Reiches arbeiten. Aus dieser Bewegungsgrundlage entsteht die weltanschauliche Einheit, die politische Grundhaltung und eine gewisse methodische Festigkeit. Es ist klar, daß hier nun in diesem weiten Feld die Problematik der Reform lie und wir hier im Generalgouvernement können uns glücklich preisen, daß uns der Führer die Möglichkeit gab, diesen kristallklaren Aufbau hinzustellen gegenüber den manchmal weniger klaren Zuständen in mahchen Berliner Zentralen.

Es ist für jeden von Ihnen weit mehr als nur eine amtliche oder dienstliche Pflichterfüllung, hier in diesem Gebiet sich zu betätigen. Es ist eine ausgeprägte politische Aufgabe, die die Verwaltung hier hat, ganz anders wie in anderen Teilen der Machthoheit des Reiches. Hier sind die Beamten, Angestellten und Arbeiter, die aus dem Reiche kommen, nicht die Repräsentanten eines Ressorts oder irgendeines Spezialwissens, sondern die Repräsentanten der politisch kämpferischen Note, die das Dritte Reich den Problemen des Ostens gegeben hat. Dieses Gebiet wird, völkisch gesehen, immer polnischer, und es ist lächerlich, wenn man mir in Berlin an manchen Stellen sagt, man könne nunmehr aus dem Generalgouvernement einen Reichsgau machen. Die wenigen Deutschen, die wir hier hatten, sind zum großen Teil bereits weggekommen - die 24 000 Volksdeutschen aus dem Chelmer Land - und die wenigen, die wir noch haben, werden wir auch verlieren. Dagegen wird wieder eine halbe Million Polen ins Land kommen. Es ist klar, daß aus der Erkenntnis der besonderen Probleme in diesem Gebiet die nötigen Maßnahmen ergriffen werden müssen. Der Beamte, der hier tätig ist, muß einsehen, daß er als Deutscher an sich schon einen höheren Wert hat gegenüber dem beherrschten Volkstum; es muß die rassische Selbstsicherheit des Weltreichsangehörigen in dieser Verwaltung entwickelt werden. Beamte, die diesen Erfordernissen nicht entsprechen, können wir hier nicht brauchen, ebensowenig Beamte, die bei jedem einmal notwendigen Nein gegenüber einer Berliner Zentrale für ihre persönliche Beamtenlaufbahn fürchten. Ich bin glücklich, wenn ich am 1.April den Stellenplan habe und dann

diese

diese besorgten Beamtengemüter beruhigen kann. Ich muß mich oft ärgern, wenn da und dort die Meinung auftaucht, daß man durch Nachgiebigkeit etwas erreichen könne. Man erreicht nichts durch Nachgiebigkeit, sondern alles nur durch Selbstsicherheit und Härte. Wer sich hier nur als Repräsentant einer Berliner Zentrale fühlt, den kann ich nicht brauchen; ich brauche selbständige Männer, die eigene Aufgaben erfüllen können. Ich werde mir im kommenden Jahr die Arbeit aller Dienststellen daraufhin ansehen, ob diese Selbständigkeit des Arbeitens vorhanden ist.

Im allgemeinen muß ich sagen, daß das Verhalten der Beamten, Angestellten und Arbeiter ein ganz hervorragendes ist. Ich bin glücklich, diese Feststellung treffen zu können. Wenn man die Gefahren des Lebens hier im Osten in moralischer und gesundheitlicher Beziehung bedenkt, dann muß man sagen, daß es elitemäßig ist, wie sich die Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft benimmt. Die geringe Zahl von Exzessen und Delikten ist ein Beweis dafür, daß grundsätzlich anständige Menschen im Generalgouvernement tätig sind. Dies gibt dem gesamten Wirken hier in diesem Raum auch erst die Grundlage der Kameradschaftlichkeit, auf die wir größtes Gewicht von Anfang an gelegt haben. Ich freue mich, daß durch die Verhandlungen in Berlin auf dem Gebiete der Besoldung, an denen wir uns beteiligt haben, ein Erfolg erzielt wurde, der es ermöglicht, die Sätze für unsere Beamten, Angestellten und Arbeiter in absehbarer Zeit zu erhöhen. Es hat sich herausgestellt, daß die von uns bezahlten Sätze durchaus nicht übersetzt sind, sondern vielmehr unter dem Durchschnitt dessen liegen, was man ansetzen könnte. Es ist für mich eine Freude, daß die Entwicklung so läuft. Es ist mir lieber, daß ich jetzt die Bezüge erhöhen kann, als daß ich durch irgendeine Maßnahme des Neides - der ja bekanntlich immer einer der stärksten Machtfaktoren in der Geschichte darstellt - gezwungen wäre, die Bezüge herabzusetzen.

Die Finanzlage des Generalgouvernements im staatlichen Sektor hat sich erfolgreich und segensreich weiter entwickelt. Ich möchte Ihnen in diesem Kreise sagen, daß sich der Etat etwa auf einem Betrag von 900 Millionen bis 1 Milliarde bewegen

wegen

wegen wird. Wir werden ein ansehnliches Defizit haben, aber im allgemeinen kann man die finanzielle Entwicklung des Staates als eine wider alles Erwarten ansteigende bezeichnen. Es macht sich nunmehr so vieles wohltuend bemerkbar, was wir in unserer Einzelarbeit immer wieder gepredigt haben. Wir haben durch unsere Politik auf dem Gebiete der Währung, der Wirtschaft die Möglichkeit gegeben, wieder mit festen Zahlen zu rechnen. Es ist gelungen, den Zloty stabil zu halten, was dazu geführt hat, daß man jetzt mitten im Krieg, erst ein Jahr nach Abschluß der Kriegshandlungen in diesem Gebiet so etwas wie eine aufsteigende Linie der Wirtschaftsentwicklung feststellen kann. Allerdings muß auf der anderen Seite festgestellt werden, daß sich die Finanzen der Gemeinden und anderer Körperschaften wie auch insbesondere die Finanzlage der Privatleute im Generalgouvernement in weitem Umfange sich nicht wesentlich gebessert haben. Die staatlichen Interessen müssen aber hier auf finanziellem Gebiet allen anderen vorgehen und dies umsomehr, weil auch von einer wirklichen Befriedung des Gebietes überhaupt nicht gesprochen werden kann.

Meine Herren, ich möchte Sie sehr davor warnen, sich durch die Ruhe Ihrer dienstlichen Bereiche einlullen zu lassen. Dieses Land ist nicht befriedet! In weitem Umfang bewegt sich die unterirdische Organisation des Widerstandes und nur mit den schärfsten Mitteln und außerordentlichsten Maßnahmen ist es möglich, einigermaßen eine Gewähr für die Sicherheit des deutschen Arbeitens in diesem Gebiet zu geben. In dem Augenblick aber, in dem die große Anzahl der Kriegsgefangenen und der Offiziere zurückkehrt ins Generalgouvernement, werden wir vor gesteigerten Schwierigkeiten stehen. Wenn diese Schwierigkeiten noch gehäuft werden dadurch, daß plötzlich aus irgendeinem weltpolitischen Ereignis große Truppenmassen aus dem Gebiet zurückgezogen würden, dann würden wir vor sehr ernsten Macht- und Sicherheitsproben stehen. In diesem Land muß der sehr harte Zug einer entschlossenen Führung herrschen. Der Pole hier muß spüren, daß wir ihm keinen Rechtsstaat aufbauen, sondern daß es für ihn nur eine Pflicht gibt, nämlich zu arbeiten und brav zu sein. Es ist klar, daß dies manchmal zu Schwierigkeiten führt, aber Sie müssen in Ihrem eigenen Interesse darauf sehen, daß alle Maßnahmen rücksichtslos ergriffen werden, um diesen Dingen

Herr

Herr zu werden. Sie können sich dabei auf mich unbedingt verlassen. Es ist wichtig, daß Sie der Arbeit, die vor allem die Poliezi hier auf diesem Gebiete leistet, Ihr ganz besonderes Augenmerk zuwenden. Der Pg. Krüger hat es hier nicht leicht, nach allen Richtungen hin den Ausgleich zu finden, aber ich muß ihm hier das Zeugnis ausstellen, daß er es auf das beste verstanden hat, die Schwierigkeiten der außerordentlichen Maßnahmen in Einklang zu halten mit den Notwendigkeiten der Verwaltung.

Ich muß aber auch noch einige andere enrste Punkte besprechen. Eines der furchtbarsten Probleme war von Anfang an die Ernährung und die Sicherstellung von Produktion und Transport. Auf allen diesen Gebieten stehen wir mitten in einer Krise. Ich erhalte jeden Tag ein Telegramm, in dem mir irgendein Betrieb mitteilt, daß er seine Arbeit wegen Kohlenmangels einstellen muß. Durch das plötzlich in unser Gebiet hereingebrachte große Aufbauprogramm auf dem Gebiete des Straßen-, Eisenbahn- und Postwensens wurden einige Wochen versäumt, die sonst für den Kohlentransport zur Verfügung gestanden hätten. Jetzt ist es durch die klimatischen Verhältnisse außerordentlich schwierig, in der Kohlenversorgung so nachzukommen, daß allen Bedürfnissen entsprochen werden kann. Ich möchte Sie bitten, daß der Kohlenverbrauch so rationell wie nur irgend möglich gestaltet wird, denn es ist für uns einfach unmöglich, in dem geforderten Umfang sofort die Kohlen herbeizuschaffen. Die Ostbahn wird jedenfalls das Möglichste tun, um die Transporte zu steigern. Das einzig günstige ist, daß das Oberschlesische Kohlenrevier direkt vor der Tür liegt. Aus Ostpreußen, Pommern und Schleswig-Holstein sind mir von den dortigen Gauleitern derartige Bilder über die Kohlenversorgung in diesen Reichsteilen gegeben worden, daß ich sagen muß; mit unseren Klagen könnte ich zur Zeit in Berlin nicht durchdringen. Die Lage ist so, daß ich vor außerordentlichen Maßnahmen nicht zurückschrecken würde, um die Kohlenverteilung so zu gestalten, daß sie für die Gesamtheit des Generalgouvernements den besten Nutzen bringt. Jedenfalls kann ich Sie versichern, daß alles geschieht, was menschenmöglich ist, um dieser Kohlennot abzuhelfen.

Die Ernährung ist der zweite Krisenpunkt. Ich bekam heute ein Schreiben vom Transportchef der Wehrmacht, in dem

er

er bittet, für die Arbeiter der Ostbahn Lebensmittel zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Es ist im Ministerrat für die Reichsverteidigung grundsätzlich vom Reich aus für unmöglich erklärt worden, irgendwie den besetzten Gebieten einschließlich Generalgouvernement zu helfen. Wir stehen daher hier vor einer ganz außerordentlichen Notlage. Herr Präsident Körner, ich frage Sie: ist es möglic(dem Wunsche des Transportchefs der Wehrmacht zu entsprechen? (Landesbauernführer Körner bejaht). Dann bitte ich Sie, das unverzüglich in die Tat umzusetzen. Sie, Herr Staatssekretär, bitte ich, den Transportchef der Wehrmacht zu verständigen, daß wir alles tun werden, was in unseren Kräften steht.

In zunehmendem Maße beobachte ich, daß die Kirche anfängt, unangenehm zu werden. Während bisher dieser mächtigste Gesinnungsblock des Polentums sich merkwürdigerweise sozusagen loyal verhielt, fängt nunmehr - offenbar unter der Versteifung gewisser politischer Situationen auf diesem Kontinent - die Kirche da und dort an unangenehm zu werden. Ich möchte schon jetzt betontn, daß ich mit allen Mitteln den Pfaffen den Krieg erklären werde, daß ich hier vor garnichts zurückschrecken ~~würde~~ und selbst Bischöfe sofort verhaften lasse, wenn das geringste passiert. Ich ersuche Sie, in diesem Zusammenhang strengstens dafür zu sorgen, daß der Besuch polnischer Kirchen während eines Gottesdienstes durch Beamte in Uniform strengstens verboten wird.

Es hat sich aus dem gesellschaftlichen und sonstigen Gegebenheiten dieses Landes die Tatsache entwickelt, daß jede Abteilung, jeder Bereich und jeder Distrikt ein deutsches Kasino, einen eigenen Treffpunkt für die Deutschen hat. Ich will jedoch nicht, daß diese Stätten zu Exklusivitätszirkeln werden, und ich werde jedes Verbot aufheben, das dahin lautet, daß Angehörige irgendeiner anderen Dienststelle das Betreten des Kasinos verboten ist. Vorbildlich hat hier Herr Gouverneur Dr.Wächter gehandelt, der das neuerrichtete Haus Krakau nicht nur den Beamten seiner Dienststelle, sondern allen Deutschen zur Verfügung stellte. Ich will auch verhindert wissen, daß in den Kasinos Vorgänge sich abspielen, die absolut autoritätsschädigend wirken

und

und es wird sich daher empfehlen, die Kasinos zu einer bestimmten Zeit zu schließen oder zum mindesten von einer bestimmten Stunde ab den Ausschank alkoholhaltiger Getränke einzustellen. Es soll eine allgemeine Kasino-Dienst- und Gesellschaftsordnung entstehen und ich beauftrage Sie, Herr Staatssekretär, im Einvernehmen mit dem Höheren SS- und Polizeiführer hier eine allgemeine Regelung herbeizuführen.

Meine Herren! Der Krieg geht weiter. Der Führer hat vor wenigen Tagen in einem engen Kreis darüber gesprochen. Ich bin nicht ermächtigt, Ihnen das mitzuteilen, was der Führer sagte, aber eines will ich Ihnen sagen: der Führer ist von absoluter Siegeszuversicht in einem Maß erfüllt, daß es wahrhaft beglückend ist, ihm nahe zu sein. Wir werden im kommenden Frühjahr die stärkste Militärmacht sein, die es jemals in der Weltgegeben hat. Wir stehen vor der Einführung völlig neuer Waffen, die eine wahrhafte Revolution des technischen Wehrwesens herbeiführen werden. Es ist klar, daß damit das Jahr 1941 die Entscheidung im Sinne des Führers bringen wird. In diesem Augenblick haben wir nun im Osten unsere Aufgabe weiter zu erfüllen.

Ich werde in der zweiten Hälfte des Januar eine Rundreise durch das Generalgouvernement antreten und versuchen, einen größeren Teil der Regierung mitzunehmen. Es würde mich freuen, wenn die Herren Gouverneure es ermöglichen könnten, daß im Laufe der nächsten Monate jeweils in einer Distrikthauptstadt eine Sitzung der Regierung stattfinden würde. Damit wäre uns die Möglichkeit gegeben, an Ort und Stelle alle Probleme zu erörtern.

Ich richte mich nach den Möglichkeiten der einzelnen xx Distrikthauptstädte. Aber soweit ich die Mitglieder der Regierung kenne, weiß ich, daß auch sie das Bedürfnis hätten, einmal gemeinschaftlich an Ort und Stelle mit den dortigen Faktoren in Anwesenheit des Generalgouverneurs, des Staatssekretärs, des Höheren SS- und Polizeiführers alle Fragen zu erörtern, die uns angehen.

Wir veranstalten in diesen Tagen allgemein Weihnachtsfeiern. Ich lege auf diese festlichen Stunden das größte Gewicht. Sie sollen dazu führen, daß doch für viele Deutsche allmählich das Generalgouvernement Heimat zu werden beginnt, Heimat im echten Sinne, der nun eben im Kolonialimperialismus liegen muß. Wir können hier in Polen nicht nur als abkommandiert leben, sondern im Laufe der Zeit muß sich ein Eigenstamm von ortsbewußten und ortsverwurzelten Menschen sammeln. Dabei soll uns vor allem die Klarstellung der Beamten- und Angestelltensituation helfen. Ich möchte nur beiläufig erwähnen, daß zur Zeit die Verhandlungen wegen der Einreihung in den Stellenplan im vollem Gange sind. Dazu soll aber auch vor allem verhelfen der Geist, den Sie selber immer wieder in Ihre Gefolgschaft hineinbringen. Ich würde mich aber auch sehr freuen, wenn zwischen Partei und Staat anders als im Reich eine vollkommen enge gegenseitige aufgeschlossene Zusammenarbeit stattfindet. Der Besuch von Parteiveranstaltungen, Veranstaltungen der Hitlerjugend durch Beamte in Uniform müßte sehr gepflegt werden. Ich würde es außerordentlich dankbar begrüßen, wenn Sie, Herr Staatssekretär, Sie, der Höhere SS- und Polizeiführer und die anderen Mitglieder der Regierung amtlich dafür Vorsorge träfen. Ich möchte gerade hier das absolute Prinzip der Einheit von Partei und Staat betonen. Jede Parteiveranstaltung muß von dem großen Gedanken getragen sein, daß sich auch das Reich auf der weltanschaulichen Basis der Partei bewegt. Sie können überzeugt sein, daß wir damit dem Führer die größte Freude bereiten. Er liebt das Reich und das Volk, er schätzt die Wehrmacht, aber er ist doch aufs engste verbunden mit seinen alten Kampfgefährten. Wer 20 Jahre lang mit dem Führer marschierte, der weiß, daß dieses Schicksal, das wir gemeinschaftlich getragen haben, ein Band zwischen uns Männern geknüpft hat, das unzerreißbar ist.

So

So müssen Sie auch hier mit einer symbolhaften Bedeutung für die Zukunft betonen, daß Partei und Staat gerade im Generalgouvernement in äußerster Geschlossenheit zusammenstehen.

Meine Herren, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie sich heute noch zu dieser Sitzung zur Verfügung gestellt haben. Wir wollen alle Gelegenheit nehmen, den Urlaub richtig zu genießen. Erholen Sie sich voll und ganz: im nächsten Jahre werden schwerste Probleme über unser Land kommen. Das Deutsche Reich wird in einem Schlußkampf sondergleichen alle Energien aufbringen müssen. Für feinzisilierte Arbeit ist dabei wenig Gelegenheit, wohl aber für grobes Vorwärtsstürmen auf allen Gebieten, auf allen Fronten. Es ist schön, daß die Regierung heute in ihrer Mitte die Gouverneure der Distrikte begrüßen kann. Die Gouverneure bringen d mit zum Ausdruck, daß sie sich als Repräsentanten der Gemeinschaft des Generalgouvernements fühlen. Gerade die Herren Gouverneure, die draußen die schwere Aufgabe der Verwirklichung der Regierungsmaßnahmen haben, können überzeugt sein, daß sich die Zentrale immer die schwierige Lage in den Distrikten vor Augen halten wird und muß. Durch die Verordnung über die Einheit der Verwaltung ist die Stellung der Gouverneure ganz klar umschrieben. Es ist auch in diesem Sinne ein Stück Reformwerk, xxx wenn der Ausgleich zwischen den zentral zu lösenden und den territorial bedingten Aufgaben in immer klarerer Prägung gefunden wird.

Meine Herren, ich bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß ich stolz darauf bin, Ihr Chef zu sein. Ich danke Ihnen für die Aufbauarbeit, die Sie im Dienste des Reiches und des Führers im Generalgouvernement geleistet haben.

Wir grüßen den Führer.

Sieg Heil! Sieg Heil! Sieg Heil!

Staatssekretär Dr. B ü h l e r :

Herr Generalgouverneur!

Ich darf den Anlaß der heutigen Abteilungsleitersitzung, der letzten im Jahre 1940, benutzen, um Ihnen namens Ihrer Gefolgschaft im Generalgouvernement, namens der Leiter Ihrer Ressorts und der Gouverneure unseren tiefempfundenen Dank für das große Vertrauen auszusprechen, das Sie uns im vergangenen Arbeitsabschnitt entgegengebracht haben. Wer wie ich und die Herren Abteilungsleiter Gelegenheit hatte, mit Ihnen beinahe täglich den persönlichen und dienstlichen Konnex aufzunehmen, der weiß, wieviel wichtige und entscheidende Fragen erst durch Ihr persönliches Eingreifen und durch Ihre richtunggebenden Weisungen eine endgültige Klärung fanden. In dem vergangenen Jahre ist es mir aber auch klar geworden, daß es nicht genügt, an führender Stelle nur über fachliche Qualitäten zu verfügen. Gerade die wichtigsten Entscheidungen sind dem Reich gegenüber erst dadurch möglich geworden, daß Sie, Herr Generalgouverneur, der fachlichen Arbeit Ihrer Mitarbeiter das politische Gewicht hinzugefügt haben. Daß Ihnen als altem nationalsozialistischem Kämpfer der unmittelbare Weg zum Führer offen steht, erfüllt uns alle mit Stolz und Genugtuung.

Das Jahr 1941 steht geheimnisvoll vor der Tür. Es wird an uns nicht geringere Anforderungen an Arbeitskraft, Verantwortungsfreude und persönlichem Einsatz stellen als das vergangene Jahr. Eins haber ist sicher: Wenn Sie, Herr Generalgouverneur, uns befehlen, dann werden wir Treue mit Treue zu entgelten wissen und stets in jeder Situation an Ihrer Seite zu finden sein.

Schluß der Sitzung: 12^{30} Uhr.